



Landtag von Baden-Württemberg

46. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 25. Juni 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 18:28 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3139	3. Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof	3162, 3180
Gedenkworte zum 50. Jahrestag des Volksaufstands in der ehemaligen DDR	3139	4. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/2160	
1. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Klimaschutz in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1923	3139	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Verschiebung der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums – Drucksache 13/1807	
Abg. Hauk CDU	3140, 3144	c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05 – Drucksache 13/1877	
Abg. Dr. Caroli SPD	3140	d) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einführung und Konzeption des achtjährigen Gymnasiums – Drucksache 13/1978	3163
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3142	Ministerin Dr. Annette Schavan	3163, 3177
Abg. Walter GRÜNE	3143	Abg. Christa Vosschulte CDU	3166, 3179
Minister Müller	3146	Abg. Zeller SPD	3167, 3179
Beschluss	3152	Abg. Kleinmann FDP/DVP	3170
2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs – Drucksache 13/2008 (Berichtigte Fassung)	3152	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3173, 3180
Abg. Wintruff SPD	3152, 3161	Beschluss	3180
Abg. Wacker CDU	3154		
Abg. Kleinmann FDP/DVP	3156		
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3157		
Ministerin Dr. Annette Schavan	3158		
Beschluss	3162		

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 13/2129	3181	Abg. Hofer FDP/DVP	3203
Beschluss	3181	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	3205
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiewende und Atomausstieg in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1118	3181	Minister Dr. Döring	3206
Abg. Knapp SPD	3181, 3190	Abg. Capezzuto SPD	3207
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	3183	Beschluss	3209
Abg. Hofer FDP/DVP	3184	9. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Gesundheitliche Situation von Frauen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1123	3209
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	3186	Abg. Dr. Monika Stolz CDU	3209
Minister Dr. Döring	3187	Abg. Rita Haller-Haid SPD	3211
Beschluss	3190	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3212
7. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion – Drucksache 13/1119	3190	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	3214
Abg. Teßmer SPD	3190, 3199	Staatssekretärin Johanna Lichy	3215
Abg. Kiefl CDU	3192	Beschluss	3217
Abg. Drautz FDP/DVP	3194	10. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Stärkung der Bioregionen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1159	3217
Abg. Walter GRÜNE	3195	Abg. Rivoir SPD	3217
Minister Stächele	3196	Abg. Veronika Netzhammer CDU	3218
Beschluss	3200	Abg. Beate Fauser FDP/DVP	3219
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks – Drucksache 13/1120	3200	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3220
Abg. Ruth Weckenmann SPD	3200	Minister Dr. Döring	3221
Abg. Schuhmacher CDU	3201	Beschluss	3223
		Nächste Sitzung	3223
		Anlage	
		Gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof	3224

Protokoll

über die 46. Sitzung vom 25. Juni 2003

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 46. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Wonnay erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Ursula Haußmann und Herr Abg. Gustav-Adolf Haas.

(Abg. Fischer SPD: Und Herr Staiger! – Abg. Birzele SPD: Herr Wolfgang Staiger, krank!)

– Ebenfalls krank gemeldet ist Herr Abg. Staiger.

Dienstlich verhindert ist heute Vormittag Herr Minister Dr. Frankenberg und ganztags Herr Minister Köberle.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Finanzministeriums vom 28. Mai 2003 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2003 (Januar bis März). Die Mitteilung des Finanzministeriums ist Ihnen als Drucksache 13/2113 zugegangen. – Sie nehmen davon Kenntnis.

Meine Damen und Herren, in der vergangenen Woche hat sich zum 50. Mal ein herausragendes Datum der deutschen und der europäischen Freiheitsgeschichte gejährt. Am 17. Juni 1953 erhoben sich eine Million Menschen an 700 Orten in der DDR gegen Willkür und Unterdrückung. Der Protest wurde zwar durch Panzer niedergewalzt – der spontane Aufstand aus der Mitte des Volkes blieb jedoch ein Fanal für Menschlichkeit, Freiheitswillen und Zivilcourage.

Auch der Landtag von Baden-Württemberg bekundet darum Hochachtung vor dem Mut, der Entschlossenheit und der Opferbereitschaft jener Frauen und Männer, die vor 50 Jahren – ohne Rücksicht auf ihr persönliches Schicksal – Gerechtigkeit, Demokratie und Wiedervereinigung erzwingen wollten.

Wir verneigen uns vor jenen, die ihre Beteiligung an dieser Volkserhebung mit dem Tod bezahlen mussten. Wir wissen, dass wir jenen, die Folter und langjährige Haft erlitten haben oder denen persönliche Lebenschancen genommen wurden, mehr schulden als verbalen Respekt. Und wir vergessen nicht, dass nach der blutigen Niederschlagung des Widerstands der Alltag in der DDR noch schwerer wurde, weil die SED-Machthaber die Überwachung, Unterjochung und Gefangennahme des eigenen Volkes massiv ausbauten.

Der 17. Juni 1953 war der erste Aufstand im sowjetischen Machtbereich, und mit ihm begann eine Linie, die über Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968, Polen 1981 bis zum Kollaps des Ostblocks Anfang der Neunzigerjahre führte. Vor allem aber: Am 17. Juni 1953 wurde gesät, was 36 Jahre später in einem veränderten weltpolitischen Klima zu der unerschrockenen Kraft aufwachsen konnte, die am 9. November 1989 die Berliner Mauer zum Einstürzen brachte.

Beide Aspekte des Datums führen auch vor Augen, wie viel Glück es bedeutete, in den Zonen der westlichen Alliierten zu leben. Dies gilt insbesondere für uns im deutschen Südwesten. Wir konnten im Frühsommer 1953 die Gründungsphase des neuen Bundeslandes verfassungsrechtlich und administrativ vollenden. Dabei mussten wir gewiss viele politische Qualitäten und menschliche Tugenden beweisen, wir mussten jedoch nicht den Mut aufbringen, zu dem unsere ostdeutschen Landsleute damals und dann 1989 fähig waren.

Gerade wir sind daher aufgefordert, konkret zu zeigen, dass wir den 17. Juni 1953 als gemeinsamen positiven Identifikationspunkt zu würdigen wissen und dass wir ihn dauerhaft im kollektiven Gedächtnis verankern wollen. Acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfuhr die Welt, dass Deutsche eben doch in der Lage sind, gegen eine allmächtige Diktatur für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung zu kämpfen.

Wie die verlorene Revolution von 1848 und wie die verspielte Revolution von 1918, so wollte auch der Aufstand am 17. Juni 1953 erreichen, was am 3. Oktober 1990 hoffentlich für immer besiegelt werden konnte, nämlich Freiheit in einer geeinten Nation. Die Erinnerung daran weiterzugeben macht unser Gemeinwesen stärker; denn die Zukunft gewinnt nur, wer zu den positiven Seiten seiner Geschichte ebenso steht wie zu deren düsteren Kapiteln.

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Klimaschutz in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1923

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im April und im Juli vergangenen Jahres haben wir nach eingehenden Beratungen zwei Klimaschutzprogramme aufgelegt, die ich in ihrem Wesen als ideologiefrei bezeichnen will, die nicht einseitig orientiert sind und die vor allem neue Wege beschreiten, indem wir eben nicht nur Maßnahmen bezuschussen, sondern die Bezuschussung davon abhängig machen, wie viel CO₂ tatsächlich eingespart wird. Insofern war das ein neuer und auch ein innovativer Weg. Mit unserem Antrag wollten wir ein Jahr danach einfach einmal wissen, wie sich diese Programme bewährt haben und wo man gegebenenfalls die Stellschrauben ein Stück weit verändern oder neu justieren muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt umfasst dieses Programm 13 Millionen €, durch Umschichtungen im Landeshaushalt, nämlich im Bereich des Ministeriums für Umwelt und Verkehr, erreicht. 9 Millionen € stammen aus dem kommunalen Umweltfonds, 4 Millionen € aus Landesmitteln. Obwohl das Programm spät gestartet ist – erst Mitte vergangenen Jahres –, wurden immerhin bereits nahezu 8 Millionen € an Fördermitteln abgerufen. In dem so genannten allgemeinen Teil, der sich an alle Bürger Baden-Württembergs richtet, waren es Fördermittel in Höhe von 4 Millionen € bei Investitionen von 20 Millionen €. Im kommunalen Teil wurden 3,7 Millionen € bei Investitionen von immerhin 27 Millionen € abgerufen. Insgesamt wurden dadurch 350 000 Tonnen CO₂ eingespart.

Wo lagen die Schwerpunkte in der Förderung? Es waren vor allem Blockheizkraftwerke, die gefördert wurden. Es waren Schulen und Hallen. Im kommunalen Bereich wurde vor allem bei der umfassenden Wärme- und Energieeinsparungsanierung gefördert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum sind wir diesen Weg gegangen? Das höchste CO₂-Minderungspotenzial besteht im Verkehr. Wir als Landesgesetzgeber haben darauf nur einen sehr bedingten Einfluss und können da auch nur schlecht justieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Na ja!)

Das zweithöchste Einsparpotenzial ist im Bereich der Gebäude zu sehen: bei der Gebäudesanierung des Altbaubestands sowohl bei öffentlichen Gebäuden wie auch bei privaten Wohngebäuden. Genau an diesem Bereich setzt dieses CO₂-Minderungsprogramm auch an. Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern neu und ideologiefrei, weil wir nicht bestimmte Energiearten fördern wollen, sondern weil wir ganz bewusst den Effekt erzielen wollen, CO₂ einzusparen. Das ist das Ziel, und es wurde mit diesem Programm auch erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf, um die Effizienz zu belegen, einfach einmal einige Beispiele nebeneinander stellen. Es gibt das 1000-Dächer-Programm des Bundes.

(Abg. Walter GRÜNE: 100 000! 1 000 waren es bei Kohl! Wir sind schon ein bisschen weiter!)

– 100 000, so ist es. Umso schlimmer ist es, Herr Kollege Walter. Ich will es auch gleich sagen: Beim 100 000-Dä-

cher-Programm des Bundes werden, um eine Tonne CO₂ einzusparen, 106 € ausgegeben.

(Abg. Walter GRÜNE: Haben Sie eigentlich eine Ahnung, was das Programm überhaupt bedeutet?)

106 €! Im kommunalen Teil des Klimaschutzprogramms des Landes geben wir 30 € pro eingesparte Tonne CO₂ aus, im so genannten allgemeinen Teil sind es rund 20 €.

(Abg. Walter GRÜNE: So ein Quark!)

Das ist also nur ein Drittel bzw. ein Fünftel der Summe für den gleichen Effekt, meine Damen und Herren. So geht man mit Geld verantwortungsvoll um.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Wer jetzt klatscht, hat keine Ahnung! Ich würde nicht klatschen! – Abg. Herrmann CDU: Typisch rot-grün! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich glaube, in diesen angespannten Zeiten ist das auch notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darin, dass die Effizienz dieses Programms hoch ist, dass sie weitaus höher ist als die, die andere Programme, insbesondere solche auf Bundesebene, bieten, liegt auch der Reiz dieses Programms.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es gibt auch andere Bundesprogramme!)

Man könnte auch ein anderes Beispiel erwähnen, Herr Kollege Walter:

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Zählen Sie das mal auf!)

den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Auch sie kostet bei kleinen Anlagen 105 € pro eingesparte Tonne CO₂ und bei großen Anlagen immerhin auch noch 55 € pro eingesparte Tonne.

Daran wird deutlich, dass unser Programm effizient ist. Vor allem wird es auch akzeptiert: Eine Masse von Anträgen ging bereits in der Anlaufphase ein. Wir sind damit auf dem richtigen Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben – und ich kann mich noch gut an die Debatte im vergangenen Jahr bei der Einführung erinnern – einen guten und richtigen Weg für den Klimaschutz in Baden-Württemberg beschritten, der bundesweit seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Ja sag mal!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt wollen wir mal hören, was der Caroli sagt!)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die negativen Folgen der globalen Erwärmung haben wir im Juli 2002 in Bebenhausen ausführlich diskutiert. Handeln ist gefragt, kann doch jeder

(Dr. Caroli)

die Veränderungen des Klimas beobachten: Der Schneefall wird geringer. Die Schneegrenzen verlaufen höher. Die Winter- und Nachttemperaturen steigen an. Die Häufigkeit und die Intensität von Unwettern nehmen zu, ebenso die Hochwassergefahren.

Wer etwas dagegen tun will, muss in erster Linie die Reduktion der CO₂-Emissionen anpacken, da diese einen Anteil von über 85 % an den Treibgasemissionen in Deutschland ausmachen.

Will die Landespolitik im Interesse eines vorsorgenden Klimaschutzes die CO₂-Emissionen reduzieren, dann muss sie die Hauptbereiche Energieverbrauch und Energieerzeugung sowie den Verkehr ins Auge fassen, weil hier die größten Möglichkeiten bestehen, den Ausstoß von CO₂ zu vermeiden. Wenn dies versucht wird, muss auf eine vorsorgende, auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Umweltpolitik gesetzt werden. Ernsthaft betriebener Klimaschutz ist wie der Umweltschutz insgesamt eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Politikbereiche erfasst.

Es genügt nicht, meine Damen und Herren, unkoordiniert einige wenige Förderprogramme aufzulegen.

An drei Beispielen will ich aufzeigen, dass hierzulande der Klimaschutz nicht durchgängig zum leitenden Prinzip der Politik erhoben wird.

Erstes Beispiel: die Energiepolitik. Der schnelle Ausbau der Nutzung regenerativer Energieträger trägt entscheidend zur Reduktion der CO₂-Emissionen bei. So hat der Ausbau der Windkraftnutzung

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

die gesamtdeutschen CO₂-Emissionen seit 1990 um ein gutes Prozent reduziert.

(Abg. Hauk CDU: Nur um eines!)

– Das ist viel. – Wer dem Ausbau der Nutzung regenerativer Energieträger das Wort redet, macht sich unglaublich, wenn er gleichzeitig die Windkraft verteufelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Ja, genau! – Abg. Birzele SPD: Und tränende Gesichter bei der CDU!)

Es ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz, wenn die Kapazitäten, die in Baden-Württemberg bei der Windkraft möglich sind, in geordneter Weise genutzt werden. Das von CDU und FDP/DVP durchgesetzte Landesplanungsgesetz lässt dies leider nicht zu.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Der weitere Ausbau der Windkraft und nicht deren Restriktion muss das Gebot der Stunde sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Döpfer CDU: Völlig falsch! – Abg. Hauk CDU: Ein Irrweg! – Abg. Alfred Haas CDU: Reden Sie mal mit dem BUND, der mittlerweile Petitionen gegen Windkraft einreicht!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, beenden Sie also Ihren Feldzug.

Zweites Beispiel: die Forstpolitik. Die Klimaveränderungen werden Auswirkungen auf die Abflüsse in den Gewässern und auf die Grundwasserneubildung haben. Genau wissen wir das erst, wenn Ergebnisse der Klimaszenarien im regionalen Maßstab vorliegen und daran anschließend Simulationsrechnungen mit entsprechenden Wasserhaushaltsmodellen gemacht worden sind. Dennoch kann man schon heute sagen, dass die Art der Waldbewirtschaftung und ein ökologisches Waldumbauprogramm wertvolle Instrumente zur Milderung der Auswirkungen darstellen. Dazu, meine Damen und Herren, benötigen wir eine effektive Forstverwaltung, die ihre umfassende Zuständigkeit für die Pflege und Erhaltung unserer Wälder behält.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Göschel SPD: Was sagt der Oberförster Hauk dazu?)

Mit der Auflösung der Forstämter und der Übertragung ihrer Aufgaben an die Stadt- und Landkreisverwaltungen machen Sie das zunichte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn lokale bzw. wirtschaftliche Interessen künftig die Waldbehandlung bestimmen, dann ist die Pflege und Erhaltung des Waldes nach einheitlichen, landesweit gültigen ökologischen Kriterien nicht mehr gewährleistet

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

und der bisher wertvolle Beitrag zum Klimaschutz infrage gestellt.

(Abg. Drexler SPD: Der Landrat hat keine Ahnung von Waldbewirtschaftung!)

Stoppen Sie also diese unsinnige Verwaltungsreform!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Drittes Beispiel: die Wohnungspolitik. Das Engagement der Landesregierung auf dem Gebiet der Altbaumodernisierung fällt mehr als dürftig aus. Es gibt bei uns rund 4,7 Millionen Wohneinheiten, von denen mindestens die Hälfte reif für eine Sanierung ist. Fachleute schätzen den anstehenden Modernisierungsbedarf auf mindestens 25 Milliarden €. Das Landesprogramm für die Altbaumodernisierung ist demgegenüber mit knapp 10 Millionen € für das Jahr 2003 geradezu kläglich ausgestattet.

(Abg. Drexler SPD: Lächerlich!)

Dabei ist Altbausanierung in der Regel auch energetische Sanierung, und die dadurch erzielte Energieeinsparung zählt zu den wichtigsten Säulen des Klimaschutzes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir sehen das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ und den Energiesparcheck durchaus als wertvolle Bausteine der Klimaschutzaktivität unseres Bun-

(Dr. Caroli)

deslandes. Wenn allerdings etwas Vernünftiges angeboten wird, dann sollte es bitte auch richtig ausgestattet sein.

Bei der Internetsuche nach dem Landesprogramm „Klimaschutz-Plus“ habe ich folgenden Hinweis gefunden:

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Jetzt! Aufpassen!)

„Aufgrund der großen Resonanz sind die Mittel für das Jahr 2003 ausgeschöpft. Das Programm wird im Jahr 2004 neu aufgelegt.“ So geht man hierzulande mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern um, die Interesse daran haben, Umweltschutzmaßnahmen im Energiebereich zu realisieren.

Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf, endlich Ernst zu machen mit landesweiten Klimaschutzmaßnahmen, und zwar in enger Verbindung mit den sehr erfolgreichen Klimaschutzaktivitäten des Bundes. Legen Sie Programme zur Unterstützung der Solarenergie auf, sorgen Sie für die massive Nutzung von Biodiesel bei Neu- und Leasingfahrzeugen des Landes, bringen Sie die energetische Altbausanierung voran, und kümmern Sie sich endlich um die Riesenpotenziale der Geothermie! Statt Stückwerk brauchen wir die konsequente Umsetzung eines Klimaschutzprogramms, das diesen Namen verdient.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Thema Klimaschutz sind in unserer Landesregierung immerhin drei Ministerien befasst.

(Abg. Drexler SPD: Was sagt das aus?)

Ich denke, das zeigt, wie wichtig dieses Thema ist, zum einen als Motor für die Ressourcenschonung, zum anderen für Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit. Es gibt auch wirtschaftliche Impulse. Klimaschutz macht nicht nur global Sinn, sondern ist auch lokal unter Innovationsgesichtspunkten positiv zu bewerten.

Das Thema Klimaschutz darf man weder mit der rosa Brille noch zu schwarz sehen. Insofern hat die Farbe meiner Kleidung heute keine Bedeutung.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Praktische Bedeutung kommt dem Klimaschutz bei der Landwirtschaft wie beim Forst zu. Und man braucht sich nur die wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch Hochwasser anzusehen, um zu erkennen, wie wichtig Klimaschutz ist.

Es geht zum einen um die Ist-Erwärmung, deren Auswirkungen wir derzeit sehr deutlich beobachten können, und zum anderen um das, was diesbezüglich noch auf uns zukommt.

In der Stellungnahme der Landesregierung sind alle hier relevanten Investitionsprogramme aufgeführt. Man muss schon darauf hinweisen – Herr Kollege Hauk hat das ja auch schon getan –, dass die Summen der Förderprogram-

me trotz der schwierigen Haushaltslage gestiegen sind. Ich möchte hier bereits darauf hinweisen, dass die FDP/DVP allerdings der Meinung ist, dass man generell Subventionen auch in diesem Bereich nur zeitlich begrenzt als Markteinführungshilfen verwenden sollte. Sie sollten nicht zu Dauer-Subventionen werden, wie wir das insbesondere bei der Kohle schon über ein halbes Jahrhundert beobachten.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ein wichtiges Beispiel – es wurde schon angesprochen – ist die Altbaumodernisierung, die Förderung von Niedrigenergiehäusern, das Kommunalprogramm. Herr Dr. Caroli, Sie haben das zu Recht angesprochen; auch wir würden gerne das Altbaumodernisierungsprogramm besser dotieren, wenn wir nur mehr Einnahmen im Lande hätten. Für die Minder-einnahmen im Lande ist aber – das wissen wir alle – nicht die Landespolitik zuständig; sonst würde es in anderen Ländern damit besser aussehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Tun Sie also gefälligst etwas in Berlin, damit wir die Haushalte dort und hier wieder in Ordnung bekommen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Es geht beim Klimaschutz nicht nur um eine effiziente Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, sondern auch um einen effizienten Einsatz der Mittel, und zwar ideologiefrei. Dafür setzt sich die Landesregierung ein, anders als die Bundesregierung, die die Windkraft bereits mit mehr Geld fördert als die Kohle – die ja von der SPD bevorzugt gefördert wird –

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was? Wo leben Sie denn? – Abg. Walter GRÜNE: Es gibt doch gar keine staatliche Subvention für die Windkraft! Wann begreifen Sie das endlich?)

und die beim 100 000-Dächer-Programm – auch das wurde bereits angesprochen – zusammen mit der Einspeisevergütung immerhin auf 571 € je Tonne kommt. Das ist eine stolze Zahl. Wir in Baden-Württemberg kommen mit dem allgemeinen Programm auf 18,70 € pro Tonne, und bei den Holzförderungen kommen wir sogar auf 6,60 € pro Tonne. Das ist effizienter Einsatz; damit haben wir gute Erfahrungen gemacht.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Pfister FDP/DVP)

Die Bundesregierung engagiert sich viel zu einseitig. Wir sehen die enorme Gefahr, dass die Große Wasserkraft wegbriecht und dass damit ein wesentliches Potenzial der Minderung des CO₂-Ausstoßes entfällt.

Die entscheidende Frage ist natürlich: Werden die Ziele von Kioto 2010 erreicht? Reichen die Ziele überhaupt aus? Für Baden-Württemberg gehen wir davon aus, dass das klappt. In Deutschland scheint es möglich zu sein. Bei den Industrieländern insgesamt ist ein großes Fragezeichen zu setzen. In der „Stuttgarter Zeitung“ vom 6. Juni stand die Meldung, dass im „UN-Report“ vorausgesagt werde, dass bis zum Jahr 2010, also innerhalb eines Jahrzehnts, statt mit einer Reduktion sogar mit einem Anstieg um 17 % gerechnet werden müsse. Hier ist dringender Handlungsbedarf ge-

(Heiderose Berroth)

geben. Hier sind auch ein europaweites Vorgehen und eine europaweite Harmonisierung notwendig. Daher der dringende Aufruf an die Bundesregierung: Es muss endlich der Handel mit Emissionszertifikaten in Gang kommen; der darf nicht länger blockiert werden.

Der Wandel im Energiebereich ist ein langfristiger Prozess. Ich gehe davon aus, dass mein Kollege Hofer unter dem Tagesordnungspunkt 6 dazu noch weit mehr sagen wird. Wir brauchen dringend umweltschonende Preise. Wir brauchen Forschungsförderung, und zwar nicht nur beschränkt auf einige wenige Projekte, die je nach politischer Farbe gerade für gut gehalten werden. Wir müssen das vielmehr offen gestalten, weil wir gar nicht wissen, wohin die Entwicklung läuft.

Bei den erneuerbaren Energien sehe ich für Baden-Württemberg eine besondere Bedeutung beim Holz. Die jährlich 3 Millionen Festmeter Energieholz ersetzen immerhin 600 Millionen Liter Heizöl, und Holz bindet eben bei seiner Entstehung durch die Photosynthese CO₂ aus der Luft und ist deshalb weitgehend klimaneutral.

Auch die weiteren erneuerbaren Energien sind zu fördern. Wir halten es für sinnvoll, zum Beispiel bei Biomasseheizanlagen und Biogasanlagen eine Förderung durch Ausfallbürgschaften vorzunehmen. Das ist deshalb sinnvoll, weil die Wahrscheinlichkeit, dass solche Bürgschaften fällig werden, sehr gering ist und auch die Kosten sehr gering sind.

Bei der Windkraft ist das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit des Ausbaus von Windenergie und der Landschaftsästhetik dringend zu beachten.

Ein letzter Punkt, der Bereich Verkehr. Herr Dr. Caroli, Sie haben gesagt, wir könnten im Land wenig tun. Ich sage, wir könnten sehr wohl einiges tun. Wir könnten zum Beispiel – was die Landesregierung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat, was uns sehr wichtig war – die Wasserstraße Neckar ausbauen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Heute steht in der Zeitung, dass dort weniger transportiert worden sei, weil wegen Hochwasser nicht so viel möglich war. Wenn wir aber die Schleusen verlängert hätten und dadurch eine moderne Wasserstraße hätten, ließen sich erhebliche Verkehrsmengen auf das Wasser verlagern. Das wäre bezüglich des Klimaschutzes eindeutig eine ganz wichtige Verbesserung.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Unser Ziel bei der Umweltpolitik ist, von der bisherigen Gängelung durch staatliche Gebote und Verbote wegzukommen und statt der Umweltbürokratie einen dynamischen Markt zu bekommen, in dem sich Investitionen in den Umweltschutz aufgrund ehrlicher Preise lohnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! Gute Rede!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Oh, der hat schlechte Karten!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal die CDU-Fraktion loben. Nach vielen Jahren haben wir zum ersten Mal von Ihrer Seite ein Umweltthema an eine prominente Stelle der Tagesordnung gesetzt bekommen. Das ist hoffentlich ein Neuanfang, der zeigt, dass Sie sich Umweltschutz wieder mehr zu Herzen nehmen und dass der Umweltschutz nicht völlig hinten herunterfällt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zufall! – Abg. Hauk CDU: Bei Ihnen vermisste ich das seit Jahren!)

Bei genauerem Hinsehen, Herr Kollege Hauk, gibt es allerdings keinen Grund, Ihre Politik zu loben, weder die Klimaschutzpolitik im Allgemeinen noch das Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ im Speziellen.

Zunächst gilt es festzustellen: Von Ihrem im Umweltplan festgezurrt Ziel, nämlich einer Reduzierung der CO₂-Emissionen von 77 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf 65 Millionen Tonnen im Jahre 2010, sind Sie Lichtjahre entfernt. Wir sind diesem Ziel keinen Schritt näher gekommen. Die Akademie für Technikfolgenabschätzung hat bereits im Dezember 2000 festgestellt, dass Sie keinen erkennbaren Beitrag leisten, um dieses Ziel zu erreichen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Nach der aktuellen Zahl des Statistischen Landesamts hat sich im Jahr 2001 – das ist der aktuelle Bezug – der CO₂-Ausstoß allein in Baden-Württemberg um 4,8 % erhöht.

Das hat Gründe. Beispielsweise ist Ihre Verkehrspolitik ein aktiver Beitrag zur Klimakatastrophe. Wenn ich nur Ihre Rolle bei der Debatte um die Einführung der Lkw-Maut anschau – die war aus ökologischer Sicht kontraproduktiv.

Wenn ich schaue, was Sie im Bundesverkehrswegeplan fordern: Wenn wir das alles tun würden, dann könnten wir den Klimaschutz gleich völlig beenden. Das ist völlig absurd und nur kontraproduktiv.

(Abg. Hauk CDU: Dafür lieber mehr Staus! – Abg. Seimetz CDU: Von Menschenschutz ist da keine Rede! Menschenschutz ist ein Fremdwort!)

– Ja, ja, ja. Ihnen fällt nichts ein.

Bei der Förderung regenerativer Energien – das muss man sich wirklich mal überlegen – ist Baden-Württemberg, wenn man sie pro Kopf umrechnet, auf dem vorletzten Platz. Nur noch von Hamburg werden Sie unterboten, was die Förderung regenerativer Energien angeht.

Deswegen kann ich Ihnen nach all diesen Zahlen nur sagen: Bisher sind Sie, gemessen an den Zielen, mit Ihrer Klimapolitik kläglich gescheitert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Walter)

Kommen wir zunächst zu Ihrem Programm „Klimaschutz-Plus“. Das ist im Prinzip eine gute Sache, das kann man nicht in Abrede stellen. Das haben Sie sich gut herausgesucht. Es nutzt eine der wenigen Nischen, die die Bundesregierung lässt. Nur: Mit dem Volumen von nur 4 Millionen €, das Sie seitens des UVM effektiv in die Hand nehmen, zeigen Sie, dass Sie es mit dem Klimaschutz nicht so richtig ernst nehmen.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, um eine zentrale Zukunftsfrage. Da muss ich doch klotzen und darf nicht kleckern. Mit solchen kleinen Kleckerprogrammen werden Sie die Klimakatastrophe nicht einmal aufhalten können. Wenn ich vergleiche: Für Hockenheim, ein Symbol für mehr Klimakatastrophe, geben Sie 15 Millionen € aus. Das heißt, man muss vier Jahre warten, bis Sie mit Ihrem Klimaschutzprogramm den Betrag erreicht haben, den Sie für Hockenheim auf einmal ausgegeben haben. Das zeigt, welchen Stellenwert Klimaschutz bei Ihnen wirklich hat

(Beifall bei den Grünen)

und wie wenig Sie zu bieten haben, Herr Kollege Hauk.

Was ich nicht mehr nachvollziehen kann, ist, wenn man sich hier hinstellt und das 100 000-Dächer-Programm mit dem Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ vergleicht. Das ist ein völlig unsinniger Vergleich. Der Dümme hat doch mittlerweile begriffen, dass das 100 000-Dächer-Programm ein ökonomisches Programm ist. Hier geht es um Markteinführung. Das Worldwatch-Institut in Washington hat gesagt, das sei weltweit das Beste. Hat man das schon mal von Ihren Programmen gehört? Ich kann nur sagen, Sie spielen bei regenerativen Energien und beim Klimaschutz in der Kreisliga. Sie nehmen sich aber heraus, sich mit den Weltmeistern zu messen, ohne Ihre eigenen Defizite abzubauen.

(Abg. Hauk CDU: Weil wir besser sind!)

Da haben Sie wirklich noch viel zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Das EEG, Herr Kollege Hauk, ist mittlerweile weltweit in alle wichtigen Sprachen übersetzt. Ich habe ja begriffen, dass Sie kein Hochdeutsch können. Ich kann Ihnen versprechen, ich setze mich beim Kollegen Trittin dafür ein, dass das EEG ins Schwäbische und Badische übersetzt wird, damit endlich auch diese Landesregierung dieses Programm begreift.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, von 240 Megawatt – es werden insgesamt 300 sein – sind allein 60 in Baden-Württemberg installiert worden. Wer hat davon profitiert? Das Handwerk. Durch das 100 000-Dächer-Programm und durch das Markteinführungsprogramm für die regenerativen Energien sind immense Summen nach Baden-Württemberg geflossen.

Wenn Sie vergleichen, dann vergleichen Sie bitte richtig: 4 Millionen € geben Sie, 360 Millionen € gibt die Bundesregierung bis zum Jahre 2005 und wahrscheinlich auch darüber hinaus allein für Klimaschutz aus. Das, Herr Kollege

Hauk, sind die Zahlen, die Sie miteinander vergleichen müssen, und nicht irgendwelche Zahlen des 100 000-Dächer-Programms. Das eine ist eine ökologische und das andere zunächst mal eine ökonomische Sache. Deswegen: Wenn Sie vergleichen, dann vergleichen Sie bitte fair.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Zu Ihrem Programm – Herr Kollege Dr. Caroli hat darauf hingewiesen –: Jetzt ist noch nicht einmal die Hälfte des Jahres vorbei, und schon liegen 150 Anträge auf Halde. Das ist zunächst einmal schön, weil man sagen kann, das Programm sei erfolgreich. Nur: Die Kommunen werden völlig frustriert sein, wenn sie hören – das haben wir jetzt vom Ministerium erfahren –, dass sie die Anträge – diese sind jetzt zwar sachlich bewilligt, aber es ist kein Geld mehr dafür da – im nächsten Jahr noch einmal stellen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Einreichen müssen!)

Was für ein Programm ist das eigentlich, wenn nicht einmal die Anträge aus dem letzten Jahr aufgearbeitet werden? Das heißt, Ihr Vorzeigeprogramm ist nicht so viel wert, wie Sie es dargestellt haben.

(Abg. Hauk CDU: Im Gegenteil!)

Deswegen lautet meine Forderung an Sie und an die Regierung: Legen Sie endlich ein echtes Programm auf, ein landesweites Klimaschutzprogramm, das vergleichbar ist mit den 64 Maßnahmen, die auf Bundesebene mit dem nationalen Klimaschutzprogramm aufgelegt worden sind.

Welches Konzept haben Sie beispielsweise beim Verkehr, außer dass Sie noch mehr Straßen bauen wollen, außer dass Sie noch mehr Umgehungsstraßen haben wollen? Setzen Sie sich bezüglich des Bundesverkehrswegeplans einmal genauso intensiv für die Förderung des Schienenverkehrs ein, wie Sie das beispielsweise für die Förderung des Straßenbaus tun. Dann werden wir sicherlich weiterkommen.

Noch ein allerletzter Punkt – es gibt noch etwas Positives oder etwas Gemeinsames –: Ihre Position zur Großen Wasserkraft teilen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Diese Position werden wir auch gegenüber der Bundesregierung vertreten. Nur: Ich erwarte von Ihnen, Herr Kollege Hauk und Herr Kollege Scheuermann, dass Sie auch in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich kreativ werden und etwas tun und nicht nur bei den Dingen, die gar nicht in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Dann werden wir beim Klimaschutz vorankommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte das Fass der regenerativen Energien nicht unbedingt aufmachen. Aber wenn Sie, Herr Kollege Walter, das schon tun, dann mache ich das Fass auch auf.

(Hauk)

(Abg. Walter GRÜNE: Gern! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Ihnen geht doch nicht in den Kopf, dass die Landesregierung und der Landtag mit seinen Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP/DVP ein dynamisches Programm aufgelegt haben. Und Sie halten noch wie die alten Betonköpfe an statischen Programmen fest – unabhängig von jeglicher Effizienz. Das ist der Riesenunterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE: Haben Sie das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung zur Kenntnis genommen? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

In Zeiten knapper Kassen, meine Damen und Herren, geht es um die Effizienz des eingesetzten Geldes und nicht nur um die Maßnahmen, die man letztlich ergreift.

Nun zum Sinn und Unsinn. Sie sprechen von Windkraft und Photovoltaik.

(Abg. Walter GRÜNE: Nicht nur!)

Genau das sind die von Ihnen präferierten Bereiche, die wiederum, auch was die Einsparung von CO₂ angeht, am wenigsten effizient sind.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Das ist auch das große Manko des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bzw. der Einspeisevergütung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Windkraft ist mit die billigste Alternativenergie!)

Wer Windkraft und Photovoltaik einseitig fördert, macht sich an all den anderen Potenzialen im regenerativen Bereich schuldig. Das ist doch das eigentliche Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Sofort, Herr Präsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in Baden-Württemberg seit 1995 mittlerweile über 150 Anlagen für den Einsatz des regenerativen Energieträgers Holz mit einer Gesamtleistung von 95 Megawatt gefördert. Immerhin! Wir haben im Bereich der Biomasse und vor allem im Holzbereich die Rentabilitätsschwelle nahezu erreicht. Dort ist der Zuschussbedarf am geringsten und das CO₂-Einsparpotenzial am höchsten. Wenn Sie aber irgendwo eine Windmühle hinstellen, müssen Sie im Mittellastbereich automatisch 80 % der Kapazität vorhalten.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das stimmt ja nun wirklich nicht!)

– Ja natürlich, so ist es doch. Denn der Wind bläst eben nicht jederzeit, wenn man ihn braucht. Das ist das Manko.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Walter GRÜNE)

Und die Sonne scheint nicht dann oder scheint zumindest zum Teil nicht dann, wenn man sie braucht. Sie müssen unwahrscheinlich hohe Vorhaltekosten mitfinanzieren.

Zum nächsten Manko, Herr Kollege Walter. Wir verfolgen den Grundsatz, regenerative Energien zu fördern und ihren Anteil zu erhöhen, aber zulasten der fossilen Energieträger. Sie sagen: „Fossile Energieträger interessieren uns im Moment überhaupt nicht.“ Sie interessiert nur die Kernenergie. Damit kommen Sie bei der Reduktion des CO₂ keinen Schritt weiter, weil Sie ideologiebefrachtet sind. Das ist das eigentliche Problem. Wir wollen fossile Energieträger durch Zuwachs bei regenerativen Energieträgern einsparen. Sie kümmern die fossilen Energieträger überhaupt nicht – siehe Kohle in Nordrhein-Westfalen! Man muss ja nur einmal schauen, was die dortige Landesregierung und was der Bund dort machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich denke an das Thema „auslaufende Kohlesubvention“ und anderes.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb setzen Sie auf die falschen Pferde. Das ist das Manko: Sie setzen auf die falschen Pferde.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Hauk CDU: Ja, gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Kollege Hauk, ist Ihnen eigentlich das Marktanreizprogramm für regenerative Energien bekannt? Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass dort 275 Millionen € investiert wurden? Wissen Sie auch, welche Arten von regenerativen Energien damit gefördert wurden? Und ist Ihnen weiterhin bekannt, dass man gerade bei Ihrer Landesregierung erst den Widerstand brechen müsste, damit man endlich mit der Geothermie vorankommt? Das, was Sie hier erzählt haben, ist also schlichtweg falsch.

Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Walter, erstens sind wir nicht in der Fragestunde. Und zum Zweiten sage ich noch einmal:

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Antworten Sie doch!)

Es geht um die Grundzüge.

(Abg. Walter GRÜNE: Antworten Sie doch mal!)

In den Grundzügen fördern Sie die falschen Pferde. Das ist das eigentliche Problem.

Ich will ja gar nicht in Abrede stellen, dass auch im Bereich anderer Energieträger bei Ihnen Windfall-Profits vorkommen. Aber Ihre Einspeisevergütungen sind beispielsweise für Windkraft-, Solar- und Photovoltaikenergie so hoch, dass erst damit die Lenkungseffekte in diese Energieerzeugung

(Hauk)

gungsarten dermaßen hoch sind. Das ist doch das eigentliche Problem.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die gibt es aber auch für Biomasse und für Biothermie! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Lieber Kollege Walter, nehmen wir doch die Energieressourcen, die wir bei uns in Baden-Württemberg haben, beispielsweise aufgrund der Topographie. Mir ist bis heute noch nicht schlüssig und erklärlich, weshalb Sie die Kleine Wasserkraft als förderwürdig empfinden, sich aber dort, wo wir wirklich große Einsparpotenziale haben, nämlich bei der Großen Wasserkraft – die beinhaltet eine Amortisation und Abschreibungszeiträume von 40, 50 und mehr Jahren –, nicht heranwagen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich freue mich ja, dass Sie jetzt der Meinung der CDU beitreten, wonach wir auch die Große Wasserkraft fördern müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, dort haben wir bei den regenerativen Energieträgern effektiv die größten Zugewinnpotenziale überhaupt im Land. Selbst wenn Sie das ganze Land mit Windrädern zuflastern würden, würde dies im Effekt weniger bringen als ein großes Laufwasserkraftwerk.

(Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit dem Programm „Klimaschutz-Plus“ natürlich bewusst Nischen ausgesucht. Warum? Ist doch klar: Weil wir keine Doppelförderung wollen. Es geht um einen effizienten Mitteleinsatz.

Lieber Kollege Walter, das Land bringt auch nicht 4, sondern 13 Millionen € jährlich ein. Man kann natürlich hinsehen und mit Krokodilstränen beklagen, dass das Programm schon überzeichnet ist. Man kann sagen, es sei mehr oder minder schlecht, unzureichend und dergleichen mehr. Aber, meine Damen und Herren, wenn ein Jahr nach Einführung des Programms in der Mitte des zweiten Jahres das Programm überzeichnet ist, ist dies eine Erfolgsgeschichte. Ja hätten Sie es denn lieber, wir würden nichts tun?

(Abg. Drexler SPD: Nein, das ist nicht die Alternative! Das ist Blödsinn!)

Das ist doch die Alternative.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch keine Alternative!)

Das ist doch im Augenblick die unausgesprochene Alternative.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Abg. Hauk CDU: Ja, gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Kollege Hauk, was antworten Sie denn einem Bürgermeister aus Ihrem Wahlkreis, der Ihnen einen Brief schreibt, in dem er mitteilt, er habe sich für das Programm „Klimaschutz-Plus“ beworben, habe aber festgestellt, dass bereits im Juni 2003 sämtliche Mittel ausgegeben seien und das Programm erst 2004 wieder aufgelegt werde? Welche Antwort geben Sie, damit der Bürgermeister zufrieden ist?

(Unruhe)

Abg. Hauk CDU: Es geht nicht um die Zufriedenheit von Bürgermeistern, sondern es geht darum, welchen Nutzen wir mit dem eingesetzten Kapital erreichen.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU)

Herr Kollege Caroli, die Mittel sind begrenzt. Sie betreiben wieder einmal eine sektorale Sichtweise nach dem Motto „Jetzt schauen wir uns einmal den Klimaschutz losgelöst von allen anderen Haushaltsbaustellen und vom Gesamthaushalt an, und dort wollen wir einmal sehen“. Wenn es halt zu ist, ist es zu. Dann gibt es kein Geld mehr. Dann muss ein Interessent entweder ohne Zuschuss investieren oder warten. Das ist ganz einfach.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre kein Problem. Ich wollte diese Baustelle nicht aufmachen, aber Sie haben sie aufgemacht. Ich sage es deshalb noch einmal: Die Gestaltung der Einnahmeseite des Landeshaushalts liegt nur in den langfristigen Parametern beim Land selbst. Da sind Sie originär in der Bundespolitik gefordert. Wer eine sträfliche Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik betreibt,

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Steuer abgelehnt? Sie haben doch das im Bundesrat abgelehnt! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

der braucht hier nicht hinzustehen und Krokodilstränen zu weinen, wenn es darum geht, dass wir auf der Einnahmeseite und damit auch auf der Ausgabenseite Beschränkungen unterworfen sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das werden wir wieder dafür einsetzen! Mein lieber Gott!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Umweltminister Müller.

(Unruhe – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Caroli: Nur noch sechs Minuten! Das ist ja viel zu wenig! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Sechs Minuten! Da kannst du alles sagen, wenn du was weißt!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir geht es so wie dem Herrn Kollegen Walter: Ich finde es auch bemerkenswert, dass ein Thema mit so eindeutigem Umweltbezug einmal Punkt 1 der Tagesordnung ist. Das kommt nicht alle Tage vor. Es ist ein wichtiges Thema, und es bleibt ein wichtiges Thema.

(Minister Müller)

Wenn man sich zunächst einmal den Rahmen um Baden-Württemberg herum anschaut, dann muss man sagen: Dieser Rahmen ist problematisch. Das Kioto-Protokoll ist nicht unterzeichnet. Es fehlen bislang die Unterschriften der USA und Russlands. Vielleicht kriegen wir das hin.

Die Verpflichtungen der Europäischen Union, auf eine Reduktion um insgesamt 8 % zu kommen, sind nicht erfüllt. Derzeit ist lediglich eine Reduktion um 2,3 % erreicht.

Bei der Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist, den CO₂-Ausstoß um 21 % zu reduzieren, liegen wir sehr viel besser. Wir haben nämlich bislang um 18 % reduziert. Ich erlaube mir zu bemerken, dass die Aufgabenstellung – nämlich um 21 % zu reduzieren – schon vor 1998 erfolgt war und dass der größte Teil der Wegstrecke dahin 1998 bereits zurückgelegt war.

Daraus mögen Sie eines sehen – und das sollten wir in einer kontroversen Debatte, die wir ja auch hier erlebt haben, einmal festhalten –: Wir haben nach wie vor in der Bundesrepublik Deutschland einen Klimaschutzpolitischen Grundkonsens, der über die Jahre hinweg und über die Parteien hinweg hält. Deswegen sind beispielsweise die Verpflichtungen, die die seinerzeitige Bundesregierung in den Neunzigerjahren eingegangen ist, von der neuen Bundesregierung fortgeführt worden. Wir stehen zu den Maßnahmen, die dafür erforderlich sind. Das merken Sie auch daran, dass alle internationalen Verträge, die die Bundesrepublik eingehen will, im Deutschen Bundestag unumstritten sind.

Mir wäre es lieb, wenn wir auch hier im Hause zu einem ähnlichen Grundkonsens kommen könnten. Denn wir sind uns in dem Ziel und über die Notwendigkeit, etwas für den Klimaschutz zu tun, einig.

Wenn ich mir jetzt die Debatte hier im Hause, meine Damen und Herren, und auch die Pressemitteilungen und die sonstigen öffentlichen Debatten zu diesem Thema anschau, dann habe ich den Eindruck, dass Klimaschutzpolitik aus Landessicht für die SPD und die Grünen in diesem Hause im Prinzip aus drei Fragen besteht: Erstens: Wie viel Geld gebt ihr aus? Zweitens: Wie viele Windräder habt ihr? Drittens: Wie viele kleine Wasserkraftwerke habt ihr? Da kann ich nur sagen: Das ist eine starke Verengung.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das stimmt doch gar nicht!
– Abg. Walter GRÜNE: Die Rede wurde aber auch schon geschrieben, bevor ich geredet habe!)

Das sind genau die Dinge, die Sie permanent thematisieren und die Sie auch hier thematisiert haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Er hat doch etwas ganz anderes gesagt! – Abg. Walter GRÜNE: Ich habe etwas ganz anderes gesagt!)

Das ist eine starke Verengung, eine Reduzierung der Fragestellungen im Verhältnis zu dem, was eigentlich zu beantworten ist. Was sind denn die wirklichen Fragen? Die wirkliche Frage lautet nicht: Wie viel Subventionen geben wir? Die wirkliche Frage lautet vielmehr: Haben wir die richtigen Spielregeln? Konzentrieren wir uns auf die großen Felder? Konzentrieren wir uns auf die Internationalisierung der Klimaschutzpolitik?

Bei den regenerativen Energien muss man eines einmal ganz einfach sehen: Regenerative Energien sind immer standortabhängig. Das heißt, das, was am einen Standort geeignet ist, muss nicht auch am anderen Standort geeignet sein. Das gilt beispielsweise bei der Windkraft im Verhältnis zwischen den norddeutschen und den süddeutschen Ländern, und es gilt umgekehrt bei der Großen Wasserkraft im Verhältnis der süddeutschen Länder zu den norddeutschen Ländern.

Bei den regenerativen Energien muss man auch sehen: Sie sind jedes Mal mit ökologischen Problemen und Nachteilen verbunden. Wer jetzt meint, man könne die simple Gleichung aufmachen: „Je mehr Windräder wir haben, desto besser ist das für die regenerativen Energien“, der verkennt die ökologischen Dilemmata, in denen man auch bei der Windkraft ist, und der verkennt im Übrigen, dass wir uns hier über Stellen hinter dem Komma streiten.

Wenn Sie die Windkraftpolitik der Landesregierung attackieren, dann will ich Ihnen nur einmal ganz einfach sagen: Wir haben im Landesplanungsgesetz jetzt das umgesetzt, was beispielsweise der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben schon vor Jahren gemacht hat. Er hat nämlich bestimmte Gebiete positiv oder negativ ausgewiesen. Das haben wir auf das ganze Land übertragen.

Das Thema Windkraft eignet sich nicht als Stellvertreterkrieg für die Glaubwürdigkeit der Klimaschutzpolitik. Andere Fragen sind wichtiger.

Wir selbst konzentrieren uns in unserer Klimaschutzpolitik – bei Anerkennung derselben Ziele, die die Bundesrepublik übernommen hat, heruntergebrochen auf das Land Baden-Württemberg – auf den Versuch, effiziente Förderprogramme zu installieren, die Anwendungen marktwirtschaftlicher Instrumente – Stichwort Emissionshandel, Stichwort Quotenhandelsmodell – durchzusetzen, soweit das ein Bundesland tun kann – das kann es nur bedingt –, die Forschung und Entwicklung voranzutreiben, bei der wir bekanntermaßen bundesweit führend sind, und – ich sage es einmal so – ein Stück Bewusstseinsbildung für den Klimaschutz und für den Umweltschutz von den Schulen über die verschiedenen Akteure – ob das jetzt der Verkehrsteilnehmer, der Hausbesitzer oder wer auch immer ist – zu schaffen. Dabei müssen wir sehen, dass wir vonseiten eines Bundeslands nur beschränkte Möglichkeiten haben. Wir haben zwar dieselben Ziele, aber wir haben nicht die dieselben Möglichkeiten, die Ziele zu realisieren. Wir müssen auch den Zeithorizont sehen und die Betrachtung weit über das Jahr 2010 hinaus – das ist ja üblicherweise so eine Zielmarke – richten. Deswegen ist uns die Forschungspolitik, etwa im Bereich der Brennstoffzelle, ein so wichtiges Anliegen.

Wir haben selber als Bundesland bei den eigenen Gebäuden eine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Dazu sage ich einmal etwas Positives und etwas Selbstkritisches. Positiv schaut es beispielsweise bei der Kraft-Wärme-Kopplung in öffentlichen Gebäuden Baden-Württembergs aus. Nicht so gut schaut es bislang bei der Sanierung des Gebäudebestands der öffentlichen Gebäude aus.

Wir versuchen zu kooperieren zwischen dem Land auf der einen Seite und den Akteuren, den Kommunen, der Wirt-

(Minister Müller)

schaft und dem Bürger auf der anderen Seite. Wir versuchen sozusagen, mit Motivation und Information das zu erreichen, was wir durch den Staat allein und auch durch Subventionen allein nie erreichen können, nämlich dass die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit von Klimaschutz als eine Aufgabe von jedem anerkannt werden.

Wenn ich mir die großen klimaschutzpolitischen „Brocken“ aufseiten des Bundes ansehe, dann meine ich: Da ist nicht alles schwarz in schwarz, was die Bundesregierung getan hat. Da kann man ein sehr differenziertes Bild malen. Ich will aber doch darauf verweisen, dass wir es natürlich an einigen wirklichen Großbaustellen mit einer Politik der Bundesregierung zu tun haben, die ich kritisch hinterfragen würde. Bei anderen Stellen ist es anders. Ich sage das einmal in aller Kürze.

Nehmen Sie das Beispiel „Ausstieg aus der Kernkraft“ in Bezug auf Baden-Württemberg. Der Ausstieg aus der Kernkraft wird uns – sehr schnell, nämlich irgendwann im Jahr 2005 – durch das Abschalten des Reaktors Obrigheim zusätzlich 1 Million Tonnen CO₂ beschern, entweder hier in Baden-Württemberg oder irgendwo anders, weil wir ja die entsprechende Strommenge beziehen müssen. Wenn die Abschaltung des Reaktors Neckarwestheim hinzukommt, werden plötzlich 3 Millionen Tonnen CO₂ mehr als heute emittiert. Wenn Sie diese Zahlen einschätzen wollen, dann müssen Sie das mit dem Aufwand vergleichen, mit dem wir Zehntausende, Hunderttausende Tonnen CO₂ einsparen. Das heißt: Mit einem Federstrich wird hier zunächst einmal das Klimaschutzproblem verschärft. Anschließend müssen wir versuchen, an vielen Stellen mit großem Aufwand das wieder auszugleichen, um auch nur auf plus/minus null zu kommen oder gar eine Verbesserung zu erreichen.

Zum Zweiten denke ich beispielsweise an das Thema Ökosteuer. Die Ökosteuer wäre ja als eine europaweite, meinetwegen auch deutschlandweite CO₂-Abgabe sinnvoll. Das war übrigens die Position von Wolfgang Schäuble. Es wird ja immer mal wieder gesagt: Ihr wolltet das auch.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist passiert bisher?)

Er wollte etwas ganz Spezifisches: Er wollte eine CO₂-Abgabe. Die Ökosteuer hat diesen Weg verbaut. Hier werden dem Bürger 34 Milliarden DM, 17 Milliarden €, abverlangt, ohne dass sich ökologisch auf der Erhebungsseite oder auf der Verwendungsseite irgendetwas getan hätte.

Das EEG, das Energieeinsparungsgesetz des Bundes, ist bereits ein Fall, bei dem Licht und Schatten sozusagen im selben Gesetz angelegt sind. Es ist ja im Prinzip die Fortführung eines Gesetzes, das wir selber Anfang der Neunzigerjahre erlassen haben, mit dem man regenerative Strommenen durch Subventionen in den Markt bringen will. Der Grundgedanke ist richtig, aber die Anlage des EEG ist so, dass es innovationsfeindlich und ineffektiv ist, dass es viele Mitnahmeeffekte gibt, dass es ein hübsches Steuersparmodell ist, aber dass es nicht das Maß an Effizienz hat, das man erreichen will, wenn man ehrgeizige Ziele hat. Die Bundesregierung hat das ja selbst erkannt und will das EEG mittlerweile novellieren. Wir sagen beispielsweise: Baut die weniger effektiven Instrumente ab, seid etwas marktnäher

und nehmt die Große Wasserkraft mit hinein. Das sind Elemente einer entsprechenden Förderpolitik.

Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz des Bundes war von vornherein auf die Stabilisierung der vorhandenen Investitionen angelegt. Es ist damit kein Zubau ausgelöst worden, sondern es sind die vorhandenen Investitionen geschützt worden. Es war ein Gesetz zum Schutz vor, wie man so schön sagt, Stranded Investments. Das heißt, hier ist durch das KWK-Gesetz viel Geld ausgegeben worden, ohne dass etwas dazugekommen ist.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das Thema lautet: Klimaschutz in Baden-Württemberg!)

Auch das ist ja mittlerweile erkannt worden.

Ich sage Ihnen jetzt einmal etwas Positives, was mir an der Bundesregierung gefällt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir sind gespannt!)

Das haben wir auch unterstützt, und wir profitieren auch davon. Wieso sollte man das nicht genauso gut in einer differenzierten Darstellung sagen?

Das ist erstens das Thema Energieeinsparverordnung, ein mutiges, ein wichtiges Gesetz, dem wir im Bundesrat logischerweise auch zugestimmt haben.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

„Mutig“ sage ich deswegen, weil es immerhin auch an den Altbaubestand herangeht und nicht nur an den Neubau. Das ist ein völlig richtiger Ansatz. Es ist zum Zweiten auch der erhebliche Geldbetrag – das kann man wirklich anerkennend sagen –, den die Bundesregierung in die Förderprogramme für Altbausanierung steckt. Das sind sicher Dinge, bei denen Sie gut liegen.

Aber bevor Sie zu übermütig werden, meine Damen und Herren, will ich Ihnen doch an einem Punkt noch einmal deutlich machen: Die simple Gleichung: „Ich muss sozusagen ein bisschen etwas für die Windräder und ein bisschen etwas für die kleinen Wasserkraftwerke tun und muss noch ein paar Förderprogramme haben, dann habe ich alles für den Klimaschutz getan“ stimmt nicht. Schauen Sie sich einmal an, was heute bei der Kohleförderung geschieht – nicht nur bei der Kohleförderung, sondern auch beim Aufbau von Kohlekraftwerken in Ostdeutschland –, und zwar aus wirtschaftspolitischen Gründen, wobei es um die Braunkohle geht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: In CDU-geführten Ländern!)

– Ja, aber mit welchen Programmen und mit welcher Konzeption?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und gegen den Willen des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt! Reden Sie einmal mit dem!)

– Ja, ja.

Das alles sind die Dinge, die von der Bundesregierung gefördert, gestützt und getragen werden.

(Minister Müller)

Aber jetzt nehme ich einmal Nordrhein-Westfalen, ganz konkret. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass ein gewisses Spannungsverhältnis darin besteht, auf der einen Seite Kohlesubventionen zu haben und auf der anderen Seite den Ausstoß von Kohlendioxid bekämpfen zu wollen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Da sind wir uns vor allem mit den Grünen einig. Ich kann mich noch genau erinnern, was damals, als die frühere Bundesregierung Kohlesubventionen abbauen wollte, im Ruhrgebiet los war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

„Das Ruhrgebiet brennt“ – das war damals das Motto der SPD beim Protest gegen den Subventionsabbau. Sie haben ja Ihre Probleme zwischen Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen mit Garzweiler usw.

Jetzt sage ich Ihnen einmal ganz simpel das neueste Beispiel: Clement als derjenige, der sozusagen der Schutzvater der heimischen Kohle ist, verhindert, dass ein modernes Gas- und Dampfturbinenkraftwerk für 500 Millionen € in NRW gebaut werden kann. Der „Spiegel“ schreibt dazu am 5. Mai 2003:

Weil Superminister Clement sich als Schutzpatron der heimischen Kohle versteht, haben umweltfreundliche Gaskraftwerke in Deutschland kaum eine Chance. Der Widerstand im Namen der Kohle richtet sich gegen die derzeit effizienteste Form der Stromerzeugung.

Das gehört auch zur Wahrheit und zur Wirklichkeit, wenn man hier Bilder von den Guten und den Schlechten zeichnet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auf der einen Seite kommt von den Grünen sozusagen das Motto „Windkraft statt Kernkraft“ und auf der anderen Seite vonseiten der SPD das Motto „Kohle statt regenerative Energien“.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich würde hier ein bisschen differenzierter argumentieren. Ich versuche das zu tun.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Fangen Sie doch nicht mit solchen Feindbildern an!)

Jetzt will ich Ihnen in aller Kürze zum Schluss noch etwas über die Klimaschutzpolitik des Landes sagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist das eigentliche Thema!)

– Ja, ja, man muss aber einmal sehen, wie das Gemälde eigentlich insgesamt ist.

Ich wollte Ihnen deutlich machen, was die großen Baustellen sind und was die eigentlichen Instrumente sind, dass dafür im Prinzip logischerweise die Zuständigkeit aufseiten des Bundes liegt und dass ich mir überlegen muss, was ich eigentlich auf diesem Feld tue,

(Abg. Schmiedel SPD: Wie viele tolle Gaskraftwerke haben wir denn in Baden-Württemberg? – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Kein einziges!)

was das Förderprogramm des Landes anbelangt. Da war ja jetzt interessanterweise ein Vergleich zwischen dem 100 000-Dächer-Programm und unserem Programm „Klimaschutz-Plus“ angestellt worden.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist völlig abwegig!)

Jetzt will ich Ihnen einmal nur von den Zahlen her, einfach vom Geld her, Folgendes sagen: Wenn man die beiden Programme miteinander vergleicht, schneiden wir verdammt gut ab.

(Abg. Walter GRÜNE: Das kann man doch nicht vergleichen! Das sind doch zwei völlig verschiedene Dinge!)

– Ja, aber beide Programme verfolgen dasselbe Ziel. Sie wollten CO₂ einsparen, und wir wollen CO₂ einsparen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist ein Markteinführungsprogramm! Das war von vornherein anders geplant! Weltweit das beste!)

Das ist Ihnen mittlerweile peinlich, weil Sie sehen, dass es vielleicht nicht die intelligenteste Methode war, eine Milliarde Mark für die ineffizienteste Alternativtechnologie auszugeben. Das ist wohl wahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Caroli, Sie haben vorhin Herrn Kollegen Hauk gefragt: Was würden Sie machen, wenn ein Bürgermeister Ihnen sagt, es gebe kein Geld mehr?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Genau!)

Ich kann Ihnen dazu sagen: Lesen Sie die heutige Zeitung. Das 100 000-Dächer-Programm wird zum 30. Juni dieses Jahres endgültig eingestellt. Unser Programm geht im nächsten Jahr weiter. Ich würde den Bürgermeister darauf verweisen, er solle doch bitte noch ein halbes Jahr warten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Sehr gut! Der Walter ist nicht gut informiert! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Sie haben die beiden Programme miteinander verglichen.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie haben das getan!)

Ich sage einmal ganz einfach: Der Bund hat schon länger gefördert und hört jetzt mit der Förderung auf. Wir haben mit der Förderung etwas später angefangen und führen sie weiter.

(Abg. Walter GRÜNE: Werden Sie das neue EEG mittragen?)

Wenn man jetzt einfach einmal die Finanzbewegungen miteinander vergleicht, kommt man zum Ergebnis: Sie haben beim 100 000-Dächer-Programm in fünf Jahren 500 Millionen € ausgegeben; das sind pro Jahr 100 Millionen €. Für den Bundshaushalt, den ich schlecht mit einem Landeshaushalt vergleichen kann, ist das in der Proportion ungefähr so, als wenn wir 10 Millionen € für das Programm

(Minister Müller)

„Klimaschutz-Plus“ ausgeben würden. Dabei tun wir nicht allein das, sondern noch vieles weitere an anderen Stellen. Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum tut etwas mit dem Energieholzprogramm. Das Wirtschaftsministerium tut etwas zur Altbausanierung. Und so könnte man noch manches aufzählen, wenn man vergleichen will.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn ich zur gleichen Zeit feststelle, dass unser Programm pro eingesparter Tonne CO₂ fünfmal so effektiv ist, muss ich sagen: Wir können uns wieder einigermaßen blicken lassen. Dabei will ich nicht bestreiten, dass es mir lieb wäre, wenn wir noch mehr Geld hätten. Aber welcher Minister hätte für seine Aufgaben nicht lieber mehr Geld?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Umweltminister, ist Ihnen bekannt, dass das 100 000-Dächer-Programm Ende Juni dieses Jahres keineswegs ersatzlos ausläuft, sondern dass es eine klare Aussage aus dem Bundesumweltministerium gibt, dass das EEG entsprechend angepasst wird, um das Auslaufen des 100 000-Dächer-Programms zu kompensieren?

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das ist jetzt die politische Darstellung, wenn man etwas beendet.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist eine sachgerechte Darstellung! – Abg. Walter GRÜNE: Natürlich ist es so!)

Das EEG gibt es auch bislang schon, insofern ist das keine Ersatzmaßnahme. Dass es beim EEG Novellierungsbedarf gibt, zeigt auch meine Kritik am EEG, und auch die Bundesregierung hat das mittlerweile erkannt. Ich stelle schlicht fest: Ein Programm fällt weg, und man führt – sozusagen als Ersatz – etwas an, das man bisher ohnehin schon hatte. Eine Kompensation ist das also nicht. Ich würde das schon in gewisser Weise als einen Etikettenschwindel bezeichnen.

Aber ich will die Klimaschutzpolitik des Bundes, wie gesagt, nicht nur kritisieren. Es gibt durchaus positive Elemente. Wenn Sie mich fragen – ich habe das vorhin auch gesagt –: Mir wäre es lieber, wir hätten in unserem Programm „Klimaschutz-Plus“ nicht nur 10 Millionen € – oder 9 Millionen €, um es exakt zu sagen –, sondern wir hätten noch mehr. Einverstanden.

Aber ich sage Ihnen bloß einmal als Beispiel: Unter den vielen Sparauflagen, die ich jetzt habe, sind Bewirtschaftungsmaßnahmen und globale Minderausgaben. Aber dieses Programm halten wir zu 100 % ohne jede Kürzung durch. Wir sind sozusagen überholt worden durch die Wirksamkeit und Akzeptanz dieses Programms. Es ist stark in Anspruch genommen worden, und das ist der Grund, weshalb uns so

schnell „die Kasse geräubert“ worden ist. Es ist ein intelligentes Programm. Es ist ein effizientes und ein pragmatisches Programm. Wir fördern nicht irgendwelche Modetechnologien – der eine wendet sich dem zu, der andere jenem –, sondern wir haben stattdessen einfach gesagt: Wir fördern die eingesparte Tonne CO₂ unabhängig davon, wo sie eingespart wird.

(Glocke des Präsidenten)

Das Interessante ist: Wir haben damit die effizientesten Maßnahmen gefördert – übrigens in einem Bereich, mit dem wir gar nicht gerechnet haben –, weil wir auf den intelligenten Suchprozess des Marktes gesetzt haben. Und siehe da: Es kam etwas heraus, mit dem wir nicht rechnet. Der größte Teil der Fördermittel ging in den Bau kleiner Blockheizkraftwerke bei Gewerbebetrieben. Wenn das die effektivste Maßnahme ist

(Glocke des Präsidenten)

– sofort –, dann haben wir, à la bonne heure, mit wenig Geld relativ viel erreicht. Es wäre mir recht, wenn dieser Pragmatismus in der Klimaschutzpolitik allseits Platz greifen würde.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

(Abg. Seimetz CDU: Sehr wissbegierig!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Walter.

(Abg. Wieser CDU: Aber keinen Vortrag, sondern eine Frage!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Minister, teilen Sie meine Auffassung, dass das 100 000-Dächer-Programm ein ökonomisches Programm zur Markteinführung einer neuen Technologie ist und deswegen nicht mit dem Programm „Klimaschutz-Plus“ verglichen werden kann?

Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass das Forschungszentrum Jülich in einer Studie herausgefunden hat, dass das CO₂-Minderungsprogramm das weltweit beste ist, das bisher in diesem Bereich vorgelegt wurde? Wie kommen Sie dann zu der Aussage, Ihre Maßnahmen in Baden-Württemberg seien vergleichbar?

(Abg. Wieser CDU: Weil wir besser sind!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Wenn es ein ökonomisches Programm, ein Programm zur Wirtschaftsförderung sein soll, dann gilt der Vorwurf der relativen Ineffizienz natürlich erst recht.

(Abg. Walter GRÜNE: Nein!)

Etwas, was mit viel Geld wenig bewirkt, ist weder ökologisch noch ökonomisch.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: 120 000 Arbeitsplätze in vier Jahren!)

(Minister Müller)

Mit dieser Milliarde Euro hätte man mehr machen können. Das sage ich ganz simpel. Aber Sie stellen es ja nicht umsonst ein; ich verstehe das ja. Ich will das überhaupt nicht kritisieren. Ich bin sehr dafür, dass man eine Milliarde für CO₂-Minderung ausgibt. Aber ich hätte sie intelligenter eingesetzt, als das der Fall war. Wenn es in einer Studie heißt, dies sei das tollste Programm, dann sage ich: Okay, Studien sind geduldig. Ich weiß es nicht. Ich glaube, dass unsere Politik sich nicht am Weltmaßstab messen lassen muss. Das ist auch gar nicht nötig, und das ist auch nicht Gegenstand der Landespolitik. Aber ich glaube, dass das, was wir tun, nicht ganz doof ist, um es einmal so zu sagen. Es ist effektiv, es ist pragmatisch.

Jetzt will ich Ihnen nur noch einmal die anderen Baustellen, an denen wir tätig sind, ergänzend dazu nennen. Denn ich möchte nicht denselben Fehler begehen, den man in der Debatte generell gerne macht, indem man nämlich sagt: „Wie viele Millionen gebt ihr aus? Wenn ihr viele Millionen ausgeben, ist es gut; wenn ihr wenige Millionen ausgeben, ist es schlecht.“ Die Spielregeln sind das Entscheidende. Deswegen sage ich Ihnen: Wir sind dabei, bis zum Ende dieses Jahres ein neues Klimaschutzkonzept zu entwickeln. Wir haben vom Nachhaltigkeitsbeirat unseres Ministeriums einen Vorschlag zum Klimaschutz bekommen. Wissen Sie, worauf der sich bezieht? Er bezieht sich nur auf die internationale Klimaschutzpolitik. Denn das sind die großen Baustellen, auf die wir uns konzentrieren müssen, bei denen wir innerhalb der Bundesrepublik Verständnis entwickeln müssen und bei denen wir Instrumente schaffen müssen. Ich sage Ihnen, dass wir beispielsweise beim Thema Emissionshandel – das ist ein etwas kompliziertes Thema, und deswegen wird das in der Öffentlichkeit nicht so wahrgenommen – zu den führenden Bundesländern gehören und dass wir mit unseren Planspielen Einfluss auf das genommen haben, was auf Bundesebene geschieht. Ich meine, dass wir uns damit sehen lassen können.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister Müller, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister Müller, Sie haben soeben ausgeführt, dass die effizienteste Form der Förderung bei kleinen Blockheizkraftwerken in Industriebetrieben liegt. Können Sie mir erklären, wie diese Erkenntnis zu der Tatsache passt, dass es nach sieben Jahren noch immer nicht möglich ist, ein in Landeseigentum befindliches Heizwerk an der Universität Tübingen mit einer Turbine auszurüsten, um dort Strom zu erzeugen, was eine Einsparung von 10 000 Tonnen CO₂ pro Jahr bewirken würde und was nach Berechnungen der Stadtwerke Tübingen keiner Zuschüsse bedarf? Können Sie mir erklären, warum das Finanzministerium hier keine Maßnahmen ergreift?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich habe ja vorhin gesagt, dass wir bei den landeseigenen Gebäuden in Baden-Württemberg im Prinzip folgende Situation haben: Wir haben eine relativ gute Ausstattung, was Kraft-Wärme-Kopplung anbelangt. Wir haben keine so gute Ausstattung, was die Gebäudesanierung anbelangt. Ich habe sozusagen Licht und Schatten nebeneinander gestellt, weil man übli-

cherweise energetische Sanierung immer in Verbindung mit einer allgemeinen Gebäudesanierung macht; andernfalls wäre sie ineffektiv.

Was Sie hier am Beispiel der Universität Tübingen beschreiben, ist die Ausnahme von der Regel. Es ist eine dauerliche Ausnahme. Mir wäre es auch lieber, es würde gemacht werden. Aber insgesamt sehen wir bei den landeseigenen Gebäuden relativ gut aus.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Darf ich das als Unterstützung für diese Maßnahme werten?)

– Sie können immer davon ausgehen: Wenn ich etwas begrüße, dann begrüße ich es nicht nur Ihnen gegenüber, sondern jedermann gegenüber.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke schön! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt will ich nur drei kleine Bemerkungen zu dem Thema Verkehrspolitik machen, drei kleine Hinweise geben, weil der Verkehr immerhin ein Drittel aller CO₂-Emissionen produziert.

Erstens: Es gibt kaum ein Bundesland – ich habe es jetzt nicht statistisch genau im Kopf, aber ich bin mir nahezu sicher –, dessen Steigerungsraten im öffentlichen Verkehr so groß waren wie bei uns in Baden-Württemberg. Wir haben da viel Geld hineingesteckt. Das ist zum Teil Geld des Bundes.

(Abg. Walter GRÜNE: Ausschließlich Geld des Bundes!)

Das geschieht auf der Basis der Bahnreform, die wir seinerzeit noch gemacht haben; das nur einmal nebenbei. Mittlerweile sind die Bundesmittel gekürzt worden; das auch nur nebenbei.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das sind sie nicht!)

Aber wir haben die Mittel sehr effektiv eingesetzt mit der Folge, dass wir heute ein Schienenverkehrsangebot haben, das in der Größenordnung um 35 % über dem von 1995 liegt.

Ich habe am letzten Sonntag bei der Bodensee-Oberschwaben-Bahn gesprochen, die zehn Jahre alt geworden ist. Sie ist übrigens schon vor der Bahnreform installiert worden.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich habe dort gesagt, dass wir allein aus dem Landeshaushalt jede einzelne Fahrt auf diesem Bähnle mit 4 € subventionieren. 8 DM geben wir für jede Fahrt aus. Das ist eigentlich gar nichts Atypisches, sondern ich habe das nur einmal an diesem praktischen Beispiel verdeutlicht. Wir geben für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ungemein viel Geld aus.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister Müller, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein! Jetzt ist Schluss!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich schlage vor, dass das die letzte ist. Einverstanden?

Abg. Dr. Caroli SPD: Ich bitte um Nachsicht. Ich hatte mich schon gemeldet, als Sie noch nicht den Verkehrsteil angesprochen hatten. Deswegen noch die Frage: Wenn Sie ein neues Klimaschutzkonzept, wie ich vorhin gehört habe, bis Ende des Jahres anvisieren, welche Rolle spielt dabei die Geothermie, die Sie bisher vernachlässigt haben?

(Abg. Göschel SPD: Gute Frage!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das kann ich heute noch nicht genau sagen. Das wird selbstverständlich dann in dem Programm enthalten sein. Die Geothermie hat sozusagen ein hohes theoretisches Potenzial. Die Frage ist aber, ob und zu welchen ökonomischen Bedingungen sie lokal an der richtigen Stelle einsetzbar ist. Die Geothermie ist im Prinzip ein nahezu unerschöpfliches Potenzial, ein der Sonnenenergie vergleichbares theoretisches Potenzial. Die Frage wird aber sein, was man davon lokal bezogen ökonomisch einsetzen kann.

Lassen Sie mich zum Verkehr eine dritte Zahl nennen. Die erste betraf die größten Steigerungsraten bei uns im Schienenpersonennahverkehr, die zweite das Beispiel, dass wir jede Fahrt im Bereich Ravensburg/Weingarten mit 4 € subventionieren.

Das dritte Beispiel: Nennen Sie mir bitte ein einziges Bundesland, das bereit ist, bei einem Schienenverkehrsprojekt 500 Millionen € aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen, damit dieses Schienenverkehrsprojekt schneller verwirklicht wird. Ich beziehe mich auf unsere Zusage, die Strecke zwischen Stuttgart und Ulm vorzufinanzieren. Welches Bundesland nimmt 500 Millionen € in die Hand, um ein Schienenverkehrsprojekt, für das der Bund allein zuständig ist, schneller zu verwirklichen? Ich glaube, Sie können kein zweites nennen – es gibt kein zweites –, und ich bin daran interessiert, dass es bei diesem Projekt vorangeht.

Meine Damen und Herren, zum Schluss eine ganz simple Feststellung: Der CO₂-Ausstoß pro Kopf beträgt in Baden-Württemberg ungefähr 7 Tonnen, im Bundesgebiet 11 Tonnen. So schlecht kann es mit der Klimapolitik des Landes also nicht bestellt gewesen sein.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Das hängt damit zusammen, dass wir Erholungs- und Urlaubsland sind, Herr Minister! Sie können doch nicht Baden-Württemberg mit Nordrhein-Westfalen vergleichen!)

Das muss man einfach einmal feststellen. Das hängt natürlich mit der Industriestruktur und mit unserer Energiestruktur zusammen. Sie wollen aber die Energiestruktur verändern, indem Sie aus der Kernkraft aussteigen.

(Abg. Walter GRÜNE: Genau so ist es!)

Ich finde es gut, dass wir relativ besser sind als der Bund, aber mir reicht das nicht gemessen an der Größe der Aufgabe. Ich hoffe, dass wir das, was ich vorhin als energiepolitischen Konsens beschrieben habe, möglichst in diesem Hause erreichen, einen klimaschutzpolitischen Konsens, einen

energiepolitischen Konsens im Interesse der Menschheitsaufgabe Klimaschutz, vor der wir noch Jahre und Jahrzehnte stehen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind ausgeschöpft. Die Diskussion ist damit beendet.

Da es sich um einen Berichtsantrag handelt, ist der Antrag mit dieser Aussprache erledigt und damit auch Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs – Drucksache 13/2008 (Berichtigte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ausbleibende Reformen in weiten Bereichen der dualen Ausbildung und die über Jahrzehnte abnehmende Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft führten notwendigerweise in ganz Deutschland zu einer Verlagerung von Bildungsressourcen für die berufsschulpflichtigen Jugendlichen hin zu staatlichen Angeboten. Ein Mangel an Ausbildungsplätzen in den zurückliegenden Jahrzehnten führte zum Ausbau von beruflichen Vollzeitschulen. Es ist letztlich ein Skandal, dass in Baden-Württemberg nur noch 23 % aller Betriebe überhaupt ausbilden.

Aus dieser Entwicklung heraus und in der Verantwortung für die beruflichen Zukunftschancen unserer Jugendlichen hätte die Landesregierung diesen Ausbau fortsetzen und das System der beruflichen Vollzeitschulen in das duale System der Berufsausbildung vernetzen müssen. Was ist in diesem Falle geschehen? Das Gegenteil bzw. nichts!

Seit Monaten drängen nun Schülerinnen und Schüler in einem bisher nicht da gewesenen Ausmaß an die beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere an berufliche Gymnasien und Berufskollegs. Eine Erhebung zu dem vorliegenden Antrag ergab – das müssen Sie sich einmal vorstellen –, dass sich über 60 000 Bewerber auf die 31 000 Plätze, die in diesen beiden Schularten zur Verfügung stehen, bewerben. Selbst unter Einbeziehung der üblichen 10 bis 20 % Doppelbewerbungen ist das Angebot von 20 zusätzlichen Poolklassen – das ergibt gerade mal 600 Plätze –, das Sie bisher gemacht haben, eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der SPD)

Während sich beispielsweise in Schorndorf 125 Bewerber mit guten Notendurchschnitten Sorgen um ihre Aufnahme in das Berufskolleg „Technik und Medien“ machen, streicht ihnen das Kultusministerium ohne jeden Skrupel noch eine

(Wintruff)

der beiden bestehenden Klassen bzw. verlagert sie nach Stuttgart, um dort ein noch größeres Loch zu stopfen.

(Abg. Zeller SPD: Unmöglich so etwas!)

Der sich nun abzeichnende Kollaps an den beruflichen Schulen ist das Ergebnis einer Verweigerungshaltung des Kultusministeriums auf die jahrzehntelang währenden Aufforderungen von Gewerkschaften, von Lehrerverbänden und letztendlich auch von uns, von der Opposition, mehr Bildungsinvestitionen in die berufliche Bildung zu lenken.

Der Ausbau des beruflichen Vollzeitschulwesens wurde von der Regierung gestoppt. Die Zahl der Klassen und damit die Aufnahmekapazität der beruflichen Vollzeitschulen wurde gedeckelt.

(Abg. Mappus CDU: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Während nach Meinung des VLW, also des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen, kaufmännische Vollzeitschulen zu einer eigenen Qualifikation führen, die als notwendige Grundlage einer Ausbildung insgesamt wichtig ist, macht sich das Kultusministerium die irrierte Meinung zu Eigen, dass berufliche Vollzeitschulen trotz ihrer Attraktivität einen unverwünschten Nebeneffekt auf die Berufswahlentscheidung der Jugendlichen haben.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Ich zitiere einmal aus der Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport zu dem neuesten Antrag von Herrn Wacker, Drucksache 13/1878. Da heißt es:

Das Kultusministerium versucht durch eine zurückhaltende Genehmigungspraxis für neue Klassen gegenzusteuern.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Wacker CDU: Ja! – Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

Sehen Sie! Also trotz starker Schülerjahrgänge hat sich das Verhältnis auch an den allgemein bildenden Gymnasien im Vergleich zu den beruflichen Gymnasien in zehn Jahren lediglich um lächerliche 1,5 % verbessert, und selbst das nur deshalb – das sage ich Ihnen –, weil die Klassen bis zur Obergrenze aufgefüllt wurden und durch Substitution und Kapazitätsumschichtung zwischen den Fachrichtungen die Deckelung aufrechterhalten wurde.

Analysen der OECD mit der Aufforderung nach einer Erhöhung des Anteils Jugendlicher mit Hochschulabschlüssen und unsere immerwährende Forderung nach Ausbau der beruflichen Gymnasien scheitern wie immer an der bornierten Ideologie der Ministerin und ihrer Beamten.

(Beifall bei der SPD – Lachen der Ministerin Dr. Annette Schavan)

Dazu liefere ich Ihnen einmal den Originalton des Kultusministeriums.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Ich zitiere aus der Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag Drucksache 13/333:

Im Übrigen erfolgt die Einrichtung vollzeitschulischer Bildungsgänge weiterhin grundsätzlich ressourcenneutral im Wege der Substitution mit anderen Vollzeitangeboten bzw. im Rahmen der zur Verfügung stehenden Gesamtressourcen für die beruflichen Schulen.

So die Ministerin wörtlich.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja unglaublich!)

Diese eigenen Versäumnisse und die, wie zu erwarten, schlechte Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen nun, wie Sie es versuchen, allein den negativen Auswirkungen der schlechten Konjunktur und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung anzulasten,

(Abg. Blenke CDU: Das ist die Ursache! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wie immer! Ausflüchte!)

das klingt zwar nicht neu, aber eben auch ziemlich banal und enthebt die Landesregierung natürlich nicht ihrer eigenen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Wie immer! Das ist wie bei der Verwaltungsreform! Da ist es der Herr Teufel! Hier ist es die Frau Schavan! Immer billige Ausreden!)

Den Zusammenhang zwischen Konjunktur und Ausbildungsangebot der Wirtschaft bestreiten wir übrigens nicht. Fakt ist aber, Herr Seimetz, dass die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im Jahre 1991 noch 135 000 betragen hat und bis 1998 – ich habe bewusst das Datum herausgesucht – auf 78 000 heruntergegangen ist. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge hat sich ausgehend von 82 000 im Jahr 1991 kontinuierlich verringert und lag im vorigen Jahr bei 72 000. Sie sehen diese Entwicklung. Es gab – insbesondere in den Neunzigerjahren – schon immer größere Ausbildungslücken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Wirtschaft beklagt nun insbesondere, dass die in der Schule vermittelten Kompetenzen nicht für eine duale Ausbildung für zahlreiche Berufe ausreichen. In der Tat wird die Ausbildungsreife von einer außerordentlich großen Zahl von Schülern, nämlich von ca. 20 % der Schüler insgesamt, nach den Ergebnissen der PISA-Studie tatsächlich nicht erreicht. Das wollen Sie ja wohl nicht bestreiten. Dann sei aber doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage nach der Verantwortung für diesen ungenügenden Output in der Schulpolitik an Sie, Frau Ministerin, gestattet.

(Abg. Drexler SPD: Mehr als gestattet!)

Die Ursachen für eine unzureichende Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sind doch eindeutig in den Mängeln an schulischer Bildung zu sehen, deren Behebung eine Bringschuld der Sekundarstufe I ist, Frau Ministerin. Das kann man doch nicht bestreiten.

(Beifall bei der SPD)

(Wintruff)

Abschließend: Um dem Notstand an beruflichen Schulen abzuhelpen und um den vielen Jugendlichen zu helfen, die sich jetzt Sorgen um ihre Zukunft machen, weil sie weder einen geeigneten Ausbildungsplatz finden noch eine Zusage auf Aufnahme in ein berufliches Gymnasium oder Berufskolleg bekommen haben, brauchen wir jetzt eine Vielzahl zusätzlicher Klassen. Frau Ministerin, ich sage Ihnen: Lassen Sie diese Jugendlichen nicht auf der Straße stehen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie sind in der Verantwortung, und deshalb: Handeln Sie!

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zu unserem Antrag vor.

(Abg. Seimetz CDU: Jetzt kommts!)

Ich sage Ihnen vorab dazu: So etwas ist Zynismus pur.

(Beifall bei der SPD)

Noch ist die Deputatserhöhung für die Lehrerinnen und Lehrer nicht beschlossen, da will die CDU bereits diese noch nicht beschlossenen Deputate verteilen,

(Abg. Seimetz CDU: Wir sind schneller als Sie!)

und das machen Sie letzten Endes auf dem Rücken einer Lehrerschaft – gerade in den Berufsschulen –, die bereits heute mit ihrer Arbeitszeit bis an die Halskrause ausgelastet ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zu dem Antrag, der von den Grünen vorliegt, wird Frau Rastätter selbst noch etwas sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Ach so!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt auch die vom Kollegen Wintruff bereits erwähnten Änderungsanträge mit aufrufen, nämlich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2179, und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2180.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist keine Frage, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist äußerst schwierig. Die Zahl der offenen Ausbildungsstellen ist zurzeit rückläufig. Wenn wir die Zahlen vom Mai dieses Jahres mit den Zahlen vom Mai des Vorjahres vergleichen, dann haben wir bei den Ausbildungsverträgen einen Rückgang um 13,1 % zu verzeichnen. Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Situation leider weiter verschlechtert.

Die Ausbildungsbetriebe sind sehr verunsichert. Die Verunsicherung führt dazu, dass weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden und dass das Engagement nachlässt, qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber für ihren Betrieb zu suchen.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch nichts Neues!)

– Ich komme noch auf die Ursachen zu sprechen.

Die Zahl der Betriebe, die ausbilden, lässt nach. Es ist zweifelsohne so, dass in einer Phase eines guten wirtschaftlichen Klimas und in einer Phase guter Wirtschaftspolitik auch die Bereitschaft der Betriebe, über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden, zunimmt. Damit ist kausal zu belegen, meine Damen und Herren: Wo eine schlechte Bundespolitik gestaltetet wird und wo ein Reformstau ansteht, hat das drastische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig! So ist das! – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch für die Zeit Kohl! Bei Kohl war das auch so! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ich glaube, meine Damen und Herren, Ihre Unruhe belegt, dass ich mit dieser Aussage durchaus Recht habe.

(Abg. Drexler SPD: Sie kritisieren Herrn Kohl!)

Des Weiteren sind die Schulabgänger sehr verunsichert. Die Schulabgänger wählen immer häufiger den Weg der Weiterqualifizierung an unseren Berufsschulen, weil sie sich davon versprechen, zu einem späteren Zeitpunkt bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu bekommen. Dies führt zu einer größeren Nachfrage an unseren beruflichen Vollzeitschulen, dies führt aber auch zu Mehrfachbewerbungen aufgrund dieser Situation. Dies wiederum erschwert eine frühzeitige Prognose, um einen seriösen Bedarfsplan aufstellen zu können. Dennoch, meine Damen und Herren, wird die Landesregierung gemeinsam mit der CDU-Fraktion alles unternehmen, um den tatsächlichen Bedarf an zusätzlichen beruflichen Vollzeitklassen abzudecken.

Insofern muss ich Ihnen klar sagen, lieber Herr Kollege Wintruff, dass der Beschlussteil des Antrags der SPD überflüssig ist.

(Lachen des Abg. Wintruff SPD)

Er ist insofern überflüssig, als zu Beginn des neuen Schuljahrs im Bereich der Berufskollegs I und II 80 zusätzliche Klassen geschaffen werden. Darüber hinaus werden in anderen Bereichen zusätzliche berufliche Vollzeitklassen eingerichtet. Eingerechnet ist auch eine seriöse Zahl an Mehrfachbewerbungen. Sie werden sehen, meine Damen und Herren: Kein berufsschulpflichtiger Jugendlicher bleibt in Baden-Württemberg auf der Straße sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das ist bei den Zahlen doch lächerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Des Weiteren werden wir diesem System die notwendigen Ressourcen zuführen. Entsprechend den Koalitionsvereinbarungen werden in der Sommereinstellungsphase, also zu Beginn des neuen Schuljahrs, 735 Einstellungen für die Berufsschulen vorgenommen. Darin sind 240 Neustellen enthalten – allein für die Berufsschulen. Hinzu kommt der Versorgungsgewinn aus der 25. Deputatsstunde. Dies führt dazu, dass wir mehr in Bildung investieren.

(Abg. Wintruff SPD: Das wird auch höchste Zeit!)

Damit sparen wir in diesem Bereich nicht, sondern investieren mehr. Auch dies ist eine klare Botschaft am heutigen Tag, meine Damen und Herren.

(Wacker)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das hätte viel früher kommen müssen! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Vor fünf Jahren, Herr Wintruff!)

Sie haben die zurückhaltende Genehmigungspraxis angesprochen. Natürlich muss es eine zurückhaltende Genehmigungspraxis geben, weil das auch die Betriebe und die Kammern von uns erwarten. Das erste politische Ziel muss doch sein, Jugendliche unmittelbar nach ihrem Schulabschluss in das duale System überzuführen. Das heißt, derjenige Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz bekommt, wird keine berufliche Vollzeitschule besuchen. Deswegen müssen die Anstrengungen zunächst darauf konzentriert werden.

(Abg. Wintruff SPD: Ihre Anstrengungen sind doch immer erfolglos! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

Wenn diese Instrumente nichts nutzen, haben wir das alternative Instrument der beruflichen Vollzeitschulen.

Es ist dramatisch, dass wir trotz der deutlich wachsenden Schülerzahl einen drastischen Rückgang bei den beruflichen Teilzeitschulen haben. Wir verzeichnen eine bedrohliche Zunahme bei den beruflichen Vollzeitschulen. Das bedeutet, dass wir mehr Deputate einsetzen müssen, um diesen Bedarf zu decken. Die Zahlen, die ich vorgetragen habe, belegen: Wir stellen die zusätzlichen Deputate auch zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wenn die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so schlecht sind, dass der Mittelstand dadurch geschädigt wird, dann ist es umso bedrohlicher und umso bedenklicher, dass die Bundesregierung weitere Aufgaben auf unsere Berufsschulen abwälzt. Sie wissen genau, Herr Kollege Wintruff – dazu haben Sie keinen Satz gesagt –, dass wir die Landesregierung gebeten haben, in einer ergänzenden Stellungnahme aufzulisten, wo die Bundesregierung spart und wodurch zusätzliche Lasten für unsere beruflichen Vollzeitschulen entstehen.

Sie wissen, dass die Garantiefondsförderung des Bundes – das sind Sprachfördermaßnahmen vor allem für junge Spätaussiedler – Ende dieses Jahres gänzlich ausläuft.

(Abg. Wintruff SPD: Da haben Sie einen falschen Informationsstand!)

Sie wissen auch, welche Konsequenzen das haben wird: Diese Jugendlichen kommen sofort in die BVJ-Klassen. Dadurch entstehen zusätzliche Klassen und werden zusätzliche Deputate erforderlich, Klassen, die wir versorgen müssen, nur weil sich der Bund seiner Verantwortung für die Integrationspolitik entzieht und diese Aufgabe den Ländern aufbürdet. Das gehört auch zur Wahrheit. Aus diesem Grund mahne ich: Seien Sie mit Ihrer Kritik gegenüber der Landesregierung etwas zurückhaltender, und kehren Sie erst vor Ihrer eigenen Haustür!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Darüber hinaus wird die Förderung von Kursen der Arbeitsverwaltung gekürzt oder gestrichen.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Ruth Weckemann)

Dadurch entstehen zusätzliche Ausgaben, weil auch zusätzliche Anträge von Trägern gestellt werden, um Fördermittel nach dem Privatschulgesetz zu erhalten. Das ist der Beleg dafür, dass hier große Verunsicherung besteht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Wacker CDU: Eine kurze Zwischenfrage gern.

(Heiterkeit)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Zeller.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wer legt fest, was lang und was kurz ist?)

Abg. Zeller SPD: Mal sehen, ob ich Ihren Ansprüchen genügen kann.

(Abg. Seimetz CDU: Es könnte schon vorbei sein!)

Herr Wacker, ist Ihnen bekannt, dass die Arbeitsverwaltung genau auf dem gleichen Niveau des Vorjahres wiederum Förderlehrgänge anbietet?

(Abg. Schmiedel SPD: Ist nicht bekannt!)

Abg. Wacker CDU: Die Ausgaben der Arbeitsverwaltung werden sozusagen konsolidiert; das ist die Sprachregelung der Arbeitsverwaltung. Diese Sprachregelung führt dazu, dass jetzt in verstärktem Maße Anträge auf Bewilligung von Ersatzmaßnahmen, die nach dem Privatschulgesetz gefördert werden sollen, beim Kultusministerium eingehen. Dies spricht dafür, dass in diesem Bereich zurzeit höchste Verunsicherung herrscht.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Am Ende werden wir dann zusätzlich die Ausgaben übernehmen, die die Arbeitsverwaltung streichen wird.

(Abg. Zeller SPD: Schlichtweg falsch, was Sie sagen!)

Meine Damen und Herren, ich muss zum Antrag der Grünen einfach sagen: Viele der darin geforderten Maßnahmen befinden sich bereits auf einem guten Weg. Deswegen stelle ich fest, dass die Kultusministerin in dieser Frage federführend für die Landesregierung mit den Handwerkskammern ein Bündnis geschlossen hat, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben – konkret auf die Schulabgänger bezogen – zu intensivieren. Es gibt eine Vereinbarung zwischen der Landesregierung und dem Landesarbeitsamt, nach der die Berufsberatung unmittelbar in den Schulen früher ansetzen soll.

Es gibt darüber hinaus – Frau Rastätter, Sie sprechen den BVJ-Bereich an – eine kontinuierliche Ausweitung der BVJ-Klassen. Ich nenne als Stichwort auch die Kooperationsklassen zwischen Hauptschule und Berufsvorbereitungsjahr. Sie wissen, dass wir diese als verbindliches Ele-

(Wacker)

ment im Schulgesetz verankern werden. Darüber werden wir nachher noch sprechen.

Sie fordern die Schaffung zusätzlicher einfacher Berufe. Dazu kann ich im Grunde immer nur das wiederholen, was wir in den vergangenen Jahren immer wieder in diesem Hause gesagt haben: Die Verantwortung für die Berufsbilder einfacher Berufe liegt beim Bund. Das ist übrigens eine Kernkompetenz, die die Bundesbildungsministerin in diesem Bereich hat.

(Abg. Wintruff SPD: Bei den Tarifpartnern, bitte!)

– Und den Tarifpartnern. Vielen Dank für den Hinweis, Herr Wintruff. Die Gewerkschaften blockieren die Schaffung einfacher Berufe für die so genannten benachteiligten Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: So ist es!)

Wir unternehmen alle Anstrengungen, um das berufliche Schulsystem in Baden-Württemberg attraktiv zu halten. Wir verhehlen aber nicht, dass die Notwendigkeit besteht, dem dualen Ausbildungsweg, der Teilzeitschule in Kooperation mit den Betrieben, Vorrang vor der Belegung der Vollzeitschulen zu geben. Das ist ein wichtiges Signal, das wir auch an unsere Betriebe senden müssen. In diesem Sinne setzen wir unsere Anstrengungen fort.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Das war wohlthuend gegenüber Wintruffs Ausführungen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schade, dass der Antrag der Grünen so spät eingegangen ist. Dennoch möchte ich dazu ein paar Takte verlieren, weil ich es für ganz wesentlich halte, Frau Kollegin Rastätter und meine Damen und Herren, dass wir das BVJ-L, also für Lernbehinderte, einführen sollen. Wir haben es ja teilweise schon eingeführt. Ich war gerade am Agrargymnasium in Öhringen. Dort gibt es auch eine Berufsschule. Die hat zum Beispiel allein sechs BVJ-Klassen eingerichtet und differenziert genau danach, wer mehr und wer weniger förderwürdig ist, welcher Schüler einen Hauptschulabschluss und welcher einen noch qualifizierteren Abschluss erreichen kann sowie wer Sprachförderung benötigt. Das gibt es also zum Teil schon. Aber diese Forderung, also die Einführung eines BVJ-L, ist richtig, und die FDP/DVP-Fraktion hat ja wiederholt darauf hingewiesen, dass hierauf ein besonderes Augenmerk zu legen ist.

Sie sprechen in Ihrem Antrag einen zweiten Punkt an. In der Tat – wir haben die Fachwerker ja schon – brauchen wir eine weitere modulare Berufsausbildung. Das geht aber natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den IHKs und den Handwerkskammern, weil wir ja – und darüber sind wir uns wohl unisono einig – am dualen System festhalten wollen, auch was jene betrifft, denen relativ schwer zunächst ein Ausbildungsplatz und anschließend ein Arbeitsplatz zu vermitteln ist.

Frau Rastätter, ich plädiere dafür, dass Sie den Antrag zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überweisen lassen.

Meine Damen und Herren, hier ist angesprochen worden, dass, was die beruflichen Gymnasien betrifft, ein Engpass besteht. Wir haben ja im Zusammenhang mit der PISA-Studie ein großes Lob für unsere beruflichen Gymnasien erhalten. Herr Wintruff, Sie erinnern sich sicher daran. Professor Baumert hat die beruflichen Gymnasien als Ausdruck eines modernen Bildungssystems gewürdigt. Ich wiederhole dieses Lob und diese Würdigung hier ausdrücklich, weil ich nach wie vor davon überzeugt bin, dass die beruflichen Gymnasien auch einen großen Beitrag zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen leisten.

Das gegliederte Schulwesen in Baden-Württemberg genügt den Anforderungen der Chancengleichheit deshalb besonders gut, weil es grundsätzlich – auch wenn es hier einen Engpass gibt, Herr Kollege Wintruff; den sehe ich auch –

(Abg. Wintruff SPD: Jawohl! Da stimme ich Ihnen völlig zu!)

auch denjenigen, die die Haupt- und die Realschule besuchen, den Weg zum Abitur bzw. zur Hochschulreife offen hält. Hier gilt das, was Herr Kollege Theurer gestern in der Fraktionsitzung so nett gesagt hat: kein Abschluss ohne Anschluss.

Gegenwärtig drohen diese Wege aber in der Realität etwas zu verstopfen. Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt – auch darin sind wir uns ja unisono einig, Herr Kollege Wacker – hat sich drastisch verschlechtert. In diesem Jahr könnte es erstmals auch in Baden-Württemberg dazu kommen, dass nicht allen qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern eine Lehrstelle angeboten werden kann. Der Wirtschaftsminister hat gestern in unserer Fraktionssitzung allerdings gesagt, er hoffe und glaube, dass er rechnerisch hinkomme. Das heißt aber natürlich noch lange nicht, dass tatsächlich jeder einen Ausbildungsplatz haben wird.

(Abg. Fischer SPD: „Er hoffe und glaube“!)

– Entschuldigung! In der Wirtschaftspolitik, mein verehrter Herr Kollege Fischer, ist leider ein Großteil auch Psychologie. Ich habe nicht umsonst Volkswirtschaftslehre studiert. Herr Professor Dr. Ott hat uns nicht umsonst immer wieder gesagt:

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Es ist vieles zu machen, aber wir arbeiten auch mit vielen Parametern und Annahmen. Deshalb kommt manchmal etwas ganz anderes heraus als das, was man eigentlich haben möchte.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber hinterher kann man es immer erklären!)

Durch die Reduzierung berufsvorbereitender Maßnahmen vonseiten der Arbeitsverwaltung – ich erinnere an die Grundausbildungslehrgänge und an die Förderlehrgänge – wird diese Situation derzeit sogar noch verstärkt. Richtig ist allerdings auch, dass es viele Mehrfachbewerbungen gibt, sodass die tatsächlichen Bewerberzahlen im Augenblick

(Kleinmann)

noch nicht festgestellt werden können. Aber das war ja im letzten Jahr genauso.

(Abg. Fischer SPD: Ja, eben!)

Wenn also zum Beispiel das Oberschulamt Tübingen feststellt, dass die Zahl der Anmeldungen gegenüber dem gleichen Zeitraum im vergangenen Jahr um ca. 20 % zugenommen hat, dann ist dies ein deutlicher und ernst zu nehmender Hinweis.

(Abg. Wintruff SPD: Insgesamt um 100 %!)

Wir müssen dafür Sorge tragen, meine Damen und Herren, dass diejenigen Bewerberinnen und Bewerber für das berufliche Gymnasium, die die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, auch tatsächlich dort aufgenommen werden können. Dasselbe gilt für das Berufskolleg.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Denn wir müssen alles daransetzen, diesen jungen Menschen einen qualifizierten und einen qualifizierenden weiteren Bildungsweg anzubieten, anstatt sie bei fehlenden Lehrstellen auf der Straße stehen zu lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Fall des Berufskollegs sind übrigens nach meiner Überzeugung hinter diesem Ziel auch Bedenken hinsichtlich einer nicht gewollten Schwächung des dualen Ausbildungssystems zurückzustellen. Bei Lehrern und insbesondere bei Berufsschullehrern habe ich mit genau diesem Argument um Verständnis für die zusätzliche Deputatsstunde geworben. Kollege Wacker ist darauf schon eingegangen. Mit den 370 zusätzlichen Deputaten – wir gehen ja von 950 aus; davon werden 200 eingespart, und dann werden von den verbliebenen 750 –

(Abg. Wintruff SPD: 250!)

– 250 werden eingespart, gut. Trotzdem verbleiben 370 zusätzliche Deputate, die die beruflichen Schulen aus dem Versorgungsgewinn, der durch die 25. Wochenstunde entsteht, erhalten. Wir hoffen, dass die Situation im Bereich der Vollzeitschulen dadurch erheblich entspannt werden kann. Gänzlich entspannen können wir sie nicht. Das alles ist nicht erfreulich.

Andererseits sage ich als finanzpolitischer Sprecher, meine Damen und Herren: Wir haben noch immer nicht das Ziel aufgegeben, die Nettoneuverschuldung von null tatsächlich einmal zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deshalb müssen wir mit Augenmaß an solche Maßnahmen herangehen. Es kann kein Politikbereich ausgenommen werden, wenn es um das Thema Sparen geht.

(Abg. Fischer SPD: Sie haben einmal „2006“ gesagt, Herr Kollege Kleinmann!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Lehrstellenmangel ist in diesem Jahr dramatisch. Entsprechend hoch sind die Bewerberzahlen an den beruflichen Vollzeitschulen. Das hat vielfältige Ursachen. Was die Jugendlichen aber im Moment überhaupt nicht brauchen, sind ausufernde Schuldebatten, das heißt endlose Schuldzuweisungen, wer schuld an dieser Situation ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Wacker CDU: Wer macht denn die Schuldzuweisungen?)

Vielmehr erwarten die Jugendlichen und auch ihre sich Sorgen machenden Eltern zu Recht, dass jetzt eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern zur Lösung der derzeitigen konjunkturellen Krise kommt. Sie erwarten von den Ländern auch eine Lösung der schulischen Probleme.

Die Wirtschaft ist in die Pflicht zu nehmen;

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

das steht außer Frage. Bis zum Herbst müssen zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Hier sind insbesondere die großen Unternehmen in die Pflicht zu nehmen; denn wir wissen, dass gerade in Baden-Württemberg das Handwerk und die kleinen Betriebe schon überproportional stark ausbilden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Auch wenn es bis zum Herbst noch gelingt, das Lehrstellenangebot deutlich auszuweiten, wird der Ansturm auf die beruflichen Vollzeitschulen dennoch größer sein als in den vergangenen Jahren.

Meine Damen und Herren, dabei geht es auch um Chancengerechtigkeit. Ein Beispiel aus Stuttgart dieser Tage: Eine junge Griechin hat das Berufskolleg I mit der Note 2,4 absolviert, also mit einer Note, die es ihr ohne weiteres ermöglichen würde, in das Berufskolleg II zu wechseln. Sie möchte die Fachhochschulreife erwerben und studieren. Nun wird sie auf Platz 55 der Warteliste geführt und bekommt gesagt, sie solle sich gefälligst um eine Lehrstelle bemühen. Meine Damen und Herren, es darf nicht sein, dass Realschüler und Realschülerinnen, es darf nicht sein, dass Absolventen des Berufskollegs I, die gute Leistungen erbracht haben, von der Möglichkeit ausgeschlossen werden, einen höheren Schulabschluss, sprich das allgemeine Abitur oder die Fachhochschulreife, zu erwerben. Es ist ein Prinzip der Chancengleichheit, dass gerade auch diese Jugendlichen diese Möglichkeit haben.

(Abg. Wacker CDU: Haben sie auch!)

Frau Kultusministerin Schavan, Sie betonen, die Stärke des baden-württembergischen Bildungswesens liege an dem Prinzip: kein Abschluss ohne Anschluss. Ich sage noch deutlicher: In einem früh selektierenden Schulsystem, das die Schüler nach ihrer sozialen Herkunft sortiert, muss allen Jugendlichen – da handelt es sich ja weitgehend um Migrantenkinder und um sozial benachteiligte Kinder – die

(Renate Rastätter)

Möglichkeit gegeben werden, die Hochschulreife zu erwerben.

(Abg. Wacker CDU: Haben sie auch!)

Deshalb fordere ich Sie auf, keine Deckelung des beruflichen Gymnasiums

(Abg. Wacker CDU: Es gibt keine Deckelung!)

und des Berufskollegs II

(Abg. Wacker CDU: Da gibt es auch keine Deckelung!)

vorzunehmen. Es geht hier um Zugangsgerechtigkeit, es geht hier um Chancengleichheit für Migrant*innenjugendliche und sozial benachteiligte Jugendliche.

Es darf auch nicht sein, dass diese Jugendlichen in die Warteschleife abgedrängt werden. Denn für sie wäre ja das BVJ eine Warteschleife, und sie müssten ja dorthin, wenn es in den beruflichen Vollzeitschulen, berufliches Gymnasium und Berufskolleg II, keine ausreichende Zahl an Plätzen gäbe.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, haben wir keinesfalls zu viele Jugendliche mit Hochschulreife. Baden-Württemberg liegt mit einem Anteil der Jugendlichen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife von 37 % bundesweit ganz gut, aber international auf Platz 16. Der durchschnittliche Anteil junger Menschen mit Hochschulreife beträgt international in den Industriestaaten 57 %.

Die größte Sorge meiner Fraktion gilt den Lernbehinderten und den leistungsschwächeren Jugendlichen, den Schulabgängern aus den Förderschulen, den schwachen Hauptschülern und den Jugendlichen, die unsere Schulen ohne Schulabschluss verlassen. 7,9 % der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Sie sind berufsschulpflichtig, sofern sie keine Lehrstelle haben oder nicht in einen Förderlehrgang der Arbeitsverwaltung aufgenommen werden können. Herr Wacker, hier kann ich Sie berichtigen: Der Umfang der Förderung ist in diesem Jahr gleich hoch wie in den vorigen Jahren, und es wird auch noch ein Zuschlag an die Länder gegeben werden. Aufgrund des Lehrstellenmangels wird das aber nicht ausreichen. Im Übrigen hat der Bundesrechnungshof den Bund angewiesen, keine freiwilligen Leistungen mehr in diesem Bereich zu finanzieren,

(Abg. Wacker CDU: Das ist nur nicht bekannt in Baden-Württemberg!)

sondern im Wesentlichen die Jugendlichen aufzunehmen, die ihre Berufsschulpflicht bereits erfüllt haben.

Frau Kultusministerin Schavan, ich warne davor, die Lernbedingungen im BVJ zu verschlechtern. Denn eine Mitarbeiterin Ihres Ministeriums hat in einer Veranstaltung genau dies für den Fall angedeutet, dass keine zusätzlichen Ressourcen in diesen Bereich fließen. Wir müssen stattdessen die Lernbedingungen für die schwachen Jugendlichen, für die Jugendlichen ohne Schulabschluss, für die lernbehinderten Jugendlichen deutlich verbessern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Wir brauchen kleinere Klassen, eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte und eine bessere Fortbildung der Lehrkräfte. Sonderklassen an den Berufsschulen müssen eingeführt werden. Und wir brauchen modulare Ausbildungsgänge.

Es geht nicht nur um die Werker*innenbildung, Herr Wacker, sondern es geht um modulare Ausbildungsgänge, damit diese Jugendlichen auch in Modulen eine vollwertige Ausbildung machen können, um dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Deshalb sage ich: Nehmen Sie Ihre Verantwortung gerade für diese Jugendlichen auch wahr. Schaffen Sie gute Rahmenbedingungen für diese Jugendlichen an den beruflichen Schulen. Qualifizieren Sie die Lehrkräfte. Diese Jugendlichen müssen besonders gute Bedingungen haben, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich greife den Schlusssatz von Frau Rastätter auf. Die Fakten sprechen dafür, dass Baden-Württemberg bislang seine Verantwortung Jugendlichen gegenüber außerordentlich erfolgreich wahrgenommen hat. Der wichtigste Beleg dafür ist die Tatsache, dass Baden-Württemberg europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit hat. Das spricht für die Verantwortung, die seitens der Betriebe und der Schulen wahrgenommen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Zweiter Punkt, die Frage, die sowohl von Herrn Wintruff als auch von Frau Rastätter angesprochen wurde: Wie gehen wir mit dem Verhältnis zwischen dualer Bildung und beruflicher Vollzeitschule um? Das ist seit vielen Jahren ein Gesprächsthema zwischen uns. Möglicherweise kann man das auch im Schulausschuss noch einmal beraten. Ich bin der Überzeugung, dass die duale Bildung das Herzstück der beruflichen Bildung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Vor allem im internationalen Vergleich hat diese relativ gut gestaltete Nahtstelle zwischen Bildung und Beschäftigung genau mit einem besonderen Konzept für berufliche Bildung in der Partnerschaft zwischen Betrieben und Schule zu tun. Das ist die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb stehe ich dazu, dass das für uns das Herzstück ist und dass die duale Bildung Vorrang vor beruflicher Vollzeitschule haben muss.

Damit kommen wir natürlich in jedem Schuljahr auch in Situationen, in denen es schwer ist, die Balance zu halten. Es gibt in jedem Schuljahr bestimmte Wochen, wo Befürchtungen im Hinblick auf das nächste Schuljahr vorhanden sind. Den Vorwurf, dass wir eine Deckelung von Klassen vorgenommen haben – –

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich! Das haben Sie doch selbst geschrieben!)

– Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, wie die Zahl der Schüler und Schülerinnen gestiegen ist.

(Abg. Wintruff SPD: Weil Sie die Klassen vollgepackt haben!)

– Nein.

(Abg. Wintruff SPD: Natürlich!)

– Gut, wir müssen mit Steuergeldern und mit Ressourcen verantwortungsbewusst umgehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das ändert trotzdem nichts!)

Das heißt, bevor ich eine neue Klasse eröffne, muss ich die Möglichkeiten der bestehenden Einheiten nutzen. Aber ich komme gleich noch auf die Zahlen zu sprechen.

(Abg. Wintruff SPD: Bis 35 Schüler je Klasse!)

Wenn also, liebe Kolleginnen und Kollegen, die duale Bildung das Herzstück der beruflichen Bildung ist, dann muss zunächst einmal alles getan werden, um diesen Bereich, der in Deutschland in einer dramatischen Lage ist, zu stabilisieren. Dafür gibt es viele Ursachen. Frau Rastätter hat ja mit ihrer Aussage Recht, dass die Ursachenanalyse den Jugendlichen nicht hilft. Aber die Ursachenanalyse hilft der Politik, weil sie wissen muss, wo Impulse notwendig sind, damit der Ausbildungsmarkt wieder zum Florieren kommt.

(Beifall bei der CDU)

Das wissen Sie auch. Ich vertiefe das heute überhaupt nicht. Wir haben die nächsten zwei Tage noch genug Zeit dafür, uns zu streiten. Deshalb sage ich das mit großer Gelassenheit. Es ist doch wirklich nicht nur eine Nachricht aus CDU-Pressestellen, dass für die dramatische Lage auf dem Ausbildungsmarkt vor allem die dramatische Lage der deutschen Wirtschaft ausschlaggebend ist.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch schon eine langfristige Entwicklung! Das kann man nachweisen!)

– Herr Wintruff, Sie wissen sehr genau, dass es da in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten ein Auf und Ab gegeben hat.

(Abg. Wintruff SPD: Auch bei Ihrer Regierung!)

– Ich habe doch das Wort „SPD“ noch gar nicht ausgesprochen. Bleiben Sie ganz ruhig. Sie brauchen Ihre Nerven noch.

(Zuruf von der SPD: Sie auch!)

Sie sind doch auch unterwegs im Land und sprechen mit Handwerkern, Einzelhändlern und, und, und.

(Abg. Seimetz CDU: Aber doch nicht der Wintruff!)

– Abg. Blenke CDU: Die sprechen doch nur mit Gewerkschaften!)

Deshalb wissen Sie: Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist ein hochsensibler Indikator für die Lage der Unternehmen und für die Frage, was wir uns noch leisten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ein Unternehmen, das den Eindruck hat, das nächste Jahr nicht zu überleben, wird keine neuen Ausbildungsplätze schaffen.

(Abg. Blenke CDU: Das Problem ist, dass die nur mit den Gewerkschaften reden!)

Deshalb sollten wir auch am politischen Konsens darüber arbeiten, dass für Verbesserungen der Zukunftschancen junger Menschen wirtschaftspolitische Perspektiven und Impulse zwingend notwendig sind. Allein mit der Bildungspolitik schaffen wir das nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Weckenmann?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Ministerin Schavan, ist Ihnen bekannt, dass gemäß einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft vier von fünf Betrieben als Hauptgrund dafür, dass sie nicht ausbilden, die mangelhafte Qualifikation der Jugendlichen nach dem Schulabschluss angeben?

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha! – Abg. Wintruff SPD: Darauf habe ich auch schon hingewiesen! – Gegenruf des Abg. Wacker CDU: Das hat nur keiner verstanden!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Liebe Frau Weckenmann, gerade heute steht in den Zeitungen zu lesen – –

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Heute steht es drin!)

– Ja, auch ich habe Zeitung gelesen. Dort steht heute über diesen Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft – erste Aussage –, es gebe überhaupt keine dramatische Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Alle Zahlen, die Sie zitiert haben, würden in diesem Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft nicht bestätigt.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Hier steht es drin!)

Das konnten Sie nicht wissen, Herr Wintruff.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Ich sage alles hintereinander. Ich komme auch zu diesem Punkt.

(Minsterin Dr. Annette Schavan)

Da wird nicht von 100 000 fehlenden Lehrstellen gesprochen, von denen Frau Bulmahn gestern noch gesprochen hat. Da wird auch nicht von dem Rückgang um 13 % gesprochen, von dem wir sprechen und von dem wir bis heute ausgehen, sondern das Institut der deutschen Wirtschaft sagt: Zum Schuljahresbeginn werden in Deutschland maximal 20 000 bis 30 000 Lehrstellen fehlen. Auch die davon betroffenen Jugendlichen werden bis zum Jahresende integriert werden.

Zweite Aussage: Als Hauptursache für diesen Rückgang – der deutlich niedriger geschätzt wird, als wir es tun, wobei man sich über solche Schätzungen gar nicht zu streiten braucht; man muss sehen, wie sich die Fakten in den nächsten Monaten entwickeln – benennt das Institut der deutschen Wirtschaft die dramatische Lage der Betriebe in Deutschland. Ich kann es Ihnen wörtlich zitieren:

Grund für das abnehmende Lehrstellenangebot sind vor allem eine fehlende wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik und die lahmende Konjunktur.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Dann geht es weiter!)

Dann wird gesagt:

Ein weiterer Grund sind Bewerber und Bewerberinnen – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, ich bringe das jetzt zu Ende. Dann kann Herr Wintruff aus seinem Zeitungsartikel zusätzlich fragen.

(Abg. Wintruff SPD: Von wegen aus meinem!)

Weiterhin wird gesagt, dass ein Teil der Bewerber zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht genügend auf die Lehrstelle vorbereitet sind. Das ist schon seit 30 Jahren ein Thema.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Seit 30 Jahren!)

Das nehmen wir ernst. Deshalb haben wir genau im Hinblick auf die Gruppe schwacher Schüler und Schülerinnen viele zusätzliche Angebote geschaffen, um sie auf eine qualifizierte Ausbildung vorzubereiten, weil sie nach der regulären Schulzeit noch nicht so weit sind. Aber genau das war eben schon einmal Streitpunkt.

Mit Blick auf die Risikogruppe hat es in den vergangenen Jahren eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gegeben, Stichwort – unter anderem – Garantiefonds.

Eben ist darüber gestritten worden, ob richtig ist, was Herr Wacker gesagt hat. Es ist richtig; und ich kann Ihnen jetzt auch genau vorlesen, was von der Arbeitsverwaltung über das Jahr 2003 gesagt und für 2004 angekündigt worden ist.

(Abg. Zeller SPD: Wir sprechen von den Förderlehrgängen!)

Bezüglich des Jahres 2004 ist völlig klar: Mittel gibt es überhaupt nur noch für diejenigen, die nicht berufsschulpflichtig sind. Das heißt, selbst SPD-regierte Länder bezweifeln doch nicht, sondern beklagen dies umgekehrt, dass diese wichtige Unterstützung des Bundes über kurz oder lang wegfällt und schon jetzt stagniert und in Zeiten, in denen es besonders wichtig wäre, Impulse des Bundes für schwache Schüler und Schülerinnen ausbleiben. Das sind die Fakten in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt im Bereich der beruflichen Bildung generell.

Das ist ein Thema für sich. Der Bund antichambriert ja unentwegt bei den Kultusministern um irgendwelche bildungspolitische Partizipation. In diesem Bereich hat der Bund eine wirkliche Gestaltungsmöglichkeit. Das Berufsbildungsgesetz sieht sehr wohl in der beruflichen Bildung wie in keinem anderen bildungspolitischen Bereich eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern vor.

Nun frage ich Sie: Wo ist denn Frau Bulmahn, wenn es um berufliche Bildung geht? Was ist denn in den letzten Monaten geschehen, außer dass man hin und her gelaufen ist und dass Briefe geschrieben worden sind?

(Abg. Wintruff SPD: Riesenprogramme mit viel Geld!)

– Ha, ha, Riesenprogramme! Briefe an Unternehmen, denen das Wasser bis zum Hals steht, Drohung mit einer Ausbildungsplatzabgabe – das führt nicht zu neuen Ausbildungsplätzen,

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

das verdirbt vielmehr die Stimmung in der Wirtschaft in Bezug auf die berufliche Bildung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Das ist doch blanke Ideologie!)

Ein guter Rat – und da spreche ich gleichzeitig auch für SPD-Kollegen in Landesregierungen –: Raten Sie Ihrer Kollegin im Bund und allen, die ebenfalls dafür verantwortlich sind, sich um das zu kümmern, was wirklich dramatisch ist und wofür wir Lösungen und Zusammenarbeit brauchen, und nicht um irgendwelche Werbegags, die jungen Leuten keine Perspektive bieten.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Es ist eben zitiert worden: In keinem anderen Bundesland in Deutschland ist die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schularten und zwischen allgemein bildender und beruflicher Schule so gut wie in Baden-Württemberg. Herr Wintruff, wenn Sie mir sagen, es müsse noch viel mehr Klassen geben, dann antworte ich Ihnen: Das ist ein Satz, der nie falsch ist.

(Abg. Wintruff SPD: Ja, dann machen Sie doch endlich etwas!)

Das ist wahr. Man muss immer wieder im Leben feststellen: Vom Guten kann man gar nicht genug bekommen und braucht immer mehr.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Haben Sie die Zeit verschlafen?)

– Apropos Schlafen. Jetzt lassen Sie uns einmal über das Schlafen reden.

(Zuruf von der CDU: Pädagogische Evergreens!)

In welchem anderen Bundesland wird Realschulabsolventen die Möglichkeit geboten, ein berufliches Gymnasium zu besuchen?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

In der PISA-Studie kann man nachlesen, dass diese wunderbare –

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch unbestritten! Das ist doch gar keine Frage! Sie lenken ab!)

– Ich rede darüber, dass Sie sagen, wir würden im Bereich der beruflichen Gymnasien und der Durchlässigkeit von der Realschule zum Gymnasium schlafen. Ich sage Ihnen: In keinem Land gibt es flächendeckend die Durchlässigkeit. Nirgends gibt es so viele berufliche Gymnasien. Und deshalb, Herr Zeller, sind nirgends die Chancen für junge Leute, in einem durchlässigen System ihre Begabungen zu entfalten, so gut wie in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist in Baden-Württemberg die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den letzten fünf Jahren im Bereich der beruflichen Gymnasien deutlich gestiegen. Im Bereich des technischen Gymnasiums stieg in den letzten fünf Jahren die Zahl der Schüler und Schülerinnen um annähernd 30 %. Im Bereich der beruflichen Gymnasien insgesamt gab es in den letzten fünf Jahren einen Zuwachs von rund 14 %.

(Abg. Wintruff SPD: Durch Klassenauffüllung!)

Zum neuen Schuljahr werden wir 110 zusätzliche Klassen an Berufskollegs und beruflichen Gymnasien einrichten. Die beruflichen Schulen werden 240 zusätzliche neue Lehrerstellen im Haushaltsplan verankert bekommen. Zusätzlich gibt es 370 Deputate, die die Lehrer in der Tat selbst bringen.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist so, ja!)

Das ist eine Lastenverteilung, die jedem, der sie veranlasst, schwer fällt, aber die angesichts der dramatischen Lage der Haushalte nicht zu vermeiden ist. Das wissen Sie genauso gut wie wir.

(Beifall der Abg. Wacker CDU sowie Pfister und Kleinmann FDP/DVP)

Das heißt, den beruflichen Schulen stehen zum nächsten Schuljahr insgesamt 610 zusätzliche Deputate zur Verfügung. Das ermöglicht die 110 zusätzlichen Klassen. Sie werden feststellen, dass manche Klasse, wegen der Sie mir aus Ihren unterschiedlichen Regionen geschrieben haben, eingerichtet wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Wintruff SPD: Das ist doch gut! Freu dich doch! – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Das ist unser Verdienst! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Freu dich doch, Peter! Sei nicht so kleinkrämerisch! – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Ich freue mich doch! Ich bestätige das auch!)

Damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir auf das nächste Schuljahr gut vorbereitet. Zur Vorbereitung gehört nicht nur die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen und zusätzlicher Deputate, sondern natürlich gehört dazu auch, dass wir in den nächsten Monaten noch jede Situation nützen müssen, um zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu kommen. Ich habe Gespräche mit den Präsidenten der Handwerkskammern und mit sehr verschiedenen Unternehmergruppen geführt, weil wir natürlich auch für die kommenden Jahre Vorsorge treffen müssen; denn die Zahl der Schulabgänger wird steigen, und alle 16 Länder werden sehr genau eine Perspektive für die nächsten fünf Jahre in Deutschland entwickeln müssen, damit nicht am Ende dieser fünf Jahre die duale Ausbildung eine Nischenexistenz im Bereich der beruflichen Bildung bekommt. Das dürfen wir nicht zulassen, weil das letztlich die Zukunftschancen junger Menschen verringert.

Ich gehe jetzt nicht noch auf all die Vorwürfe von wegen Schlafen, nicht reagiert zu haben, Deckelung von Vollzeitklassen usw. ein. Die Zahlen sprechen dagegen. Es ist eine gute Vorbereitung auf das neue Schuljahr. Sie können davon ausgehen, dass auch zum Beginn des Schuljahres 2003/2004 für uns der Grundsatz gilt: Wir lassen keinen Jugendlichen auf der Straße stehen, wir schaffen Vorsorge. Vor allem können wir uns nach wie vor auf viele Partner in unseren Unternehmen und in den Kammern verlassen. Das Ganze ist ein Netzwerk, an dem wir für die kommenden Jahre knüpfen müssen.

Unser Ziel bleibt: europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit durch eine innovative Gestaltung der Nahtstelle zwischen Bildung und Beschäftigung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Meine Damen und Herren! Es ist leicht nachzuweisen, dass die Frau Ministerin sich selbst widerspricht. Man kann uns nicht einerseits schriftlich mitteilen, was ja Fakt ist, dass das Kultusministerium versuche, durch eine zurückhaltende Genehmigungspraxis für neue Klassen gegenzusteuern, und sich andererseits hinstellen und sagen: Es gibt keine Deckelung; wir haben die Schülerzahlen erhöht.

Ich habe Ihnen doch gesagt, dass die Schülerzahlenerhöhung, die über zehn Jahre 1,5 % ausmacht, nur aus den voll gepackten Klassen, die es da gibt, kommt.

(Ministerin Dr. Annette Schavan schüttelt den Kopf.)

(Wintruff)

Zweiter Punkt: Sie verniedlichen hier schon wieder. Sie sagten eben, Frau Bulmahn habe lauter falsche Zahlen, es gebe nur 20 000 bis 30 000 Lehrstellen zu wenig. Wissen Sie, was der Vertreter der CDU am 3. Juni im Bundestag gesagt hat? Er hat gesagt: Im Ausbildungsjahr 2003/2004 fehlen inzwischen 170 000 Lehrstellen. Das sind die wahren Zahlen!

Sie können das auch nicht mit den Berufskollegs und beruflichen Gymnasien verniedlichen. Sie sagen ja selbst in der Stellungnahme zu unserem Antrag, dass sich 60 000 Schüler, hauptsächlich Realschüler, um 30 000 Plätze bewerben. Wie wollen Sie das in die Reihe bringen? Sie haben außerdem in Wirklichkeit gar kein Recht zu einer dirigistischen Lenkung, wie sie auch Herr Wacker hier vertreten hat. Das dürfen Sie nicht. In unserem Schulsystem hat jeder Schüler ein Recht auf Durchlässigkeit der Schularten, und jeder Schüler kann, wenn dies möglich ist, wählen, ob er einen Ausbildungsplatz annehmen oder einen höheren Schulabschluss erwerben will.

(Abg. Zeller SPD: Darum geht es! Genau!)

Mit Ihrer Deckelung verstoßen Sie gegen die Regelung der Durchlässigkeit innerhalb des Schulsystems, die jedem Schüler garantiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss sage ich: Sie haben die Entwicklung verschlafen. Natürlich wollen wir das duale System nicht aushöheln, aber das duale System muss sich eben auch weiterentwickeln, und die beruflichen Vollzeitschulen sind ein Teil dieser Weiterentwicklung. Sie hätten früher reagieren müssen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Wenn Sie jetzt auf unseren Druck und auf Druck der Öffentlichkeit verkünden, dass aus den 20 zusätzlichen Klassen, die Sie hier noch schriftlich niedergelegt haben, 90 geworden sind, so bekenne ich, Herr Pfister: Ich freue mich, dass das unter anderem ein Erfolg unserer Aktivitäten ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Wenn Sie sich freuen, ist mir das einen Beifall wert!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2179, zum Antrag Drucksache 13/2008 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag – –

(Abg. Drexler SPD: Das waren ein bisschen wenig! – Weitere Zurufe)

– Nach meinem Eindruck ist das Erste die Mehrheit gewesen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Unruhe bei der CDU)

– Wird dem widersprochen?

(Unruhe)

Herr Schriftführer Pauli bestreitet es.

(Anhaltende Unruhe – Zahlreiche CDU-Abgeordnete betreten den Plenarsaal.)

Dieses Bestreiten hat zur Folge, dass weitere abstimmungsberechtigte Mitglieder des Landtags den Saal betreten.

Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2179, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Da könnt ihr doch gar nicht dagegen sein! Ihr stimmt gegen den Vorschlag der eigenen Ministerin! – Gegenruf des Abg. Wacker CDU: Der Antrag ist erledigt! – Unruhe)

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2180, zum Antrag Drucksache 13/2008 zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns immer noch in der Abstimmung. Ich bitte Sie deshalb, sich auf die Abstimmung zu konzentrieren, Herr Kollege Wintruff.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/2008 ist ein Berichtsantrag und durch die Aussprache erledigt.

Ich lasse nunmehr über Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2008 abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

Meine Damen und Herren, am 20. Juli dieses Jahres endet die Amtszeit folgender Mitglieder des Staatsgerichtshofs

(Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Drexler SPD diskutieren von ihren Abgeordnetenplätzen aus miteinander. – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– ich bitte Sie um Aufmerksamkeit –: aus der Gruppe der Berufsrichter: Hans Strauß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe; aus der Gruppe der stellvertretenden Berufsrichter: Dr. Roland Hauser, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Sigmaringen;

(Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Drexler SPD führen ihre Diskussion fort.)

(Stellv. Präsident Birzele)

aus der Gruppe der Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt: Professor Dr. Thomas Oppermann;

(Unruhe)

aus der Gruppe der stellvertretenden Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt: Professor Dr. Alexander Roßnagel; aus der Gruppe der Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt: Ute Prechtel; aus der Gruppe der stellvertretenden Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt: Professor Dr. Günter Altner.

Wir haben heute die in Artikel 68 Abs. 3 Satz 3 der Landesverfassung vorgeschriebenen Ergänzungswahlen durchzuführen. Dabei muss bei jeder Gruppe gesondert gewählt werden. Es wurden deshalb für jede der drei Richtergruppen verschiedenfarbige Stimmzettel vorbereitet und auf Ihre Tische gelegt.

(Anhaltende Unruhe)

Der blaue Stimmzettel ist für die Wahl des Berufsrichters und des stellvertretenden Berufsrichters, der gelbe Stimmzettel für die Wahl des Mitglieds mit der Befähigung zum Richteramt und des stellvertretenden Mitglieds mit der Befähigung zum Richteramt, der rote Stimmzettel für die Wahl des Mitglieds ohne Befähigung zum Richteramt und des stellvertretenden Mitglieds ohne Befähigung zum Richteramt vorgesehen.

Sie finden auf Ihren Tischen einen gemeinsamen Vorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE (*Anlage*). Die Wahlvorschläge der Fraktionen sind auf den Stimmzetteln vermerkt. Bitte kreuzen Sie auf den Stimmzetteln an, wen Sie wählen möchten, wobei, wie ich es bereits erwähnt habe, für jede Richtergruppe ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied zu wählen sind. Sie sind an die Vorschläge der Fraktionen nicht gebunden. Sie können Namen streichen und durch andere ersetzen.

(Auf den Tischen links und rechts neben dem Rednerpult werden die Wahlurnen aufgestellt, um die sich immer mehr Abgeordnete versammeln. – Fortdauernde Unruhe)

– Meine Damen und Herren, Sie müssen sich noch etwas gedulden. Sie hätten auch noch Platz behalten können.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Staatsgerichtshofs werden gemäß § 97 a Abs. 3 der Geschäftsordnung ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Füllen Sie bitte die Stimmzettel aus – ich sehe, dass einige dieser Bitte schon vorweg entsprochen haben –, und legen Sie sie jetzt gemeinsam in den bereitliegenden Wahlumschlag, den die Schriftführer einsammeln werden.

Ich bitte die Schriftführer, die Wahlumschläge mit den Wahlurnen einzusammeln.

(Einsammeln der Stimmzettel)

Meine Damen und Herren, ist noch jemand im Saal, der abzustimmen wünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen. Das Wahlergebnis wird zu Beginn der Nachmittagsitzung bekannt gegeben.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes – Drucksache 13/2160

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Verschiebung der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums – Drucksache 13/1807

c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05 – Drucksache 13/1877

d) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Einführung und Konzeption des achtjährigen Gymnasiums – Drucksache 13/1978

Das Präsidium hat für die Tagesordnungspunkte 4 a bis 4 d freie Redezeit festgelegt.

Frau Ministerin, Sie erhalten das Wort zur Begründung des Gesetzentwurfs.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Hause vielfach über Maßnahmen zur Weiterentwicklung, zur Modernisierung unseres Bildungswesens gesprochen. Einige dieser Maßnahmen sind auch mit einer Weiterentwicklung des Schulgesetzes verbunden.

Wir schlagen Ihnen heute insgesamt fünf Maßnahmen im Schulgesetz vor,

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Projekten stehen, über die wir hier in der Vergangenheit gesprochen haben.

Ich beginne mit dem Herzstück der Novellierung, der generellen Einführung eines achtjährigen Bildungsgangs an unseren Gymnasien. Meine Damen und Herren, das ist die konsequente Fortsetzung der Entwicklung des deutschen Gymnasiums. Das ist gleichsam das nächste Kapitel in der Entwicklung des Gymnasiums in Deutschland. Mit der Möglichkeit oder künftig dem regulären Weg, nach zwölf Jahren Abitur zu machen, entsprechen wir internationalen Vergleichsmaßstäben. Es muss in Deutschland möglich werden, dass junge Leute in den kommenden Jahren auch zwischen 17 und 18 Jahren Abitur machen und nicht erst zwischen 19 und 20 Jahren. Wir sind es jungen Leuten schuldig, dass wir verantwortungsbewusst mit ihrer Lebenszeit umgehen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Mit 18 Jahren sind Jugendliche heute volljährig, wahlberechtigt und bereit, Verantwortung zu übernehmen. Deshalb ist die flächendeckende Einführung des G 8 ein logischer

(Minsterin Dr. Annette Schavan)

Schritt auch im Blick auf veränderte Entwicklungen und eine veränderte Lebensrealität der Schüler und Schülerinnen.

Aber, mehr noch: Wir reden hier nicht einfach über die Kürzung des gymnasialen Bildungsgangs um ein Schuljahr. Die Umstellung auf G 8 in Baden-Württemberg ist nicht nur eine Strukturmaßnahme oder eine Frage der Organisation von Bildung, sondern sie ist auch ein wesentlicher Schritt hin zu einer neuen pädagogischen Verfassung des Gymnasiums.

Wir haben in Baden-Württemberg langjährige Erfahrungen mit G 8. Dieses Modell wurde zu Beginn der Neunzigerjahre zunächst an vier, fünf Standorten eingerichtet und 1997 in allen Regionen des Landes eingeführt. Es ist interessant: Überall in Deutschland, wo in den letzten Jahren entsprechende Modelle eingeführt wurden, sind die Erfahrungen damit so gut, dass die Mehrheit aller Bundesländer in Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren generell auf G 8 umstellen wird. Das gilt für Sachsen-Anhalt, für Niedersachsen, für das Saarland, für Hessen. Das gilt auch für die Bundesländer, die ohnehin schon auf G 8 umgestellt hatten. Wir gehen damit einen Weg, der dem Weg entspricht, den die Mehrheit aller Bundesländer in Deutschland beschreitet.

Die Umstellung auf G 8 wird seit vielen Jahren sorgfältig vorbereitet. Alle Detailfragen werden mit den Praktikern aus unseren Schulen besprochen. Wir haben allein auf der Ebene des Ministeriums ein Forum mit Vertretern der Schulen, der Hochschulen, der Wirtschaft, die nun seit vier oder fünf Jahren alle Fragen – auch alle pädagogischen –, die mit der Umstellung verbunden sind, regelmäßig beraten haben und letztlich auch die Vorentscheidungen getroffen haben. Langjährige Vorarbeiten, sorgfältige Vorbereitung – übrigens länger, als das in den meisten anderen Ländern aufgrund der Beschlüsse, die dort gefasst wurden, überhaupt möglich ist.

Deshalb halte ich das ganze Gerede von überhasteter Einführung

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zehn Jahre zu spät!)

für ziemlich realitätsfern, zumal – in der Tat, Herr Pfister sagt es – die Umstellung auf G 8 überall in Deutschland schon zum Zeitpunkt der Herstellung der deutschen Einheit hätte erfolgen können. Dieser Schritt ist überfällig. Deshalb halte ich es für ausgeschlossen, noch einmal ein paar Jahre zu warten, bis ein solch wichtiger Schritt vollzogen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir haben uns zu einer Umstellung auf G 8 im Zusammenhang mit einer Reihe pädagogischer Maßnahmen entschieden. Dazu gehören neue Bildungsstandards und ein Kerncurriculum. Wir wollen nicht immer mehr Spezialisierung, immer mehr Fächer, immer dickere Lehrpläne für den Unterricht. Wir wollen – und PISA bestätigt diesen Ansatz – die Konzentration auf den „Grundwortschatz“ eines Faches. Wir wollen die Konzentration auf Fundamente, auf Grundlagen, auf das, was dann noch zu vertiefter Allgemeinbildung führen kann.

Wir haben neue Fächerverbünde geschaffen, darüber hinaus zentrale Klassenarbeiten, schülerzentrierte Unterrichtsformen und mit der Einführung der Kontingenzstundentafel auch sehr viel mehr Beweglichkeit im konkreten Profil des Unterrichtsangebots für eine Klasse. Damit ist der Schritt, wie er jetzt im Schulgesetz verankert werden soll, ein Schritt – ich sage es noch einmal – hin zu einer modernen pädagogischen Verfassung des Gymnasiums in Baden-Württemberg, und zwar in engem Kontakt mit den Schulen selbst, mit den Hochschulen und der Wirtschaft erarbeitet, also mit denjenigen, die unmittelbar damit zu tun haben.

Alle Änderungen werden zum Schuljahr 2004/05 in Kraft treten. Das im kommenden Herbst beginnende Schuljahr 2003/04 wird für die Gymnasien das Schuljahr zur Vorbereitung auf die pädagogischen und strukturellen Veränderungen sein. Hierfür werden auch von den Deputaten her Spielräume zur Verfügung gestellt, um das kommende Schuljahr als ein wirkliches Jahr zur Vorbereitung auf G 8 zu gestalten.

Wir haben im Blick auf das Jahr 2012, in dem erstmals zwei Abiturjahrgänge das Gymnasium verlassen werden, weiterhin eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt, Probleme, die damit möglicherweise auftreten, zu lösen, Lösungsansätze vorzubereiten. Auch sie werden schon in absehbarer Zeit vorgelegt. Ein so hochschulstarkes Land wie Baden-Württemberg ist locker in der Lage – und das gilt für andere Länder über Kooperationen, die wir eingehen, jetzt auch –, diese Situation gut zu meistern.

Ein Thema, das im Rahmen der Anhörung neben der Frage der Verschiebung der Einführung von G 8 eine Rolle gespielt hat, ist die Frage der zweiten Fremdsprache ab Klasse 4.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE und Abg. Pfister FDP/DVP: Klasse 5!)

– Entschuldigung, ab Klasse 5. – Die Einführung der zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 ist die konsequente Antwort auf die Einführung der ersten Fremdsprache in Klasse 1; denn für diese Schüler gilt das. Wir beginnen in Klasse 1 mit der ersten Fremdsprache. Es war die Überzeugung aller Schulen in den vier Oberschulamtsbezirken, so sie uns von der Direktorenvereinigung vorgetragen wurde, dass wir diesen wichtigen Schritt tun sollten.

(Abg. Zeller SPD: Damit haben Sie die Durchlässigkeit begraben!)

– Bitte?

(Abg. Zeller SPD: Damit haben Sie die Durchlässigkeit begraben!)

– Damit haben wir die Durchlässigkeit nicht begraben.

(Abg. Zeller SPD: Das sagen Ihnen alle! Das kann man zwar machen, aber so ist es!)

– Nein, das sagen nicht alle. Das sagt im Bereich des Gymnasiums niemand. Wir wissen genau, dass es natürlich schon jetzt sehr unterschiedliche Unterrichtsangebote in Realschulen und Gymnasien gibt. Künftig werden alle Kinder Erfahrungen mit einer Fremdsprache haben. Die Durch-

(Minsterin Dr. Annette Schavan)

lässigkeit in Baden-Württemberg, lieber Herr Zeller, wird natürlich dadurch höher werden, weil Fremdsprachen nicht mehr nur das Thema der weiterführenden Schulen sein werden,

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD
– Abg. Röhm CDU: So ist es!)

weil in einer sehr viel früheren Zeitphase ein ganz anderer Einstieg in das Lernen von Fremdsprachen möglich ist und dabei Erfahrungen gesammelt werden.

(Abg. Zeller SPD: Merkwürdig, dass alle das anders sehen!)

Wir schaffen Schritte zu mehr Durchlässigkeit. – Dass das manche auch anders sehen, weiß ich.

(Abg. Zeller SPD: Alle! Alle sagen das in den Anhörungen! – Gegenruf des Abg. Röhm CDU: Ach, das stimmt doch gar nicht!)

Es bleibt dabei: ab Klasse 5 Einführung der zweiten Fremdsprache. Das ist die Konsequenz aus unserer früheren Entscheidung, die Konsequenz aus dem, was übrigens auch internationale Praxis ist,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

die Konsequenz aus einem anderen Ansatz des Sprachenlernens, den wir gewählt haben, der sich auch in den Bildungsstandards nachlesen lässt. Alles andere wäre inkonsequent gewesen.

Damit komme ich zum zweiten Stichwort dieser Schulgesetzänderung. Das betrifft die Stichtagsregelung. Das ist gleichsam vom anderen Ende der Schullaufbahn her gesehen der verantwortungsbewusste Umgang mit der Lebenszeit von Kindern. Sie wissen, dass wir seit Mitte der Neunzigerjahre mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ gute Erfahrungen gemacht haben. Interessanterweise hat die PISA-Studie ja die Argumentation in Deutschland nahezu umgedreht. Bislang ist auch in pädagogischen Diskussionen oft gesagt worden, Kinder, die zu früh eingeschult würden, stünden häufiger in der Gefahr, Klassen wiederholen zu müssen oder in der Schule zu scheitern. Seit der PISA-Studie wissen wir, dass diese Gefahr bei Kindern, die zu spät eingeschult werden, größer ist.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So pauschal kann man das nicht sagen!)

– Bitte?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So pauschal kann man das nicht sagen!)

– So steht es in der PISA-Studie: Von der Wahrscheinlichkeit her ist die Zahl der Klassen – –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist Ihre Interpretation!)

– Nein, das ist auch nicht nur eine Interpretationsfrage, jedenfalls nicht in der PISA-Studie. In der pädagogischen Fachliteratur gibt es nach wie vor unterschiedliche Meinungen.

(Abg. Wacker CDU: Das wird immer so sein!)

Aber ich zitiere hier aus der Auswertung empirischer Daten in der PISA-Studie. Diese Auswertung besagt: Die Wahrscheinlichkeit ist eher höher bei zurückgestellten und später eingeschulten Kindern als bei frühzeitig eingeschulten Kindern. Das kann einem passen oder nicht, aber man muss es zur Kenntnis nehmen.

Deshalb ist es aus unseren Erfahrungen mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“ für uns folgerichtig, jetzt im Gesetz eine neue Stichtagsregelung vorzusehen und den verpflichtenden Stichtag für die Einschulung um drei Monate zu verschieben. Dies wird im Blick auf Ressourcen, die damit verbunden sind, mit einem gewissen Zeitkorridor eingeführt, weil in der Schuleingangsphase einfach mehr Ressourcen eingebracht werden müssen.

Die Änderung, meine Damen und Herren, hängt auch mit den späten Sommerferien in Baden-Württemberg zusammen, und sie wird den Grundschulen die Bewältigung der Sprachprobleme ausländischer Kinder erleichtern. Denn Sprachprobleme sind einfacher zu lösen, je jünger die Kinder sind. Grundschulen erbringen gerade in diesem Bereich eine wichtige Integrationsleistung.

Wir schlagen in dem Gesetzentwurf außerdem eine deutliche Verschiebung des so genannten freiwilligen Stichtags vor, nämlich auf den 30. Juni des folgenden Kalenderjahres. Damit haben wir vom 30. Juni des einen Jahres bis zum 30. Juni des anderen Jahres einen breiten Korridor, der der tatsächlichen Verschiedenheit der Entwicklung von Kindern in diesem Alter gerechter wird. Manche sagen, es sei sehr mutig, einen so breiten Zeitraum vorzusehen. Wir haben Erfahrungen mit dem „Schulanfang auf neuen Wegen“. Deshalb können wir diesen Schritt jetzt tun.

Übrigens wird der Schritt in einem engen Zusammenhang mit einer weiteren Maßnahme stehen, für die in diesen Tagen die Vorbereitung beginnt, nämlich mit der Frage eines Bildungs- und Erziehungsplans für den Kindergarten. In dieser Woche wird noch ein Gespräch zwischen Vertretern von drei Ländern und Herrn Fthenakis stattfinden, sodass wir die Zeit bis zum Übergang in die Grundschule jetzt auch von dem anderen Ende her, vom Kindergarten her, vernünftig gestalten werden.

Der dritte Punkt der Änderung des Schulgesetzes betrifft die Schwachen, die Risikogruppe im Bildungswesen. Unser Grundsatz heißt: Niemand in diesem Land darf zum Modernisierungsverlierer werden. Deshalb sind wir in den letzten Jahren neue Wege gegangen und haben nach Klasse 8 in unseren Hauptschulen versuchsweise zweijährige Kooperationsklassen im Bereich des Berufsvorbereitungsjahrs eingeführt. Die Erfahrungen sind gut. Deshalb bitten wir den Landtag, jetzt auch den flächendeckenden Ausbau dieser Kooperationsklassen, die eine wichtige Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden Schulen und beruflichen Schulen bedeuten, in das Schulgesetz aufzunehmen.

Der vierte Punkt ist der gemeinsame Sonderschultyp für Hörgeschädigte. Die Planung und Begleitung individueller Lernwege wird in Baden-Württemberg vor allem von den Sonderschulen geleistet. Die Zusammenfassung der bisherigen Sonderschultypen für Gehörlose und für Schwerhörige zu einem Sonderschultyp „Schule für Hörgeschädigte“ ist in

(Minsterin Dr. Annette Schavan)

der bildungspolitischen und vor allem in der pädagogischen Diskussion unbestritten. Es gibt vor allem zwei Gesichtspunkte, die uns dazu führen, das jetzt auch ins Schulgesetz aufzunehmen: Auf der einen Seite kann nämlich aus dem medizinischen Befund noch nicht automatisch auf einen pädagogischen Bedarf geschlossen werden. Vielmehr stellen diese Befunde eine wichtige Grundlage dar. Darauf aufbauend kann dann mit pädagogischem Sachverstand über den schulischen Förderbedarf entschieden werden. Außerdem schließen wir hier ganz schlicht an eine Entwicklung in diesen beiden Schultypen an, aus der sich jetzt diese Zusammenführung anbietet.

Der fünfte Punkt ist die Informierung von Eltern volljähriger Schüler. Sie wissen, dass nach den Vorfällen in Erfurt in allen Ländern diskutiert worden ist, ob eine Kommunikation zwischen Schule und Eltern nicht hätte verhindern können, was passiert ist. Das allererste Land, das damals reagiert hat, war Bayern. Wir haben in der Debatte natürlich gespürt, dass in gravierenden Situationen auch eine Güterabwägung zwischen den Rechten, die für volljährige Schüler aus dem Datenschutz entstehen, und der notwendigen Kommunikation zwischen Eltern und Schulen vorgenommen werden muss.

Wir haben deshalb versucht, einen Kompromiss bzw. einen Weg zu finden, der auf der einen Seite den Rechten der volljährigen Schüler entspricht und auf der anderen Seite nicht Unsicherheiten in Schulen belässt, die sich in gravierenden Situationen dann dramatisch auswirken können. Ganz konkret gesprochen heißt das: Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern bleibt es bei uns dabei, dass die Eltern auch nach der Volljährigkeit ihres Kindes das so genannte kollektive Elternrecht behalten. Das heißt, sie werden zu Klassenpflegschaftssitzungen eingeladen und sind für die offiziellen Elternvertretungen wählbar. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Es bleibt dabei, dass die Schulen von der Einwilligung der volljährigen Schülerinnen und Schüler ausgehen können, soweit nicht widersprochen wird. Das hat das Kultusministerium bereits in seiner Bekanntmachung von 1974 so gesehen und danach immer wieder an dieser Auffassung festgehalten. Es ist der rechtfertigende Gesichtspunkt der mutmaßlichen Einwilligung, der gerade für die Lebensformen familiärer Solidarität gilt. Wir können die Eltern volljähriger Schüler nicht so behandeln wie die anderen, unbeteiligten Bürger.

Im Rahmen der Anhörung hierzu haben dem alle Beratungsgremien nicht nur zugestimmt, sondern das Kultusministerium in dieser Auffassung auch unterstützt. Auch der Landesschülerbeirat ist dieser Auffassung, zumal es die erwachsenen Schüler und Schülerinnen ja in der Hand haben, durch einen Widerspruch den Gesichtspunkt der mutmaßlichen Einwilligung auszuräumen.

Widersprechen die Schüler der Informierung ihrer Eltern – was glücklicherweise eher selten ist –, so ist dies grundsätzlich zu respektieren. In der Praxis treten aber immer wieder Notfälle auf, in denen die Schule berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass die betroffenen Schülerinnen und Schüler in die Kriminalität, die Drogenszene oder die Prostituiertenszene abgleiten oder verwaiften. Für solche Fälle

bitten wir den Landtag, die Legitimation für eine Informierung der Eltern auch gegen den Widerspruch der Betroffenen zu geben. Dabei soll klargestellt sein, dass dies insbesondere bei einem Ausschluss oder einem angedrohten Ausschluss aus der Schule gilt.

Meine Damen und Herren, das sind die fünf Punkte, die wir im Schulgesetz verankern wollen. Die vier zuerst genannten Punkte stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Modernisierung unseres Bildungswesens in unterschiedlichen Schularten, und der letzte Punkt dient dazu, Schulen in Baden-Württemberg in einer wichtigen Frage Rechtssicherheit zu geben. In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Möglichkeiten im Schulgesetz zu verankern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Wem von der CDU-Fraktion darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Wacker CDU: Frau Vossschulte!)

– Frau Abg. Vossschulte, Sie erhalten das Wort.

Abg. Christa Vossschulte CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, bei einigen Punkten dieser Gesetzesvorlage gibt es keinen Streit mit der Opposition. Ich denke da an den einheitlichen Sonderschultyp. Dem werden Sie wohl sicher zustimmen.

(Abg. Zeller SPD: Dazu werde ich mich nachher noch äußern!)

Der Landeselternbeirat hat zugestimmt. Das scheint doch sehr unstrittig zu sein.

Das Gleiche gilt für die Kooperationsklassen von Hauptschule und BVJ. Denn hiermit wird es durchaus möglich, schwächeren Schülern einen Zugang zu einem Schulabschluss und dann eben auch zu einer Berufsausbildung zu verschaffen. Ich glaube, wir haben gerade bei diesen Schülern auch die Verpflichtung, alles zu tun, damit sie den Anschluss an die Arbeitswelt finden.

Ebenso dürfte der Punkt 4, die Information von Eltern volljähriger Schüler – das war uns ja schon bei der letzten Novelle ein Anliegen –, unstrittig sein. Die jetzt vorgesehene Regelung ist, glaube ich, dringend erforderlich. Es ist aber auch wieder ganz typisch, dass hier von rechtlicher Seite her der Datenschutz ein Übergewicht gegenüber der pädagogischen und schlichtweg menschlichen Verantwortung erhält. Das ist doch bezeichnend.

Die Herabsetzung des Einschulungsalters halten wir für dringend geboten. Wir wissen längst, dass Kinder in diesem Alter lernbegierig sind, wissbegierig sind. Diese Zeit haben wir jahrzehntelang verstreichen lassen, ohne sie zu nutzen, wobei gerade diesen Kindern durch eine frühe Einschulung auch Motivation für die weitere Schullaufbahn gegeben wird. Denn ständiges Zurückhängen, ständige Unterforderung belastet Kinder mindestens so stark wie eine Überforderung. Deshalb ist es richtig, dass hier ein individueller Zeitpunkt gewählt werden kann, der auf das Kind jeweils

(Christa Vössschulte)

abgestimmt ist, sodass die Schüler zu einem ihnen gemäßen Zeitpunkt den Einstieg in die Schule vollziehen können.

Kommen wir zu dem achtjährigen Gymnasium. Da ist die Einigkeit nicht mehr so groß. Wir haben in Baden-Württemberg lange Erfahrung mit den achtjährigen Gymnasien. Sie haben sich bewährt. Nun kann man sagen: „Die Zeit in dieser Schulart wird aber für alle auf acht Jahre verkürzt, dann sieht die Sache etwas anders aus.“ Ich halte dennoch die Einführung jetzt, und zwar möglichst schnell, für sinnvoll und möglich, weil den Schulen damit gleichzeitig mehr Selbstständigkeit gegeben wird. Wir haben die Kontingentsstudententafeln, können damit auf die einzelnen Klassen reagieren. Wir haben die Stundenpools. Wir haben neue Lehrpläne, die jetzt gerade auch in einer anfänglichen Übergangszeit Spielraum für Anpassungen an die Klasse lassen, und stehen nicht mehr vor der Notwendigkeit, durch die Lehrpläne zu jagen, um am Ende des Schuljahrs den Lehrplan unbedingt erfüllt zu haben. Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang die Spielräume bei den Deputaten, die uns angekündigt worden sind. Ich glaube, das ist ein ganz wesentliches Moment, um die Motivation an den Schulen zu erhöhen.

Diese Motivation besteht. Die Lehrerinnen und Lehrer haben sich auf das achtjährige Gymnasium eingestellt und sind alle bereit und willens, sich jetzt an die Umsetzung zu machen.

Es ist, denke ich, wichtig, dass unsere Schüler die Schule früher verlassen. Wenn Sie heute in ein Gymnasium kommen und die Schüler der Klassenstufe 13 sehen, stellen Sie fest: Die passen nicht mehr in dieses System. Sie sind zu alt dafür, sie sind zu weit entwickelt dafür, sie sind zu selbstständig und können mit diesem Rahmenschema Schule nichts mehr anfangen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass sie früher in die Eigenverantwortlichkeit entlassen werden und selber Verantwortung übernehmen können.

Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wird immer wieder angemahnt. Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Die Gymnasien haben sehr viel Erfahrung mit dieser Durchlässigkeit, insbesondere was die Fremdsprachen angeht. Wir bekommen auch viele Schüler aus anderen Bundesländern, die mit ganz anderen Fremdsprachenfolgen kommen. Das wird an den Schulen individuell geregelt. Die Schüler bekommen Nachlernfristen, sie bekommen Unterstützung aus der Schule. Das wird in diesem Fall ganz genauso funktionieren. Da habe ich überhaupt keine Sorge.

Wichtig ist – das wird auch geschehen –, dass es genügend Übergangsregelungen gibt und dass die Schulen genügend Freiheit bekommen, um mit solchen Fällen umzugehen. Natürlich weiß kein Mensch, wie das jetzt insgesamt flächendeckend ablaufen wird. Aber da sollten wir den Schulen einmal ein bisschen mehr Vertrauen entgegenbringen.

(Abg. Röhm CDU: So ist es!)

Sie werden mit diesen Problemen fertig werden und werden damit zurande kommen.

Ein Hinausschieben der Einführung des achtjährigen Gymnasiums bis ins Jahr 2007 bedeutete, dass die ersten Absol-

venten im Jahr 2015 aus der Schule kämen. Damit würden wir wertvolle Jahre verschenken und gegenüber anderen Ländern in einen Rückstand kommen, der in keiner Weise gerechtfertigt ist. Ich denke, das achtjährige Gymnasium ist für unsere Schüler eine Chance. Auch ein gestaffeltes Einführen würde nichts bringen. Denn sobald Sie anfangen, diesen Bildungsgang an einigen Schulen einzuführen, wollen ihn alle anderen Eltern plötzlich auch haben, weil sie sehen, dass ihre Kinder, wenn ihnen das noch nicht angeboten wird, im Nachteil sind. Insofern muss das achtjährige Gymnasium flächendeckend auf einen Schlag eingeführt werden.

(Abg. Zeller SPD: Komisch, dass der Landeselternbeirat das völlig anders sieht!)

– Das ist richtig, aber wir wissen aus Erfahrung, Herr Zeller, dass bei Neueinführungen die Eltern anschließend kommen und fragen: Warum für unsere Kinder nicht?

(Abg. Zeller SPD: Wenn Sie sich auf die Eltern berufen, ist es schon merkwürdig, dass der Landeselternbeirat eine völlig andere Auffassung vertritt! Sie halten den Landeselternbeirat wohl für inkompetent!)

– Denken Sie an die erste Fremdsprache. Der Landeselternbeirat war auch mit vielen anderen Dingen nicht einverstanden, etwa mit der Einführung der ersten Fremdsprache. Nachdem sie an Pilotschulen eingeführt wurde, haben plötzlich alle Eltern gefragt: Warum für unsere Kinder nicht? Und genauso würde es in diesem Fall sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin der Meinung, dass die Schulen mit diesem Problem fertig werden, dass es zwar Übergangsschwierigkeiten geben kann, dass diese aber an den Schulen geregelt werden können und hier die notwendige Flexibilität vorhanden ist. Deshalb sollten wir im nächsten Jahr unbedingt beginnen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der von Ihnen, Frau Schavan, heute präsentierten Vorlage zur Novellierung des Schulgesetzes haben Sie nun auch schriftlich den Beweis dafür geliefert, dass Sie erstens aus PISA, IGLU und anderen Studien nicht die richtigen Schlüsse ziehen und wieder nur systemimmanente Veränderungen vornehmen, mit denen Sie die starre Dreigliedrigkeit bzw. Viergliedrigkeit des Schulsystems in Baden-Württemberg sogar noch verschärfen, bezogen auf die Durchlässigkeit, und dass Sie zweitens für unser Land eine verheerende Bildungspolitik betreiben, die aus Beteiligten Betroffene macht und mehr Frust an unseren Schulen verursacht, als notwendige Fortschritte erzielt werden.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wo leben Sie denn, Herr Zeller?)

(Zeller)

Wenn ich hier von den notwendigen Veränderungen spreche – hören Sie genau zu –, kann ich auf die Erfahrungen verweisen, die der Schulausschuss bei seiner Reise im PISA-Siegerland Finnland gesammelt hat.

(Abg. Seimetz CDU: Oh Gott!)

Dort wurde uns vorgeführt, wie man tatsächlich gute Schulpolitik macht

(Lachen der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

und Weichen so stellt, dass man Länder wie Deutschland und auch Baden-Württemberg weit hinter sich lassen kann. Finnland und andere Länder machen uns vor, wie Schulen inhaltlich und organisatorisch effektiv und deswegen hervorragend arbeiten.

Einige wenige Punkte aus einer ganzen Palette von Maßnahmen, die wir dringend anpacken sollten, will ich nur kurz benennen, Maßnahmen, die in der Bevölkerung großen Zuspruch finden, die aber Sie, Frau Schavan, und die Mehrheitsfraktion hier aus ideologischen Gründen nicht durchführen wollen.

Das ist erstens: Wir müssen unseren Kindern längere gemeinsame Lernzeiten geben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und zwar in Bezug auf mehr Ganztagschulen und eine längere gemeinsame Schulzeit. Kinder nach der vierten Klasse zu trennen, ist viel zu früh, meine Damen und Herren. Wir haben deshalb vorgeschlagen, Kinder sechs Jahre lang gemeinsam lernen zu lassen

(Abg. Seimetz CDU: Ihr schlagt immer die falschen Sachen vor!)

und für die Zeit danach Regionalschulen als Zusammenschluss von Realschulen und Hauptschulen einzuführen. Von Ihnen kommt dazu gar nichts.

(Abg. Seimetz CDU: Weil es Unsinn ist!)

Zweitens: Das Thema „Sprachförderung und individuelle Förderung“ ist vielleicht das wichtigste Thema überhaupt. Hierzu hat die Landesregierung noch immer kein stimmiges Konzept. Bei der Sprachförderung wird auf die Landesstiftung verwiesen, doch auch von dort haben wir seit langem nichts mehr gehört. Die von vielen Experten angemahnte Umstellung auf eine individuelle Förderung von Kindern ist bei Ihnen kein Thema. Schade eigentlich, denn dies wären die Punkte, die seit Monaten aktiv angegangen werden sollten, die Sie aber sträflich vernachlässigen.

Wir jedenfalls werden handeln und werden nach den gemeinsam im Schulausschuss beschlossenen Anhörungen zu diesen Themenbereichen die entsprechenden Gesetzentwürfe einreichen. Dann wollen wir sehen, ob Sie tatsächlich bereit sind, auf diese Reformvorschläge einzugehen.

Nun konkret zu Ihren Vorschlägen zur Novellierung des Schulgesetzes:

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler ohne Abschluss steigt weiter. Das hat erst vor wenigen Wochen

die Stellungnahme zu einem Antrag der Frau Kollegin Gurr-Hirsch wiederum deutlich belegt. Demnach verlassen 8 % der Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Baden-Württemberg die Schule ohne Abschluss – eine erschreckende Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Verheerend!)

Das ist die Bilanz Ihrer Schulpolitik. Dass inzwischen auch schon Betriebe Stützmaßnahmen für Hauptschulabsolventen anbieten, offenbart die ganze Misere des baden-württembergischen Schulsystems und ist eigentlich ein Armutszeugnis für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Höchste Zeit also, zu handeln und – das haben Sie nun richtig erkannt – schwache Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu unterstützen, wenn sie Gefahr laufen, den Abschluss zu verpassen. Dies ist richtig und notwendig. Mit der Hilfe nach Ihrem Konzept kommen Sie aber zu spät. Eine späte Hilfe ist sicherlich besser als gar keine Hilfe.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das würde ich auch sagen!)

Natürlich ist es wichtig, dass man den Hauptschülerinnen und Hauptschülern am Ende der Klasse 8 einen zweijährigen Bildungsgang anbietet – in Kooperation mit der Berufsschule –, damit sie noch die Chance bekommen, einen entsprechenden Hauptschulabschluss zu machen. Viel effektiver wäre es aber, meine Damen und Herren, gerade solche Schülerinnen und Schülern bei längeren gemeinsamen Lernzeiten durch ein System individueller Förderung frühzeitig zu fördern und nicht erst am Ende der Klasse 8.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre besser, sie gar nicht erst in eine solche Situation kommen zu lassen – getreu der Bildungsdevise der Unternehmensberatung McKinsey, die in Berlin genau dieses Motto hatte: „Besser früh investieren als spät fördern“.

Meine Damen und Herren, mit der Entscheidung, das achtjährige Gymnasium schon ab dem Schuljahr 2004/05 verpflichtend und flächendeckend einzuführen, haben Sie sich in ganz Baden-Württemberg isoliert.

(Abg. Wacker CDU: Ach was!)

Ich sage dies ganz bewusst. Schauen Sie sich an, was in den Drucksachen über die Anhörungsergebnisse steht. Niemand außer Ihnen, Frau Schavan, hält diesen Zeitpunkt für richtig oder zumindest für akzeptabel, wie in den Stellungnahmen eindeutig dokumentiert wird. Mehr noch: Inzwischen gibt es eine breite Allianz, die sich für eine Verschiebung der flächendeckenden Einführung ausspricht oder eine Korridorlösung bevorzugt.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Schade, Herr Seimetz, dass Sie nicht auf die vielen hören,

(Abg. Seimetz CDU: Auf die Bedenkenträger müssen wir nicht hören!)

die gegen Ihr Vorhaben große Bedenken äußern.

(Zeller)

(Abg. Seimetz CDU: Berufsbedenkenträger! –
Abg. Röhm CDU: Sie sind doch auch für G 8!)

– Ich zähle sie Ihnen auf: der Landeselternbeirat, der Landesschulbeirat, der Landesschülerbeirat, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Philologenverband, der Landkreistag, der Gemeindetag und auch der Städtetag. Alle sind sie gegen Ihre Pläne

(Abg. Röhm CDU: Aber die Direktorenvereinigung nicht!)

und üben deutliche Kritik. Offensichtlich halten Sie die alle für blöd!

(Abg. Seimetz CDU: Die Funktionäre machen das!
– Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Es ist doch gar keiner dafür! Es gibt niemanden, der dafür ist!)

Der Städtetag beispielsweise hat Sie aufgefordert, die besondere Situation mancher Schulen und Schulträger zu berücksichtigen und den Schulen bzw. den Schulträgern zu erlauben, das achtjährige Gymnasium zu einem späteren Zeitpunkt einzuführen. Zu Recht, denn Sie wissen: Viele Städte sind gar nicht in der Lage, bis zum Schuljahr 2004/05 dem Mehrbedarf an Räumen bei einem achtjährigen Gymnasium gerecht zu werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die wissen das seit drei Jahren!)

Der Stadt Laupheim im Landkreis Biberach zum Beispiel burden Sie in ihrer schwierigen Haushaltssituation noch solche Aufgaben auf. Vor wenigen Wochen erst hat der Biberacher CDU-Landrat und -Abgeordnete Schneider an dieser Stelle noch davor gewarnt, den Gemeinden weitere Aufgaben aufzuhalsen, und hat groß über das Konnexitätsprinzip doziert. Ich frage mich, wo heute in diesem Zusammenhang seine Stimme bleibt, zumal Laupheim alles andere als eine SPD-Hochburg ist und selbst Ausgangspunkt einer landesweiten Unterschriftensammlung gegen das achtjährige Gymnasium zum Schuljahr 2004/05 war. Allein in Laupheim, Herr CDU-Landrat,

(Abg. Schneider CDU erhebt sich. – Heiterkeit)

haben über 1 000 Bürgerinnen und Bürger gegen Ihre Pläne unterschrieben.

(Zurufe von der SPD: Eijei! – Zuruf von der CDU: Wie viele Einwohner hat Laupheim? – Unruhe)

Aber das interessiert weder Sie noch Frau Schavan.

(Abg. Röhm CDU: Bei uns sind alle dafür!)

Auch Sie, Herr Schneider, interessiert es nicht, obwohl Sie doch nach Ihrer eigenen Aussage einmal angetreten sind, sich um die Interessen Ihres Wahlkreises zu kümmern. Nichts ist davon übrig geblieben.

(Abg. Röhm CDU: Sind Sie für das achtjährige Gymnasium?)

– Natürlich.

(Zurufe von der CDU)

Es geht hier um den Einführungszeitpunkt.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

– Herr Röhm, damit Sie es noch einmal mitbekommen: Der Zeitpunkt für eine flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums ist denkbar ungünstig.

(Abg. Röhm CDU: Sie haben doch drei Jahre gehabt! – Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Zeller, wir sind zehn Jahre zu spät!)

Es ist nicht nur so, dass die Gemeinden als Schulträger nicht oder bestenfalls schlecht vorbereitet sind. Aber hier könnte man ja sagen: Gut, dass die SPD-geführte Bundesregierung mit ihrem Investitionsprogramm für mehr Ganztagschulen Ihnen zu Hilfe kommt und so ganz nebenbei Ihre antiquierte Doktrin, Ganztagschulen nur für Brennpunktschulen zuzulassen, über den Haufen schmeißt. Sie sind ja froh, dass der Bund jetzt Ganztagschulprogramme anbietet, denn über diesen Weg haben Sie die Möglichkeit, den Gymnasien bei der Einführung des G 8 zu helfen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also!)

Allerdings sage ich Ihnen, Herr Pfister – und da könnten Sie, nachdem Sie sich ja in der Vergangenheit immer groß für Ganztagschulen eingesetzt haben, der Regierung und der Ministerin einmal Dampf machen –: Nach wie vor besteht bei Ihnen das Prinzip Ganztagschule nur für die so genannten Brennpunktschulen. Nur da sind Sie bereit, zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen. Sie sind nicht bereit, tatsächlich Ganztagschulen einzuführen und die dafür notwendigen Lehrerstunden zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die räumlichen Voraussetzungen für die schnelle Einführung von G 8 sind vielerorts also nicht gegeben. Das ist eine Tatsache. Doch auch bei denjenigen, die jetzt die große Gymnasialreform schultern sollen, ist das Schuljahr 2004/05 der denkbar schlechteste Zeitpunkt für die flächendeckende Einführung von G 8. Zuerst brüskieren Sie die Lehrerinnen und Lehrer mit einer Deputatserhöhung, und dann verlangen Sie, dass sie, quasi als Dank, zu enthusiastischen Trägern Ihrer Reform werden. Frau Schavan, Sie wissen doch selber ganz genau, dass das nicht funktionieren kann,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die Stimmung ist verheerend!)

ganz zu schweigen von den Schulleitungen, die Sie selbst gerne als Motoren der Erneuerung benennen. Den Schulleitungen jetzt die Verantwortung für Ihre Reform zu übertragen und sie gegen die frustrierten Kollegen kämpfen zu lassen, das halte ich nicht für fair.

Dass Ihre Pläne nicht durchdacht sind, lässt sich an weiteren Punkten festmachen. Die neuen Bildungspläne sind noch nicht einmal für alle Klassenstufen von G 8 vorhanden. Was im Jahr 2012 passieren soll, wenn gleich zwei komplette Jahrgänge in die Hochschulen bzw. in die Ausbildung drängen, dazu schreiben Sie lediglich – ich zitiere –, bereits jetzt eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet

(Zeller)

tet zu haben. Welch ein Hohn! Ich meine, das ist reichlich spät, wenn man bedenkt, dass sich die Eltern jetzt entscheiden, auf welche Schule sie ihr Kind geben. Denn mit der flächendeckenden Einführung des achtjährigen Gymnasiums im Hauruckverfahren – das sage ich trotzdem – und der zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 kann von Durchlässigkeit in unserem Schulsystem in Zukunft eigentlich gar nicht mehr die Rede sein.

Dann sind da noch die für die Doppelführung von G 8 und G 9 zusätzlichen 163 Deputate – pro Jahr, wohlgemerkt. Da wird deutlich, dass die flächendeckende Einführung von G 8 mitnichten finanziert ist und nicht durch Neueinstellungen garantiert ist. Vielmehr müssen die Lehrerinnen und Lehrer durch die Deputatserhöhung um eine Stunde in Wahrheit selbst für die Finanzierung dieses Projekts sorgen.

All diese Gründe sprechen nicht nur aus der Sicht der SPD-Fraktion, sondern aus der Sicht aller relevanten Gruppen dafür, diesen Teil des Gesetzentwurfs abzulehnen. Ich fordere Sie auf, von der generellen Einführung zum Schuljahr 2004 abzusehen und einer Korridorlösung zur flexiblen Einführung bis 2007 zuzustimmen.

Zum Thema Sonderschulen: Prinzipiell – das haben Sie richtig erkannt und vorhergesehen, Frau Vossschulze – haben wir gegen die Gesetzesnovelle in diesem Punkt keine Einwände.

(Abg. Seimetz CDU: Aber?)

Gleichwohl meinen wir – das möchte ich deutlich sagen –, dass die sonderpädagogische Förderung der einzelnen Behinderung Rechnung tragen muss. Das heißt, gehörlose und schwerhörige Kinder brauchen unterschiedliche Förderkonzepte. Die Verbände der Eltern schwerhöriger Kinder haben die Befürchtung – diese Befürchtung muss man sehr ernst nehmen und darf nicht über sie hinweggehen –, dass die Gebärdensprache dominiert, die lautsprachliche Bildung zu kurz kommt und eine differenzierte Förderung für Schwerhörige nicht in dem notwendigen Maße erfolgt.

Bei Schwerhörigen handelt es sich ja in erster Linie um das Problem Hören und nicht um das Problem des Denkens oder Verstehens. Deshalb befürchten Eltern in diesem Zusammenhang auch, dass Prozesse der Integration in das Regelschulwesen nicht mehr in dem notwendigen Umfang erfolgen, wie das sonst möglich wäre. Tatsache ist leider – dafür gibt es genügend Beweise –, dass sich viele Eltern die Hacken ablaufen müssen, wenn sie ihre Kinder in eine Regelschule integrieren wollen. Das bestätigen uns immer wieder die Anträge zu den ISEPs. Im Vordergrund müsste nach wie vor der Förderbedarf eines Kindes stehen, den die Schulen zu erfüllen haben, und weniger der Förderort.

Um Integrationsprozesse voranzubringen, fehlen im Übrigen schon heute Kooperationsstunden, Frau Schavan. Daraus wird ersichtlich – das sage ich in diesem Zusammenhang ganz deutlich –, dass die Landesregierung kein Interesse an wirklicher schulischer Integration hat.

Dass Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler in Zukunft von der Schule benachrichtigt werden können, wenn dies gemäß pädagogischem Ermessen und Erfahrungsstand

geboten erscheint, begrüßen wir. Mehr noch, die SPD-Fraktion hat im Schulausschuss und auch im Plenum bereits auf eine derartige Änderung des Schulgesetzes gedrängt. Erzählen Sie uns also nicht, dass die baden-württembergische Landesregierung hier allen voraus sei. Im Übrigen, auch Rheinland-Pfalz hat nach Erfurt schon längst die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Allerdings – und darauf sind Sie meines Erachtens zu wenig eingegangen – hat der Datenschutzbeauftragte an Ihrem Entwurf deutliche Kritik geübt und verfassungsrechtliche Mängel benannt. Wir fordern Sie deshalb auf, diese Bedenken des Datenschutzbeauftragten ernst zu nehmen und einzuarbeiten, damit wir eine klare Rechtssituation haben.

Außerdem machen doch gerade die schrecklichen Ereignisse von Erfurt deutlich, dass Schule nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern auch einen Erziehungsauftrag hat und dass insbesondere eine enge Kooperation auch mit der Jugendhilfe und mit Jugendverbänden notwendig ist. Auch diesbezüglich vermissen wir in Ihrer Novellierung einen Vorschlag, wohl wissend, dass gesetzliche Regelungen nur der Rahmen für verantwortliches Handeln in der Schule sein können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich grundsätzlich etwas zu den Neuerungen des Schulgesetzes sage, auf das eingehen, was Herr Zeller gerade gesagt und vorgetragen hat. Es ist immer so, Herr Kollege Zeller, dass man Maßnahmen noch früher hätte durchführen können, wenn man sie denn früher als richtig erkannt hätte. Aber es ist doch jedenfalls auch richtig – und da stimme ich Ihrer Formulierung zu –, dass es besser ist, überhaupt etwas zu machen als gar nichts.

Was die Ganztagschulen betrifft, nehme ich nämlich gerade diese Argumentation als Beispiel. Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Im Jahr 1992, als Sie hier an die Regierung kamen, gab es 40 Ganztagschulen. Im Jahr 1996 waren es immer noch 40 Ganztagschulen. Sie sagen, es komme alles zu spät. Was haben Sie denn in den vier Jahren getan, meine lieben Freunde von der SPD? Jetzt regiert die FDP/DVP mit, und jetzt haben wir schon über 140 Ganztagschulen!

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP:
So einfach ist das!)

– Entschuldigung, das ist doch wahr! Der Ausbau der Ganztagschulen steht sogar im Koalitionsvertrag. Es ist richtig, dass wir Ganztagschulen brennpunktorientiert einrichten. Das hing zunächst zum einen auch mit finanziellen Ressourcen und zum anderen damit zusammen, dass wir gesagt haben, an Brennpunkten ist die Einführung am notwendigsten.

Wenn wir unsere finanziellen Ressourcen entsprechend einteilen müssen, können wir nicht flächendeckend anfangen –

(Kleinmann)

also unabhängig davon, was brennpunktorientiert in Karlsruhe läuft, halt mal in Ravensburg anfangen oder umgekehrt –, sondern wir bauen dies langsam auf. Es sind ja weitere Ganztagschulen vorgesehen.

Meine Damen und Herren, frühzeitige Förderung ist richtig. Wir machen dies, indem wir, wie es aufgrund von PISA vorgesehen ist, ab dem fünften Lebensjahr Sprachstudien durchführen. Wie das genau aussieht, weiß man im Moment noch nicht, doch sie werden durchgeführt.

(Abg. Zeller SPD: So ist es! Keiner hat eine Ahnung, wie es geht!)

– Warten Sie doch ab! Ich bin doch nicht der Experte für Fünfjährige. Dazu kann ich relativ wenig sagen. Ich bin auch kein Experte für Sprachprüfungen. Es geht ja hier speziell um die deutsche Sprache. Lassen wir doch die Experten ein Konzept vorlegen. Wir sind uns im Übrigen doch alle einig, dass das nur dann etwas bringt, wenn man später auch gezielt fördert. Insoweit besteht Einigkeit.

Nun, mein lieber Herr Zeller, sagen Sie: So weit, so recht. Das kommt zwar für Sie auch zu spät, aber ich wüsste nicht, was zwischen 1992 und 1996, als Sie hier an der Regierung waren, in dieser Sache gelaufen wäre. Nun aber kommt die Sprachförderung.

Jetzt kommt aber der entscheidende Vorwurf, wir würden zu bald trennen, und zwar nach der vierten Klasse. Das war gerade Ihre Argumentation. Ich darf Ihnen sagen: Wenn wir versuchen, schon ab dem fünften Lebensjahr herauszufinden, wer sprachlich gefördert werden muss, und damit die Kinder dann schon in den Förderbereich bringen, warum sollen wir dann nach neun oder zehn Lebensjahren, wenn die Grundschulzeit vorbei ist, nicht wiederum unterschiedlich fördern, nämlich diejenigen, die mehr praktisch orientiert sind – –

(Abg. Zeller SPD: Herr Kleinmann, waren Sie mit in Finnland dabei?)

– Ich komme ja gleich darauf. Das ist ja eine Gemeinschaftsschule. Das ist wiederum etwas ganz anderes. Das hat mit der Ganztagschule nichts zu tun und hat mit der Gesamtschule nichts zu tun. Das ist eine Gemeinschaftsschule, ganz gewiss keine Ganztagschule. Das wissen Sie selbst; das haben Sie ja selbst gesagt.

Jedenfalls: Warum sollen wir die Schülerinnen und Schüler nach der Grundschulzeit von vier Jahren – ich komme gleich noch einmal auf Finnland zu sprechen – nicht in den entsprechenden Schultypen weiter differenziert fördern? Solange das Schulsystem durchlässig ist, ist das auch gar kein Problem. Es gibt doch tatsächlich die ehemaligen Hauptschüler Professor Dr. Weller – das habe ich ja schon einmal hier gesagt – und Georg Wacker, die später ein Hochschulstudium absolviert haben. Das gibt es doch tatsächlich! Jetzt fragen Sie mal, wo das überall sonst noch möglich ist. Wir sind hier an vorderster Linie tätig.

(Abg. Zeller SPD: Das ist die berühmte Ausnahme, mit der Sie ein falsches Schulsystem begründen! Das ist doch lächerlich, was Sie hier sagen, Herr Kleinmann!)

– Das ist gar nicht lächerlich, Herr Abgeordneter.

Sie haben Finnland angesprochen. Finnland hat eine Gemeinschaftsschule. Die Finnen erhalten in dieser Schule ab dem Schuleintritt sechs Jahre lang 30 Unterrichtsstunden pro Woche, in denen sie gemeinsam unterrichtet werden.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Neun Jahre!)

– Doch! – In den nächsten drei Jahren wird differenziert, dann sind es

(Zuruf)

22 gemeinsame Stunden und 8 Stunden, in denen man wählen kann, ob man Deutsch oder Sport oder sonst etwas nimmt. Und ab Klasse 7 unterrichten Fachlehrer, Frau Kollegin. Das Interessante ist, dass die Finnen darüber nachdenken, ob sie die gemeinsame Zeit ohne Fachlehrer auf vier Jahre verkürzen und sagen, die Fachlehrer müssten ab Klasse 5 unterrichten, weil sie auch diese Differenzierung vornehmen wollen.

(Abg. Zeller SPD: Aber doch nicht in der Klasse! Das ist doch Quatsch, was Sie hier sagen! Die Kinder bleiben zusammen! Die werden doch nicht aufgeteilt! – Weitere Zurufe)

– Ich sage doch: ab Klasse 7 bisher 22 Stunden gemeinsam und 8 differenziert und vorher – die ersten sechs Jahre – alle Stunden gemeinsam. Das wollen sie auf vier Jahre reduzieren.

(Unruhe – Abg. Zeller SPD: Die Kinder bleiben zusammen! Haben Sie das nicht verstanden?)

– Sie bleiben aber in den 8 Stunden nicht zusammen. Es gibt zwei, die zum Sportunterricht gehen, es gehen zwei in den Deutschunterricht usw. Die sind 22 Stunden lang beieinander und die übrigen Stunden nicht. Da muss ich sagen: Gehen Sie noch einmal nach Finnland. Sonst hätten wir hier fehlinvestiert.

(Abg. Zeller SPD: Das empfehle ich gerade Ihnen, dass Sie noch einmal nach Finnland fahren!)

Meine Damen und Herren, die Argumentation, dass die Neuregelungen – fünf an der Zahl – nicht überall auf ein entsprechendes Echo stoßen, ist nur bedingt richtig. Die Anhörung hat ergeben, dass vier davon im Großen und Ganzen unproblematisch sind, Herr Zeller. In der Regel stoßen sie sogar auf ausdrückliche Zustimmung insbesondere des Landeseltern- und des Landesschülerbeirats sowie des Landeschulbeirats, aber auch der kommunalen Landesverbände. Den von den kommunalen Landesverbänden aus Sicht der kommunalen Schulträger unter Kostengesichtspunkten vorgebrachten Hinweisen und Bedenken – auch das muss man hier erwähnen – wurde ja teilweise durch Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Anhörungsentwurf Rechnung getragen.

Eine im Anhörungsentwurf noch vorgesehene weitere Neuerung, nämlich die Schaffung der Möglichkeit für Real-schulabsolventen, in der Berufsschule die Vermittlung weiterer fachtheoretischer Inhalte anstelle von allgemeinen Bildungsinhalten vorzusehen, wurde aufgrund der von Landeselternbeirat und Landeschulbeirat hiergegen vorgebrachten Bedenken aus dem Entwurf gestrichen.

(Kleinmann)

Also auch hier war noch Bewegung im Vorfeld. Es war nicht nur ein Wurf und fertig, sondern wir haben sehr wohl die verschiedenen Verbände dazu angehört.

(Abg. Zeller SPD: Beim G 8 haben Sie alles ignoriert!)

Umstritten bleibt demgegenüber die vorgesehene – Sie nehmen es mir vorweg, Herr Zeller – generelle Einführung des achtjährigen allgemein bildenden Gymnasiums. Die von Landeselternbeirat, Landesschulbeirat und Landesschülerbeirat vorgebrachten Einwände bzw. Alternativvorschläge beziehen sich freilich nicht mehr auf die grundsätzliche Frage eines künftig generellen G 8, sondern gewünscht wird lediglich, den vorgesehenen Einföhrungstermin zu verschieben und/oder zeitlich zu strecken.

Zum Thema G 8 sind Anträge der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE mit aufgerufen. Die mit der Einföhrung des G 8 zusammenhängenden Fragen werden also den Schwerpunkt der heutigen Debatte bilden. Die mit dem Gesetzentwurf verfolgten weiteren Neuerungen sind allerdings inhaltlich gegenüber diesem Punkt keineswegs so nachrangig, dass sie sozusagen keiner weiteren Erwähnung wert wären. In ihrer Gesamtheit und in jedem einzelnen Fall belegen sie vielmehr den Prozess ständiger Verbesserung und ständiger Weiterentwicklung unseres Schulwesens, das heißt auch seiner kontinuierlichen Anpassung an die sich verändernden Bedingungen in unserer Gesellschaft, in Familie und Beruf.

Unter Tagesordnungspunkt 2 haben wir heute Morgen über Maßnahmen im Bereich der beruflichen Schulen vor dem Hintergrund der aktuellen Lehrstellensituation diskutiert. Unabhängig von dieser Situation ist und bleibt es eine dauerhafte Aufgabe, nach Möglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler die Voraussetzungen dafür zu schaffen, in ein berufliches Ausbildungsverhältnis eintreten zu können. Auch da sind wir uns ja alle einig. Bloß nutzt es natürlich nichts, meine Damen und Herren, wenn wir uns gegenseitig Fehler vorwerfen. Entscheidender ist vielmehr, dass wir hinausgehen und dort, wo die Ausbildungsplätze geschaffen werden, die Handwerker und Handwerkerinnen und auch die Unternehmer bitten, sich doch noch einen Ruck zu geben und weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Dann machen Sie das einmal!)

– Ich habe das erfolgreich gemacht, Herr Zeller, mit unserem Wirtschaftsminister in der Raumschaft Sulz. Es gelang allein in der Raumschaft Sulz und in Vöhringen, noch 24 zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Das ist nicht viel, aber immerhin besser, als sie nicht zu haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Berufsvorbereitungsjahr ermöglicht es, einen nicht erreichten Hauptschulabschluss nachzuholen. Gleichwohl ist es natürlich besser, wie man es jetzt vorhat – das begrüße ich überaus –, bei Schülerinnen und Schülern, bei denen bereits am Ende der achten Klasse klar ist, dass sie den Hauptschulabschluss wohl nicht schaffen werden, in der Hauptschule mit dem Verbleib in der regulären neunten

Klasse und dann mit einem weiteren Schuljahr, das sich an das BVJ anlehnt, in dem auch noch Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer unterrichten, eine Möglichkeit zu bieten, diesen Abschluss mehr oder weniger ungestreift und erfolgreich – dann nach zehn Jahren – zu machen. Ich halte dies auch für die Stärkung der Hauptschule für überaus wichtig. Ohne Zweifel ist es besser, in diesen Fällen früher zu reagieren. Und genau dies geschieht mit der jetzt vorgesehenen Einrichtung eines zweijährigen Bildungsgangs bereits im Anschluss an die achte Klasse.

Dies hat auch etwas zu tun mit verantwortlichem Umgang mit Bildungs- und Lebenszeiten, und das ist ein zentraler Gesichtspunkt nicht nur beim G 8, sondern natürlich ebenso bei der vorgesehenen früheren Einschulung durch entsprechende Verlegung der Stichtage. Baden-Württemberg setzt mit der Stichtagsflexibilisierung den eingeschlagenen Weg weiterhin erfolgreich fort.

Zur vorgesehenen Klarstellung der Frage, wann Eltern volljähriger Schüler personenbezogene Auskünfte und Mitteilungen der Schule über diese ihre Kinder erhalten dürfen – das ist ja hier alles angesprochen, Stichwort Erfurt –, gibt es aus meiner Sicht keinen Diskussionsbedarf. Auch dies ist ohne Zweifel eine richtige und eine wichtige Maßnahme.

Nun zur Einföhrung des G 8. Die FDP/DVP hat sich seit langem dafür eingesetzt, die bei uns im internationalen Vergleich extrem langen Erstausbildungszeiten – Leben ist ein ständiges Lernen, das wissen wir ja – in Schule und Studium zu verkürzen. Hierfür gibt es viele gute Gründe. Sie sind inzwischen sattsam bekannt.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir haben immer betont, dass dies vor allem durch eine Verkürzung zu langer Studienzeiten zu erfolgen hat, dass auf der anderen Seite aber auch das Gymnasium hierzu einen Beitrag leisten muss. Das generell achtjährige allgemein bildende Gymnasium ist dieser Beitrag.

Ich will gleich an dieser Stelle darauf hinweisen, Herr Zeller, dass Baden-Württemberg mit seiner Entscheidung für die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit mittlerweile bundesweit Schule gemacht hat. In Hamburg, Niedersachsen und wohl auch in Nordrhein-Westfalen sind die Würfel entsprechend gefallen. Im Saarland ist das achtjährige Gymnasium bereits eingeföhrt, in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt wurde die Schulzeit, nachdem man sie dort zunächst an die westdeutschen Zeiten angepasst hat, wieder verkürzt. Thüringen und Sachsen sind immer beim achtjährigen Gymnasium geblieben. In einer Reihe weiterer Bundesländer wird über die Verkürzung nachgedacht.

Sie sagen, wir sollten nicht schlafen, sondern zügig voranzuschreiten. Hier tun wir es, und dafür werden wir auch wieder kritisiert.

(Abg. Zeller SPD: Es geht um die Korridorlösung!)

Dies alles zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg, und die Zeit ist reif, um die Maßnahme durchzuführen. Im Grunde bestätigen das auch die heute mit zur Beratung anstehenden Anträge der Oppositionsfraktionen. Denn auch in diesen

(Kleinmann)

Anträgen geht es nicht mehr um das Ob, sondern lediglich noch um das Wie, genauer gesagt um das Wann.

Aus unserer Sicht gibt es keinen ernsthaften Grund oder Anlass, den nun vorgesehenen Zeitpunkt der Einführung des G 8 zum Schuljahr 2004/05 zu verschieben. Die Gründe, die für eine Verschiebung vorgebracht worden sind, sind mir satzsaam bekannt.

(Abg. Zeller SPD: Sie ignorieren die Gründe!)

Aber ich halte sie nicht für so gravierend, als dass wir die Einführung noch einmal verschieben sollten. Den Vorwurf einer überhasteten Einführung kann ich schon gar nicht nachvollziehen und teilen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind zehn Jahre zu spät!)

Beginnend mit dem Schuljahr 1991/92 – Sie sagen doch immer, wir sollten schneller vorgehen; jetzt gehen wir einmal schneller vor, und dann ist es immer noch nichts –,

(Abg. Zeller SPD: Es geht um eine Korridorlösung!
– Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

also vor immerhin zwölf Jahren, wurde das Modell eines achtjährigen Gymnasiums an zunächst vier Standorten erprobt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zehn Jahre zu spät, Norbert!)

Ich räume ein, dass hierfür anfänglich andere Bedingungen galten. Aber das jetzige Modell wird inzwischen an mehr als 80 allgemein bildenden Gymnasien angeboten, und zwar erfolgreich.

Die Verkürzung der Schulzeit ist eingebunden in ein Gesamtkonzept der Reform des Gymnasiums, zu dessen weiteren Elementen die Reform der Oberstufe und die Einführung von Bildungsstandards sowie von Kern- und Schulcurricula gehören, die wiederum mit der Stärkung schulischer Eigenverantwortung und der Schärfung von Schulprofilen in engem innerem Zusammenhang stehen.

Die erforderlichen Vorbereitungen hierfür laufen oder sind eingeleitet. An vielen Gymnasien sind Arbeitsgruppen gebildet, die an den entsprechenden konkreten Konzepten arbeiten.

Ich wehre mich dagegen, diese sinnvolle Einbettung in ein Gesamtkonzept negativ umzumünzen in den Vorwurf, jetzt solle zu viel auf einmal gemacht werden. Ich habe den Eindruck, dass diejenigen, die auflisten, was alles zusammen mit der Umstellung auf G 8 auf die Gymnasien zukomme, teilweise bewusst irreführend argumentieren, indem sie so tun, als ob von dieser Umstellung schlagartig alle Klassen und Jahrgangsstufen betroffen seien. Die Realität sieht anders aus. Es beginnt mit Klasse 5, und Schritt für Schritt wächst ein weiterer Jahrgang hinein.

Am Ende steht allerdings das Jahr 2012 mit der gleichzeitigen Entlassung von zwei Abiturjahrgängen. Die hieraus resultierenden Probleme betreffen übrigens nicht nur die Abnehmerseite Hochschule, sondern auch die Abnehmerseite

Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Eine Arbeitsgruppe des Ministeriums ist damit beauftragt, gangbare Wege zu erarbeiten. Es ist sicher, dass dieses Problem nicht einfach zum Verschwinden gebracht werden kann – da sind wir uns einig –, allerdings auch nicht durch die von verschiedenen Seiten gewünschte Verschiebung der Einführung des G 8 auf einen späteren Zeitpunkt.

Mein Plädoyer lautet daher, alle Kräfte für die erfolgreiche Einführung und Umsetzung des G 8 zum Schuljahr 2004/05 zu mobilisieren, um das Gesamtkonzept einer Reform und sinnvollen Modernisierung unserer Gymnasien zügig voranzubringen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Kern geht es bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um die schulgesetzliche Verankerung des achtjährigen Gymnasiums. Allerdings beziehen Sie gleich noch ein paar Veränderungen mit ein. Zu fragen ist dann jedoch: Warum haben Sie nicht einen wirklichen Wurf vorgelegt? Denn wenn schon Änderungen, die über das G 8 hinausgehen, warum nicht auch in Bereichen, die jetzt im Kontext der Bildungsplanreform dringend anstehen? Ich nenne zum Beispiel den Abbau von Überreglementierungen im Schulgesetz, die Stärkung der Eigenständigkeit von Schulen, die Stärkung von Schulleitungen, die Stärkung der Beteiligungsrechte von Lehrern, Eltern und Schülervertretungen.

(Abg. Zeller SPD: Daran haben sie kein Interesse!
Das ist der Grund!)

Warum werden nach so vielen positiven Erfahrungen nicht endlich die integrativen Schulentwicklungsprojekte, die zieldifferente Integration von behinderten Kindern, in das Schulgesetz aufgenommen? So wirkt der vorgelegte Gesetzentwurf willkürlich, zusammenhanglos und ist gerade nicht dieser umfassende Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch!)

von dem Sie, Frau Ministerin, vorhin eingangs gesprochen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich will zunächst zum Herzstück – so haben Sie es genannt – dieses Schulgesetzentwurfs unsere Position vortragen und dann, noch kürzer, auf die anderen Punkte eingehen, zu denen der Entwurf Änderungen vorsieht.

Wir Grünen befürworten eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit.

(Beifall der Abg. Röhm CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben diese Verkürzung immer befürwortet.

(Abg. Röhm CDU: Das stimmt!)

(Renate Rastätter)

Allerdings hatten wir ein anderes Konzept; darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Wir halten grundsätzlich eine flexible Schulzeit entsprechend der individuellen Entwicklung junger Menschen für richtig. Es muss deshalb unterschiedlich lange Schulzeiten geben, nach denen junge Menschen das Abitur ablegen können. Ansätze dafür sind in Baden-Württemberg durchaus vorhanden. So können künftig Kinder, die in der Grundschule beim „Schulanfang auf neuen Wegen“ die Eingangsstufe in einem Jahr durchlaufen, nach elf Schuljahren das Abitur ablegen. Der Regelfall am allgemein bildenden Gymnasium wird sein, das Abitur nach zwölf Jahren zu machen. Im beruflichen Gymnasium – wo Ausgangspunkt die Realschule oder ein anderer mittlerer Abschluss ist – kann auch künftig das Abitur nach 13 Jahren abgelegt werden. Schließlich steht jungen Erwachsenen noch die Möglichkeit offen, das Abitur in Berufsoberschulen zu machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Durchlässigkeit! Sehr gut!)

Vom Prinzip her finden wir also eine solche flexible Möglichkeit sehr positiv.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Die muss erhalten und gestärkt werden, weil Begabungen, Entwicklungen und Möglichkeiten junger Menschen so unterschiedlich sind, dass unterschiedliche Wege möglich sein müssen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, den vorgelegten Gesetzentwurf zur Einführung des achtjährigen Gymnasiums lehnen wir aus zwei Gründen ab.

(Abg. Röhm CDU: Das ist aber schade! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Wir haben den einen Grund schon von Vorrednern gehört: Mit diesem Konzept des achtjährigen Gymnasiums wird das Gymnasium von den anderen Schularten – ich nenne hier die Hauptschule und die Realschule – völlig abgekoppelt. Das bewährte Prinzip der Durchlässigkeit, geregelt durch die schulartabhängige Orientierungsstufe und durch die multilaterale Versetzungsordnung, wird faktisch abgeschafft. Ich war an einer Realschule Lehrerin und kann mir nur schlecht vorstellen, dass eine Schülerin oder ein Schüler nach der sechsten Klasse nach Ihrer Konzeption mit der Verkürzung in der Unterstufe noch ins allgemein bildende Gymnasium überwechseln kann.

(Abg. Röhm CDU: Doch! Ist jederzeit möglich! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Das ist schlichtweg nicht möglich!)

Ich finde, dass dies ein radikaler Systembruch ist.

(Abg. Röhm CDU: Jederzeit möglich!)

Das ist eine Verschärfung der Selektion

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nehmen Sie doch nicht dieses böse Wort!)

und das Gegenteil dessen, was die Konsequenz aus der PISA-Studie sein müsste, nämlich eine Verbesserung der Durchlässigkeit und ein Abbau von Selektivität im Bildungswesen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

In dem heute – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Rastätter, gestatten sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Röhm?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aber sehr gerne, Herr Röhm.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Röhm CDU: Frau Kollegin, es ist angedacht, dass jede einzelne Entscheidung Sache der Schule sein wird. Die Schulleitungen sind also verantwortlich, wenn der erklärte Wille der abgebenden Schule und der Eltern vorliegt, eine Möglichkeit zu schaffen.

(Abg. Zeller SPD: Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Durchlässigkeit nicht mehr möglich ist!)

Trauen Sie uns das zu oder nicht?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: In pädagogischer Hinsicht traue ich den Lehrerinnen und Lehrern viel zu, wenn man sie lässt und entsprechend unterstützt

(Abg. Döpfer CDU: Bravo!)

und in Zeiten großer Bildungsplanreformen nicht mit Maßnahmen wie einer Arbeitszeiterhöhung kommt.

(Abg. Wacker CDU: Eine billige Antwort! – Abg. Seimetz CDU: Der erste Halbsatz hat so vernünftig angefangen!)

Aber, Herr Röhm, zu diesem Punkt muss ich eines sagen: Bei Eingangsklassen im Gymnasium mit 33 Schülern, bei fehlenden Stütz- und Förderangeboten nützen selbst die besten pädagogischen Möglichkeiten der Lehrer wenig. Wie sollen sie denn in der Lage sein, Kindern, denen dann faktisch ein Schuljahr fehlt, die Anschlussmöglichkeit zu vermitteln? Es sei denn, es würde sich um extrem hochbegabte Schüler handeln.

(Abg. Röhm CDU: Es sind immer fleißige! – Abg. Zeller SPD: Das ist eine Verschlechterung! Eindeutig!)

Aber ich will diese Möglichkeit für alle und nicht nur für die Höchstbegabten.

Insofern sind faktisch jedenfalls die Ausgangsmöglichkeiten schlechter; das müssen Sie zugeben. Die Ausgangsmöglichkeiten für die Durchlässigkeit sind schlechter, als sie bislang waren, als in der Unterstufe des Gymnasiums keine Verkürzung stattgefunden hat.

(Abg. Seimetz CDU: Dafür muss noch der Beweis erbracht werden!)

(Renate Rastätter)

Wir beantragen deshalb mit dem Ihnen heute vorliegenden Antrag, das Konzept des achtjährigen Gymnasiums so zu ändern, dass die Orientierungsstufe, aber auch die generelle Durchlässigkeit bis einschließlich Klasse 8 erhalten bleibt. Wie das mit der Fremdsprache zu machen ist, darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Wir beantragen, die Verkürzung in den Klassen 9 bis 11 durchzuführen. Dass das Sinn macht, zeigt ja schon allein die Tatsache, dass viele Schülerinnen und Schüler heute während dieser drei Jahre ein Auslandsjahr machen und trotzdem den Übergang in die gymnasiale Oberstufe gut bewältigen. Von daher würde sich dieser Zeitraum sehr gut anbieten, um eine Verkürzung zum achtjährigen Gymnasium durchzuführen.

Frau Kultusministerin, Herr Wacker, es müsste Ihnen doch zu denken geben, dass diese Argumente auch von Ihren wichtigsten Beratungsgremien, nämlich vom Landeselternbeirat und vom Landesschulbeirat, geteilt werden. Diese Gremien sprechen sich aus diesem Grund für eine Einführung der zweiten Fremdsprache ab Klasse 6 aus. Der Landeselternbeirat bittet ja gerade inbrünstig darum, die Orientierungsstufe wenigstens noch ein Jahr zu lassen, damit nicht bereits nach der vierten Klasse eine endgültige Entscheidung getroffen werden muss.

Kann ich bitte ein Glas Wasser haben?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Wo sind wir denn? Selbstverständlich! Wir sorgen für ein bisschen Wasser! – Abg. Kleinmann FDP/DVP verlässt den Plenarsaal, um für die Rednerin ein Glas Wasser zu holen. – Unruhe)

Von daher muss das Konzept geändert werden. Dann können wir Grünen auch der Schulzeitverkürzung, die von Ihnen vorgeschlagen wird, zustimmen – aber nicht mit diesem Gesetzentwurf.

Der zweite Grund ist: Wir plädieren dafür – wie das auch alle Beratungsgremien tun –, eine schrittweise Einführung vorzunehmen und die generelle Einführung dann im Jahr 2007 vorzunehmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP bringt der Rednerin ein Glas Wasser. – Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So reicht die FDP/DVP den Grünen das Wasser! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wasserträger!)

– Vielen Dank, Herr Kleinmann.

Es ist auch sinnvoll, die generelle Einführung spätestens im Jahr 2007 vorzunehmen, weil die Grundschulfremdsprache dann an allen Grundschulen eingeführt ist und es gar keinen Grund mehr gibt, noch weiter damit zu warten.

Die Gründe, die für die Verschiebung sprechen, sind ausreichend bekannt. Ich will noch einmal die wichtigsten nennen:

Erstens: Das Zeitfenster bis zum Jahr 2007 gibt den Schulen die Möglichkeit, sich pädagogisch gut auf die Schulzeitverkürzung einzustellen. Das gilt gerade jetzt, wo die Schulzeitverkürzung mit der Bildungsplanreform verbun-

den wird. Statt die Schulen zu unterstützen und ihnen Zeit zu gewähren, agieren Sie mit Zeitdruck und mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Lehrer und Lehrerinnen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir wollten jetzt einfach mal schnell sein!)

durch eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung.

Zweitens: Ein Zeitfenster bis zum Jahr 2007 gibt auch den Schulträgern die Möglichkeit, räumliche Bedingungen für ein achtjähriges Gymnasium zu schaffen, zum Beispiel mithilfe der Bundesmittel und mit pädagogischen Konzepten der Schulen Ganztagschulen zu entwickeln. Auch das ist ein Reformschub, für den Zeit erforderlich ist und in den vor allem auch ein Kollegium eingebunden werden kann.

Last, but not least muss ich sagen: Das, was Sie in Ihrer Begründung zum Schulgesetzentwurf auf den Einwand der Angehörten erwidern, ist wirklich dürftig. Sie haben überhaupt keine Lösung für das Problem, dass im Jahr 2012 zwei Abiturjahrgänge die Schule verlassen. Denn das wird ja in den Hochschulen für die beruflichen Ausbildungsgänge, gerade im dualen System, zu massiven Problemen führen. Es wird zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen Abiturienten und Schulabgängern aus Haupt- und Realschulen kommen, die dann natürlich befürchten müssen, dass die Lehrstellen im dualen System von Abiturienten besetzt werden.

Diese Einwände, Frau Kultusministerin, wischen Sie einfach vom Tisch mit der Erklärung: „Ja, ja, wir kennen das Problem. Wir wissen das, haben aber jetzt schon eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Lösung des Problems gebildet.“

(Abg. Zeller SPD: Das ist zynisch!)

Da kann ich nur sagen: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. So kann Modernisierung des Bildungswesens nicht laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Jetzt komme ich zur zweiten Fremdsprache. Dazu habe ich nun in der Tat eine andere Auffassung als der Landeselternbeirat und auch andere Angehörte, zum Beispiel der Landesschulbeirat. Sie wollen die Möglichkeit der Einführung einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5, allerdings nur im Gymnasium, verankern.

(Abg. Röhm CDU: Günstiges Lernalter! Jawohl!)

Wir Grünen treten dafür ein, für alle weiter führenden Schularten die Möglichkeit im Schulgesetz zu verankern, die zweite Fremdsprache ab Klasse 5 einzuführen. Es gibt für uns überhaupt keinen Grund, die Hauptschule und die Realschule von einer Möglichkeit, die zweite Fremdsprache ab Klasse 5 einzuführen, auszunehmen. Der Schulausschuss war gerade in Finnland, ich war vorher in Schweden.

(Abg. Wieser CDU: Oi! Sie sind aber viel unterwegs! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Aber nicht so viel wie der Herr Wieser! – Abg. Seimetz CDU: Wir fahren nach Schottland!)

(Renate Rastätter)

Alle Schüler lernen dort ab Klasse 5 eine zweite Fremdsprache. Relevant sind doch Niveau und Geschwindigkeit. Diese können sich natürlich von Schulart zu Schulart unterscheiden. Ich finde, die Option, die Möglichkeit, dass auch Hauptschulen und Realschulen als Schulprofil eine zweite Fremdsprache ab Klasse 5 anbieten, muss im Schulgesetz verankert werden. Dazu werden Sie einen Änderungsantrag der Grünen-Fraktion bekommen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme nun in Kürze zu den weiteren Änderungsentwürfen.

Erstens: Der Verankerung der Kooperationsklassen von Hauptschule und BVJ stimmen wir zu.

(Abg. Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Diese Modelle laufen gut. Wir wollen diese Möglichkeit allerdings auch für die Förderschulen verankert sehen und werden dazu auch einen Änderungsantrag einbringen. Gerade für gute Förderschüler muss es die Möglichkeit geben, in einen solchen zweijährigen Bildungsgang zu gehen und eine gute berufliche Vorbereitung für einen Ausbildungsplatz im dualen System zu haben. Deshalb müssen auch die Kooperationsklassen von Förderschulen und BVJ im Schulgesetz verankert werden.

Zweitens: Die Vorverlegung der Stichtagsregelung um drei Monate findet ebenfalls unsere Zustimmung. Wegen des späteren Schuljahresbeginns macht es Sinn, den Stichtag auf 30. September zu verschieben, sodass künftig alle Sechsjährigen eingeschult werden. Allerdings lehnen wir die freiwillige Stichtagsregelung bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres ab.

(Abg. Röhm CDU und Abg. Kleinmann FDP/DVP: Warum?)

Solange in der Tat nur eine Minderheit an Grundschulen den „Schulanfang auf neuen Wegen“ erfolgreich praktiziert, zum Beispiel mit den jahrgangübergreifenden Klassen, solange der Klassenteiler in der Grundschule bei 31 Schülern und Schülerinnen liegt, so lange halten wir es nicht für vertretbar, dass Eltern auf eigene Entscheidung hin ihre Kinder einfach anmelden können, ohne dass geprüft wird, ob die Kinder die Voraussetzungen für eine Einschulung mitbringen. Mir haben Rektorinnen gesagt, es gebe Eltern, die zum Beispiel sagen: „Dann sparen wir ein Jahr Kindergarten-geld. Die Schule kostet nichts.“

(Abg. Röhm CDU: Das wollen wir auch nicht! Das ist ja klar! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist schon richtig! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das kann ja kein Grund dafür sein, ein Kind früher einzuschulen. Deshalb sagen wir: Priorität hat zunächst einmal, den „Schulanfang auf neuen Wegen“ in der Fläche in Baden-Württemberg zu verbreiten, also auch die variable Verweildauer von einem bis drei Jahren an allen Grundschulen zu erreichen. Priorität hat für uns, den Bildungsauftrag des Kindergartens endlich zu definieren. Priorität hat eine Verbesserung der Lernbedingungen in der Grundschule durch

kleinere Klassen, durch einen Abbau der jetzt noch großen Klassen. Dann können wir erneut über eine Möglichkeit reden, diesen Stichtag noch weiter vorzulegen, um den Eltern die Möglichkeit zu geben, ihr Kind anzumelden, ohne dass überprüft wird, ob das Kind geeignet ist.

Drittens: Der Zusammenlegung der Sonderschulen für Schwerhörige und Gehörlose zu einer Sonderschule für Hörgeschädigte stimmen wir auch zu. Das darf aber kein Hindernis sein, den Weg zu mehr Integration fortzusetzen. Wir wollen auch, dass künftig mehr behinderte Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischer Förderung die allgemeine Schule besuchen können.

Zum Schluss noch zur Verankerung der Möglichkeit, die Eltern von volljährigen Schülern zu informieren, also die Kommunikation zwischen Eltern und Schule bei volljährigen Kindern zu erweitern. Es ist richtig: Nach den Ereignissen von Erfurt war das der Wunsch aller Fraktionen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die SPD hat das auch entsprechend thematisiert. Es muss aber eine Regelung gefunden werden, die auch dem Datenschutz Rechnung trägt. Dabei ist die Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten für uns sehr wichtig. Wir müssen das informelle Selbstbestimmungsrecht von volljährigen Schülerinnen und Schülern schützen. Das ist ein sehr hohes verfassungsrechtliches Gut. Insofern hoffen wir – da hoffe ich auf eine konstruktive Beratung im Schulausschuss –, dass wir uns auf den Vorschlag des Datenschutzbeauftragten einigen können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das lassen wir uns gern durch den Kopf gehen!)

Ich sage aber auch eines dazu – das habe ich schon früher gesagt und sage es wieder –: Die Aufnahme einer schulgesetzlichen Regelung zur Information der Eltern volljähriger Schüler ersetzt nicht das, was im deutschen Bildungswesen, also auch in Baden-Württemberg, dringend angesagt ist: Das Bildungswesen muss humaner ausgestaltet werden. Wir wollen ein Bildungswesen, das keine Versagerkarrieren produziert, das Schülerinnen und Schüler nicht ausgrenzt, das keine Misserfolgserlebnisse gewährt. Wir brauchen ein humanes Bildungswesen mit vielfältigen Unterstützungssystemen. Wir haben gesehen, dass das in anderen Ländern erfolgreich so ausgebaut wurde.

(Abg. Röhm CDU: 15 % Jugendarbeitslosigkeit!)

Wenn das erreicht wird, wird auch die Notwendigkeit, Eltern zu informieren, nicht in diesem Umfang bestehen.

(Abg. Röhm CDU: 20 % Jugendarbeitslosigkeit!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich habe nun etwas länger gesprochen. In der zweiten Lesung werden wir voraussichtlich weniger Zeit haben. Wir Grünen – Sie sehen das –

(Abg. Röhm CDU: Sind gute Leute!)

werden bei einigen Änderungen zuzustimmen. Wir haben an einigen Änderungen fundamentale Kritik vorgetragen. Wir werden Änderungsanträge einbringen, und wir hoffen,

(Renate Rastätter)

dass wir mit Ihnen eine konstruktive Auseinandersetzung darüber im Schulausschuss führen können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Röhm CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir haben alle Hunger!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich habe auch Hunger. Deshalb mache ich es ganz kurz. Ich verspreche es Ihnen.

Lieber Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das kann man jetzt nicht alles einfach so stehen lassen. Das verdirbt einem den Appetit.

Lassen Sie es mich ganz kurz sagen: Die Debatte erweckt erneut den Eindruck: Die Opposition, vor allem die große Oppositionsfraktion, ist schlicht reformunfähig.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Zeller SPD)

Es geht immer nach dem gleichen Muster – bei G 8 ist es schon kabarettreif –: Erst ist man generell dagegen, und wenn man es nicht schafft, sich generell mit seiner Kritik durchzusetzen, dann fängt man mit Details an.

(Abg. Zeller SPD: Wo haben Sie von uns die Aussage gehört, dass wir generell dagegen sind?)

Stellen Sie sich vor, wir würden in Baden-Württemberg eine Umfrage machen, ob man am Gymnasium den achtjährigen Bildungsgang, nachdem man ihn 2001 vereinbart hat, im Jahr 2004 oder im Jahr 2007 einführen solle. Sie würden eine überwältigende Mehrheit für 2004 bekommen. Würden wir auf 2007 verschieben, würde es einen Aufschrei geben.

(Abg. Zeller SPD: Es geht um eine Korridorlösung!)

Deshalb sage ich Ihnen: Das ist eine Diskussion, die in jedem Land geführt wird. Diese ist im Saarland ganz genauso geführt worden. Kurz bevor es losgeht, gibt es noch einmal Kräfte, die sagen: Das lassen wir jetzt lieber noch einmal drei Jahre liegen.

(Abg. Zeller SPD: Was heißt „Kräfte“? Alle sind es!)

Nein, es ist nicht richtig, wenn Sie sagen, die kommunalen Landesverbände seien dagegen gewesen. Mit den kommunalen Landesverbänden hat es kontinuierlich Gespräche gegeben. Der Städtetag sagt lediglich: Wenn eine einzelne Schule –

(Abg. Zeller SPD: Soll ich Ihnen die Stellungnahme vorlesen? Das steht doch hier drin!)

– Ich habe sie auch gelesen. Es wird gefragt, ob Ausnahmelösungen möglich seien, wenn einzelne Schulen feststellen, sie könnten das vom Raumbedarf her nicht schon 2004 schaffen. Dazu kann ich nur sagen: Das Leben besteht nicht nur aus Regeln, sondern Regeln existieren, weil es immer Ausnahmen gibt. Nur bin ich einmal gespannt, welche Schule denn kommt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da bin ich auch gespannt!)

Es wird eben nicht mit einem Schlag alles umgestellt, sondern erst einmal kommt ein Jahrgang 5, der überhaupt keine anderen Verhältnisse hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habe ich ja gesagt!)

Es gibt überhaupt keinen anderen Raumbedarf im Jahr 2004 aufgrund der Umstellung auf G 8. Das ist doch alles eine riesige Spinnerei, die da fabriziert wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Humbug!)

Von daher kann ich nur sagen: Wenn ein Bürgermeister mir sagt –

(Abg. Zeller SPD: Sämtliche Verbände spinnen nach Ihrer Ansicht?)

– Nein, die Verbände haben eine ganz andere Strategie; das wissen Sie auch. Da geht es überhaupt nicht um Räume. Die müssen sich auch fragen lassen, wie sie die Bildungspolitik eigentlich noch mitgestalten wollen. So drastisch sage ich das jetzt. Das ist doch schlichte Verweigerung, die da passiert. Da werden Dinge miteinander vermischt, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Röhm CDU: Bravo!)

Deshalb sage ich das noch einmal, damit das klar festgestellt wird: Wenn ein Schulleiter mir sagt, in seiner Schule könne er das räumlich alles nicht schaffen, dann werden wir eine Lösung finden. Aber 2004 gibt es keinen neuen Raumbedarf. Es sind die Klassen 5 betroffen.

Was den Mittagstisch angeht, wissen wir, dass an 30 % aller Gymnasien schon heute ein Mittagstisch angeboten wird, mit entsprechender Infrastruktur.

Im Übrigen ist jetzt noch ein ganzes Schuljahr lang Zeit, und es geht auch hier wiederum nur um Veränderungen für einen einzigen Jahrgang, nämlich für die Klasse 5. In dieser Klasse 5 wird in der Regel an einem Nachmittag Unterricht sein.

Deshalb lautet meine herzliche Bitte: Wenn Sie schon solche Argumente ins Feld führen, dann bleiben Sie nahe an der Wahrheit und erfinden Sie keine Geschichten – das sage ich auch anderen; Sie haben diese ja nur übernommen, weil sie Ihnen gerade recht kommen –, mit denen man alle möglichen Leute verunsichert und eine bildungspolitische Weichenstellung verhindern will. Sie ist nicht zu verhindern. Sie wird 2004 kommen: bei uns ebenso wie in der Mehrheit aller Bundesländer in Deutschland.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP)

Damit komme ich zum zweiten Punkt: Zu meiner „verheerenden“ Bildungspolitik gehörten die starre Dreigliedrigkeit und die Verweigerung längerer Lernzeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wintruff SPD: Ja, das stimmt! – Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt!)

– Applaus. – Können Sie mir erklären, warum – wenn Sie das verheerend finden – der Bremer Bürgermeister Scherf

(Abg. Capezzuto SPD: Guter Mann!)

und sein Bildungssenator Lemke, beide Sozialdemokraten, jetzt in ihrem Koalitionsvertrag mit dem Koalitionspartner vereinbaren,

(Abg. Capezzuto SPD: Starke Leute!)

die Grundschule von sechs Jahren auf vier Jahre zu verkürzen?

(Abg. Wintruff SPD: Das ist ein Fehler! – Abg. Röhm CDU: Weil sie baden-württembergische Ergebnisse wollen, deshalb!)

Können Sie das erklären? Damit tun sie das, was auch andere Länder tun. Aber das ist eine eigene Debatte; ich mache das Fass hier jetzt gar nicht auf. Aber irgendwie ist alles, was Sie da bewerten, ein bisschen schwierig zusammenzubringen mit ganz klaren Entwicklungen, die wir derzeit – übrigens in großem und parteienübergreifendem Konsens – in der Kultusministerkonferenz haben. Dort gibt es mehr Konsens, als Ihnen lieb sein kann. Deshalb sollten Sie sich wenigstens einmal bei dem einen oder anderen Parteifreund erkundigen, wo sie in ihren bildungspolitischen Debatten gerade stehen.

(Abg. Zeller SPD: Die äußern sich über die Frau Schavan schon deutlich! – Zurufe der Abg. Carla Bregenzer und Wintruff SPD)

Dritter Punkt: Was passiert im Jahr 2012? Es gibt mehrere Hinweise darauf, dass im Jahr 2012 überhaupt keine außergewöhnliche Situation eintreten wird. Auf Deutschland insgesamt bezogen wird es eine Abiturientenzahl geben, die den Zahlen aus den Jahren 2007 und 2008 entspricht, mit beiden Jahrgängen.

(Abg. Rau CDU: Aha!)

Zweitens zeigen die bisherigen Erfahrungen – diese Zahl gilt jetzt nicht nur für Baden-Württemberg, sondern auch generell –, dass aus dem jeweils aktuellen Abiturientenjahrgang maximal 43 % noch im gleichen Jahr ihr Studium beginnen. Es gibt eine große Bandbreite zwischen denen, die sofort beginnen, und denen, die nach einem Jahr, nach zwei Jahren oder bis zu drei oder vier Jahre später beginnen. Sie kennen die Gründe; das ist eine breite Palette.

Insofern ist auch sachlich falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, dass 2012 nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Ländern zwei vollständige Abituri-

entjahrgänge aufträten, die doppelt so umfassend wären wie in den Jahren zuvor einzelne Abiturientenjahrgänge, und als seien diese Abiturienten zu 100 % auf dem Weg in das sofort beginnende Wintersemester. Beides ist nicht so, sondern es verteilt sich.

(Abg. Zeller SPD: Aber das verteilt sich doch auch schon jetzt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, die Zahl von beiden Jahrgängen im Jahr 2012 entspricht etwa den Zahlen von 2007, 2008. Es ist nicht einfach die Verdoppelung, weil das mit der Entwicklung der Schülerzahlen in Deutschland zu tun hat. Sie wissen, dass in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2012 ein Schülerrückgang um 60 % zu erwarten ist

(Abg. Zeller SPD: Wir gehören aber nicht zu den neuen Bundesländern!)

und dass bei uns der Schülerzuwachs schon bis zum Jahr 2007 abgeschlossen ist. Daraus ergeben sich diese Perspektiven. Ich nenne sie nur, weil ich auch finde, dass hier mit realistischen Perspektiven gearbeitet werden soll.

Drittes Thema: Fremdsprachen. Es gibt zum Thema Fremdsprachen ganz unterschiedliche Meinungen. Das gilt für die Fremdsprache ab Klasse 1, das gilt für die zweite Fremdsprache ab Klasse 5, und – Frau Rastätter, Sie haben das schöne Beispiel genannt – es gilt für zwei Fremdsprachen für alle.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schularten!)

Es gibt Leute, die zwei Fremdsprachen für alle Schularten befürworten. Das ist durchaus eine interessante Idee, und ich bin mir ziemlich sicher, dass wir über den Ergänzungsbereich in Haupt- und Realschulen solche Angebote schaffen werden. Ich halte das auch für sinnvoll. Ich möchte es deshalb nicht verpflichtend machen, weil der entscheidende Unterschied im Profil zwischen Realschule und Gymnasium bisher war, denjenigen, die keinen sprachlichen Begabungsschwerpunkt haben, durch andere Schwerpunkte eine Startchance in der Orientierungsstufe zu geben und ihnen nicht gleich eine zweite Fremdsprache zu vermitteln. Das halte ich für wichtig. Es betrifft vor allem die mathematisch-naturwissenschaftlich begabten Schüler.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir sollten die Unterschiedlichkeit der Profile, die wir haben, nicht dadurch kaputtmachen. Aber niemand, der schon in der Realschule mit der zweiten Fremdsprache beginnen will, wird daran gehindert werden.

Nein, wir müssen auch in der nächsten Entwicklungsphase, die immer stärker das Thema Durchlässigkeit im Blick hat, unterschiedliche Lernwege und auch Lernzeiten schaffen. Sie haben es gesagt: Wir haben in Wirklichkeit jetzt für die Erreichung des Abiturs zwei Lernzeiten. Über die Realschule dauert es 13 Jahre, über das allgemein bildende Gymnasium 12 Jahre.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Das ist eine weitere vernünftige Differenzierung im Sinne unterschiedlicher Lernzeiten in jeweils unterschiedlichen

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Profilen. Vor allem für die mathematisch-naturwissenschaftlich begabten Schüler wird der Weg über die Realschule und dann über das technische oder ökonomische Gymnasium hochinteressant sein.

(Abg. Zeller SPD: Dann müssen Sie aber auch entsprechende Klassen einrichten!)

Insofern gibt es hier nicht weniger, sondern mehr Durchlässigkeit.

Letzter Satz: Man kann sich in solchen Debatten natürlich auf den Standpunkt stellen: Wir brauchen erst in allem ideale Rahmenbedingungen, ehe wir weiter darüber reden.

(Abg. Zeller SPD: Wer hat das gemacht?)

– Das haben Sie gemacht. Frau Rastätter hat gesagt: erst einmal kleinere Klassen, bessere Rahmenbedingungen, keine Deputatserhöhung. Wissen Sie, das funktioniert nicht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So läuft das Leben schlichtweg nicht!)

Denn Sie wissen ganz genau, dass wir modernisieren müssen

(Abg. Zeller SPD: Sie verdrehen jetzt aber gewaltig!)

und dass zum Beispiel diejenige Grundschule, die wirklich Klassen mit 31 Schülern hat – Klassen mit 31 Schülern gibt es nur noch 0,8 % überhaupt im Land –, durchaus sagen wird: „Es gibt Schritte, die wir noch nicht tun können.“ Aber die durchschnittliche Klassengröße in der Grundschule liegt bei 21 Schülern, und deshalb ist jetzt vieles möglich.

Herr Zeller, gucken Sie doch jetzt nicht so konsterniert. Sie haben in Ihrem Manuskript Vorwürfe an mich stehen.

(Abg. Zeller SPD: Ich habe doch zur Grundschule gar nichts gesagt!)

Sie haben Sätze in Ihrem Manuskript, die Sie auch noch vorlesen, die sich auf nicht gehaltene Reden beziehen. Sie erklären in Ihrer Antwort auf mich, ich solle doch bitte nicht behaupten, bei der Information der Eltern seien wir wieder an der Spitze. Ich habe das überhaupt nicht behauptet. Ihr Redenschreiber ist einfach davon ausgegangen, dass ich es behaupten würde.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist Quatsch, was Sie sagen!)

Ich höre Ihnen auch im achten Jahr noch sehr genau zu, weil ich das für meine Pflicht halte. Deshalb meine herzliche Bitte und Einladung: Reden Sie mit mir über das, was ich gesagt habe. Ich finde es schade, dass Sie sich mit jeder Ihrer Reden aus dem bildungspolitischen Reformprozess verabschieden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es wird nur noch schlimmer!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, wie Sie, Frau Schavan, von wirklichen Reformschritten ablenken. Es gibt zwei Bereiche, in denen Sie sich nach wie vor stur stellen und überhaupt nicht bereit sind, einen Schritt voranzugehen, reformwillig zu sein, obwohl dies im Grunde genommen um uns herum in anderen Ländern schon längst erkannt ist.

Erstens steht eindeutig fest, dass es Sinn macht und richtig und notwendig ist, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Dagegen wehren Sie sich, und zwar – das sage ich ganz bewusst dazu – aus ideologischen Gründen. Deswegen sind Sie diejenige, die hier Reformen verhindert.

(Abg. Wacker CDU: A wa! Das ist doch ein Märchen!)

Das Gleiche gilt für den Ganztagsbereich. Nach wie vor gehen Sie davon aus – das haben Sie erst kürzlich wieder bestätigt –, dass Ganztagschule ein Konstrukt ist, das nur für schwierigste und schwierige Hauptschulen richtig ist.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Dies ist ein falscher Ansatz. Deswegen werfe ich Ihnen vor, dass Sie nicht bereit sind, entsprechende Reformen im Lande durchzuführen und voranzubringen, die dazu führen, dass unsere Schulen tatsächlich bessere Leistungen erbringen.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Lesen Sie in der Drucksache 13/2160 doch einfach nochmals die Ergebnisse der Anhörung nach. Ich finde es schon sehr ignorant, wenn Sie so tun, als ob all diese Einwendungen, die von allen vorgetragen worden sind, sozusagen Makulatur seien, als ob diese Beiräte, diese Verbände und Organisationen nicht ernst zu nehmen seien. Das halte ich für sehr arrogant und überheblich, und das ist auch kein Ausdruck einer gemeinsamen Bildungspolitik. Da sollten Sie einmal in sich gehen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Vossschulte.

Abg. Christa Vossschulte CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zeller, Sie haben vorhin gesagt, Finnland mache vor, wie die Schule inhaltlich und organisatorisch aussehen solle. Zum einen haben wir inhaltlich sehr wenig gesehen. Dazu hätte man uns in den Unterricht lassen müssen.

(Abg. Zeller SPD: Aber wir haben uns auch informiert!)

Dann hätten wir etwas gesehen. Wir haben es aber nicht gesehen, wir haben nur etwas gehört.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben es auch gesehen!)

(Christa Vössschulte)

Bezüglich des Organisatorischen sprechen Sie von der Ganztagschule in Finnland. Das ist doch nachgerade lächerlich. Ihnen war doch die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben,

(Abg. Wacker CDU: Jawohl!)

als Sie in Finnland gehört haben, dass es keine Ganztagschule gibt.

(Abg. Zeller SPD: Von der Ganztagschule habe ich doch gar nicht gesprochen!)

– Sie haben gerade von der Ganztagschule gesprochen!

(Abg. Zeller SPD: Ich spreche von einer Schule bis 15 Uhr! – Zurufe von der CDU)

– Ja glauben Sie denn, das Mittagessen, das die Schüler dort bekommen, sei für die PISA-Ergebnisse verantwortlich? Das darf doch nicht wahr sein!

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Außerdem beschwerten Sie sich hier über den Mehrbedarf an Räumen im achtjährigen Gymnasium. Dort wird es Nachmittagsunterricht geben. Das heißt, wir gehen auf die Ganztagschule zu. Das ist doch ein Widerspruch bei Ihnen, wie er größer nicht sein kann. Wir bewegen uns auf die Ganztagschulen zu, und Sie sagen, wir sollten es wie in Finnland machen. In Finnland gibt es aber gar keine Ganztagschule. Das ist ein Widerspruch, der gar nicht zu begreifen ist.

Was die frühere Trennung der Schüler angeht, so wollen Sie längere gemeinsame Lernzeiten haben. Ich glaube, es kommt nicht darauf an, dass wir die Schüler länger beieinander lassen, sondern darauf, dass es uns in der Grundschule besser gelingt, die Diagnose zu stellen, in welche Schulart die Schüler am besten gehen sollten. Daran müssen wir arbeiten, und dann ist dieses Problem erledigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sie wollen die Schüler nach wie vor sortieren!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

(Zuruf von der CDU: Jetzt haben wir Ganztagsbetrieb!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur eine kurze Klarstellung machen, Frau Ministerin, damit kein Missverständnis bestehen bleibt. Sie wollen im Schulgesetz folgenden Satz verankern: „Im Gymnasium können ab Klasse 5 zwei Fremdsprachen vorgesehen werden.“ Ich weiß natürlich, dass Ihr Konzept vorsieht, dass es verpflichtend so sein soll. Wir wollen folgende Änderung: „An allen weiterbildenden Schulen können ab Klasse 5 zwei Fremdsprachen vorgesehen werden.“ Das heißt, es muss natürlich nicht jede Klasse an allen weiterführenden Schulen mit der zweiten Fremdsprache in Klasse 5 beginnen, sondern die Schulen können Profile schaffen, sie können aber durchaus auch Klassen haben, die nicht mit der zweiten Fremdsprache beginnen. Insofern ist dem Anliegen Rechnung getragen, dass es an der Haupt-

schule oder auch an der Realschule durchaus auch Schüler und Schülerinnen gibt, für die ab Klasse 5 ein anderer Schwerpunkt sinnvoll und besser ist.

Aber es bedeutet auch, dass es nach unserer Auffassung auch schulische Profile am Gymnasium geben kann, bei denen für mathematisch besonders begabte Jugendliche mit der zweiten Fremdsprache später begonnen wird und nicht ab Klasse 5. Die Möglichkeit muss aber für alle bestehen und sollte längerfristig – ich sage bewusst „längerfristig“ – erst von allen wahrgenommen werden.

Noch etwas zu den Klassengrößen an der Grundschule: Sie nennen immer den Durchschnitt. Ich muss aber ergänzen, dass in einem Viertel der Klassen an der Grundschule weniger als 20 Schüler sind, in ca. 50 % der Klassen 20 bis 25 Kinder sind und in einem Viertel der Klassen 25 bis 30 Kinder sind. Klassen mit 25 bis 30 Kindern sind aber für die Grundschule zu groß. Die zurückgehenden Schülerzahlen eröffnen uns die Chance, eine vernünftige Klassengröße von maximal 25 Kindern an der Grundschule zu erreichen.

Es gibt jetzt eine neue Studie, die besagt, dass gerade an der Grundschule der personelle Bezug von Kindern zur Lehrerin bzw. zum Lehrer ganz wichtig ist und dass deshalb die Grundschulklassen kleiner sein müssen als an den weiterführenden Schulen. Dem sollten wir längerfristig Rechnung tragen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wünschen Sie uns einen guten Appetit!)

Dann erst sehe ich gute Voraussetzungen, die zeitliche Flexibilität bei der Einschulung auszuweiten.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schlage vor, nicht nur den Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes, sondern auch die aufgerufenen Anträge an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:46 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:45 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vössschulte: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe zunächst noch einmal **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, das nunmehr vorliegt, vortragen.

Für die Gruppe der Berufsrichter wurden insgesamt 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Strauß entfielen 88

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Stimmen. Ein Abgeordneter hat mit Nein gestimmt, vier Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Strauß zum berufsrichterlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt.

Für die Gruppe der stellvertretenden Berufsrichter wurden 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Dr. Mattes entfielen 88 Stimmen. Fünf Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Dr. Mattes zum stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt.

Für die Gruppe der Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt wurden 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Professor Dr. Kirchhof entfielen 88 Stimmen. Ein Abgeordneter hat mit Nein gestimmt, vier Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Herr Professor Dr. Kirchhof zum Mitglied des Staatsgerichtshofs mit der Befähigung zum Richteramt gewählt.

Für die Gruppe der stellvertretenden Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt wurden 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Professor Dr. Roßnagel entfielen 86 Stimmen. Enthalten haben sich sieben Abgeordnete. Damit ist Herr Professor Dr. Roßnagel zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs mit der Befähigung zum Richteramt gewählt.

Für die Gruppe der Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt wurden 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Frau Ute Prechtel entfielen 89 Stimmen. Enthalten haben sich vier Abgeordnete. Damit ist Frau Ute Prechtel zum Mitglied des Staatsgerichtshofs ohne Befähigung zum Richteramt gewählt.

Für die Gruppe der stellvertretenden Mitglieder ohne Befähigung zum Richteramt wurden 93 Stimmzettel abgegeben. Auf Frau Rita Griebhaber entfielen 86 Stimmen. Sieben Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist Frau Rita Griebhaber zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs ohne Befähigung zum Richteramt gewählt.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts – Drucksache 13/2129

Die Fraktionen sind übereingekommen, keine Aussprache zu führen.

Der Gesetzentwurf soll an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen werden. – Sie sind damit einverstanden.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Energiewende und Atomausstieg in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1118

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Frau Präsidentin, liebe Kollegin Utz, liebe Kollegin Dr. Brenner, meine Herren!

(Abg. Kiefl CDU: Bitte Einzelbegrüßung!)

– Ich habe das ja fast geschafft.

Energiewende und Atomausstieg in Baden-Württemberg: Das in Abschnitt I Ziffer 3 unseres Antrags angesprochene Gutachten zur Erreichung der Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energien in den nächsten zehn Jahren und die Handlungsempfehlungen dafür liegen seit einigen Wochen vor.

Ich sage es gleich zu Anfang: Die Landesregierung schneidet in diesem selbst in Auftrag gegebenen Gutachten richtig mies ab. Vor allem vor dem Hintergrund, dass der Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion in Baden-Württemberg bei annähernd 60 % liegt und die beiden größten Kernenergieblöcke in den Jahren 2018 und 2022, also in 15 bzw. 19 Jahren, vom Netz gehen, muss in Baden-Württemberg mehr als in allen anderen Bundesländern gehandelt werden.

Nach wie vor habe ich das Gefühl, Sie wollen den Atomkonsens nicht anerkennen, Sie wollen ihn einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Ich zitiere aus den Schlussempfehlungen des Gutachtens zur Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien:

Vielmehr gilt es, die Zukunft regenerativer Energien aktiv zu gestalten und dabei auch landesspezifische Akzente zu setzen.

Ich möchte gleich dazusagen: In einem Punkt, nämlich bei der Großen Wasserkraft, sind wir uns einig. Die Große Wasserkraft mit mehr als fünf Megawatt Leistung muss ins EEG aufgenommen werden. Es kann nicht sein, dass das EEG nicht alle erneuerbaren Energien erfasst. Aber wenn dann die Novellierung des EEG im Herbst dieses Jahres ansteht, dann sorgen Sie – damit meine ich jetzt die CDU und die FDP – dafür, dass im Bund von CDU und CSU dieser Novellierung auch zugestimmt wird. Es wäre geradezu doppelzünftig, wenn man die Aufnahme der Großen Wasserkraft fördert, das EEG in Summe aber im wahrsten Sinne des Wortes verteufelt oder ablehnt.

Hierzu gehört auch das heute Morgen vom Umweltminister angesprochene 100 000-Dächer-Programm. Hier wurde ein Programm, das sehr gut angenommen wurde, gezielt zu Ende geführt. Für seine Nachfolge ist aber auch vorgesehen, dass durch eine Anpassung des EEG Klarheit über die Randbedingungen geschaffen wird.

Weiter steht in Ihrem Gutachten:

... bei gleichzeitig geschickter Nutzung der Förderinstrumente auf Bundesebene stellen [wir] damit den weiteren Ausbau regenerativer Energien in Baden-Württemberg nicht als ökonomische Belastung dar, sondern vielmehr als viel versprechende umwelt-, energie- und wirtschaftspolitische Investition.

(Knapp)

Das alles sind Aussagen aus Ihrem eigenen Gutachten.

(Minister Dr. Döring betritt den Plenarsaal.)

– Danke schön, Herr Minister Döring, dass Sie zu meiner Rede kommen. Ich hoffe, Sie haben sie auf dem Flur schon etwas mitgehört.

Sie tun in Baden-Württemberg nicht nur zu wenig für den Ausbau der regenerativen Energien, nein, Sie blockieren dadurch, dass Sie Stimmung gegen die regenerativen Energien machen, auch noch die Investitionen,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das stimmt nicht!)

die aus Bundesmitteln kommen könnten.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nur gegen einzelne Windanlagen!)

Im Jahr 2000 – ich nenne Ihnen einmal die Zahlen, Frau Dr. Brenner – lagen die Investitionen in Anlagen der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bei 250 Millionen €, im Bund dagegen bei 4,4 Milliarden €.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der Bund ist auch größer als das Land!)

Das heißt, in Baden-Württemberg betrug die Investitionssumme für erneuerbare Energien 6 % von der des Bundes.

Rechnen wir nun – jetzt komme ich zu landesspezifischen Dingen – die Windkraft heraus, so stellen wir fest, dass wir immer noch auf nur 9 % der Investitionssumme des Bundes kommen – also weit weniger, als unserem Anteil, bezogen auf den Bund, entspricht.

Bei einem Anteil von 12 % an den Straßenbauinvestitionen des Bundes für Baden-Württemberg reden Sie davon, dass dies viel zu wenig sei. Ein Anteil von 6 % bei den erneuerbaren Energien wird aber – ohne zu zucken – akzeptiert.

Dabei wäre es doch leicht, für eine Erhöhung der Investitionen zu sorgen. Denn es kommen ohnehin Impulse für Investitionen: 40 % aus dem EEG, 30 % aus vielfältigen Programmen des Bundes, 20 % durch kommunale Förderung, und nur 10 % werden vom Land initiiert. Diese 10 % bedeuten zurzeit ungefähr 7,5 Millionen € pro Jahr.

Es ist schon fast peinlich, dass wir hier neben Nordrhein-Westfalen auch immer wieder Bayern als Vorbild nennen müssen. Dem Planansatz zur Förderung der erneuerbaren Energien – da liegen uns aktuell nur die Zahlen für 2001 vor – in Höhe von 10,5 Millionen € in Baden-Württemberg standen in Nordrhein-Westfalen und Bayern jeweils über 80 Millionen € gegenüber. In Baden-Württemberg wird eine Erhöhung auf durchschnittlich rund 45 Millionen € jährlich empfohlen. Hierbei müssen zu den Bundesprogrammen zum Beispiel die indirekten Maßnahmen bei der Wasserkraft wie Hochwasserschutz und Gewässerökologie hinzukommen. Wir können dort ja nicht alles auf die Wasserkraft an sich abwälzen. Vielmehr müssen wir auch die umwelt- und naturschutzpolitischen Verbesserungen sehen. Dazu muss man in einen oder anderen Bereich sicherlich mit Landesmitteln Unterstützung leisten.

Im Biomassebereich können wir Heizwerke einschließlich Wärmeverteilssysteme – also die etwas größeren Anlagen – unterstützen.

Im solarthermischen Bereich ist es wichtig, dass wir uns nicht nur über die Anlagen von Einfamilienhäusern – sie sind ja akzeptiert; davon werden landauf, landab auch einige gebaut –, sondern auch über große Anlagen unterhalten, Anlagen für ganze Siedlungen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Aber die sind marktfähig!)

Das gilt auch für die nachfolgenden Nahwärmeversorgungssysteme, die teilweise noch nicht ganz marktfähig sind. Das muss man einfach so sehen.

Vor allem brauchen wir im Bereich der Photovoltaikanlagen sicherlich keine zusätzliche Unterstützung zu Bundesprogrammen. Das wäre wenig sinnvoll. Aber wir müssten in die Bereiche hineingehen, wo wir vor allem Vorbildfunktion haben und wo wir vor allem innovative Technik brauchen – im Bereich der Fassaden, im Bereich der architektonisch interessanten Lösung, damit auch künftig vielleicht ganze Fassaden besser gestaltet werden können.

Wir brauchen große – ich denke hierbei auch wieder an Nahwärme – oberflächennahe geothermische und tiefergeothermische Anlagen. Ich denke, diese müssen wir außerhalb der Bundesförderung hier im Land deutlich stärker fördern.

Ich verstehe nicht, dass nicht so gehandelt wird, wie in Ihrer eigenen Stellungnahme zu dem Antrag geantwortet wird. Dort heißt es nämlich, dass die Verdopplung erreichbar sei, dabei jedoch mit ernsthaften Bemühungen in allen Bereichen begonnen und vonseiten des Landes ein wesentlich höherer finanzieller Aufwand getätigt werden müsse, als dies gegenwärtig der Fall sei.

Von der Landesregierung wird nicht aktiv gestaltet, sondern aktiv verhindert.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: So können Sie das nicht sagen! – Widerspruch des Ministers Dr. Döring)

Dies können wir uns für die Umwelt, aber auch für die Wirtschaft unseres Landes nicht mehr leisten. – Eine aktive Verhinderung besteht ganz eindeutig im Landesplanungsgesetz.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nur Einzelanlagen Windkraft, nicht Windparks!)

– Ich habe dies vorhin bei meinen Berechnungen bereits herausgerechnet. Selbst wenn wir die Windkraft herausrechnen, haben wir in Baden-Württemberg nur 9 % der Investitionen gegenüber 6 % mit Windkraft. Daran sieht man, welche wirtschaftliche Kraft an uns vorbeifließt, welche Summe an Investitionen an uns vorbeifließt. Das liegt in der Größenordnung von mindestens 200 Millionen € pro Jahr, wenn wir es nur schaffen würden, wenigstens auf den Landesdurchschnitt zu kommen.

Wir fordern Sie deshalb auf: Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Zeit der Kernenergie vorbei ist und dass

(Knapp)

auch aus wirtschaftlichen Gründen – und da schaue ich Sie, Herr Minister Döring, an – und nicht nur aus umweltpolitischen Gründen die erneuerbaren Energien ausgebaut werden müssen, auch wenn Sie dies aus Umweltgründen nicht wollen.

Wir wissen alle, dass mit jeder größeren Strommenge, die wir nach dem Ausstieg aus der Kernenergie zukaufen müssen, Arbeitsplätze aus Baden-Württemberg abwandern, weil Arbeitsplätze dort bestehen, wo die Energie erzeugt wird.

Hören Sie auf mit einer ideologischen Gesetzgebung, die den Ausbau der erneuerbaren Energien verhindert – siehe Landesplanungsgesetz und Windkraft.

Lassen Sie Bundesgelder ungehindert nach Baden-Württemberg fließen. Wir brauchen diese.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Witzel
GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fakten in der jetzigen Diskussion sind: Der Atomausstieg ist von der Bundesregierung beschlossen. Die Strombranche hat sich mit der Bundesregierung auf Restlaufzeiten der Kernkraftwerke geeinigt, aber Ersatz gibt es nicht, Neubau auch nicht. – Das war die Kenntnisnahme.

Nun diskutiert man den mittelfristigen Ersatz der Kernenergie. Allerdings gibt es meiner Meinung nach nach wie vor keine sachlichen Gründe für einen kompletten Ausstieg aus der Kernenergie, höchstens ideologische. Die meisten Reaktoren produzieren mit niedrigen variablen Kosten und decken vor allem den Grundlastbereich ab. Jährlich vermeiden die deutschen Kernkraftwerke einen CO₂-Ausstoß von ca. 160 Millionen Tonnen. Das ist etwa so viel, wie der gesamte deutsche Straßenverkehr im Jahr produziert. Heute Morgen haben wir ja über CO₂-Vermeidung gesprochen.

Würde man nun versuchen, die laufenden Kernkraftwerke durch Kohlekraftwerke zu ersetzen, würde sich das CO₂-Problem vervielfachen. Entsprechendes gilt, wenn auch etwas abgemildert, für einen Ersatz durch Ölkraftwerke. Erdgaskraftwerke wären zwar umweltfreundlicher, aber sie vergeuden einen Rohstoff, der in der chemischen Industrie sicher effizienter eingesetzt wäre. Die langfristige Preisentwicklung beim Gas ist ebenfalls höchst unsicher. Also bleiben regenerative Energien.

Die klimatischen Gegebenheiten sind bei uns nicht für alle Formen der erneuerbaren Energie gleich gut. Außerdem ist das Problem der Speicherung noch unzureichend gelöst.

Sehr gute Windenergiestandorte gibt es vorzugsweise an der Nordseeküste, leider nicht bei uns. Außerdem bräuchte man zum Ersatz eines Atomkraftwerks etwa 10 000 Windkraftanlagen, und das Grundlastproblem wäre dabei nicht gelöst.

Geothermie wäre grundlastfähig, aber sie braucht noch viel Zeit. Das erste Geothermiekraftwerk zur Stromproduktion

wird gerade erst gebaut. Im Wärmebereich gibt es das ja schon.

Bei der Wasserkraft sind die Potenziale fast ausgereizt. Wenn Rheinfeldern noch käme, wären wir mit unseren geeigneten Standorten fast durch.

Deshalb ist es recht eindeutig: Auch ein mittelfristiger Komplettausstieg aus der Kernenergie würde Stromimporte zur Folge haben. Diese wären nicht allein aus regenerativen Energiequellen zu bekommen. Also bleibt Importkernenergie. Sowohl in Frankreich als auch vor allem in den östlichen Ländern sind die Reaktoren unter unserem Sicherheitsstandard. Im Übrigen hat auch Frankreich nicht den Stromüberschuss, der die Lücke in Deutschland decken könnte.

Importiert man aber Strom aus Kohle- und Ölkraftwerken, dann verlagert man die Emissionen in andere Länder. Die werden das natürlich bald merken und sich schön bedanken. Außerdem kann CO₂-Vermeidung ja nicht an einer Grenze aufhören, weil das eine globale Aufgabe ist.

(Beifall bei der CDU)

Ein Ausstieg mit fossilem Ersatz würde also Emissionen produzieren, die jegliche Klimaschutzziele des Landes ausichtslos machen würden – auch das steht in diesen Gutachten, über die wir schon diskutiert haben –, es sei denn, wir führten massive Klimaschutzmaßnahmen ein. Diese würden hohe Kosten verursachen und könnten bestimmte Branchen aus unserem Land vertreiben.

Auch denkt niemand an die Arbeitsplätze in der Atomwirtschaft, gerade in der Forschung.

(Abg. Teßmer SPD: Wir denken täglich daran!)

Die meisten Physiker im Land arbeiten in der Atomwirtschaft. Wir reden von 2 700 Menschen in Baden-Württemberg mit großem Erfahrungspotenzial und mit großer Innovationskraft. Eine solche Freisetzung leistet sich keine andere Volkswirtschaft. Nur Deutschland geht hier einen weltweiten Sonderweg, der wirtschaftlich unsinnig ist und auch noch klimaschädlich dazu.

In der Schweiz ist in diesem Mai ein Referendum gegen die Atomkraft an einer Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung gescheitert. Die Argumente waren der Klimaschutz und die Versorgungssicherheit für die Wirtschaft.

Die schwedische Bevölkerung unterstützt ausdrücklich den Einsatz der Kernenergie. Sie will teilweise den Ersatz von auslaufenden und den Bau von neuen Kraftwerken.

In Holland gilt eine Laufzeit von 40 Jahren, in den USA generell eine von 60 Jahren.

(Abg. Gall SPD: Schlechtes Beispiel!)

Wir haben in Deutschland noch immer die Technologie für die sichersten Kraftwerke. Wenn jetzt in China Qingshan III/2 gebaut wird und wenn die russischen Republiken und wer auch immer nach den niedrigeren Standards bauen, dann ist das meiner Meinung nach ein Problem.

(Abg. Gall SPD: Unserer Meinung nach auch!)

(Dr. Carmina Brenner)

Ich darf hier kurz die chinesische Botschaft in Berlin zitieren.

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

Sie sagt: „Wir bauen weiter Atomkraftwerke, weil wir unsere Wirtschaft voranbringen wollen. Lediglich an entlegenen Orten ohne Netzanbindung geben wir Zuschüsse für die Aufstellung eines Windrads.“ So baut China, ein relativ großes Land.

(Abg. Gall SPD: Sollen wir das jetzt als Vorbild nehmen?)

– Nein. Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein so großes Land natürlich auch auf das Weltklima Einfluss nimmt.

(Abg. Teßmer SPD: China ist aber doch kommunistisch! Das ist doch sonst kein Vorbild! Sonst könnte man sagen: „die rote Gefahr“ oder sonst was!)

Vor allem wird dort nach niedrigeren Standards gebaut. Das ist das Gefährliche daran.

In Indien wird jetzt der erste Schnelle Brüter gebaut. Das geschieht halt mit irgendwelchen Standards. Deutsche Firmen sind außen vor.

(Abg. Gall SPD: Ganz schlecht!)

Aber das lässt Sie offensichtlich völlig kalt. Das alles ist ja recht weit weg.

Es gibt im Moment keine wirtschaftlichen oder umweltverträglichen Alternativen, wenn wir gleichzeitig – das ist der Knackpunkt – eine möglichst CO₂-arme Energieversorgung haben wollen.

Dann kommt dazu: Wer „Wende“ sagt, der muss natürlich sagen, wohin die Wende gehen soll. Wer „Ausstieg“ sagt, der muss ein Konzept für den Einstieg in Ersatztechnologien liefern.

(Abg. Teßmer SPD: Die behindert ihr doch dauernd!)

Dieses Konzept sollte die Kernenergie, also 57 % der Energieproduktion in diesem Land ersetzen und nicht nur wenige Prozente. Dafür müssen Sie noch viele Windräder bauen.

Wir brauchen als Industriestandort eine sichere Stromversorgung mit schwankungsfreier Spannung. Sie muss bezahlbar und unabhängig von Importen sein. Und wir müssen unseren Teil in der internationalen Forschung leisten.

Der Energiemix kann in 20 Jahren völlig anders sein. Ein Schwerpunkt kann in der Weiterentwicklung der Solarenergie liegen, bei der Biomasse, bei den Brennstoffzellen oder auch bei der Kernfusion. Deshalb dürfen wir uns hier nicht ausklinken. Dabei hat Ideologie nichts verloren, sondern Forschung, Technik, Umweltschutz, Ressourcenschonung und auch Wirtschaftlichkeit.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ein Parteibuch ist das eine. Wissenschaftliche Fakten können dadurch nicht aufgehoben werden, vor allem nicht von denen, die unter Kanzler Helmut Schmidt in den Achtzigerjahren die Atomenergie begeistert als neue Energieform eingeführt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: Sehr gut! – Abg. Teßmer SPD: Das streiten wir doch gar nicht ab!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren! Im Antrag der SPD heißt es, der mit der Energiewirtschaft beschlossene und gesetzlich fixierte Atomausstieg sollte nicht länger ignoriert werden.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, stimmt doch!)

Ich wiederhole und sage hier noch einmal: Das tut auch niemand. Das ist ein Faktum – übrigens eine olle Kamelle. Das wissen wir schon seit einiger Zeit.

(Abg. Teßmer SPD: Sie machen aber nichts!)

Aber Fakt ist auch, dass wir nach wie vor die Art und Weise dieses Ausstiegs für falsch halten, und diese Meinung erlauben wir uns auch zu artikulieren.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir haben hier schon mehrfach ausgiebig darüber diskutiert. Vor einigen Wochen hat hier im Plenum des Landtags ein Liberaler Jugendtag mit jungen Liberalen zum Thema „Neue Wege in der Energiepolitik: Atomkonsens – Atomnonsens?“ stattgefunden. Wir hatten im Gegensatz zu jetzt – das ist auch begreiflich – ein volles Haus. Renommiertere Fachleute haben referiert. Dabei wurde deutlich – nun muss ich einfach wiederholen, was meine Vorrednerin gesagt hat –: Die Nutzung der Kernenergie ist weltweit keineswegs out. Weltweit wird gegenwärtig eine Vielzahl von Kernkraftwerken gebaut.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Und nirgendwo ist die Endlagerung gesichert!)

Allein in China ist für die nächste Zeit der Bau von 100 neuen Kernkraftwerken avisiert.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch kein Vorbild! – Gegenruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Es ist kein Vorbild, aber es ist gefährlich!)

Auch in benachbarten Ländern Europas – Sie haben das ausgeführt – werden Kernkraftwerke gebaut. In Finnland, wo Sie ja neulich in Sachen PISA waren, wird gegenwärtig wieder ein neues Kernkraftwerk geplant.

Neue Technologien – Stichwort Transmutation – sollen die Strahlungsdauer von Atommüll von derzeit rund 100 000 Jahren auf 300 Jahre reduzieren. Ich weiß, das ist wissenschaftlich noch nicht belastbar, aber daran wird geforscht. Neue Sicherheitstechniken sollen selbst den Super-GAU

(Hofer)

beherrschen. Stromerzeugung durch Kernfusion zeichnet sich als zukunftsweisende Alternative ab.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frühestens in 50 Jahren!)

Auch wenn es noch in der Zukunft liegt: Auch wir denken, dass sich Deutschland im Bereich der Spitzentechnologie – ich hätte beinahe Spitzentheologie gesagt –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist aber sehr nah am Thema! – Abg. Theurer FDP/DVP: Das ist aber auch wichtig!)

– das ist nicht das Thema – als Standort für Wissenschaft und Forschung präsentieren sollte und sich nicht einfach von der Weltbühne verabschieden kann. Wir brauchen auf diesem Gebiet auch weiterhin eine Grundlagenforschung, und dazu gehört auch die Nutzung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Außerdem wiederhole ich hier: Eine Untersuchung des rot-grün geführten Bundeswirtschaftsministeriums – mehr rot geführt – hat ergeben, dass ohne Kernkraft und bei Beibehaltung des Ziels der Enquetekommission einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 40 % bis zum Jahr 2020 die Importabhängigkeit gewaltig zunehmen wird – wahrscheinlich wird zum Teil Atomstrom importiert; das wurde ausgeführt – und dass vor allem erhebliche Kosten für die Gesamtwirtschaft und für die privaten Haushalte entstehen, also erhebliche gesamtwirtschaftliche Risiken. Das steht in einer Stellungnahme des von einem Mitglied Ihrer Partei geführten Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin.

Ich denke, wir ignorieren den Ausstieg nicht, aber wir erlauben uns, auf dessen Konsequenzen hinzuweisen.

(Beifall der Abg. Theurer FDP/DVP und Seimetz CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Ungeachtet dieser Kritik wollen wir uns natürlich ideologiefrei und ohne Scheuklappen um die erneuerbaren Energien kümmern. Das gilt für alle erneuerbaren Energien. Vor knapp zwei Wochen – Sie haben es vielleicht der Presse entnommen – hatten wir Liberale uns auf unserem kleinen Parteitag in Freiburg ausschließlich diesem Thema gewidmet. Gerade der Veranstaltungsort Freiburg hat uns schon vor Augen geführt – ich sage das durchaus auch mit einer gewissen Selbstkritik –, dass wir uns in einem Thema, in dem wir Liberale einmal federführend waren, in Zukunft wieder verstärkt engagieren wollen und müssen.

Deshalb setzt sich auch unsere Fraktion mit Nachdruck für einen konsequenten Ausbau ressourcenschonender Energien ein; das gilt für alle Energien. Wichtig ist für uns, dass sich, auch im Interesse einer funktionierenden Marktwirtschaft, der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung nach dem Verbraucherprinzip in umweltgerechten Preisen niederschlagen – Stichwort „Internalisierung von externen Kosten“. Dieser Gesichtspunkt rechtfertigt ja auch die Mehrbelastung durch die Zuzahlung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Ich stehe nicht an – ich habe das immer gesagt – zu sagen, dass dieses Gesetz der Einführung erneuerbarer Energien in unserem Land zum Durchbruch verholfen hat, weil es im Bereich des Einsatzes erneuerbarer Energien Konstanz und kostendeckende Planung über einen Abschreibungszeitraum hinweg ermöglicht hat.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Markteinführungshilfen – ich sehe, meine Redezeit geht zu Ende – für umweltfreundliche Energietechnologien und auch das EEG müssen aber zeitlich begrenzte Hilfen bleiben;

(Abg. Theurer FDP/DVP: Genau!)

denn es wird darum gehen müssen, wenn wir wirklich etwas für die erneuerbaren Energien tun wollen, eine wirklich eigenständige Marktteilnahme zu ermöglichen. Wir sind überzeugt – übrigens in Übereinstimmung mit unseren europäischen Nachbarn –,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

dass eine marktwirtschaftliche Nutzung, etwa durch Zertifikatehandel, die Erreichung der umweltpolitischen Ziele am besten garantiert. Wir begrüßen, dass es auf EU-Ebene einen Durchbruch gegeben hat. Wir sollten in Deutschland hier nicht wieder der Letzte sein, sondern sollten das tun, was unsere europäischen Nachbarn im Interesse der Umwelt tun.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich möchte zum Schluss kommen und nur noch darauf hinweisen, dass erwähnt wird, dass wir mehr Geld brauchen. Natürlich brauchen wir mehr Geld. Dazu gibt es ja die Studie des Wirtschaftsministeriums: 38 Millionen € jährlich, gestaffelt 18 Millionen €, 36 Millionen €, 83 Millionen €, je nach Jahresbelastung. Aber die Frage, wie wir es denn rechtfertigen, dieses Geld nicht zur Verfügung zu stellen, ist schlicht und einfach eine Preisfrage, weil das Geld nicht da ist.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl, ich komme zum Schluss.

Wenn wir uns dann erlauben, zaghafte darauf hinzuweisen, dass das ja wohl auch ein bisschen mit Konjunktur und Steuerpolitik zu tun hat und dass Sie doch wohl dort in Berlin wenigstens ein ganz klein bisschen auch mitstricken und ja dort auch das Sparen gewohnt sind – wir hören das ja immer –, dann sollten Sie demjenigen, dem man die Nahrung vorenthält, nicht auch noch den Hunger vorwerfen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Frau Brenner hat uns vorgeworfen, wir wären nur aus ideologischen Gründen gegen die Atomenergie.

(Abg. Seimetz CDU: Recht hat sie!)

Frau Brenner, das muss ich klar bestreiten. Ich möchte ein Beispiel bringen: Ich erhalte in diesen Wochen immer wieder besorgte Briefe vom Hochrhein. Da schreiben sogar CDU-Landräte

(Abg. Capezzuto SPD: Ah ja!)

und sorgen sich, weil auf der anderen Seite des Rheins bei Benken ein Endlager geplant ist. Das passt doch irgendwie nicht zusammen. Hier halten Sie Lobreden auf die Atomenergie, und wenn es um die schmutzige Hinterlassenschaft dieser Energieform geht, wenn es darum geht, Endlager zu finden, dann steigen die CDU-Lokalpolitiker auf die Barrikaden und sagen: Das wollen wir nicht. Aber Atomenergie ohne Endlagerung kriegen Sie einfach nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb müssen wir das zusammen sehen. Das ist einer der ganz starken Gründe gegen die Atomenergie.

(Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Witzel, was machen Sie denn mit den Endlagern?)

– Herr Hauk, auch wenn Sie jetzt ohne Erlaubnis der Frau Präsidentin eine Zwischenfrage stellen, will ich sie trotzdem beantworten. Wir Grünen waren von Anfang an gegen die Atomenergie, und wir sind dafür, dass man diese Energieform möglichst frühzeitig beendet, damit das Problem nicht immer größer wird, sondern mengenmäßig beschränkt wird. Wenn wir es dann mengenmäßig beschränkt haben – das haben wir glücklicherweise in der Bundesrepublik Deutschland geschafft; der Fahrplan für den Ausstieg steht fest –, dann müssen wir uns um die am wenigsten umweltschädliche Lösung kümmern. Eine gute Lösung, bei der man sagen kann: „Das Problem haben wir im Griff“, gibt es nicht. Das kann ich als jemand, der auch Physik studiert hat, Ihnen klar und deutlich bestätigen.

Es gibt noch andere Gründe. Es gibt das Risiko eines Reaktorunfalls. Es gibt die Gefahr durch radioaktive Niedrigstrahlung, sprich Krebserkrankungen im Umfeld von Kernkraftwerken. Es gibt die Gefahr der Proliferation, also der Umnutzung von radioaktivem Material für militärische Zwecke, möglicherweise in anderen Staaten, möglicherweise mit terroristischem Hintergrund und Ähnliches. Das alles sind Risiken, weshalb wir sagen: Keine Nutzung der Atomenergie! Wir wollen aussteigen, und es ist gut, dass die Bundesregierung das auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist nicht so, dass wir nur den Ausstieg wollten. Wir wollen ja auch den Einstieg in eine neue Form der Energieversorgung, Herr Hofer. Wenn dieser Ausstieg jetzt im Plan festgelegt ist, bringt das auch eine Dynamik in anderen Bereichen: im Bereich der erneuerbaren Energien, im Bereich des Energiesparens, im Bereich der Energieeffizienz. Der

Boom der Windkraft und der Solarenergie ist nur ein Beispiel dafür. Das wollen wir fortsetzen.

Der Antrag der SPD hat das Thema: Energiewende und Atomausstieg. Was zur Energiewende zu tun ist, haben wir hier schon x-mal debattiert. Ich möchte mich daher in der jetzigen Debatte auf das beschränken, was eigentlich neu ist, nämlich die Gutachten, die die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, und zwar speziell zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Ich möchte unsere Sichtweise dazu darstellen und dann auch Forderungen an die Landespolitik richten.

Zunächst müssen wir feststellen: Wir brauchen insgesamt einen Zubau von etwa 10 000 Gigawattstunden pro Jahr. Das erreichen wir nur, indem wir ein Bündel von erneuerbaren Energien voranbringen.

Wichtigstes Ergebnis ist: Die Hauptmenge an erneuerbaren Energien muss aus dem Bereich der Biomasse kommen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist in Ordnung!)

Biogas, Holzhackschnitzel, Stromerzeugung aus Holz usw.: Das sind wichtige Punkte; da muss man etwas tun.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Da machen wir mit!)

Gut, die Landesregierung hat ein kleines Förderprogramm aufgelegt, das Programm „Energieholz Baden-Württemberg“. Hierfür sind ganze 1,2 Millionen € in den Haushalt eingestellt. Heute erfahre ich, dass diese Mittel im Rahmen der Haushaltskürzung noch einmal um ein Drittel gekürzt wurden und dass heute, Ende Juni, längst alle Mittel für 2003 vergeben sind. Zusätzlich liegen derzeit 35 Anträge auf Halde. Diese Projekte sind damit blockiert.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, Herr Döring, so geht es natürlich nicht, einerseits zu sagen, die Biomasse sei das Hauptfeld, wo man die erneuerbaren Energien voranbringen müsse, und andererseits aus 1,2 Millionen € noch ein Drittel herauszustreichen, und Mitte des Jahres liegen schon fast 50 Projekte auf Halde. So kommen wir sicherlich nicht voran.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Der zweite Punkt ist die Wasserkraft. Es wird immer gesagt, wir brauchen den Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden. Das ist richtig, und dazu stehen wir Grünen auch klar. Wir wollen die Große Wasserkraft ins EEG aufnehmen, aber es ist nicht so, dass wir allein damit das Problem lösen könnten. Das Gutachten zeigt auf, dass wir im Bereich der Wasserkraft 1 400 Gigawattstunden pro Jahr brauchen. Rheinfelden kann maximal ein Viertel davon erbringen, die andere Große Wasserkraft am Rhein vielleicht noch einmal ein Viertel. Das heißt, wir brauchen auch einen Ausbau der Kleinen Wasserkraft, sonst werden wir laut Gutachten die Ziele nicht erreichen können.

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht bei der Windkraft! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

(Dr. Witzel)

Ich fordere die Landesregierung daher auf, bei den Genehmigungsverfahren für kleine Wasserkraftwerke keine Bremsen einzuziehen,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das kriegen Sie doch aus Naturschutzgründen nirgendwo mehr hin!
– Abg. Hofer FDP/DVP: Da ist die Fischtreppe teurer als das ganze Werk!)

sondern sie zügig zu bearbeiten.

Drittens: Weil das jetzt immer der große Streitpunkt ist, muss man auch noch auf die Windenergie eingehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Laut dem Gutachten, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, soll die Windenergie 1 133 Gigawattstunden pro Jahr erbringen. Das ist etwa eine Verzwölfachung dessen, was wir im Jahr 2000 hatten. Das heißt, dieses im Auftrag der Landesregierung erstellte Gutachten besagt, wir müssen die Windkraft bis zum Jahr 2010 verzwölfachen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist auch vernünftig!)

Jetzt kommt von Ihrer Seite immer wieder der Vorwurf einer Verspargelung der Landschaft. Dazu darf ich zitieren, was die Gutachter errechnen. Sie sagen, wir brauchten etwa 130 Standorte im Land mit jeweils drei bis vier Anlagen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist ja noch machbar! –
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das ist doch in Ordnung!)

– Sie sagen, das ist in jedem Fall machbar. Ich zitiere aus dem Gutachten:

Aber selbst wenn im Extremfall jede Anlage als Einzelanlage errichtet würde, ist bei insgesamt rund 500 Anlagen im gesamten Land eine „Verspargelung“ der Landschaft nicht zu befürchten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Witzel, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist bei weitem überschritten.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Ende.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der CDU, das doch einmal zur Kenntnis zu nehmen: Eine Verspargelung der Landschaft steht nicht zur Debatte. Wir wollen aber, dass die Windkraft auch in Baden-Württemberg ihren Beitrag für die Energiewende leistet.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deshalb bitte ich Sie, Ihren Widerstand gegen die Windkraft aufzugeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bitte ich um Entschul-

digung für mein Zuspätkommen, vor allem bei Ihnen, Herr Knapp. Ich habe übersehen, dass bei Punkt 5 keine Aussprache vorgesehen war. Ich bitte um Nachsicht.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht nur Konzilien können irren! – Heiterkeit)

Die Ausführungen, die auf der Grundlage des Antrags gemacht worden sind, zielen meiner Meinung nach an verschiedenen Stellen in die richtige Richtung. Sie haben schließlich auch das zur Grundlage, was wir uns zum Ziel gesetzt haben: wie wir mit dem Atomausstieg, der von der Bundesregierung beschlossen worden ist, und der Energiewende umgehen. Ich meine, Frau Brenner und Herr Hofer haben zum Thema Atomausstieg auch die Meinung der Landesregierung zum Ausdruck gebracht. Ich will deswegen nicht länger darauf eingehen. Das ist Beschlusslage, mit der wir umzugehen haben

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

und die wir ein Stück weit auch mit auszuführen und umzusetzen haben.

Was meiner Meinung nach an einzelnen Themen angesprochen werden sollte, ist zum einen, dass wir im Zusammenhang mit der regenerativen Energie hinsichtlich der Forschung im Bundesländervergleich nach wie vor noch ganz gut dastehen – bei weitem nicht so gut, wie wir es gerne hätten, das sei eingeräumt, aber weniger schlecht, als Sie es manchmal darstellen.

Auch wenn wir in den letzten Jahren – die Zahlen kenne ich mindestens so gut wie Sie; das können Sie mir glauben – aufgrund der Haushaltssituation immer wieder Abstriche vornehmen mussten, halte ich den Ansatz, sich vor allen Dingen in der Forschung zu engagieren, nach wie vor für richtig. Wir haben uns vor 14 Tagen in Freiburg das von Herrn Hofer erwähnte Institut angeschaut und dort bestätigt bekommen, dass dieses Institut weltweit eines der führenden ist. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sich die Landesregierung in den vergangenen Jahren in diesem Bereich, auch im investiven Bereich, engagiert hat. Das muss man zur Kenntnis nehmen, genauso wie man die Defizite aus Ihrer Sicht – und aus unserer Sicht ja auch – berechtigterweise anführt. Dass wir im Bereich der Forschungsmittel auch im Jahr 2003 immerhin noch mit 7 Millionen € unterwegs sind, um in dem Zusammenhang weltweit in einzelnen Positionen eine Spitzenposition einzunehmen, ist meiner Meinung nach ein guter Punkt und ein Pluspunkt für die Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Aber man muss etwas daraus machen!)

Ich will zu einem weiteren Punkt, den Sie angesprochen haben, etwas sagen, um auf Ihre Argumente einzugehen. Da spielt natürlich die Windkraft eine Rolle. Ich würde dringend darum bitten, dass Sie, Herr Witzel – auch der Kollege Knapp hat das in ähnlicher Weise gemacht –, uns nicht vorwerfen, wir würden hier eine Verhinderungstaktik fahren.

(Abg. Knapp SPD: Das ist ja nichts anderes!)

(Minister Dr. Döring)

Es ist von Ihnen doch aus dem Gutachten zitiert worden, wie viele Anlagen notwendig wären. Diese Anlagen sind ganz selbstverständlich realisierbar. Aber sie sind sinnvollerweise dort zu realisieren, wo sie von der Regionalplanung her hingehören, und sollten nicht einzeln quer über das Land Baden-Württemberg verteilt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Und wenn Sie das machen – dazu sind jetzt auch alle Verantwortungsträger in den Regionen ausdrücklich aufgefordert worden –, dann werden Sie sehen, dass es auch in der Umsetzung ist.

(Zuruf von der CDU: Das wird doch auch gemacht!)

In Ostwürttemberg haben wir zum Beispiel die Bereiche ganz konkret festgelegt, wo man diese Windparks dann auch errichten möchte, um dieses Ziel zu erreichen.

(Abg. Capezzuto SPD: Wir haben ja auch Wind!)

– Bei Ihnen hat es auch Wind. Seitdem Sie dort Abgeordneter sind, bläst er sogar noch ein bisschen heftiger, habe ich den Eindruck, Herr Kollege Capezzuto.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Da ist ein Windmacher am Werk, da geht es jetzt zu!

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

– Herr Witzel und Herr Kollege Knapp, bauen Sie doch nicht an einer Stelle, wo wir in der Zielsetzung gar nicht auseinander liegen, einen Gegensatz auf. Die Vertreter beider Fraktionen, die die Landesregierung tragen, haben immer erklärt, dass wir es unter dem Aspekt des innovativen Charakters viel mehr begrüßen würden, wenn wir sagen könnten: Macht lieber richtige Windparks da, wo es sinnvoll ist und wo sie auch zu Ergebnissen führen, als dass Sie diese Anlagen einzeln in die Landschaft hineinstellen. Was können Sie eigentlich Sinnvolleres machen als das, was wir gemacht haben, nämlich konstruktiv dazu auffordern, die Anlagen dort zu errichten, wo sie den größtmöglichen sinnvollen Effekt auch tatsächlich haben,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und sie dort nicht zu errichten, wo sie aus landschaftlicher Sicht, unter touristischen Aspekten nicht vorhanden sein sollten?

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wenn jetzt, Herr Kollege Schmiedel, die in der Region jeweils Verantwortlichen das auch umsetzen, wozu wir sie jetzt auch noch einmal schriftlich aufgefordert haben, dann werden Sie in absehbarer Zeit Ergebnisse haben und sagen: Das ist der richtige Weg gewesen. Lassen Sie uns deswegen diesen auch in der Zukunft beschreiten.

Zweiter Punkt: Holz. Es ist überhaupt keine Frage – Kollege Stächele weiß es noch detaillierter –: Da liegt ein großes Potenzial. Dieses Potenzial muss der Reihe nach natürlich auch ausgeschöpft werden. Überhaupt keine Frage! Da sind

wir dabei. Wir können uns nachher darüber unterhalten, auf welche Weise dies geschehen kann.

Wasserkraft: Es ist doch vollkommen unbestritten, dass wir bei der Großen Wasserkraft eine riesige Chance in Rheinfelden in Baden-Württemberg besitzen, dass wir aber den Schlüssel dazu, Herr Kollege Schmiedel, nun einmal in Berlin haben, weil es da auch um die Förderung geht. Deshalb sagen wir von unserer Seite aus: Nutzen Sie endlich die Chance bezüglich Große Wasserkraft Rheinfelden. Ihre Landesvorsitzende – selten genug hört man sie, aber hierzu hat man sie gehört –

(Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

ist mittlerweile auch der Meinung, man sollte in diesem Zusammenhang etwas machen. Jetzt setzen Sie es auch konkret um! Dann haben wir dort eine Leistung, die ein Vielfaches dessen ausmacht, was wir bisher in den kleinen Anlagen haben.

Herr Witzel, wenn Sie mir einen Satz zu Ihnen noch gestatten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, gerne. Ich einige mich gerade mit Herrn Witzel, dass ich ihm noch auf eine Frage von vorhin eine Antwort gebe. Dann gerne.

Herr Witzel, Sie haben neben der Großen Wasserkraft meiner Meinung nach zu Recht auch die Kleine Wasserkraft angesprochen. Da liegt natürlich ein Potenzial. Aber, Herr Witzel, nehmen Sie es mir nicht übel: Oftmals sind es gerade Ihre Parteifreunde, die sagen: „Aus diesen kleinen Wasserkraftwerken kommen hinterher immer diese Fischhack-schnitzel heraus. Aus diesem Grund werden wir diese Anlagen nicht bauen.“

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das sagt kein Grüner!)

Also zusammenpassen sollte es schon. Einerseits will man sie, und diejenigen, die sie dann auf den Weg bringen, kommen dann und fragen: Was passiert jetzt dort mit den Fischen?

Wir werden, weil es auch uns ebenso wie Ihnen ein Anliegen ist, die Kleine Wasserkraft im Zusammenhang mit dem Ausbau der Großen, der hoffentlich kommen wird, nicht zu vernachlässigen, schon morgen ein Gespräch zur Kleinen Wasserkraft haben. Ich sichere Ihnen zu: Wir werden, wie wir das bisher immer getan haben, eine Reihe von Anträgen vorlegen lassen und uns dann für eine raschere Genehmigung einsetzen, damit wir uns in diesem Zusammenhang keine Vorwürfe machen lassen müssen. Auch hier sind wir, denke ich, auf dem richtigen Weg.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Döring, die Landesregierung hat bekanntlich bei der Erstfassung des EEG dieses Gesetzesvorhaben im Bundesrat abgelehnt. Kann ich Ihren Ausführungen jetzt entnehmen, dass für den Fall, dass in

(Dr. Witzel)

das novellierte EEG die Große Wasserkraft aufgenommen wird, die Landesregierung von Baden-Württemberg Zustimmung signalisiert?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Dann ist zumindest die Möglichkeit einer Zustimmung größer.

(Abg. Schmiedel SPD: Doppelte Zunge! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist doch klar, dass wir uns das im Ergebnis noch anschauen müssen. Aber wenn Sie die Große Wasserkraft mit aufnehmen, werden Sie unsere Zustimmung haben. Sie setzen ja dann eine Forderung der FDP/DVP und der CDU hier im Lande um. Wenn Sie das machen, werden wir nicht dagegen sein.

Nächster Punkt: Jetzt haben Sie beide, natürlich völlig nachvollziehbar und vollkommen zu Recht, auf die Gutachten Bezug genommen, die wir in Auftrag gegeben haben. Ich muss eines ganz deutlich sagen: In diesen Gutachten werden Beträge genannt, die Jahr für Jahr notwendig sind, um diese Verdoppelung gesichert bis zum gesetzten Datum zu erreichen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin es leid, hier ein Ziel zu formulieren, von dem ich weiß, dass der Weg dorthin bezüglich der Haushaltsmittel, die zur Verfügung gestellt werden müssten, unrealistisch ist.

(Abg. Knapp SPD: Ist das ein Rückzug?)

– Herr Knapp, schauen Sie, wir haben sogar zwei Gutachten machen lassen, um auf einigermaßen sicherem Boden zu stehen. Beide Gutachten nennen Beträge, die man Jahr für Jahr zur Verfügung stellen sollte. Sie wissen genauso wie ich – das muss man ehrlicherweise ganz einfach einräumen –, dass wir eben nicht Jahr für Jahr diese gewaltigen Beträge zur Verfügung stellen, sondern im Gegenteil aufgrund der Haushaltentwicklung sogar eher noch Reduzierungen vornehmen. Deshalb kann ich nicht, wenn ich die Gutachter ernst nehme – und beide haben es verdient, ernst genommen zu werden –, sagen: Der Weg dorthin erscheint mir zwar völlig unrealistisch, den werden wir nicht beschreiten können, aber an dem Ziel halten wir unverrückbar fest.

Deswegen muss man das auch einräumen und sagen: Uns stehen die Mittel in dem genannten notwendigen Umfang nicht zur Verfügung, und deswegen wird sich das Ziel um einige Jahre verzögern. Wer etwas anderes sagt – Pardon, das sage ich jetzt so deutlich –, der redet an der Realität und an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies muss man meiner Meinung nach einräumen. Das können Sie dann als einen Rückzug oder als ein Sich-Verabschieden darstellen; ich verstehe es als eine Reaktion auf ernst zu nehmende, teure Gutachten und als Einstellen auf die Wirklichkeit und auf die Realität, die man zur Kenntnis nehmen muss. Da hilft es nichts, wenn Sie sagen: Guck dir den und guck dir die an, jetzt gehen die davon ab und machen dies!

Was würden Sie denn machen, wenn wir sagen würden, wir hielten daran fest, und wenn Sie dann Jahr für Jahr im

Haushalt die Zahlen sehen würden, die meilenweit von dem entfernt sind, was vorgesehen ist? Das hilft doch nichts! Und Ihnen hilft es – Pardon, genauso offen – auch nichts, wenn Sie sagen, das müsse man aber tun, obwohl Sie damit klar an der Haushaltsrealität vorbeigehen würden, die Sie nicht in Abrede stellen können, auch wenn es Ihnen nicht gefallen hat und wenn es Oh- und Buh- und was weiß ich noch für Rufe gegeben hat.

Kollegin Berroth hat ja heute Morgen nicht ganz Unrecht gehabt. An den gigantischen Steuermindereinnahmen, die wir zu verzeichnen haben, sind ja nicht allein wir hier schuld, sondern eher andere, wenn ich Sie, Kollege Schmiedel, und Ihre Freunde in Berlin anschau. Darauf muss man auch reagieren. Das müssen Sie bei Ihren Forderungen dem Land gegenüber realistischerweise mit einräumen.

(Abg. Schmiedel SPD: Machen Sie mal konstruktiv im Bundesrat mit!)

– Herr Schmiedel, wir sehen uns ja heute noch einmal, denke ich.

Lassen Sie mich jetzt einen letzten Punkt ansprechen. Sie haben es richtig gesagt. Wir sind in der Bemühung.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

– Herr Knapp, ich kann Ihnen das Ergebnis nicht sicher sagen, zumal wenn Sie sehen, wie es da aussieht.

(Abg. Teßmer SPD: Da hat er nicht ganz Unrecht!)

– Ich weiß, was das im Zeugnis heißt, Herr Kollege Teßmer. Wir sind gerade an unterschiedlichen Stellen darüber im Gespräch, ob wir es nicht schaffen, ein Bürgerschaftsprogramm zur Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung auf den Weg zu bringen. Dies ist ein Weg, um auf Haushaltsengpässe zu reagieren. Wenn uns das Geld in den normalen Haushaltsansätzen nicht zur Verfügung steht, kann man resignieren – Herr Schmiedel, was ich nicht mache – oder sich Gedanken machen, welche neuen Wege beschritten werden können, um Anlagen, die in manchen Bereichen ein gewaltiges Finanzierungsvolumen erfordern, und Programme dennoch auf den Weg zu bringen. Deshalb laufen seit April/Mai Gespräche, unter anderem auch mit dem geschätzten Finanzministerium und der L-Bank, zum Bürgerschaftsprogramm zur Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung.

Dies ist der Weg, den wir jetzt einschlagen, weil wir uns von dem Ziel, erneuerbare Energien in stärkerem Umfang zu nutzen, nicht verabschieden wollen, weil wir in Sachen Windenergie so vorgehen wollen, wie wir es dargestellt haben, weil wir bei der Wasserkraft die Wege beschreiten, die auch Sie wollen, wir allerdings in einer etwas konstruktiveren, zielgerichteteren Vorgehensweise, weil wir im Bereich Holz ein großes Potenzial sehen, weil wir uns auch von den Forschungsanstrengungen nicht verabschieden, sondern im Bereich Forschung weitermachen, weil wir auch dort mit den über 1 000 kleinen und mittleren Unternehmen, die im gesamten Umwelttechnologiebereich tätig sind, eine Chance für Baden-Württemberg sehen.

(Minister Dr. Döring)

Deswegen ist das, was wir im Wirtschaftsministerium, im Ministerium für Umwelt und Verkehr und im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum machen, den Realitäten, was die Haushaltsbedingungen angeht, angemessen und der richtige Weg, um den Energiemix zu erhalten, um den von Ihnen beschlossenen Ausstieg zu begleiten und ein Mehr bei der Verwendung und Nutzung regenerativer Energien in Baden-Württemberg zu erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Minister Döring, Sie haben vieles ausgeführt, was richtig ist und was auch wir unterschreiben können.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Aber Sie haben gesagt: „war stets bemüht“, „wir bemühen uns stets“. Sie wissen, was es heißt, wenn in einem Arbeitszeugnis steht „war stets bemüht“.

(Heiterkeit bei der SPD)

„War stets bemüht“ heißt „hat es nie erreicht“. Ich möchte Ihnen ja zugute halten: Ich glaube manchmal wirklich – das sage ich, ohne Sie zu loben; denn sonst würde ich mit meiner Fraktion Probleme bekommen, und das möchte ich nicht; dazu habe ich auch keinen Grund –, Sie würden gern etwas mehr machen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

werden aber hier im Land im Kabinett blockiert. Ich sage Ihnen auch, warum. Bei der Großen Wasserkraft – die wird ja immer angesprochen – gibt es ja Konsens. Das ist ja in Ordnung. Aber mit der Großen Wasserkraft allein – nicht nur mit Rheinfelden, sondern auch mit Gamsheim und Ifezheim – können wir eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg um etwa einen Prozentpunkt erreichen. Sie wollen in zehn Jahren aber von einem Anteil von etwa 7,5 % – ich nenne einmal einen Mittelwert – auf etwa 15 % kommen. Dazu kann die Große Wasserkraft einen Prozentpunkt beitragen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Immerhin!)

Das ist zwar ein großer Teil, aber dann ist es aus mit der Großen Wasserkraft. Dann gibt es im Moment nichts mehr zu nutzen. Dann müssen Sie aber noch 6,5 Prozentpunkte auf anderen Wegen erreichen, und das ist der Bereich, in dem man ansetzen und etwas tun muss.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Jetzt sage ich etwas zur Windkraftnutzung. Sie haben die Regionalverbände angesprochen. Wir haben im Nord-schwarzwald einen Standort für einen Windpark ausgewiesen. Dort hat die EnBW 14 Anlagen geplant, sich jedoch zurückgezogen, weil sie gesagt haben: Bei der gegenwärtigen Stimmung im Land ist es völlig unmöglich, einen solchen Windpark zu bauen.

(Abg. Schmiedel SPD: Mit dieser Regierung! – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Völlig unmöglich! Fragen Sie mal bei der EnBW nach. Sie, Herr Minister, wissen es wahrscheinlich selber mindestens genauso gut wie ich. Die haben sich zurückgezogen, weil sie es bei der Stimmung, die es derzeit im Land zur Windkraft gibt, nicht hinbekommen, dort etwas zu bauen.

Jetzt möchte ich Sie einmal in Ihrer Eigenschaft als Wirtschaftsminister ansprechen. Sie sagen wohl, Sie hätten das Geld nicht. Es steht aber in Ihrem Gutachten, dass jeder Euro an Fördermitteln Investitionen in Höhe von 20 € auslöst. Das sind ja wirklich Investitionen, die sich selbst bezahlt machen. Das sprechen wir ja auch an anderer Stelle immer wieder an. Wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht nur die Forschung im Land fördern und umsetzen, sondern als Wirtschaftsminister muss Ihnen daran gelegen sein, dass die Forschung auch zu mehr Arbeitsplätzen im Land führt, und da haben wir ein ganz eindeutiges Defizit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die antragstellende Fraktion ist damit einverstanden, dass der Antrag für erledigt erklärt wird. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion – Drucksache 13/1119

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß natürlich auch, dass das Datum meines Antrags der 1. Juli vorigen Jahres ist. Der Inhalt hat aber noch nichts an Aktualität verloren, und wir haben damit vielleicht die Gelegenheit, kurz auf zwei, drei Entwicklungen einzugehen.

Erste Entwicklung: In den Fünfzigerjahren hat man nach den verlorenen Kriegen und der Hungersnot gesagt: „Nie wieder Hunger in Europa!“ Das halte ich auch nachträglich für richtig. Man hat von den Landwirten verlangt, dass sie Masse produzieren, dass sie viel und preiswert – ich sage eher preiswert als billig – produzieren, und das haben sie auch gemacht. Das hatte zur Folge, das wissen wir auch noch, dass irgendwann eine Überproduktion an Nahrungsmitteln in Europa entstanden ist. Weil man damals noch Geld hatte, hat man eine Preisgarantie gegeben und hat das zu viel Erzeugte per Intervention abgelagert. Der Produzent, der Landwirt hat unbewusst oder bewusst sich gar nicht mehr um die Vermarktung und um die Preise kümmern müssen, sondern nur um die Produktion.

(Teßmer)

Dann kam die Entwicklung der Achtziger- und Neunzigerjahre, und irgendwann richtete sich die Produktion nicht mehr nach der Nachfrage, sondern nach der Höhe der Zahlungen der Intervention. Das hatte zur Folge, dass wir eine ganze Reihe agrarischer Produkte erzeugt haben, die wir eigentlich nicht mehr brauchten oder die man anderswo wesentlich billiger und preiswerter produzieren konnte. Dann hat man sich – das halte ich durchaus für richtig – mit den Landwirten darauf verständigt, dass man Ausgleichszahlungen für Dinge, die die Produktion behindert haben, zahlt. Sie hören, da kommt das Wort Subvention nicht vor, weil es nicht passt. Wir haben auch Auflagen erteilt – siehe SchALVO –, und wir haben Anreize geschaffen, dass man unsere schöne Kulturlandschaft, zum Beispiel von Baden-Württemberg, erhält und dass das ein Wert ist, der auch den Steuerzahler Geld kosten darf. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Jetzt im Augenblick ist wichtig, dass unsere Landwirte anpassen müssen, dass sie die Ausgleichszahlungen und Ersatzleistungen nicht als einzig sicher berechenbares Einkommen bekommen. Herr Minister, es ist ja recht lieb, wenn ich von Ihnen lese, dass Sie die Modulationsmittel schon verteilen; aber leider lehnen Sie sie im Bundesrat ab. Ich hoffe, wir bekommen sie trotzdem, weil wir sie brauchen könnten.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Was wir von der SPD mit unserem Fraktionsantrag erreichen wollen, ist etwas ganz anderes, nämlich etwas Zusätzliches. Unsere Landwirte wollen – das weiß jeder, der sich mit denen beschäftigt – eigentlich gesunde Nahrungsmittel produzieren und den Preis, den sie als Input hineinstecken, auch wieder herauskriegen. Da beginnt unsere Aufgabe. Das ist eine politische Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, Sie haben in Ihrer Pressemitteilung wunderbar gesagt – die ist noch nicht so alt –:

Mit unserer integrierten Agrar- und Strukturpolitik können wir versuchen, manches aufzufangen, der Trend bleibt aber für alle gleich.

Das klingt so wie vorhin der Satz von Herrn Döring, er habe sich bemüht.

(Abg. Walter GRÜNE: Redlich bemüht! – Minister Dr. Döring: Stets!)

– Ja, redlich bemüht. Wir wissen aber alle, dass die jetzigen Zahlungen und die Preise mit und ohne WTO nicht ausreichen, um die Kosten einigermaßen hereinzubringen, obwohl wir beim Maschineneinsatz optimieren und Ähnliches. Ich gehe davon aus, dass Ihr Ministerialdirigent Ihnen ein hervorragendes Beispiel vom letzten Sonntag aus dem Neckar-Odenwald-Kreis mit nach Hause gebracht hat. Das ist auch alles korrekt und richtige Agrarpolitik.

Was aber fehlt, ist, dass wir unseren Landwirten wieder beibringen – da müssen Sie schon ein bisschen was tun –, dass sie wieder Marktwirtschaft lernen. Das haben wir ihnen nämlich systematisch abgewöhnt. Das ist kein Vorwurf, das kann auch niemand vorwerfen, denn in der Landwirtschafts-

politik im Bund waren alle Parteien in der Regierung vertreten. Sie erinnern sich sicher an Herrn Ertl; das war kein SPDler. Es waren mal von uns welche, mal von der CDU welche. Der Trend war damals anders. Jetzt heißt das Gebot: Wie bringen wir Landwirten bei, dass sie für das, was sie an Arbeitskraft hineinstecken, ordnungsgemäße Preise bekommen? Da wird uns jetzt von Ihnen gesagt: „Jawohl, das klappt. Wir machen da große Verbraucheraufklärung.“ Das stimmt, wirkt aber gerade immer 14 Tage nach jeder kleinen Skandalmeldung. Danach kaufen die Leute wieder das Billigste, weil es genauso gut aussieht. Ob es genauso gut ist, ist eine andere Frage.

Aber ich möchte mich einfach auf jemand anderen als Zeugen berufen und Sie ein bisschen sensibilisieren. Das ist Herr Professor Golter. Er steht ja nun nicht im Verdacht, der SPD nahe zu stehen. Aber das Vermächtnis von Herrn Golter hieß – das war die letzte Juniwoche im vorigen Jahr; deswegen auch dieser Antrag –:

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

„Bauern, hört auf, euch auf reine Staatseinnahmen zu verlassen, sondern fragt wieder, was uns der Markt geben kann.“ Da gibt es gute Beispiele. Denken Sie einmal an die Tabakbauern. Im Blick auf die Gesundheit ist das ein etwas gefährliches Beispiel.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das gilt aber nicht für die Größe der Anbaufläche. Die Tabakbauern haben sehr genau verstanden und haben die Tabakanbaufläche vergrößert, weil in diesem Bereich ein Markt besteht. Die Tabakbauern benötigen auch keine Stützungsgelder. Wir haben bei anderen immer wieder gesagt: Wenn es nicht geht, müssen wir unsere bäuerliche Landwirtschaft fördern. Dagegen habe ich nichts. Aber dass die Waren unter dem Erstehungspreis verkauft werden müssen, ist auch ein Fehler der Gesellschaft.

Das Vermächtnis von Herrn Golter muss doch heißen: Was kann die Landesregierung, die Bundesregierung – –

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das sind die Handelskonzerne, die die Preise drücken!)

– Das sind nicht nur die Handelskonzerne. Ich gehe darauf gleich ein, liebe Frau Kollegin. Danke für den Zwischenruf.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Seien Sie froh, dass Sie überhaupt einen Zwischenruf bekommen!)

– Ja, ich bin doch froh. Sie dürfen auch einen machen. Ich sage Ihnen: Kümmern Sie sich darum, dass das Einheitsforstamt bleibt. Dann hätte ich es auch leichter.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Dann könnten Sie wenigstens dem Zwischenrufer Recht geben!)

– Aber Sie können ja, wenn Sie im Europaparlament sind, sagen: Achtung, das gilt nicht für Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: So machen wir es! – Heiterkeit)

– Ich nehme Sie beim Wort, Frau Kollegin.

(Teßmer)

Herr Minister, ganz klar und deutlich: Wir müssen – das machen Sie auch; aber wir hören damit eigentlich immer zu früh auf – die Einnahmen der Landwirte durch tatsächliches Verkaufen fördern. Da sagen mir alle immer so unbekümmert: Die sollen selbst vermarkten. Das heißt, der Bauer und seine Frau, die schon jetzt zwölf Stunden am Tag arbeiten, sollen dann weitere vier Stunden arbeiten. Das ist nicht leistbar.

Sie haben gute Ansätze bei einigen Vermarktungsorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben. Da könnte man vielleicht noch etwas mehr tun. Die EU lässt übrigens zu, dass die Länder das machen. Also munter los!

Das Dritte ist – da muss ich Ihnen den Vorwurf machen, dass Sie nicht einmal ein Biodieselauto fahren; ich fahre eines –, dass Sie überall da, wo der Landwirt Rohstoffe –

(Abg. Walter GRÜNE: Aber er fährt ab und zu selbst!)

– Ja, aber nur, wenn der Fahrer ein Eis isst. Das ist zu wenig für die Wirtschaft.

(Heiterkeit)

Herr Stächele, meiner Ansicht nach müssen Sie Ihr Ministerium und die Ihrem Ministerium nachgeordneten Behörden dazu anleiten, dass der Landwirt dort, wo er Rohstofflieferant sein könnte – da kriegt er nämlich nicht die Aldi-Ketten „auf den Kopf“ –, dies auch sein darf. Da liegt es stark im Argen.

Was haben Sie mir in der Stellungnahme geantwortet? Wie viel Euro Sie pro Hektar bei den Umweltmaßnahmen ausgeben. Schön, dass wir da Spitze sind. Das sind aber keine Einkommen für die Landwirte.

Ich möchte mit meiner Rede dazu beitragen, dass das Ministerium nicht nur sagt, was der Landwirt pro Hektar aus Brüssel und Berlin bekommt, sondern dass Sie sagen, was der Landwirt durch eigene Verkaufserlöse erzielt. Dabei müssen wir ihm helfen. Wenn Sie gute Ideen haben, kann ich dazu vielleicht in der zweiten Runde noch etwas sagen. Da liegt es in Baden-Württemberg im Argen. Deswegen werden wir auch über Abschnitt II des Antrags abstimmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiefl.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Abg. Kiefl CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Richtungswende, lieber Herr Kollege Teßmer – weg von den Preisstützungen über die Marktordnung und über den Abbau der Marktordnungen –, haben wir 1992 in einem ersten Schritt vollzogen.

(Abg. Teßmer SPD: Gehabt als Idee, aber nicht gemacht!)

– Gemacht bei einem Teil, beim Getreide. Insofern ist nicht nur der Antrag überholt, sondern auch das berühmte Vermächtnis, von dem Sie gesprochen haben. Denn Preise wie

9 € für einen Doppelzentner Weizen oder 28 Cent für das Kilogramm Milch oder 100 € für ein Mastschwein decken bei etwa zwei Drittel unserer Betriebe die Produktionskosten nicht. Das heißt, ohne Ausgleichszahlung funktioniert das nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Habe ich nicht infrage gestellt!)

Aber die Richtungswende hin zu mehr Markt ist – die Preise für die Produkte beweisen es – bereits vollzogen.

(Abg. Teßmer SPD: Nein!)

– Sie wird noch weitergehen. Das ist klar. Wir sind nicht am Ende. Und dass die Selbstvermarktung nur eine Nische ist, da sind wir uns einig. Darüber haben wir schon oft gesprochen. Wir pflegen die Direktvermarktung, aber wir verlassen uns nicht darauf, weil es nur wenige Bauern betrifft. Das ist der erste Fakt.

Zweiter Fakt ist, dass die Pflege, aber auch das Offenhalten – ich würde sagen, erst das Schaffen – von Kulturlandschaft durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung, insbesondere auch in den benachteiligten Gebieten, ermöglicht wird. Das ist aber kein Marktprodukt, und das wird kein Marktprodukt werden.

(Abg. Teßmer SPD: Das habe ich auch gesagt!)

Ich kann Weizen, Fleisch, Butter und was weiß ich aus aller Herren Länder zukaufen, aus Brasilien, Argentinien oder Dänemark, aber ich kann niemals das Allgäu, den Schwarzwald oder das Bodensee-Hinterland zukaufen. Landwirtschaft schafft Landschaft. Darüber besteht wohl Konsens, davon gehen wir aus.

Jetzt der erste Warnsatz in dieser Richtung. Das möchte ich auch allen „Freihändlern“ – ich sage dies einmal so salopp – ins Stammbuch schreiben, unserer Gesellschaft und den Freihändlern. Die zentrale Fragestellung bei diesem Thema lautet für mich: Wenn wir bei der Nahrungsmittelproduktion mehr Markt wollen – und die Entwicklung in dieser Richtung wird weitergehen; ich glaube, darüber sind wir uns auch einig –, dann muss man wissen – und man muss dann auch eine entsprechende Politik machen –, wie durch umweltgerechte nachhaltige Landwirtschaft – verbraucher-schützend, tierschützend, umweltschützend – im internationalen Vergleich die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern zunehmend gestärkt werden kann. Das ist in diesem Zusammenhang die Kernfrage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kein vernünftiger Mensch – das haben Sie auch gesagt, obwohl das Frau Künast macht – verlässt sich darauf, wenn er verantwortliche Politik machen und Rahmenbedingungen gestalten will, dass die Politik bei den Nahrungsmitteln sozusagen mit dem Einkaufskorb geschieht. Sie wollte das ja, sie hat an die Bioproduktion appelliert, aber das funktioniert natürlich nicht. Das wissen wir in der Zwischenzeit ja auch.

(Abg. Walter GRÜNE: Etwas anderes macht ihr mit dem HQZ auch nicht!)

– Wir verlassen uns nicht allein auf das HQZ.

(Kiefl)

Die Kernfrage lautet nun: Wer schafft die Rahmenbedingungen? Das macht zum einen Brüssel, die EU, das macht zum anderen Berlin, und das macht zum Dritten Stuttgart.

Ganz kurz: Die EU ist heute nicht das Thema. Die treffen sich übrigens, Herr Minister, heute oder morgen.

(Abg. Walter GRÜNE: Heute!)

– Ich glaube, zur Stunde tagt der Agrarrat.

(Abg. Teßmer SPD: Aber nicht wegen Baden-Württemberg!)

– Nein, nicht wegen Baden-Württemberg, aber wegen der Rahmenbedingungen für die EU-Landwirtschaft. Ich will nur erwähnen – das ist hier im Hause bekannt –, dass Baden-Württemberg eine etwas andere Vorstellung von der favorisierten Betriebsprämie als Fischler hat. Wir haben unsere Vorschläge gemacht. Daher will ich jetzt darauf nicht eingehen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Die EU ist natürlich ein wichtiger Punkt, gar keine Frage. Aber es würde den Rahmen meiner Rede sprengen, wenn ich dies weiter ausführen würde.

Ich möchte etwas zu uns, zu Stuttgart, und natürlich auch zu Berlin sagen. Denn hier kann man gestaltend auf die Wettbewerbsfähigkeit Einfluss ausüben.

Ich sage jetzt gleich ganz deutlich: Wir in Stuttgart – ich formuliere das so; wenn der Minister etwas anderes sagt, ist mir das natürlich mehr als recht – haben unsere Spielräume ausgereizt, was dies angeht. Ich komme bei dem einen oder anderen Programm noch einmal darauf zurück.

Ich denke an die Umweltprogramme – die werden ja in dem Antrag auch genannt. Wir reizen diese Umweltprogramme in der Spitze der Bundesrepublik mit über 100 € aus.

(Abg. Teßmer SPD: Natürlich! Aber das ist doch kein Einkommen für die Landwirte!)

– Moment! Ich kann Ihnen nachher aus der Umfrage der Universität Hohenheim zitieren, wie das die Bauern und die Programmnutzer in Baden-Württemberg bewerten.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist in Ordnung, aber kein Einkommen!)

Natürlich ist das Einkommen, zum Teil macht es bis zu 50 % des gesamten Einkommens aus. Sie kennen das wahrscheinlich.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich sage jetzt einmal: Wir haben dies ausgereizt.

Jetzt gehen wir die Wettbewerbsbedingungen durch, die uns Berlin schafft, die uns Frau Künast schafft.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht die Frau Künast! Das war doch bei anderen Ministern wie bei Herrn Borchert auch nicht anders!)

– Die Frau Künast. Dann ist es halt die rot-grüne Bundesregierung; ich sage dies einmal pauschal. Ich wollte das personifizieren, und jetzt gehen wir das einmal der Reihe nach durch.

Sie haben die Modulation angesprochen.

(Abg. Walter GRÜNE: Eine gute Sache! Eine sehr gute Sache!)

Sie wissen, dass wir nicht gegen die Modulation sind. Wir sind aber konsequent gegen eine nationale Modulation von 2 %, obwohl das Signal gegeben worden ist, das komme von der EU. Jetzt werden uns 2 % einkommenswirksam abgezogen, den anderen aber nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das kommt doch zurück!)

Das ist der Schlag Nummer 1 ans Schienbein.

(Abg. Teßmer SPD: Die kommen aber wieder zurück!)

– Bis jetzt kommt gar nichts zurück, bis jetzt kostet das noch Geld, und wir wissen nicht, wo das Geld hinkommt.

Ein zweiter Punkt: das neue Baurecht. Wenn das neue Baurecht so kommt – vorhin haben wir von der Atomenergie gesprochen –, dann ist das der Super-GAU für die Landwirtschaft hier in Baden-Württemberg. Sie wissen das, und ich muss dies kurz erwähnen, wenn ich dies so hart formuliere. Es geht um den berühmten § 35 des Baugesetzbuchs: Bauen im Außenbereich. Wenn er so kommt, wird er praktisch die Privilegierung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bauvorhaben im Außenbereich aufheben. Dann gibt es Vorranggebiete und Eignungsgebiete. Wir werden sehen, was am Ende herauskommt. Bei den Vorranggebieten werden die Agrarfabriken angesiedelt wie verückt. Das werden Belastungsgebiete hoch zehn werden. Bei den Eignungsgebieten weiß kein Mensch, was geschehen wird. Dort soll man etwas tun können oder auch nicht.

(Abg. Walter GRÜNE: Abwarten!)

Außerhalb dieser Gebietskategorien gibt es nichts mehr. Das sind, je nachdem, 60 bis 70 % oder 80 % des Außenbereichs. Was glauben Sie, wie das den Bodenmarkt durcheinander wirft? Der Boden wird außerhalb dieser Vorrang- oder Eignungsgebiete nichts mehr wert sein. Sein Wert wird in den Vorranggebieten, wo sich Agrarfabriken ansiedeln, und auch in den Eignungsgebieten steigen. Das wird nicht nur für die bäuerliche Landwirtschaft alles schwieriger machen, sondern das wird das ganze Gesicht des ländlichen Raums durcheinander bringen. – So viel zum Baurecht.

Agrardiesel: Ich hoffe, dass er bleibt. Aber selbst wenn die Regelung bleibt, haben wir einen Wettbewerbsnachteil: In Frankreich kostet er 5 Cent und bei uns 50 Cent oder wie auch immer. Darauf könnten wir jetzt viele Hochrechnungen aufbauen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Kiefl CDU: Ich bringe das letzte Beispiel, um das zu verdeutlichen. Ich hätte noch eine Latte von Beispielen.

(Abg. Birzele SPD: Das haben wir befürchtet!)

Zur Schweinehaltungsverordnung: Frau Künast – jetzt muss ich es halt wieder personifizieren – sagt, die EU-Verordnung werde nicht 1 : 1 umgesetzt. Sie sattelt national wieder etwas drauf. Das heißt – um damit jetzt in der ersten Runde den letzten Satz zu sagen –: Überhöhte Standards oder nationale Alleingänge zahlt der Markt nicht.

(Abg. Birzele SPD: Sie haben keine zweite Runde!
– Abg. Walter GRÜNE: Es gibt keine zweite Runde, wenn die Redezeit abgelaufen ist! – Abg. Birzele SPD: Herr Kollege, Sie haben keine zweite Runde!)

Wenn wir mehr Marktwirtschaft wollen, dann müssen wir bei diesen Punkten ansetzen, die für die Wettbewerbskraft der heimischen Landwirtschaft ausschlaggebend sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Walter GRÜNE: Es gibt bloß eine Runde, gell! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Wieso? Ich habe noch zwei Minuten!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Abkehr von Preisstützungen und Interventionen bei landwirtschaftlichen Produkten und damit die Beseitigung der Überproduktion ist seit langem Bestreben der FDP auf Bundes- und Landesebene. Seit langem fordern wir eine Honorierung der Landwirtschaft für Leistungen, die sie selbst am Markt nicht abgegolten bekommt, anstelle von Prämien, die die Landwirtschaft lediglich in höhere Produktionszahlen bringen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut! Das ist richtig!)

Wir alle – da nehme ich die SPD nicht aus – wollen doch insbesondere für Baden-Württemberg, aber auch für die gesamte Landwirtschaft einen möglichst effektiven Einsatz der Agrarmittel und, was uns noch wichtiger ist, die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel und die Pflege unserer Kulturlandschaft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Abg. Walter GRÜNE: Das unterschreibe ich!)

Wir haben dies in Baden-Württemberg mehr als in allen anderen Bundesländern mit unseren Agrarumweltprogrammen, insbesondere dem MEKA-Programm, nachhaltig unterstützt und dabei nicht nur ökologische Schwerpunkte gesetzt. Ganz entscheidend ist hierbei die Tatsache, dass diese Programme von den Landwirten freiwillig in Anspruch genommen werden können.

Die FDP geht bundesweit mit der von ihr vorgeschlagenen Kulturlandschaftsprämie weg von der bisherigen Kopplung von Prämien und Produktion. Ich bin dankbar, dass der

Bauernverband mit seinen Vorstellungen unserer Position näher rückt. Wir sehen darin auch eine Bestätigung unserer Arbeit.

Meine Damen und Herren, auch auf EU-Seite werden über kurz oder lang – auch wegen des Beitritts der neuen EU-Staaten – nur noch dort Fördermittel eingesetzt werden können, wo sie Leistungen honorieren, die über das normale Maß hinausgehen.

Voraussetzung für ein solches einheitliches und damit marktwirtschaftliches Verfahren sind zwei Dinge:

Erstens: Eine Voraussetzung ist, dass die Landwirtschaft sich einerseits zeitlich darauf einrichten kann, dass sie sich andererseits aber auch auf gegebene Zusagen einrichten kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Verlassen kann!)

Zweitens: Im speziellen Fall bedeutet das: Die Halbzeitbewertung der Agenda 2000 ist richtig und wichtig. Sie darf aber nicht dazu führen, dass Änderungen vor 2006 bzw. bei der Milchquote vor 2008 herbeigeführt werden. Diesen Vertrauensschutz verdient unsere Landwirtschaft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Unsere Landwirtschaft braucht europaweit gleiche Rahmenbedingungen, um marktwirtschaftlich auftreten zu können. Auch das ist meines Erachtens ein Teil der Marktwirtschaft.

(Abg. Teßmer SPD: Dann muss man die Grenzen wieder zumachen!)

Unsere Bundesregierung scheint das aber noch nicht begriffen zu haben.

(Abg. Seimetz CDU: Die kapierten überhaupt nichts!)

Beispielsweise würde die von den Grünen geforderte Abschaffung der Agrardieselvebilligung zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas führen.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Teßmer SPD)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP hält es nicht für sinnvoll, betriebsbezogene Förderung von Landwirten auf der Grundlage der vergangenen Produktion durchzuführen. Eine solche Festschreibung ist weder marktwirtschaftlich noch zukunftsorientiert. Letztlich bleibt meines Erachtens für die künftige Ausgestaltung der Agrarförderprogramme eine Kernaussage: Die Politik hat innerhalb der Landwirtschaft für Chancengleichheit zu sorgen. Dort, wo aus klimatischen, topographischen und betrieblichen Gründen uneingeschränkt landwirtschaftlich produziert werden kann, kann der Staat die Kräfte des Marktes wirken lassen. Dort aber, wo dies nicht möglich ist oder wo darüber hinaus von der Politik zusätzliche Standards gefordert werden, sind Förderprogramme auch unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten unumgänglich.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Drautz)

Wir haben in Baden-Württemberg gezeigt

(Abg. Teßmer SPD: Wer ist „wir“?)

– wir, die FDP/DVP –,

(Abg. Teßmer SPD: Da müsste dir ja ein Balken auf den Kopf fallen!)

dass die Erhaltung der Kulturlandschaft nicht nur wünschenswert, sondern auch machbar ist und dass sich die Landwirtschaft auf diese Landesregierung voll verlassen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist natürlich richtig, wenn man sich wünscht und fordert, dass es auch in der Agrarpolitik mehr Marktwirtschaft gibt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das werden wir aber nicht von heute auf morgen erreichen. Bisher haben wir mehr ein Absurdistan. Wir haben seit vielen Jahrzehnten in diesem Bereich das Gegenteil von Marktwirtschaft aufgebaut. Es wäre trügerisch, den Leuten vorzumachen, dass wir dies bald ändern könnten.

(Abg. Teßmer SPD: Man muss es aber wollen!)

Noch eines, Kollege Teßmer: Dieses Papier, das Herr Golter zu seinem Abschied verfasst hat, ist bisher weder beim Landesbauernverband Programm

(Abg. Teßmer SPD: Leider!)

noch beim Bundesbauernverband.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Noch bei der SPD!)

– Und bei der FDP auch nicht unbedingt. Man kann nicht für Marktwirtschaft sein und dann, wenn dahin gehend beim Agrardiesel etwas gemacht werden soll, heulen. Da muss man sich dann schon einmal entscheiden.

(Widerspruch des Abg. Drautz FDP/DVP)

Außerdem ist es so, Kollege Drautz – jetzt lassen Sie mich einmal reden! –, dass wir –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Walter GRÜNE: Vom Kollegen Drautz erlaube ich immer sehr gerne eine Zwischenfrage.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Walter, ich glaube, ich weiß selbst – da ich einen Betrieb habe –, was Marktwirtschaft ist.

(Abg. Teßmer und Abg. Birgit Kipfer SPD: Frage!)

– Die kommt doch gleich. Seien Sie nicht so ungeduldig! Sie verzögern!

(Abg. Dr. Birk CDU: Du musst anders einleiten!)

Abg. Walter GRÜNE: Aber jetzt die Frage!

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Herr Abg. Drautz!

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Walter, ich frage Sie: Sind Sie mit mir der Meinung,

(Zuruf: Nein!)

dass es wettbewerbsverzerrend ist, wenn in anderen EU-Staaten Diesel steuerfrei ist und hier die Bundesregierung praktisch den Zuschuss zur Steuer ganz abschaffen will? Schon bei einer aufgrund des Zuschusses geringeren Besteuerung, wie es jetzt der Fall ist, besteht eine totale Wettbewerbsverzerrung. Diese Wettbewerbsverzerrung beim Diesel macht bei einem Getreidebauern über 100 DM pro Hektar aus, und die von Ihrer Partei getragene Bundesregierung will die Kluft zwischen Frankreich und Deutschland noch größer machen.

Abg. Walter GRÜNE: Kollege Drautz, dazu zwei Anmerkungen, und zwar kurz, damit die Antwort kürzer ist als Ihre Frage.

Erstens: Schon unter Herrn Borchert gab es fast eine halbe Bibliothek von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU. Das werden Sie nicht wegbekommen. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Die anderen Länder jammern beispielsweise über das, was wir im Sozialbereich haben und was wir in anderen Bereichen haben, beispielsweise über unsere Umweltprogramme, die sie nicht haben.

(Abg. Teßmer SPD: MEKA, Bauernrente!)

Man kann das nie richtig miteinander vergleichen. So hat halt jedes Land andere Standards. Dass es da in einzelnen Bereichen Wettbewerbsverzerrungen gibt, werden Sie nie ganz wegbekommen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Machen Sie sie größer oder kleiner?)

Jetzt, Kollege Drautz, kommen wir doch einmal zu dem, was derzeit wirklich ansteht. Das ist nicht das Papier, das Herr Golter verfasst hat, sondern das, was heute in Luxemburg weiterverhandelt wird. Ich möchte jetzt wirklich davor warnen, wie Herr Minister Stächele – das hat mir nicht gefallen – wieder so eine Art Schatten- oder Schauboxen zu betreiben, was in anderen Kulturen durchaus irgendwie einen Sinn haben mag –

(Abg. Teßmer SPD: In China, das verstehen ja die CDU-Leute gut!)

(Walter)

– Beispielsweise in China. Vielleicht hat die China-Reise abgefärbt. – Ich denke, wir sollten uns im Landtag sachlich darüber unterhalten, was das Beste für unsere Landwirtschaft ist und worum es bei dieser Agrarreform überhaupt geht. Wichtig ist doch, dass wir in einem vielstimmigen Chor, den Europa nun einmal darstellt, versuchen müssen, im Interesse unserer Landwirtschaft, so wie sie nun einmal in Baden-Württemberg strukturiert ist, möglichst viel herauszuholen.

Worum geht es eigentlich bei der Agrarreform? Erstens um die Entkopplung der Prämien von der konkreten Produktion. Wir sind uns ja einig, dass das richtig ist. Jeder weiß, dass das bisherige System nach den Vorgaben der WTO nicht mehr zu halten ist. Überhaupt bietet die Entkopplung die Chance, zumindest einmal tendenziell von den Überschüssen und davon wegzukommen, die intensive Produktion zu fördern. Das halten wir einmal fest. Das ist ein guter Schritt.

Jetzt hat Frau Künast, Herr Kollege Drautz, die auch von Ihnen, Herr Kollege Kiefl, so gescholten wurde, ein Modell vorgelegt, das die verschiedenen Marktfruchtprämien zu einer Ackerflächenprämie zusammenfasst und damit die Benachteiligung von Klee gras gegenüber dem Mais aufhebt. Das ist doch im Interesse der baden-württembergischen Landwirtschaft, und da wäre es auch einmal gut, der Herr Minister würde das unterstützen und nicht immer nur kritisieren. Das ist das Erste.

Bei der Tierhaltung sollen schrittweise einzelne Prämien ganz und andere – wie die Sonderprämie – zunächst teilweise entkoppelt werden, um die Umverteilungseffekte zu begrenzen. Dadurch kann eine Grünlandprämie geschaffen werden. Ich hoffe, auch da habe ich Sie auf unserer Seite. Alles andere wäre ja auch absurd, haben wir doch in Baden-Württemberg sehr viele dieser benachteiligten Grünlandstandorte. Ich muss sie hier im Einzelnen gar nicht alle aufzählen.

Langfristig, meine Damen und Herren, kann so die Prämielandschaft vereinfacht und die Bürokratie abgebaut werden. In zehn Jahren, Herr Minister Stächele – ich denke, das muss unser Ziel sein –, könnten wir so zu einer einheitlichen Flächenprämie kommen. Dann könnten wir eine tatsächliche Marktorientierung der Produktion erreichen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Abg. Teßmer SPD: Dann macht es aber nicht mehr Herr Stächele!)

Der bisherige Verhandlungsverlauf zeigt, meine Damen und Herren, dass es in Richtung Entkopplung geht, und die Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen den Freiraum erreicht, die Prämien, an die Fläche gebunden, nach eigenen Kriterien zu verteilen. Auch das ist ein voller Erfolg für Frau Künast.

Des Weiteren, meine Damen und Herren, geht es darum, die gesellschaftliche Akzeptanz von Agrarsubventionen zu erhöhen, sprich mehr Geld in Umweltprogramme zu geben und mehr Geld für die Landschaftspflege bereitzustellen. Auch da sind wir mit der Modulation einverstanden. Das ist der richtige Weg. Das sichert, dass die Menschen mehr Vertrauen haben, dass erstens gute und sichere Lebensmit-

tel produziert werden und dass zweitens die Landschaft, das wichtigste Kapital, das wir in diesem Zusammenhang haben, auch entsprechend gepflegt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, die Modulation ist aus baden-württembergischer Sicht der richtige Weg, und ein Widerstand dagegen ist ein Widerstand gegen die Interessen der baden-württembergischen Landwirtschaft.

(Abg. Teßmer SPD: Ideologie!)

Deswegen erwarten wir von Ihnen, dass Sie Frau Künast hier ebenfalls unterstützen.

(Beifall bei den Grünen)

Ein letzter Satz, Frau Präsidentin: Die Bindung der Prämien an die Einhaltung der Standards guter fachlicher Praxis haben wir – das kann ich Ihnen sagen – in der Zwischenzeit so verändert, dass daraus kein bürokratisches Monster entsteht, wie es am Anfang nach dem, was Herr Fischler vorgeschlagen hat, der Fall war. Das ist mittlerweile abgebaut worden. Das ist bei den Verhandlungen erreicht worden. Auch bei diesem Punkt hat die Bundesregierung einen effektiven Beitrag geleistet. Deswegen, Herr Minister, nehmen Sie zur Kenntnis, dass Frau Künast hier auf dem richtigen Weg ist.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die dreifache Zerstückelung von Prämien, die Sie in Brüssel vorgeschlagen haben, wird in Brüssel als ein Weg gesehen, noch mehr Bürokratie zu schaffen. Das wäre sicherlich der falsche Weg.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Frau Künast ist auf dem richtigen Weg“,

(Abg. Seimetz CDU: Wann?)

so etwa lautete die Schlussbemerkung des Kollegen Walter.

(Abg. Seimetz CDU: Wo?)

Sie werden staunen, wenn ich jetzt antworte: Ja, sie ist auf dem richtigen Weg,

(Abg. Seimetz CDU: Noch nie! – Abg. Dr. Birk CDU: In die falsche Richtung! – Zuruf von der CDU: In Pension!)

weil sie auf dem Weg nach Brüssel in ihrem Rucksack das mitgenommen hat, was ihr die deutschen Bundesländer, ausgehend von Baden-Württemberg, aufgeschrieben haben. Die bisherige Sprachlosigkeit von Frau Künast gegenüber Brüssel war frapierend.

(Lachen des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Vielleicht kriegt er ja noch die Kurve! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

(Minister Stächele)

– Stopp! Lassen Sie mich doch jetzt einmal das Kompliment anbringen. Seien Sie doch nicht so argwöhnisch!

Ich bin außerordentlich dankbar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir das, was hier von Baden-Württemberg ausging, dann gemeinsam mit allen Bundesländern, egal wer wo regiert, zu Papier gebracht haben und dass dies in einer gemeinsamen Besprechung von Frau Künast anerkannt worden ist. Ich kann jetzt natürlich nur noch wünschen, dass sie nicht nur auf dem richtigen Weg nach Brüssel war, sondern dass sie mit dem richtigen Ergebnis von Brüssel zurückkommt – aber da habe ich meine Zweifel.

Wir haben heute eine interessante Debatte, obwohl der Antrag schon fast ein Jahr alt ist. Er ist trotzdem aktuell, denn Agrarpolitik ist manchmal viel aktueller als manche, die damit nicht so viel zu tun haben, denken.

Herr Teßmer, Sie haben die Frage gestellt, ob man in der Landwirtschaft nicht noch ein bisschen mehr Markt haben könnte. Dazu darf ich vorweg sagen: Vielleicht wissen viele hier im Saal nicht, dass bei vielen Produkten der Landwirtschaft der Markt eine absolute Selbstverständlichkeit ist.

(Abg. Teßmer SPD: Aber leider nicht im Preis!)

Ob das Kartoffeln sind, ob es Obst oder Gemüse ist –

(Unruhe)

– Hören Sie zu, Sie werden staunen. Sie wissen es vielleicht, aber andere nicht.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Die meisten glauben, die landwirtschaftliche Produktion habe immer mit „Anti-Markt“ zu tun. Das stimmt nicht. Denken Sie an den Wein, an Schweinefleisch oder gärtnerische Erzeugnisse – auch sie sind mit dabei. Das heißt, weite Teile unserer landwirtschaftlichen Produktion sind Bestandteile des freien Marktes, bloß ist das Ganze immer wieder überwölbt durch angeblich wettbewerbsverzerrende, so genannte Subventionen an die Landwirtschaft. Nein: Große Teile sind am Markt. Bauer und Markt sind an sich kein Widerspruch.

(Abg. Teßmer SPD: Schön!)

Der Bauer muss sich von alters her am Markt bewähren. Der Bauer weiß ganz genau, worum es da geht.

Übrigens ein Zweites: Der Bauer, der Landwirt hat sich auf dem europäischen Markt schon bewähren müssen, als andere noch gar nicht daran denken konnten. 1992 ging man noch mehr in den Markt hinein, auch mit schwierigeren Produkten. Die Preisstützung fiel. Aber dann folgt natürlich schnell die Gretchenfrage: Wie halte ich es dann mit landwirtschaftlicher Produktion dort, wo sie hohe Kosten verursacht oder wo der Erlös von schwieriger oder kostenträchtiger Produktion nicht mehr geeignet ist, die landwirtschaftliche Existenz zu sichern? Dort ist der Punkt; da genau befindet sich die Kante, die Schnittstelle, an der man ansetzen und fragen kann: Ist das, was im Landwirtschaftssektor abläuft, ordnungspolitisch noch in Ordnung? Hat es in diesen Bereichen, in denen man die Schnittstelle betrachten und diskutieren muss, noch etwas mit Markt zu tun, wenn ich

mich dann anschließend auch in den Bereichen, die am Markt nicht den Erlös bieten, den man bräuchte, um existieren zu können, dazu bekenne: „Ja, ich will Produktion“?

Wenn ich zu der Produktion auch deshalb Ja sage, um die Landschaft zu erhalten, wenn ich einen politischen Willen dazu erkennen lasse, dann muss ich in der Konsequenz auch sagen: Dann brauche ich – wir nennen es schon lange nicht mehr Subventionen – staatliche Transferleistungen, um diesen politischen Willen in die Realität umsetzen zu können.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ja bei Fischler nicht gefährdet!)

Das ist die Ausgangslage für das, was wir jetzt im Zusammenhang mit den Fischler-Vorschlägen diskutieren. Der Ausgangspunkt der Fischler-Vorschläge ist in der Tat, zu erkennen, wo vielleicht mehr Markt verwirklicht wäre. Fischler tut das aus verschiedenen Gründen, die man gar nicht absprechen kann. Ich habe immer, auch schon zu Beginn der Debatte, gesagt, man möge Fischler nicht von vorneherein verdammen und seine Ansätze verleugnen. Fischler muss in der Tat spätestens im September dieses Jahres etwa vor der Welthandelsrunde immer dort Begründungen liefern, wo wir landwirtschaftliche Produkte nicht allein am Markt, sondern mit staatlichen Transferleistungen erzeugen und an den Konsumenten bringen.

Das heißt also für die aktuelle Situation: Neuformierung und Weiterentwicklung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Ausgangspunkt sind eben diese WTO-Verhandlungen. Wenn dann noch der erklärte Wille von Fischler hinzukommt, das Ganze ein Stück weit zu entbürokratisieren, ist es richtig. Wenn er auch mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung schaffen will, so sind dies alles Oberziele, die keiner von uns bestreiten würde, sondern die wir allesamt mit unterstreichen müssten.

Meine Damen und Herren, es ist angesprochen worden, worum es dadurch jetzt im Kern geht: Stichwort Entkopplung.

(Abg. Walter GRÜNE: Genau! – Abg. Teßmer SPD: Das wollen wir jetzt mal hören!)

„Entkopplung“ – für diejenigen, die nicht täglich mit diesem Begriff zu tun haben – bedeutet nichts anderes, als dass wir von der Direkthilfe für die pflanzliche Produktion und für die tierische Produktion wegkommen und das, was wir zugegebenermaßen auch weiterhin an Förder- und Transferleistungen tätigen müssen, den Landwirten wertneutral oder, so möchte ich einmal sagen, produktionsneutral – denn wir wollen die Landwirte, die landwirtschaftliche Produktion und die Landschaftserhaltung – zukommen lassen können.

Wie ist das einzurichten? Zugegebenermaßen – und da war Fischler, der die ersten Vorschläge unterbreiten musste, nicht zu beneiden – ging es streckenweise ein bisschen darum, die Quadratur des Kreises zu finden. Fischler hat dann seine Vorschläge gemacht und ist mit diesen Vorschlägen naturgemäß nicht auf den positiven Widerhall gestoßen, den er vielleicht erwartet hätte.

(Abg. Teßmer SPD: Erhofft hätte!)

(Minister Stächele)

Er hat geglaubt – und das sind seine Vorschläge, die im Moment in Luxemburg diskutiert werden –, es am besten dadurch schaffen zu können, dass all das, was einem Landwirt in den Jahren 2000 bis 2002 gewährt wurde, im Schnitt als Betriebsprämie herauskristallisiert und dann als Betriebsprämie weiterhin gegeben wird – abflachend zunächst einmal bis zum Jahr 2013 im Rahmen des jetzigen Agrar-etats – und dass man so sicherstellt, dass dieser Landwirt weiter existieren kann.

Nun haben wir natürlich bei genauer Betrachtung schnell gemerkt, dass das Ganze auf den ersten Blick zwar vielleicht positiv erscheint, aber viele Pferdefüße hat. Zum Beispiel wurde schnell klar, dass der Verwaltungsaufwand nicht geringer, sondern größer würde. Es wurde auch ganz klar, dass das Grünland, wo wir schon lange benachteiligt sind, aus der Benachteiligung nicht herauskommen würde. Wir waren uns bei näherer Betrachtung auch klar darüber: Wenn das käme, würde es den Strukturwandel, der ohnehin schnell vor sich geht, noch weiter beschleunigen, und es käme zu Einkommenseinbrüchen bis zu 50 %.

Aber was uns besonders irritiert hat – ich weiß bis heute nicht, warum Fischler ausgerechnet diesen Vorschlag gemacht hat –, ist, dass diese Prämien tatsächlich eigentumsähnliche Qualität bekommen sollen, das heißt, dass sie im Grunde gehandelt werden dürften und dass wir aus dem landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden geradezu ein Paradies für Zocker und Spekulanten mit diesem handelbaren Recht der Betriebsprämie machen würden.

Meine Damen und Herren, es war richtig, dass wir eine Alternative vorgestellt haben. Es ist eine differenzierte Flächenprämie entwickelt worden, lieber Kollege Walter. Als wir diese Alternative in Brüssel vorgestellt hatten, war frapierend, dass es ausgerechnet ein grüner Parlamentskollege war, der erstaunt feststellte, damit werde Berlin überholt, weil dieser Ansatz in der Tat einen Paradigmenwechsel bedeuten würde. Aber nach gründlicher Betrachtung, weil man eine Lösung finden muss und nicht nur dagegen sein kann, war eben auch unsererseits die Überlegung, dass wir unseren Landwirten am besten so helfen können, indem wir jetzt eine Flächenprämie, differenziert nach Ackerland und Grünland, einführen. Über die Höhe muss gestritten werden, allerdings im Rahmen des nationalen Finanzierungsplafonds.

Wir haben gesagt, dass wir diese Flächenprämie unverwechselbar an die Person, an den Hof binden, nicht handelbar machen und dass diese Prämie in der Tat durch eine Zusatzprämie individuell abgesichert werden müsste, um die Existenz komplett zu sichern. Diese Zusatzprämie würde im Zuge der Jahre schwinden und ginge auf die Flächenprämie über. Wir wären dann tatsächlich WTO-gerecht und fänden auch Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir könnten sowohl landwirtschaftliche Produktion in der Fläche als auch die Erhaltung unserer Kulturlandschaft sicherstellen.

Die Thematik ist nicht ganz einfach, ich weiß. Aber ich freue mich, dass das tatsächlich ein Modell geworden ist, das nicht nur im Süden der Republik Akzeptanz gefunden hat, sondern gleichermaßen von unseren agrarpolitischen Kollegen im Norden aufgenommen wurde und jetzt als deutsches Modell mit in der Verhandlung ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich muss man – die Wahrheit ist konkret – auch über einige Dinge im Zusammenhang mit dem Markt reden, die sich aus dem Blick der reinen Lehre der Marktwirtschaft sicherlich etwas suspekter darstellen. Schauen Sie, da gibt es die Marktordnungen. Eine Marktordnung hat per se nicht unbedingt allzu viel mit einem freien Markt zu tun. Das muss man schon wissen.

(Abg. Walter GRÜNE: Genau so ist es!)

Eine Marktordnung ist letztlich Ausfluss des Willens, den ich vorhin formuliert habe, dass man in gewissen Segmenten, weil sie über den freien globalen Markt nicht erhaltbar sind, tatsächlich sagt: Ich bekenne mich – klarer politischer Wille! – in dem einen Fall zu Milch und in dem anderen Fall zu Zucker. Ich will, dass Milch im Interesse der Grünlanderhaltung bei uns weiter produziert wird; ich will, dass Zucker erzeugt werden kann; ich will, dass dafür stabile Preise bestehen. Das bedeutet also, dem politischen Willen folgend, in der Tat eine Marktordnung mit vorgegebenen staatlichen Transferleistungen, ausgenommen Zucker, wo das nicht notwendig ist. Das bedeutet in der Tat einen Eingriff in das freie Marktgeschehen, aber einen gewollten Eingriff im Interesse der Produktion und der Landschaftserhaltung.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt alle gespannt, was in Brüssel aus unseren guten Vorschlägen gemacht wird. Was wir derzeit an Meldungen aus Brüssel erhalten, lässt unterschiedliche Stimmungen aufkommen. Lieber Kollege Walter, Sie haben es angesprochen: Da steht die Möglichkeit einer so genannten Teilkopplung im Raum.

Ich habe allergrößte Sorge, dass dieses Modell, das ein Stück weit europäischer Kompromiss zu werden droht, nichts anderes wird als eine weitere bürokratische Schale, die über das Ganze gestülpt wird, dass also die Bürokratie im Zusammenhang mit dieser Teilkopplung geradezu potenziert wird und dass wir letztlich unseren Landwirten Steine statt Brot geben.

Es gibt einen Hoffnungsschimmer, wenn es heißt, möglicherweise werde Frau Künast aus Brüssel mit der Nachricht zurückkommen, dass – das wäre auch interessant im Blick auf die nationale Gestaltung der Agrarpolitik – die Flächenprämie eingeführt werden kann, allerdings – und das wäre schlimm – möglicherweise mit der Maßgabe, dass das, was wir an Prämien verteilen, ebenfalls als handelbares Recht zu formulieren ist, damit es den Gleichklang zur Betriebsprämie erhält.

Meine Damen und Herren, ich habe das nur angedeutet. Die Spekulation bringt uns im Moment nicht weiter, aber ich bitte Sie, aufmerksam zu beobachten, was dabei herauskommt.

Interessant ist natürlich, Herr Kollege Walter, dass die „Agrarwende“ mittlerweile als Tandem Chirac und Künast daherkommt. Das ist eine ganz neue Konstellation.

(Abg. Walter GRÜNE: Ohne das wird das jetzt gar nichts!)

(Minister Stächele)

Wenn für die deutschen Landwirte etwas dabei herauskommt, soll es mir recht sein.

(Zuruf von der CDU: Bei Künast und Chirac kommt auf jeden Fall etwas heraus, bloß was!)

Ich möchte im Moment nur den dringenden Appell an Berlin richten, der Landwirtschaft in dieser schwierigen Situation nicht noch weitere Opfer abzuverlangen.

(Zuruf von der SPD)

Denn wenn die derzeitigen Vorschläge zum Bundeshaushalt verwirklicht werden, werden Hunderte von Millionen aus dem Agrarretat gestrichen. Reden Sie einmal mit den Landwirten draußen darüber, was es bedeuten würde, wenn in der Agrarsozialpolitik ein Kahlschlag vorgenommen würde. Das wäre existenzgefährdend, und möglicherweise würden wir an einer anderen Stelle kaputtmachen, was wir an der einen Stelle mühsam aufzubauen bereit sind.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Vielleicht sollten wir auch einmal mit Großbritannien reden. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass der Beitragsrabatt von Großbritannien im Jahr 2001 allein für Deutschland 1,4 Milliarden € bedeutet hat. Ich weiß schon, dass es frühere Regierungen waren, die Frau Thatcher das in den Achtzigerjahren ermöglicht haben. Ich finde – und das Verhältnis Blair/Schröder scheint ja recht ausgeglichen zu sein –,

(Abg. Wieser CDU: Besser als bei Bush!)

dass man in der Tat jetzt einmal darüber reden müsste. Ich finde, es wäre unter Freunden jetzt angesagt, dass man in einer Zeit, in der jeder knapp bei Kasse ist und es wirklich um die Existenz der Landwirtschaft geht, diesen nicht mehr begründbaren Rabatt, den die Briten damals erhalten haben – und Sie staunen, wenn Sie den Betrag hören, der allein von Deutschland aufgebracht werden muss –, zurückholt. Damit könnte man manches, etwa auch in der Agrarsozialpolitik, finanzieren.

Kurzum, meine sehr geehrten Damen und Herren: Im Moment gibt es eine sehr schwierige Situation für die Landwirte. Das ist nicht unbedingt die Situation, in der ein Hofnachfolger euphorisch in den Hof einsteigen möchte. Ich kann nur darum bitten, jetzt in dieser Umbruchsituation der europäischen Agrarpolitik alles daranzusetzen, dass unsere Landwirtschaft eine Zukunft behalten kann. Baden-Württemberg ist mit dem, was es gibt und was es unterstützt, beispielgebend. Bei künftigen Etatverhandlungen sollte man das zumindest auf dem bisher erreichten Niveau beibehalten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Frau Präsidentin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch kurz die Mög-

lichkeit, auf einiges von dem, was gesagt wurde, einzugehen. Herr Minister, Ihr zuletzt geäußelter Wunsch wird sicher von allen in diesem Haus geteilt, aber heute ging es eigentlich um die baden-württembergischen Landwirte und nicht um Brüssel. Deswegen habe ich am Schluss drei kleine Bitten, auf die Sie noch nicht klar genug eingegangen sind.

Erstens: Sie haben gesagt, unsere baden-württembergischen Landwirte dürften keinen Schaden nehmen. Passen Sie auf, dass das bei der Verwaltungsreform nicht passiert. Das kann nämlich sehr schnell gehen.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Denn von Ihren 20 Kompetenzzentren bleibt ja wohl nichts mehr übrig, wenn man sie in die Landratsämter verlagert.

(Beifall bei der SPD)

Ich lese mit Freude, dass Sie sich dagegen – wie heißt das? – thematisch wehren. Das ist aber ein bisschen zu wenig. Sie müssen Ihre Landwirte schon anders verteidigen. Wir sind hier für Baden-Württemberg zuständig. Dass Sie dazu nichts gesagt haben, verstehe ich, aber ich hoffe, Sie handeln wenigstens. Weil Sie uns – Herrn Walter und mir – ja dauernd gute Ratschläge für Frau Künast geben, dürfen wir Ihnen auch gute Ratschläge für das baden-württembergische Landwirtschaftsressort geben. Denn dafür sind Sie zuständig.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Zweiter Punkt: Sie haben leider auch nichts dazu gesagt – und dafür müssen wir hier im Land etwas tun –, was die Landesregierung oder der Landtag zugunsten des Anbaus von Pflanzenarten tun können, die in Baden-Württemberg wachsen und die sich als Rohstoff für die Industrie eignen. Denn das kann Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land – für die Landwirte und die hiesige Industrie und das Gewerbe – sichern. Das Stichwort lautet „energetische Verwertung von Pflanzen“, und das wird in Ihrem Ministerium einfach noch zu klein geschrieben.

Dritter Punkt, die Vermarktungsketten: Das ist der Punkt, bei dem Sie und Herr Kollege Kiefl etwas herumgeeiert und Wünsche geäußert haben, die inhaltlich richtig sind. Natürlich weiß ich, dass die großen Ketten die Preise bestimmen. Aber wer hindert uns denn daran, den Verbraucher – und das hat Frau Künast richtig gemacht – deutlich darauf hinzuweisen, dass er fragen soll, wo ein Produkt herkommt? Es nützt uns nichts, wenn ein Produkt zwar vermarktet wird, aber unter Eigennamen von Großketten, aus denen die genaue Herkunft und die Qualität nicht mehr hervorgehen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Teßmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Teßmer SPD: Aber selbstverständlich. Von Herrn Kollegen Drautz immer. Bitte.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Kollege Teßmer, Sie sagten, dass die Landwirte in Marktwirtschaft geschult gehörten. Das sind ja selbstständige Unternehmer. Ich würde mich gern von Ihnen schulen lassen.

(Heiterkeit des Abg. Walter GRÜNE)

Abg. Teßmer SPD: Dabei würden Sie auch etwas lernen, Herr Drautz.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aber es geht um etwas anderes. Herr Drautz, es geht darum, dass wir, wenn wir den Markt öffnen, dies seitens des Parlaments und der Regierung unterstützen. Entscheiden werden aber letztlich die Landwirte, und das wollen wir auch.

Noch einmal klar zum letzten Punkt, Herr Minister: Wir hoffen und wünschen, dass Sie – in den guten Anfangsphasen der Marketinggesellschaft war das einmal der Fall – deutlich machen, dass die Vermarktung nicht allein von den großen Ketten bestimmt wird, sondern so geschieht, dass sowohl der Verbraucher als auch der Landwirt etwas davon haben. Wir wollen, dass dort, wo Landschaft gepflegt wird, etwas erstattet wird, aber wir wollen auch, dass die Landwirte von ihren Produkten leben können.

Frau Präsidentin, ich darf darum bitten, über Abschnitt II des Antrags abstimmen zu lassen, es sei denn, der Minister sagt, dass es ihm kein Problem macht, seitens seines Ministeriums einen Katalog vorzulegen – etwas anderes wollen wir doch gar nicht –, aus dem hervorgeht, wo wir einen Markt für Baden-Württemberg mit baden-württembergischen Landwirten schaffen können. Wenn das zugesagt wird, brauchen wir nicht abzustimmen. Aber wenn es jetzt abgelehnt wird, nehmen wir Herrn Stächele eine Chance, die er vielleicht dringend braucht.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe im Saal bitten.

Abg. Teßmer SPD: Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/1119.

Abschnitt I des Antrags ist wohl durch die Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Abschnitt II ist Abstimmung beantragt. Wer Abschnitt II zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks – Drucksache 13/1120

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen schon gehört, dass es bei den Schulabgängern dieses Jahr eng wird, und zwar nicht nur bei den Ausbildungsplätzen, sondern vor allem auch bei den beruflichen Vollzeitschulen. Die Zahl der Schulabgänger wächst noch bis 2007. Ihnen steht nur noch ein Drittel der Betriebe gegenüber, die ausbilden.

Das ist keine neue Entwicklung. Sie wussten es zwar nicht, wir haben es Ihnen aber gesagt. Das findet seit den Neunzigerjahren statt. Das Lehrstellenangebot in Baden-Württemberg sinkt dramatisch. Wirtschaftsminister Döring sagt:

Jeder zweite ausbildungsberechtigte Betrieb bildet nicht aus. Das kann ich nicht in Ordnung finden. Jeder Jugendliche, der fähig und willens zu einer Ausbildung ist, soll auch eine Lehrstelle bekommen. Wir sind es ihnen schuldig.

Da, Herr Minister Döring, kann ich Ihnen nur beipflichten. Es geht bei der Ausbildung um die Sicherung der Startchancen, es geht um die Zukunftssicherung der Wirtschaft, und es geht um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft bekräftigen die Pflicht zur Ausbildung, aber BDI-Präsident Rogowski hat den Finger in die Wunde gelegt, als er sagte:

Wir müssen einen Weg finden, um diejenigen, die nicht ausbilden, zur Ausbildung zu bewegen.

Das ist eigentlich der gesamte Hintergrund der Diskussion um eine Ausbildungsplatzabgabe: Niemand will Zwang. Jeder versucht, es auf einem freiwilligen Weg zu erreichen.

Es gibt erfreuliche Maßnahmen. Ich glaube, alle von uns sind vom Verband der Baustoffindustrie angeschrieben worden, der seine Mitgliedsfirmen aufruft auszubilden. Es gibt den Tarifvertrag in Niedersachsen, der vorsieht, dass in der dortigen Metallindustrie 10 % mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Wenn wir uns über den sozialen, wirtschaftlichen Wert der Ausbildung einig sind, dann müssen wir alle für die Sicherstellung dieses Angebots arbeiten. Die Bundesregierung tut dies. Sie hat mit den Sozialpartnern im April dieses Jahres die Offensive „Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle“ vorgestellt. Sie zielt darauf, mehr Ausbildungsplätze zu gewinnen und zu schaffen. Deswegen trifft zu, was die „Stuttgarter Zeitung“ heute sagt: „Die Bundesregierung kämpft gegen den Lehrstellenmangel.“

(Ruth Weckenmann)

Die spannende Frage hier im Land ist aber: Wie kommt die Landesregierung ihrer Verpflichtung nach? Ich zitiere Sie wieder, Herr Minister Döring:

Aufgabe des Landes ist es, sich um den Erhalt und um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Ausbildung zu kümmern.

Da haben Sie Recht. Aber wie sehen Sie denn die Tatsache, dass 20 % der Jugendlichen in Baden-Württemberg die Schule mit so geringen Kenntnissen verlassen, dass sie nicht in Ausbildung kommen können? Wie sehen Sie die Tatsache, dass 40 % – fast die Hälfte – aller ausländischen Jugendlichen im ausbildungsrelevanten Alter von einer ordentlichen beruflichen Ausbildung ausgeschlossen bleiben? Ich kann nur sagen: Dazu hat Frau Ministerin Schavan heute Vormittag sehr eloquent geschwiegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP:
Wie schweigt man eloquent?)

– Eloquent, indem man viel sagt und nichts sagt. Ganz einfach, das kann die Ministerin bestens.

Was macht die Landesregierung? Sie kürzt die Schulsozialarbeit. Sie streicht die Mittel des Programms „Jugend – Arbeit – Zukunft“ genau für diese Gruppe. Sie verabschiedet sich aus der Förderung der schwächeren Jugendlichen mit dem Hinweis, es gebe ja die Bundesmittel, das solle ruhig die Bundesregierung machen. Das heißt, die Landesregierung entzieht sich ihrer Verpflichtung gerade für die Schwächsten am Ausbildungsmarkt.

Die FDP – Herr Hofer, Sie sind ja ihr Repräsentant schlechthin – fordert immer vollmundig die Entlastung der Wirtschaft von zusätzlichen Kosten. Das Sozialministerium wiederum streicht die Zuschüsse für die Internatsunterbringung von Jugendlichen in Landesfachklassen. Ich denke jetzt an einen Auszubildenden im Ausbildungsgang Kachelofenbauer. Er bekommt keine Zuschüsse mehr mit dem Verweis darauf – da habe ich Ihre Gegenstimme vermisst –, dass diese Kosten ja zukünftig die Betriebe übernehmen könnten. So haben wir uns das allerdings nicht vorgestellt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! So geht es ja nicht!)

Die Jugendlichen in den Vollzeitschulen haben heute von der Kultusministerin wiederum keine Antwort auf die Frage bekommen, ob sie einen Platz erhalten.

(Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich!)

Was macht das Land aber als Ausbilder? Diese Frage ist ja auch interessant. Seit 2001 ist die Zahl der Ausbildungsplätze beim Land und in den Landesbetrieben kontinuierlich zurückgegangen.

(Abg. Capezzuto SPD: Auch noch!)

Von den Unternehmen, bei denen das Land Mehrheitseigner ist, also offensichtlich etwas zu sagen hätte, wenn es etwas sagen wollte, bilden längst nicht alle aus. Deswegen ist schon die Frage zu stellen – appellieren Sie nicht an die Bundesregierung –: Wo bleibt denn hier das Signal? Sie tun nichts. Sie lassen die Jugendlichen im Stich – in der Schule,

bei der Förderung der Benachteiligten. Als Ausbildungsplatzanbieter und bei der Förderung der überbetrieblichen Ausbildung tun Sie auch nichts. Ich weiß nicht, Herr Minister Döring, ob Ihr lindgrünes Jackett als Zeichen der Hoffnung ausreicht oder ob wir hier nicht konkrete Maßnahmen bräuchten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schuhmacher.

(Abg. Kurz CDU: Einer, der ausbildet!)

Abg. Schuhmacher CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Weckenmanns Thema hieß ja eigentlich: „Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks“.

(Abg. Capezzuto SPD: Das kommt noch! Abwarten, Herr Schuhmacher!)

Sie haben richtigerweise auch über die Ausbildung gesprochen. Deswegen werde ich dazu auch ein paar Sätze sagen.

Erstens: Die überbetriebliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zur Stärkung der überragenden Ausbildungsleistung des Handwerks.

Zweitens: Baden-Württemberg verfügt im Bereich der überbetrieblichen Ausbildungsstätten über ein gut ausgebautes und akzeptiertes Netz an Einrichtungen.

Drittens: Trotz der angespannten und schwierigen Haushaltslage fördert das Land die Modernisierungs-, Umstrukturierungs- und Anpassungsinvestitionen des Handwerks in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten in erheblichem Umfang.

Zu den Zahlen möchte ich jetzt nichts sagen. Die wird sicher der Herr Minister nennen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Zur Finanzierung: Ich weiß, dass die Handwerkskammern konkret beklagen, dass die steuerrechtliche Prüfung von ZOFF-III-Projekten – Investitionszuschüsse zu den überbetrieblichen Bildungszentren, Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung – gegenwärtig dezentral über die eigenen Sitzfinanzämter der Kammern erfolgt. Sinnvoll wäre es dagegen, die Prüfung zentral über das Finanzministerium oder die beiden Oberfinanzdirektionen abzuwickeln. Dies ist ein Teil, über den wir sicher reden müssen und über den auch schon geredet wurde.

Wenn man heute aber über das Handwerk und die Ausbildung spricht, muss man auch erwähnen, was die Bundesregierung derzeit mit dem Handwerk veranstaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Capezzuto:
Ja, was zum Beispiel?)

Mit der beabsichtigten Änderung der Handwerksordnung fährt sie einen Frontalangriff auf das gesamte Handwerk.

(Schuhmacher)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zurufe von der SPD: Deregulierung!)

Der beabsichtigte Kahlschlag beim Meisterbrief als Zulassungsvoraussetzung für 65 Handwerksgerwerke wird sich erheblich auf die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks auswirken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Wieso denn? Im Gegenteil!)

Ich nenne Ihnen jetzt einmal zwei Beispiele.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie verdrehen alles!)

– Nein. Man muss es verstehen. Ich bilde im Gegensatz zu Ihnen selbst aus. Das muss ich bloß einmal dazusagen.

(Abg. Capezzuto SPD: Mit dieser Leier kommen Sie mir schon seit sieben Jahren! Das halte ich langsam nicht mehr aus!)

– Ich kenne ja die Störerei und möchte jetzt einfach nicht mehr darauf eingehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist gut so!)

Wir teilen auf in Erster-Klasse-Handwerker, die so genannten gefahrgeneigten Handwerker, und in diejenigen, die nicht gefahrgeneigt sind, die also keinen Meisterbrief brauchen. Dies ist nicht nur psychologisch falsch, sondern schafft auch keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Auch die Diskussion über eine Ausbildungsplatzabgabe ist ein völlig falscher Weg. Wir wissen ganz genau, dass Industrie und Handwerk ausbilden – auch dies hat Frau Weckenmann schon gesagt –, wenn Nachwuchs benötigt wird. Aber Sie kennen ja die derzeitige wirtschaftliche Situation,

(Abg. Wintruff SPD: Viel zu wenig wird ausgebildet!)

die dies einfach nicht zulässt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ich möchte trotzdem den Appell, den schon Frau Weckenmann vorgelesen hat, an meine Kolleginnen und Kollegen weitergeben: Wir müssen in der Industrie und im Handwerk ausbilden,

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

um eines Tages wirklich Facharbeiter zu haben, wenn wir sie brauchen.

(Abg. Wintruff SPD: Nicht nur eines Tages, sondern das sollte man immer machen! Immer!)

– Herr Wintruff! – Ich möchte aber auch einen Appell an die Jugendlichen und vor allem an deren Eltern richten, weil ich gerade heute wieder einen Bericht in der Zeitung gelesen habe. Ich bin übrigens stolz darauf, dass unser Arbeitsamtsbezirk Rottweil-Tuttlingen, zu dem auch die Kol-

legen Moser und Pfister gehören, in Baden-Württemberg an der Spitze ist, was die Ausbildungsplätze anbelangt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reichardt CDU: Bravo, Schuhmacher! – Abg. Schmiedel SPD: Das liegt am Moser!)

Wir haben noch einen Ausbildungsplatzüberhang.

Ich möchte noch etwas sagen: 45 % vor allem der jungen Damen teilen sich auf fünf Berufe und nicht auf die 250 auf. Damit möchte ich sagen, dass nicht jeder seinen Wunschberuf ergreifen kann, sondern dass die Ausbildung einfach dort absolviert werden sollte, wo Bedarf besteht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Derzeit stellen wir eine Zunahme im Vollzeitschulbereich fest, vor allem im BVJ. Dies zeigt sehr deutlich, dass zu wenig Ausbildungsplätze vorhanden sind. Auch dies möchte ich unterstreichen.

Ich möchte noch etwas zu zwei Bereichen sagen, die wir zusammenbringen müssen: Einmal sind dies die Ausbildungseinrichtungen, zum anderen die Kompetenzzentren. Beide sind sehr wichtig für unser Handwerk sowie für unsere kleinen und mittelständischen Betriebe.

Zu den Ausbildungseinrichtungen möchte ich sagen: Dort ist es natürlich notwendig, das bestehende Netz laufend in stand zu setzen, vor allem aber im Inneren die Maschinen und die Einrichtungen, die erneuert werden müssen.

Wir müssen außerdem ein besonderes Augenmerk auf neue Berufe legen. Dies ist vielleicht gerade in meinem Bereich das Ausschlaggebende. Was meine ich? Mechatroniker, Oberflächentechniker. Jetzt kommen auch Keramikberufe viel stärker auf. Vielleicht gibt es eines Tages auch Solartechniker. Ich empfehle, besonders in diese neuen Berufe zu investieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ein Letztes: Ich appelliere auch daran, an diejenigen zu denken, die es schwer haben, in unserem Bildungsbereich vorwärts zu kommen. Auch an diese müssen wir denken.

Ich habe noch den Wunsch an alle Bildungseinrichtungen, an die Berufsschulen, an die IHKs und auch an die Handwerkskammern, dass sie besser zusammenarbeiten sollten. Es gibt in ganz Baden-Württemberg eine einzige Modell-einrichtung – zufällig auch bei mir in Tuttlingen –, wo die IHK und die Handwerkskammern eine gemeinsame Bildungsstätte haben. Dies ist eine ausgezeichnete Sache. Auch hier können Ressourcen geschöpft werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reichardt CDU: Bravo!)

Ich möchte einen weiteren Wunsch äußern, weil es derzeit steuerlich noch nicht möglich ist, dies zusammenzubringen. Ich habe den Wunsch, dass wir Kompetenzzentren im Sinne von Gewerbeakademien fördern können, bei denen sich die Handwerker beraten lassen können und bei denen auch Weiterbildung gegen Entgelt erfolgen kann. Ich kann dazu

(Schuhmacher)

jetzt keine weiteren Ausführungen machen, da meine Sprechzeit zu Ende ist.

Ich möchte noch einen Schlusssatz sagen: In Baden-Württemberg leisten das Land, die Kammern, die Verbände, die Industriebetriebe, die Berufsschulen und die Handwerksbetriebe eine hervorragende Bildungs- und Weiterbildungsarbeit, für die ich heute meine Anerkennung und meinen Dank ausspreche.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen Abschnitt II Ihres Antrags, wenn Sie ihn zur Abstimmung stellen, ablehnen. Wir haben dazu aber einen Gegenantrag eingereicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Ausbildungssituation im Bund und auch in Baden-Württemberg“ ist ein ganz wichtiges Thema. Darüber haben wir erst in der vorletzten Plenarsitzung auf Antrag der FDP/DVP zusammen mit Ihnen eine Aktuelle Debatte durchgeführt und haben gesehen, dass im Land Baden-Württemberg viel zu tun ist, dass wir aber vergleichsweise noch immer am besten dastehen. Dennoch muss man etwas tun.

Aber es hat offenbar niemanden gestört, dass das Thema heißt: „Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks“. Ich staune immer wieder, dass man ein Thema hat und dann über etwas anderes Wichtiges gesprochen wird und sich kein Mensch daran stört.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ganz kreativ!)

Das ist ein Lerneffekt, den ich immer hier im Landtag habe.

(Abg. Capezzuto SPD: Ja, was hat der Schuhmacher gemacht, Herr Hofer? Das ist doch verrückt! Der Schuhmacher hat kein Wort dazu gesagt! Da kriege ich einen Vogel!)

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg stellen einen unverzichtbaren Faktor für die Sicherung der kleinen und mittleren Unternehmen dar. Das wissen wir alle. Ich gehe jetzt einfach einmal auf Ihren Antrag und auf das Thema ein. Das muss Sie doch selbst interessieren.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Es ist immer interessant, was Sie sagen, Herr Hofer!)

Nun wird gesagt, das sei ein Lippenbekenntnis, weil die Taten ja doch ganz anders seien. Für uns ist das kein Lippenbekenntnis. Wir haben, immer in enger Abstimmung mit dem Hauptgeschäftsführer des Handwerkstags, dafür gesorgt, dass keine Kürzung der Planansätze für Bauinvestitionen bei den ÜBS stattfindet, wie hier behauptet wird. Das ist uns durch Umschichtungen immer wieder gelungen. Es war schwer genug.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Mit unserer Unterstützung!)

– Mit Ihrer Unterstützung, ja. Warum sollen Sie nicht auch Gutes unterstützen?

(Abg. Capezzuto SPD: Weil wir keine Blockadepolitik machen wie ihr in Berlin!)

Auch sollte den Unternehmern die Höhe des Zuschusses zu den überbetrieblichen Ausbildungslehrgängen weiterhin gewährleistet bleiben. Das haben wir auch hinbekommen. Das war nicht einfach, denn wir haben in der Fraktion nach anderen Streichmöglichkeiten suchen müssen und diese leider auch durchgeführt. Aber das hatte Priorität. Nach dem Bericht des Wirtschaftsministeriums gibt es nun noch einen Zuschussbedarf von 55 Millionen €.

In den Neunzigerjahren sind die Mittel in erster Linie in die neuen Bundesländer gegangen. Die ÜBS sind in der Regel in den Siebzigerjahren errichtet worden. Da gibt es einen dringenden Modernisierungsbedarf durch die rasante technologische Entwicklung sowie durch eine Änderung der Ausbildungsinhalte. All das ist bekannt. All das macht eine Umstrukturierung und Modernisierung und auch zusätzliche Mittelbereitstellungen notwendig.

Um was es heute bei der Debatte mit Ihrem Antrag eigentlich geht, ist die durchaus interessante Frage: Woher kommen denn nun diese zusätzlichen Mittel? Von 30 Millionen DM war früher immer die Rede. Das entspricht umgerechnet 15,354 Millionen €. Diese hat das Kabinett im März 2001 zur Verfügung gestellt.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, wo denn? Wo sind sie denn? Wo? – Abg. Capezzuto SPD: Auf dem Weg zu den Kammern verloren! – Gegenruf des Abg. Reichardt CDU: Er erklärt es gleich!)

– Passen Sie jetzt auf. Das ist ja genau Ihre Frage. Das ist ja das Thema. – Das ist aus den Mitteln der Zukunftsoffensive III, also aus Mitteln der Landesstiftung für gemeinnützige Zwecke, gekommen. Nun kommt Ihre Klage. Die ist ja auch gar nicht so unberechtigt. Das ist ja heute das Thema. Ihre Klage ist,

(Abg. Schmiedel SPD: Die Klage des Handwerks!)

dass man diese Mittel nur für gemeinnützige Zwecke einsetzen könne – hören Sie doch jetzt einmal zu! – und dass hier eine Priorität gegenüber Gemeinnützigem ausgetauscht werde.

Nun muss ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Man hat es von Anfang an geprüft, weil man wusste, dass das nicht einfach werden würde. Das Problem, das Sie schildern, ist tatsächlich ein Problem. Deshalb gehen wir ja auch darauf ein.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist die Lösung? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Die gibt uns nachher der Minister! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Ja, genau. Hören Sie doch einmal zu.

(Hofer)

Das Fazit ist: Etwa ein Drittel der Maßnahmen – das hat die Prüfung gezeigt – ist ohne weiteres förderfähig. Bei einem Drittel braucht man organisatorische Änderungen. Da entsteht ein Betrieb gewerblicher Art. Dann muss man ihn gemeinnützig machen. Das ist verdammt schwer, weil man Satzungen ändern und Gemeinnütziges und nicht Gemeinnütziges trennen muss. Aber man kann das machen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bürokratie ist das!)

Und ein Drittel ist beim besten Willen überhaupt nicht förderfähig – das wissen wir auch vom Handwerkstag –, weil hier einfach wirtschaftliche und nicht gemeinnützige Punkte dahinter stehen.

(Abg. Schmiedel SPD: So! Das ist die Problembeschreibung! Und jetzt die Lösung! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Die Ausbildung ist nicht gemeinnützig!)

– Im Zuge der Zeit und im Zuge Ihrer Unterbrechungen – Sie wollen doch eine Antwort; Sie wollen doch gar nicht zuhören; dann hören Sie doch wenigstens zu! – erlaube ich mir jetzt einfach, hier abzukürzen. Aber ich will noch auf den eigentlichen Punkt eingehen:

Wird ein Projekt aus gemeinnützigen Mitteln gefördert, dann muss die gemeinnützige Nutzung auf Dauer gegeben sein. Sie können dann hinterher – das betrifft das Thema Kompetenzzentren, Herr Schuhmacher – kein Kompetenzzentrum daraus machen. Das können Sie nur über reguläre Mittel finanzieren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass der Finanzminister angesichts der knappen Mittel gesagt hat: „So, lieber Wirtschaftsminister: Es gibt keine zusätzlichen Haushaltsmittel.“

Jetzt möchte ich sagen – das ist der Punkt, an dem wir auf unseren Antrag setzen; diese paar Sätze möchte ich noch zu Ende bringen –: Immer, wenn Mittel knapp sind, bedarf es der Flexibilität und der Prioritätensetzung. Priorität haben natürlich die Maßnahmen, für die es einen Bundeszuschuss gibt, die also kofinanziert werden. Wir wollen ja nicht, dass das Geld in andere Länder geht. Deshalb müssen zunächst einmal alle Anträge gesammelt und auf den Prüfstand gestellt werden. Erst einmal muss mit Nachdruck geprüft werden: Wo gibt es einen Bundeszuschuss, und wo kann das ermöglicht werden?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Bis wann sammeln Sie, Herr Hofer? Bis wann?)

– Stellen Sie mir eine Frage, dann kann ich darauf antworten. Dann wird mir das nicht von der Redezeit abgezogen.

Schließlich sind 15 Millionen € kein Pappenstiel. Ich kenne Bereiche, in denen gestrichen wurde. Ich weiß, da haben Sie gar kein Programm mehr. 15 Millionen € sind nicht nur in die Hand gespuckt, sondern die muss man ausnutzen.

Jetzt muss ich Ihnen einmal sagen: Diese 15 Millionen € werden in jedem Fall zur Verfügung stehen, die werden für diese Dinge auch ausgenutzt. Aber möglicherweise wird sich der Zeitraum, in dem man das ausnutzt, weiter verzögern.

Insgesamt kann man feststellen, dass gemeinsam mit den zusammengekratzten regulären Haushaltsmitteln sowie auch durch Haushaltsumschichtungen im Jahr 2002 alle dringlichen Projekte gefördert werden konnten. Dies gilt auch für das – ich komme zum Schluss – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Hofer FDP/DVP: Oh ja, gern. Danke.

(Abg. Birzele SPD: Er hat schon gedacht, er müsse aufhören!)

– Ich bin sehr froh darüber. Das gibt mir die Möglichkeit, ruhiger zu reden.

(Abg. Reichardt CDU: Das erhöht die Leidenschaft!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Kollege Hofer, ist Ihnen bekannt, dass sich durch den Zwang zur Gemeinnützigkeit bei der Vergabe der Mittel, die natürlich irgendwann alle vergeben worden sind, die Priorität von der Notwendigkeit von Investitionen hin zur Förderungsfähigkeit von Investitionen verschiebt? Und, wenn Ihnen das nicht bekannt ist, würden Sie sich das vom Präsidenten des Landesgewerbeamts bestätigen lassen?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Erklären lassen!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich möchte Ihnen darauf antworten: Genau das ist das Problem: dass die Gemeinnützigkeit nur Gemeinnütziges umfasst und nicht das andere.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist die Problembeschreibung! Wo ist die Lösung?)

– Moment! – Um was es jetzt geht, ist, dass mit den zur Verfügung gestellten Mitteln alles, was gemeinnützig ist – ein Drittel ist ja gemeinnützig –, von vornherein mal in die Prüfung der Förderung durch ZOFF-Mittel geht und dass das Übrige mit Haushaltsmitteln zu machen ist. Ich habe Ihnen gesagt, es ist schwer genug, mit wenig Geld noch das Richtige zu tun. Da wird man zwar noch immer beschimpft, aber es ist gelungen. Es ist 2002 gelungen, alle dringlichen, prioritären Maßnahmen durchzusetzen und umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Und 2003 ist das auch noch gelungen. Für 2004 haben wir die Schwierigkeit, dass man, wenn man jetzt noch, wie Herr Schuhmacher richtig sagte, die Kompetenzzentren fördern will – was eindeutig nicht über die Gemeinnützigkeit geht –, zusätzliche reguläre Haushaltsmittel braucht – das muss man ehrlicherweise sagen –, sonst geht das nicht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja. Ich habe die Frage beantwortet. – Aber eine Verschiebung von Priorität zu Gemeinnützigkeit entsteht nicht. Wir sollten vielmehr froh sein, dass hier überhaupt noch Geld vorhanden ist, das man einsetzen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Fleischer
CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Auch die Fraktion GRÜNE sieht – wie meine beiden Vorredner – in der Förderung der ergänzenden überbetrieblichen beruflichen Bildung eine wichtige Aufgabe des Landes. Wir wollen, dass die jungen Menschen eine breite berufliche Grundbildung erhalten. Eine solche Qualifizierung erleichtert ihnen das berufliche Fortkommen, schützt sie vor langer Arbeitslosigkeit und stärkt auch den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg; denn es gibt auch in der derzeitigen Lage Regionen und gewisse Branchen, die über einen Mangel an Fachkräften klagen, und dem muss abgeholfen werden.

Aufgrund der hohen Spezialisierung vieler Handwerksbetriebe erhalten die jungen Menschen im Betrieb aber nicht die wünschenswerte Breite der Ausbildung. Daher sind überbetriebliche Ausbildungsanteile notwendig und wichtig.

In den überbetrieblichen Ausbildungsstätten in Baden-Württemberg ist jedoch in den letzten Jahren an manchen Orten ein deutlicher Investitionsstau aufgelaufen; das ist ja auch von meinem Vorredner, Herrn Hofer, schon dargestellt worden. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass die dort vorhandene Technik zwischenzeitlich veraltet ist. Damit besteht die Gefahr, dass die Ausbildung nicht mehr zeitgemäß ist. Das kann sich ein Land wie Baden-Württemberg, das von der hohen Qualität seiner Produkte lebt, einfach nicht leisten. Dieser Investitionsstau wird daher von allen, von den Kammern und auch hier im Parlament, zu Recht beklagt. Auch die Landesregierung muss ja zugestehen, dass hier ein Investitionsbedarf besteht. Genannt wird eine Zahl in der Größenordnung von 164 Millionen €.

Für diese Investitionen hat die Landesregierung nun – das ist auch schon gesagt worden – zu ihrem Lieblingsinstrument gegriffen, nämlich der Landesstiftung. Aus der Landesstiftung wurden 15 Millionen € bereitgestellt. Aber – das ist jetzt der neue Punkt in der Debatte – bisher ist erst eine gute halbe Million, nämlich 568 000 €, abgerufen worden; das sind etwa 4 % der bereitgestellten Mittel. Das heißt, die große Masse des bereitgestellten Geldes ist nicht abgerufen worden. Diese wenigen Mittel, die da abgerufen wurden, kommen nicht dem Handwerk zugute, sondern ein paar Industrie- und Handelskammern.

Das bedeutet als Fazit: Die Förderung funktioniert offensichtlich nicht. Wie so oft in anderen Bereichen erweist sich auch hier das mit der Landesstiftung verbundene zwingende Kriterium der Gemeinnützigkeit als bürokratisches Monster und als inhaltlicher Murks.

Meine Damen und Herren, ich möchte diese beiden Vorwürfe konkretisieren.

Punkt 1: Das Problem stellt sich wie folgt dar: Wenn eine Kammer Geld aus der Stiftung haben will, muss sie als Erstes einen Betrieb gewerblicher Art gründen. Dann muss sie zum Finanzamt gehen. Sie muss das prüfen lassen. Anschließend muss dieser Betrieb gewerblicher Art vom Landesgewerbeamt geprüft werden. Und dann muss die Gemeinnützigkeit noch eingetragen werden. Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit, in der die Wirtschaft über Bürokratiebelastung klagt und von uns händeringend fordert, Bürokratie abzubauen. Es ist absurd, in einer solchen Situation einen solchen bürokratischen Aufwand zu produzieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Punkt 2: Die Kammern wollen den Weg über die Landesstiftung auch deshalb nicht, weil sie dadurch in ihrer Arbeit eingeschränkt werden. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern. Da gibt es ein Labor mit neuen Geräten. Die könnten in einer Woche, in der die Auszubildenden nicht da sind, wenn also das Labor frei ist, von einer Firma angemietet werden, die in der Nähe tätig ist, und von ihr genutzt werden. Ein solcher Technologietransfer wäre gerade für kleine Unternehmen zukunftsweisend. So etwas wird auch vom Bund zu Recht durch die Einrichtung von Kompetenzzentren gefördert. Aber diese Möglichkeit, die so sinnvoll ist, kann nicht genutzt werden, weil das Ganze nicht gemeinnützig ist. Deshalb darf die Landesstiftung da kein Geld hineingeben. Deshalb sage ich: Das ist inhaltlicher Murks.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Dritter Punkt: Selbst wenn die Kammern das alles, diese ganze Bürokratie und die Einschränkungen, so schlucken würden, bliebe noch ein wesentliches Problem bestehen. Der Wirtschaftsprüfer der Landesstiftung sagt: Nur solche Güter können als Investitionen gemeinnützig sein, die direkt mit dem Auszubildenden in Kontakt stehen. Man kann also ein teures und empfindliches Messgerät anschaffen und gefördert bekommen, aber man erhält keine Unterstützung für die Erneuerung der Heizung oder des Daches eines Gebäudes.

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um etwas mehr Ruhe bitten.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Alle baulichen Modernisierungen sind also ausgeschlossen. Aus diesem Grund scheitern zurzeit die Anträge für die Investitionsförderung. Die Kammern sind zutiefst verunsichert. Sie wissen nicht, ob sie im Moment investieren sollen und können. So hängt zum Beispiel bei der Handwerkskammer in Karlsruhe ein Projekt von 11 Millionen € in der Luft. Das bedeutet: Auf diese Weise verhindert die Landesregierung durch ihre unselige Konstruktion der Landesstiftung wichtige Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

(Dr. Witzel)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um die Mittel des Landes. Die Kammern wollen und müssen ja auch selber Mittel aufbringen, und sie sind völlig darauf angewiesen, dass das Land die Kofinanzierung durch den Bund sichert. Aber wenn es so weitergeht wie bisher, passiert gar nichts, außer dass Bundesmittel verloren gehen. Dann schließt sich der Kreis: Die Landesstiftung wurde ja eingeführt, weil man sonst hätte Steuern zahlen müssen und damit Steuergeld in andere Bundesländer geflossen wäre. Durch die Landesstiftung läuft es jetzt so: Weil das Kriterium der Gemeinnützigkeit besteht, können Bundesmittel nicht abgerufen werden. Die kommen dann wieder anderen Bundesländern zugute. Das heißt, wir haben unterm Strich finanziell nichts gewonnen, aber das Handwerk hat den Schaden.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir haben also die absurde Situation: Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten brauchen Geld. Das Geld ist da, aber es liegt in der Landesstiftung herum, weil es nur nach dem Gemeinnützigkeitskriterium vergeben werden kann. Nicht nur, aber auch darum muss die Landesstiftung dringend aufgelöst werden, damit das Geld in Baden-Württemberg wieder da investiert werden kann, wo es notwendig ist, zum Beispiel in der Bildung im Bereich des Handwerks.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Weckenmann, über Ihren Wortbeitrag war ich etwas erstaunt. Sie haben in der Tat einen Wortbeitrag geliefert, der hier vor vier Wochen im Zusammenhang mit der Ausbildungssituation mit Sicherheit gepasst hätte.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Heute dachte ich eigentlich, dass Sie zu Ihrem Antrag sprechen würden. Das haben Sie großzügigerweise gelassen und sind auf die Ausbildungssituation zu sprechen gekommen. Liebe Frau Weckenmann, schauen Sie einmal: Wir haben es in Baden-Württemberg fünf Jahre hintereinander geschafft, dass alle Ausbildungswilligen und Ausbildungsfähigen eine Lehrstelle bekommen haben.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch ein Märchen!)

– Wissen Sie, Herr Wintruff: Sie sind an Ahnungslosigkeit nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Aber Sie haben die Gewissheit, dass er nichts dazulernt! Er ist lernunfähig! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist blanker „Schavanismus“! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Es ist einfach daneben, was Sie da sagen. Sämtliche Statistiken, die in diesem Zusammenhang vorliegen, belegen,

(Abg. Wintruff SPD: Die belegen gar nichts!)

dass wir fünf Jahre lang hintereinander rechnerisch sogar mehr Ausbildungsplätze im Angebot hatten, als nachgefragt worden sind.

(Zuruf von der CDU: Der kann nicht rechnen! Das ist ein additives Nirwana! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie müssen sich schon einmal fragen lassen, ob Sie sich an dieser Stelle tatsächlich so großbackig hinstellen können, wenn Sie auf der anderen Seite gerade in den neuen Bundesländern durch das unsinnige Verhalten der Gewerkschaften Ausbildungs- und Arbeitsplätze gefährden. Das ist die Realität, der Sie sich stellen müssen. Das gilt auch für Sie, Frau Kollegin Weckenmann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn wir diejenigen Betriebe, die momentan durch die verfehlte rot-grüne Wirtschaftspolitik in Schwierigkeiten geraten sind, nicht ständig mit Vorwürfen überziehen,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es, jawohl! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist so was von daneben! – Unruhe bei der SPD)

dann werden wir auch wieder mehr Betriebe haben, die zur Ausbildung bereit sind. So sieht es aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Minister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Wir in Baden-Württemberg werden es durch die Anstrengung der Landesregierung, der Kammern, der Verbände und des Landesarbeitsamts auch im sechsten Jahr hintereinander, auch in diesem Jahr schaffen, dass alle ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Ausbildungsstelle bekommen,

(Abg. Wintruff SPD: Ja, aber nur mit dieser Einschränkung! – Abg. Fleischer CDU: Peinlich ist es euch!)

und Sie werden lärmend am Wegesrand stehen und keinen Beitrag dazu geleistet haben, Herr Kollege Wintruff – nicht den geringsten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Schauen Sie mal, was in den Neunzigerjahren möglich war! – Abg. Drexler SPD: Lauter Sprüche wie der mit dem Hochdeutsch! – Unruhe)

Dann müssten Sie sich einmal anschauen, wie die Zahlen im Zusammenhang mit dem ÜBS aussehen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Fleischer CDU: Hinterbänkler Drexler!)

Herr Kollege Witzel, Sie haben eine Zahl genannt, wonach ein Antragsvolumen von 164 Millionen € vorliege.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ein Ergebnis Ihrer Umfrage!)

Es ist doch völlig normal, dass Sie zu Beginn einen Sack voller Anmeldungen haben. Das ist das Normalste der Welt. Wir hatten ursprünglich 200 Vorhaben gemeldet. Wenn Sie diese ursprünglich gemeldeten Vorhaben sehen, ist das natürlich ein riesiger Berg. Wenn Sie dann die zur Verfügung stehenden Förderbeträge sehen, werden Sie sagen: Das kann hinten und vorne nicht langem. Schauen Sie sich deswegen aktuell – heute haben wir den 25. Juni 2003 – an, dass jetzt 30 von den 200 gemeldeten Vorhaben vorliegen. Diese 30 Vorhaben haben ein Volumen von 62 Millionen €, Landesanteil 18,7 Millionen €. Das sieht schon anders aus.

Jetzt hören wir – nachdem Sie uns mit Vorwürfen überzogen haben; der Herr Kollege Schmiedel in derselben Ahnungslosigkeit wie Herr Wintruff –,

(Abg. Schmiedel SPD: Sie diskreditieren den Präsidenten des Landesgewerbeamts! Amt der Ahnungslosen!)

wir hätten im Jahr 2002 an irgendwelchen Stellen Anträge nicht erfüllt. Schauen Sie sich an, dass wir bezüglich der Ausstattungsinvestitionen im Jahr 2002 einen Betrag von 2,1 Millionen € zur Verfügung stellen konnten, bezüglich der Bauinvestitionen eine Summe von 2,5 Millionen €, zusammen 4,6 Millionen €.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Im Moment nicht. – Das ist dadurch gelungen, dass wir im Wirtschaftsministerium Umschichtungen vorgenommen haben und mit der globalen Minderausgabe andere Bereiche belastet haben, um diese Bereiche auszunehmen. Das leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium, damit die ÜBS ausgestattet werden können,

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

damit diese 4,6 Millionen € aus der Solidarität im Haus heraus zur Verfügung gestellt werden können. Denn man sagt: Es gibt nichts Wichtigeres, als die Rahmenbedingungen für die Ausbildung von jungen Menschen im Zusammenhang mit den Berufs- und Lebensperspektiven zu verbessern. Wir tun dies. Wir haben andere Bereiche belastet und haben die Einsparleistungen trotzdem erbracht. Trotzdem haben wir dafür gesorgt, dass die ÜBS die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, die sie tatsächlich brauchen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wenn Sie ein Abschaffen dieser Landesstiftung fordern: Ohne Frage hat es Anlaufschwierigkeiten gegeben; das ist das Normalste der Welt. Da müssen Sie sich ein paar Dinge konkreter anschauen, weil Sie die Gemeinnützigkeit beach-

ten müssen. Wenn Sie aber zu den 1,5 Millionen € regulärer Haushaltsmittel jährlich in Engpässen durch Umschichtungen bis zu 4,6 Millionen € und nun noch 15 Millionen € aus der Stiftung sukzessive zur Verfügung stellen können, können wir Ihnen zusichern, dass wir die notwendigsten Maßnahmen und einige Bereiche darüber hinaus auch im Jahr 2003 und in den Folgejahren abdecken können: durch konkretes Handeln, durch die Bereitstellung von Mitteln und in der Verantwortung für die junge Generation. Da lassen wir uns von niemandem übertreffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Capezzuto.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: So, Mario, jetzt aber! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt kommt der Gegen-schlag!)

Abg. Capezzuto SPD: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich kann Ihre Aufregung, Herr Minister, überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat sich doch gar nicht aufgeregt! Den sollten Sie mal aufgeregt sehen!)

Genauso wenig verstehe ich Ihre Aufregung, Herr Fraktionsvorsitzender, und genauso wenig, Herr Schuhmacher, Ihre Polemik. Aber darauf will ich gar nicht eingehen. Es gibt hier wichtigere Dinge zu sagen. Herr Schuhmacher, nutzen Sie die Chance, etwas über das Thema zu erfahren, das hier zur Debatte steht. Nutzen Sie diese Chance!

Die Förderung der ergänzenden überbetrieblichen beruflichen Bildung ist eine wichtige Aufgabe des Landes, um die Zukunftschancen der baden-württembergischen Unternehmen zu erhalten und zu verbessern.

Herr Minister, dieser Satz müsste Ihnen eigentlich bekannt vorkommen, denn er stammt aus dem Bericht Ihres Hauses zum Staatshaushaltsplan für die Jahre 2002/2003. Dazu habe ich vorhin sehr wenig von Ihnen gehört.

Es gibt bei uns sogar – Herr Minister, das wissen Sie – ein Entwicklungsprogramm für überbetriebliche berufliche Ausbildung in der gewerblichen Wirtschaft. Demnach sollen in solchen überbetrieblichen Bildungszentren die Auszubildenden erstens die Kenntnisse und Fertigkeiten erlernen können – Herr Schuhmacher, sehen Sie, das ist jetzt zum Thema –,

(Oh-Rufe von der CDU)

die ihr eigener Ausbildungsbetrieb aufgrund seiner Größe oder Spezialisierung eben nicht vermitteln kann. Zweitens bedeutet das, dass Ausbildungsbetriebe dadurch entlastet werden, Herr Minister. Deswegen müssen wir sie unterstützen. Es bedeutet auch, Herr Schuhmacher, dass kleinere Unternehmen dadurch überhaupt erst in der Lage sind, auszubilden und Ausbildungsplätze anzubieten.

(Abg. Schuhmacher CDU: Sprechen Sie einmal mit den Handwerkskammern!)

(Capezzuto)

– Ja, Sie unterhalten sich zu wenig mit den Kammern und bringen Ihre Beispiele immer aus Ihrem Betrieb in Tuttlingen,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

wo sowieso der Herr Moser alles machen muss.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Fazit daraus: Die ergänzende außerbetriebliche Ausbildung ist auch mitverantwortlich dafür, dass zusätzliche Ausbildungsplätze im Lande aktiviert, geschaffen und erhalten werden.

(Abg. Döpfer CDU: Zu lange in der Sonne gewesen?)

– Herr Döpfer, im Gegensatz zu Ihnen vertrage ich die Sonne besser, denn ich habe noch eine Haarpracht auf dem Kopf.

Seit vielen Jahren, Herr Minister, betrug die Förderung des Landes – das haben Sie verschwiegen –

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um Ruhe bitten!

(Zuruf von der CDU: Das ist eine Kabarettnummer!)

Abg. Capezzuto SPD: Das geht jetzt wieder von meiner Redezeit ab, Frau Präsidentin.

Seit vielen Jahren betrug die Förderung des Landes für diesen wichtigen Aufgabenbereich, Herr Minister, 10 Millionen €. Im gegenwärtigen Doppelhaushalt – das hat der Kollege Ihrer Fraktion verschwiegen – stehen dafür nur noch 7,6 Millionen € zur Verfügung. Im Gegensatz dazu hat der Bund – das hat Herr Hofer auch verschwiegen; er ist jetzt nicht mehr da – hierfür jedes Jahr mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Nun argumentieren Sie, Herr Minister, nach außen hin, dass die Landesregierung im Gegenzug 15 Millionen € für zusätzliche Maßnahmen, und zwar für die technische Ausstattung, aus der Zukunftsoffensive III der Landesstiftung zur Verfügung stellt. Das ist ja auch in Ordnung und okay. Nur: Wir sind der Auffassung – und deswegen werden wir Ihren Änderungsantrag so nicht annehmen können –,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

dass Ihr Rückzug aus der originären Förderung, verbunden mit einer vorübergehenden Förderung – es kann sich nur um eine vorübergehende Förderung handeln – des Spitzen- und Mehrbedarfs bei den überbetrieblichen Ausbildungsstätten aus Mitteln der Landesstiftung, drei negative Punkte hat, über die wir reden sollten und die Sie, Herr Minister, unbedingt berichtigen sollten.

Erstens: Die Kürzung des originären Bewilligungsvolumens auf 6,1 Millionen € wird zwangsläufig zu einer Anpassung

der Sätze der Landesförderung nach unten führen. Das kann doch nicht Sinn der Sache sein.

Zweitens findet eine Prioritätenverschiebung statt, weil die zusätzliche Förderung aus der Landesstiftung zwangsläufig – das haben Sie ja selber zugegeben – die Gemeinnützigkeit voraussetzt. Das bedeutet, dass nur die Projekte gefördert werden können, die am leichtesten als gemeinnützig deklariert werden können. Da zucken Sie mit den Achseln, Herr Minister. Aber gefördert werden sollten eigentlich die dringenden und notwendigen Projekte und nicht das, was Ihnen gerade in den Kram passt.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich drittens: Es entsteht ein großer bürokratischer Apparat, weil auf allen Ebenen mühsam nach dem Konstrukt der Gemeinnützigkeit gesucht werden muss. Sie wollen doch jetzt mit Ihrer Verwaltungsreform zusammen mit Ihrem Ministerpräsidenten die Bürokratie abbauen, aber hier wollen Sie sie aufblähen.

Wir wollen, meine Damen und Herren, mit dieser geäußerten konstruktiven Kritik zum Wohle der Auszubildenden, der kleinen und mittelständischen Unternehmen und zur Stärkung der Handwerkskammer beitragen. Wir werden dabei von den Handwerksorganisationen, mit denen wir im Gespräch sind, und von der Chefetage des Landesgewerbeamts unterstützt.

(Minister Dr. Döring: Hoppla!)

Stellen Sie sich das einmal vor!

(Oh-Rufe von der CDU)

Ich unterstelle Ihnen, Herr Minister, dass Sie den Chef persönlich kennen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.

Ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin ein Zitat aus den heutigen „Stuttgarter Nachrichten“ loswerden. Überschrift:

Um Lehrstellen im Handwerk zu erhalten, muss betriebsübergreifend ausgebildet werden, sagt die Chefin des Instituts für Mittelstandsforschung in Mannheim.

Das ist Frau Dr. Birgit Buschmann. Sie sagt weiter:

Ganz allgemein gilt es, die überbetriebliche Ausbildung zu stärken. Die Berufsbildungszentren der Kammern sind besser auszustatten und sollten stärker für die Betriebe geöffnet werden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wintruff?

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Abg. Capezzuto SPD: Wenn sie mir nicht schadet.

(Abg. Wieser CDU: Bestimmt nicht!)

Abg. Wintruff SPD: Herr Capezzuto, ich möchte an Sie die Frage stellen, ob Sie die Aufgabe übernehmen könnten, bei passender Gelegenheit, zum Beispiel nachher,

(Abg. Wieser CDU: Bitte die Frage!)

den Herrn Wirtschaftsminister Döring Folgendes zu fragen:

(Heiterkeit im ganzen Haus)

Fragen Sie ihn doch bitte, ob er auch in diesem Jahr den Abgleich zwischen Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsplätzen in dem Sinne vornehmen will, dass er zirka 20 000 Jugendliche, nämlich beispielsweise etwa 11 000 im BVJ und 10 000 in den Förderlehrgängen,

(Abg. Wieser CDU: Bitte schriftlich einreichen!)

wie in den vergangenen Jahren auch in diesem Jahr nicht berücksichtigen will.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat die Frage nicht verstanden! Die ist ein bisschen kompliziert! Er soll das aufschreiben!)

Würden Sie diese Aufgabe übernehmen, Herr Capezzuto?

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Wintruff, Sie haben hier keine Aufträge an den Redner zu erteilen, sondern eine Frage zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Abg. Capezzuto, bitte beenden Sie jetzt Ihren Vortrag.

Abg. Capezzuto SPD: Es ist nicht so, dass ich mir die Frage nicht hätte merken können,

(Heiterkeit im ganzen Haus)

aber ich denke, der Minister hat den Wortlaut wahrgenommen und kann nachher, wenn er ans Rednerpult kommt, die Frage beantworten.

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Herr Minister, bestärken Sie uns mit Ihrem Ministerium und mit der Landesregierung darin, dass Sie in Zukunft mehr Gelder für das bewährte System der überbetrieblichen Ausbildung zur Verfügung stellen! Enttäuschen Sie nicht diejenigen, die diese Arbeit seit Jahren erfolgreich leisten! Gehen Sie von diesen 15 Millionen € aus der Landesstiftung ab, und nehmen Sie diese Gelder stattdessen aus dem Haushalt, denn es ist gut angelegtes Geld!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Frage bleibt stehen!)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/1120.

Abschnitt I ist ein Berichtsantrag und durch die Aussprache erledigt.

Zu Abschnitt II liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2187, vor.

Ich lasse zuerst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Wünscht die Fraktion der SPD Abstimmung über Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1120?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Dann lasse ich über Abschnitt II dieses Antrags abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Gesundheitliche Situation von Frauen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1123

Das Präsidium hat für die Besprechung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, und für das Schlusswort eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gesundheitspolitik ist im Moment ein Dauerbrenner in der politischen Diskussion. Lösungen stehen seit Jahren aus. Es geht dabei vor allem um das Problem, wie wir in Deutschland Gesundheit noch für alle finanzierbar gestalten. In der aktuellen Diskussion geht es um eine Kostendämpfung und darum, welche Standards wir uns leisten können.

Ich habe bei dieser Diskussion zwei Hoffnungen. Die eine besteht darin, dass im Interesse aller, die das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen müssen, in Berlin eine Einigung zustande kommt, damit dieses Land wenigstens beim Thema „Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems“ weiterkommt und wir vor größerem Murks bewahrt bleiben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich habe eine zweite Hoffnung zum Gesundheitsmodernisierungsgesetz, das im Moment zur Diskussion steht. Ich hoffe nämlich, dass es so ausgestaltet wird, dass die Frauen nicht auf der Verliererseite stehen, wie wir es ja bei der Rentendiskussion erlebt haben. Die Frauen müssen ja ihre Einbußen bei der Rente mit höheren Beiträgen bezahlen als die Männer, weil sie nach der Berechnung eine höhere Lebenserwartung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, heute geht es nicht direkt um eine Kostendämpfungsdiskussion, sondern um eine Quali-

(Dr. Monika Stolz)

tätsdiskussion. Wir brauchen eine Gesundheitspolitik mit zielgerichtetem Handeln; denn nur zielgerichtetes Handeln verspricht auch Effizienz. Dazu brauchen wir Wissen. Mittlerweile ist es wissenschaftlich unumstritten, dass Ursache, Gestaltung, Ausprägung und Therapie von Krankheiten geschlechtsspezifisch unterschiedlich sind. Nicht nur die andere biologische Konstitution der Frauen, die unbestritten ist, sondern auch ihre unterschiedlichen Lebenssituationen machen eine unterschiedliche Betrachtung von Krankheitsursachen und -verläufen notwendig. Die Untersuchungen zeigen, dass das medizinische Leitbild immer noch männlich ist. Das ist nicht falsch, hat aber eine gravierende Schlagsseite.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Allmählich setzt sich die Einsicht durch, dass wir eine geschlechtsspezifische Gesundheitsforschung brauchen. Wir brauchen nur in die heutigen „Stuttgarter Nachrichten“ hineinzuschauen. Darin findet sich ein großer Artikel, der die Notwendigkeit dieser Gesundheitsforschung unterstreicht. Denn es hat sich mittlerweile herausgestellt, dass zum Beispiel die Versorgung der Frauen, die einen akuten Herzinfarkt erlitten haben, deswegen nicht so schnell und auch nicht richtig erfolgt, weil sich die Symptome beispielsweise einer koronaren Herzerkrankung bei Frauen zum größten Teil anders gestalten als bei Männern. Auch Medikamente werden zum größten Teil bei Männern ausprobiert, was zur Folge hat, dass die Frauen, die in überwiegender Maß Medikamente einnehmen, über die Nebenwirkungen dieser Medikamente klagen.

Wie die Bundesregierung im Jahr 2000 hat Baden-Württemberg schon frühzeitig einen Gesundheitsbericht für Frauen erstellt, und das macht Sinn. Dieser Bericht und auch die Antwort auf unsere Große Anfrage, die ja nur auf einige Aspekte der Frauengesundheit eingehen kann, zeigen eine wesentliche Notwendigkeit auf. Daten und Wissen über geschlechtsspezifische Unterschiede sind sehr unvollständig. Viele Fragen können heute noch nicht beantwortet werden. Das heißt, geschlechtsspezifische Forschung muss weiterentwickelt werden, und vorhandene Daten müssen entsprechend aufgearbeitet werden.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass wir natürlich auch Informationen zum Auftreten von Krebserkrankungen brauchen. Brustkrebserkrankungen und Gebärmutterhalskrebserkrankungen sind immerhin die zweithäufigsten Todesursachen bei Frauen.

Natürlich brauchen wir in diesem Zusammenhang, wenn es um Daten geht, ein Krebsregister. Dieses sollte aber aussagekräftig sein. Auch wir bedauern, dass das Register, das aufgebaut werden sollte, so, wie es angedacht war, nicht zum erwünschten Erfolg in der Sache geführt hat. Wir hoffen aber, dass die klinische Tumordokumentation eine bessere Basis abgibt, eine breitere Datengrundlage liefert und vor allen Dingen, was ja dann auch wichtig ist, wissenschaftlich aussagekräftiger ausgestaltet werden kann als das derzeitige Krebsregister, das sich eben nicht bewährt hat.

Das Problem der Daten, gerade im Gesundheitsbereich, ist ein allgemeines Problem. Auf der einen Seite müssen wir uns durch das Problem des Datenschutzes durchklavieren,

und auf der anderen Seite reden wir in vielen Bereichen von Abbau von Statistik, von Abbau von Bürokratie. Wir reden davon, dass Ärzte und Pflegekräfte zu sehr mit der Erstellung von Statistiken und dem Ausfüllen von Formularen beschäftigt sind. Wir werden diese Quadratur des Kreises nicht auflösen können. Wir werden immer die eine gegen die andere Seite abwägen müssen. Aber fest steht: Für eine sinnvolle Gesundheitspolitik brauchen wir weiter gut fundierte Daten.

Insofern begrüßen wir die Beobachtungsgesundheitsämter, die in diesem Land über einen längeren Zeitraum Kinder beobachten. Wir hoffen, dass daraus entsprechende Daten gewonnen werden können.

Was war uns wichtig bei dieser Anfrage? Welche Ergebnisse gilt es zu erwähnen? Zunächst einmal wird festgestellt, dass Frauen und Männer in Baden-Württemberg eine höhere Lebenserwartung als im übrigen Deutschland haben. Ich verneife mir jetzt, zu sagen, das sei das Verdienst der Landesregierung,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

weil ich auch weiß, dass zu viel Lob die Demut nicht fördert. Aber es ist schön festzustellen. Allerdings schneidet die Bundesrepublik insgesamt im OECD-Vergleich, was die Lebenserwartung betrifft, nicht so gut ab. Wir stehen an sechster bzw. siebter Stelle, obwohl wir bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen an dritter Stelle der OECD-Länder stehen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die Antwort auf die Große Anfrage gibt uns weiterhin Auskunft darüber, dass die Bereitschaft bei den Frauen, an Vorsorgeuntersuchungen, insbesondere an der Schwangerenvorsorgeuntersuchung, teilzunehmen, in den letzten Jahren gestiegen ist. Das heißt, Frauen sind gesundheitsbewusster als Männer. Sie gehen zu Vorsorgeuntersuchungen, achten auf Signale ihres Körpers, sie sind der Prävention gegenüber aufgeschlossen.

Gesundheitspolitik der Zukunft muss schwerpunktmäßig Prävention beinhalten. Darüber sind wir uns einig. Zumindest bei den Frauen kann hier viel Effizienz erreicht werden. Sie können ja auch den Männern ein Beispiel geben, die dann dem guten Weg folgen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Allerdings sollte dieser Bereich auch nicht einer Zentralität des Bundes unterworfen werden – ich spreche hier vom geplanten Präventionsfonds –, sondern sollte Prävention vor Ort gestaltet, das heißt den Ländern überlassen werden. Vor Ort kennt man die Leute immer besser und weiß, wie man sie ansprechen kann.

Der dritte Punkt, der uns bei dieser Anfrage wichtig war: dass Schwangerenvorsorgeuntersuchungen zwar häufiger wahrgenommen werden und die Kinder in Baden-Württemberg relativ gesund auf die Welt kommen, dass aber die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zunimmt und diese vor

(Dr. Monika Stolz)

allem bei Frauen durchgeführt werden, die schon mehrere Kinder haben und sich ein weiteres Kind nicht zutrauen.

Wir werden auch darüber informiert, dass Einweisungsindikationen bei Einrichtungen des Müttergenesungswerks zu 74 % als Erschöpfungssyndrome dargestellt werden. Wir sollten ein besonderes Augenmerk unserer Politik hierauf richten. Denn die Lebensumstände bestimmen im Wesentlichen, wie die Frauen Familie, Kindererziehung und Beruf leisten können und ob sie sich in diesen Lebensumständen Kinder zutrauen.

Die Ergebnisse einer Studie über die Lebenserwartung erwerbstätiger Frauen bestätigen, dass der Erwerbsstatus der Frauen, die damit verbundenen Lebensumstände und die Gesundheit eng zusammenhängen. In diesem Zusammenhang ist die Politik gefordert. Wir müssen Rahmenbedingungen für Frauen, die Kinder haben wollen und haben, schaffen mit dem Konzept „Kinderfreundliches Ulm“

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Wo man halt herkommt!)

– „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“. Ulm ist halt die Perle Baden-Württembergs. Entschuldigen Sie bitte diesen Lapsus.

Was die Krebserkrankungen betrifft, sinkt die Sterblichkeit. Die Sterblichkeitsquote aufgrund von Brustkrebs liegt in Baden-Württemberg unterhalb der anderer westdeutscher Länder. Hier war Baden-Württemberg wegweisend mit einer Bundesratsinitiative und sind wir auf einem guten Weg, den Frauen auch die Mammographie flächendeckend anzubieten.

Besonders aufhorchen lässt uns die neue Meldung von heute, dass der Suchtmittelgebrauch besonders bei jungen Frauen steigt. Wir haben auch eine erschreckende Zunahme von Essstörungen festzustellen. Die betreffenden Personen müssen dann in die Drogenberatung aufgenommen werden. Als Hinweis auch für die Politik: Wir müssen uns um die jungen Frauen besonders kümmern.

Meine Damen und Herren, es steht fest, dass in vielen Bereichen eine geschlechtsspezifische Forschung fehlt, dass wir Daten brauchen. Es steht aber auch fest, dass es Ansätze einer zunehmenden geschlechtsdifferenzierten Betrachtung von Vorsorge und Krankheit gibt und diese zunehmend Beachtung findet. Die Maßstäbe einer guten Versorgung sind zwar nicht an das Geschlecht gebunden, aber die Effizienz der Versorgung kann durch geschlechtsspezifische Betrachtungsweisen gesteigert werden.

Diese Ansätze gilt es fortzuführen. Wir sind hier zwar nicht am Anfang, stehen aber doch vor einem langen Lernprozess, der von der Politik gefördert werden muss. Dies wird umso einfacher gelingen, je schneller die Fragen der Finanzierung unseres Gesundheitssystems tragfähig beantwortet werden, und es wird umso schneller durch eine vernünftige Politik des Wachstums und der Beschäftigung in Berlin gelingen, eine Politik, die uns wieder finanzielle Grundlagen bieten sollte, die manches Sinnvolle und Wünschenswerte wieder finanzierbar und durchsetzbar macht und uns auch

in diesem wichtigen Bereich der Gesundheit Handlungsspielräume eröffnet.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine wissenschaftlich viel belegte Tatsache, dass es in der Wahrnehmung und im Umgang mit Krankheiten ganz erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede gibt – Frau Stolz hat es schon angedeutet – und dass solche Unterschiede keinesfalls nur Schwangerschaft, Geburt usw. betreffen, sondern eben auch Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems und des Skelettsystems. Aber auch psychische Erkrankungen sind bei Frauen anders und häufiger anzutreffen als bei Männern. Dass Frauen mit einem Herzinfarkt häufiger sterben, bevor sie in eine Klinik eingeliefert werden, muss uns alle nachdenklich machen. Wir müssen uns sehr schnell etwas überlegen, damit solche Fakten auch in der Öffentlichkeit bekannt werden.

Die Gesundheit von Frauen wird in vielfältiger Weise aber auch durch Gewalt und Misshandlungen beeinträchtigt. Das reicht von akuten Verletzungen bis hin zu aus Gewalterfahrungen resultierenden chronischen körperlichen und psychischen Beschwerden.

Diese Unterschiede werden jedoch von unserem Gesundheitssystem – hier liegt das Problem – bisher kaum berücksichtigt. Während die Bundesregierung daraus für ihre Gesundheitspolitik Konsequenzen gezogen und sich im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 verpflichtet hat, im Interesse der Patientinnen und Patienten die Leistungen und Angebote des Gesundheitssystems alters- und geschlechtsspezifischen Erfordernissen anzupassen, fehlt in der Landesgesundheitspolitik diese geschlechtsspezifische Sichtweise weitgehend. Sollte sich das nach der Rede von Frau Stolz ändern, würden wir uns darüber freuen. Bisher gilt jedenfalls: Gender Mainstreaming ist für diese Landesregierung ein Fremdwort geblieben.

(Beifall der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich will dies an zwei Beispielen verdeutlichen.

In der Antwort auf die Große Anfrage führt die Landesregierung als Datengrundlage für eine geschlechtsspezifische Gesundheitspolitik das Krebsregister an. Genau dieses Register will sie, weil es angeblich nicht gut funktioniert, jetzt abschaffen. Ich frage mich, warum man da nicht eine Verbesserung angeht. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an BSE. Da hat man es seltsamerweise geschafft, sehr schnell ein Register anzulegen. Im Gegensatz dazu schaffen wir jetzt dieses Ding ab.

(Abg. Alfred Haas CDU: Was für ein „Ding“?)

– Das Krebsregister wollen Sie zum Jahresende abschaffen. Das ist Ihnen vielleicht noch nicht bekannt, Herr Haas.

(Abg. Alfred Haas CDU: Doch!)

(Rita Haller-Haid)

Es ist unstrittig, dass in Deutschland ein Defizit sowohl hinsichtlich nutzbarer klinischer Krebsregister als auch hinsichtlich einer flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregistrierung besteht.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Wenn die Ärzte das nicht melden – Bemühen Sie sich doch lieber, diese Zahlen zu bekommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haas ignorieren!)

Klinische Krebsregister sind deshalb insbesondere für die Qualitätssicherung der Versorgung wichtig.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Schreien Sie nicht pausenlos dazwischen, sondern hören Sie zu!

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Darüber hinaus sind sie wichtig als Datenlieferant für bevölkerungsbezogene Krebsregister. Nur mit diesen Daten der bevölkerungsbezogenen Krebsregister können nämlich beispielsweise die Effekte von Vorsorgemaßnahmen

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

wie die flächendeckende Einführung von Früherkennungsuntersuchungen wirklich evaluiert werden. Dies gilt natürlich auch im internationalen Vergleich.

(Abg. Alfred Haas CDU: „Ding“!)

Insbesondere für den Kampf gegen den Brustkrebs im Land bedeutet die Aufgabe des Krebsregisters einen Rückschlag. Wir brauchen die Daten des Krebsregisters auch, um die Effekte von Vorsorgemaßnahmen wie beispielsweise des Mammographie-Screenings – darauf komme ich noch zurück – evaluieren zu können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Entschuldigung, das hat doch nichts miteinander zu tun!)

Ein weiteres Beispiel ist die Haltung der Landesregierung zur aktuellen Gesundheitsreform. Herr Repnik hat sich ja maßgeblich an dieser Diskussion beteiligt. Ich kann nur sagen: Vor allem die Forderung der CDU, dass die Krankenversicherung bei privaten Unfällen künftig nicht mehr zuständig sein solle und dies privat zu versichern sei, halte ich für extrem frauenfeindlich, weil viele Privatunfälle nun einmal im Haushalt geschehen. Ich befürchte, dass dies überwiegend immer noch die Frauen betrifft. Dieses Risiko will die CDU nun alleine den Frauen aufbürden. Nicht mehr die Krankenkasse, sondern eine Privatversicherung soll hierfür zuständig sein.

Ähnliches gilt für die Forderung der CDU, den Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung herauszunehmen. Dies halte ich vor allem für familienfeindlich. Die Ersatzkassen haben diese Absicht völlig zu Recht als reine Klientelpolitik zugunsten der privaten Krankenversicherung bezeichnet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wobei bis zu 18-Jährige freigestellt sind!)

Denn anders als in der gesetzlichen Krankenversicherung müsste in der Privatversicherung nämlich dann für jedes Familienmitglied – also auch für Ehepartner und Kinder – eine Versicherungspolice abgeschlossen werden. Sie wissen, dass das dann nicht mehr 7,50 € im Monat sind, sondern je nach Kinderzahl ein Vielfaches davon sein kann.

Angesichts Ihrer eigenen Zerstrittenheit in solchen Fragen möchte ich nur an Sie appellieren: Helfen Sie mit, dass ein solcher Unsinn ein Ende findet! Sorgen Sie dafür, dass auch in Baden-Württemberg ein bisschen mehr nach Seehofer und vielleicht ein bisschen weniger nach Haas geschaut wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte in dieser Diskussion noch ein paar Anmerkungen zum Brustkrebs machen. Jede zehnte Frau erkrankt im Laufe ihres Lebens an Brustkrebs. Das ist aber kein unabwendbares Schicksal. Deshalb halte ich es für wichtig, dass wir die Frauenverbände, die hierbei sehr aktiv sind, fördern und unterstützen, allen voran den Landesfrauenrat.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Meine Sprechzeit ist zu Ende?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ja.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Gut, ich muss dann sehr abkürzen.

Auf jeden Fall denke ich, dass wir jetzt einen Schritt weitergekommen sind. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass eine Einigung in Sicht ist, dass die Ersatzkassenverbände, die IKK Baden-Württemberg und die BKKen, die Deutsche Gesellschaft für Senologie und der Krebsverband Baden-Württemberg im März dieses Jahres eine Absichtserklärung unterschrieben haben, die den Weg zum Aufbau eines strukturierten Behandlungsprogramms für Brustkrebs aufzeigt.

Zum Schluss kann ich nur noch sagen: Ich wünsche allen Partnern auf diesem Weg viel Erfolg. Sie sind auf dem richtigen Weg. Ich denke, unsere Aufgabe ist es, hierbei maßgebliche Unterstützung zu leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Gesundheitliche Situation von Frauen in Baden-Württemberg“, so ist die Große Anfrage der Fraktion der CDU überschrieben. Über viele, viele Seiten ist die Antwort der Landesregierung aber eher ein Krankheitsbericht.

(Heiderose Berroth)

Meine Freude darüber, dass Baden-Württemberg auch bei der Lebenserwartung der Männer und Frauen in Deutschland Spitze ist, wurde ganz schnell durch die Erkenntnis im nächsten Absatz getrübt, dass sich Deutschland diesbezüglich insgesamt im hinteren Drittel der europäischen Länder befindet. Allerdings ist dies kein Thema für unseren Landtag, es sollte uns aber zu denken geben.

(Abg. Capezzuto SPD: Da ist Berlin schuld! – Unruhe)

– Nein, aber man muss das in Berlin bearbeiten. Ich sage nicht, dass Berlin schuld ist, meine aber, dass man etwas tun muss.

(Unruhe)

Vor 30 Jahren war es noch so, dass man gesagt hat: Frauen kriegen deshalb weniger Geld, weil sie einen höheren Krankenstand haben. Deshalb habe ich mich über die Feststellung gefreut, dass bei der Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle – zumindest in der Statistik der AOK West – inzwischen die Männer leicht überwiegen. Die Aussage hatte schon damals schichtenspezifisch nicht gestimmt.

Aber es ist natürlich richtig, was meine Vorrednerinnen gesagt haben: Frauen und Männer gehen unterschiedlich mit Gesundheit, Krankheit und Belastungen um. Man braucht deshalb grundsätzlich eine differenzierte Fragestellung. Wir sollten aber aufpassen, dass wir mit dieser Anfrage nicht so tun, als ob nur Frauen solche Probleme hätten.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Man könnte genau die gleiche Anfrage auch für Männer machen und würde genauso ausführliche Antworten erhalten, insbesondere beim Thema Sucht. Wenn man dann einmal danach fragt, wer denn Präventionsangebote wahrnimmt und wer Prävention betreibt, dann sieht man: Da sind die Frauen Spitze.

Erstaunt hat uns, dass für die Fragesteller und für die Antworten der Landesregierung offensichtlich die Reproduktionsquote noch immer ein Thema der Frauengesundheit ist.

(Abg. Zeller SPD: Reproduktion! Welch scheußliches Wort!)

Meines Erachtens ist dieser Wert – also die Zahl, wie viele Kinder geboren werden – viel eher eine Kennziffer für die Gesundheit einer Gesellschaft: Wie steht sie zu Kindern? Wie geht sie mit ihnen und mit ihren Eltern um? Was macht die Familienpolitik? Wie ist die Kinderbetreuung? Das ist, glaube ich, kein Thema von Frauengesundheit.

Viel zu kurz ist dagegen der Punkt abgehandelt worden, bei dem es um die Mehrfachbelastung geht. Das ist, glaube ich, wirklich ein Angelpunkt. Frauen halten viel aus und werden auch durch die Mehrfachbelastung trainiert. Aber wie oft so etwas bei all den intensiv diskutierten Krankheiten im Hintergrund steht, ist leider bisher viel zu wenig erforscht. Das wäre aber wichtig.

Auch das Thema der psychosozialen Einflüsse, das indirekt damit zusammenhängt, und der psychischen Erkrankungen

vermisse ich schmerzlich, weil dies sehr oft im Hintergrund von schweren Erkrankungen steht. Nur zwischen den Zeilen steht in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage – zum Beispiel beim Thema Brustkrebs –, dass der Verlust von nahe stehenden Partnern eine starke Einflussgröße darstellt. Da wäre, glaube ich, noch viel zu tun, damit auch wir in Europa doch ein Stück weiter nach vorn kommen.

Nächste Anmerkung: Eine Schwangerschaft ist für mich keine Störung der Gesundheit.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Seltenreich SPD)

Bedenklich stimmt mich allerdings, wenn drei Ultraschalluntersuchungen vorgesehen sind und der Durchschnitt schon vier beträgt, obwohl es auch Frauen gibt, die das nicht machen lassen. Da habe ich schon Sorge, dass manche eine Schwangerschaft inzwischen doch mehr als Krankheit ansehen. Wir sollten überlegen, wie wir da wieder ein Stück Normalität einkehren lassen. Genauso sind die Wechseljahre grundsätzlich zunächst einmal eine völlig normale Phase im Leben einer Frau. Wir sollten auch da nicht ein schlechtes Gewissen bei all denen verursachen, denen es komischerweise, obwohl sie in dem Alter sind, trotzdem noch prächtig geht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und bei Männern!)

Zu den drängenden Gesundheitsfragen wie bei Brustkrebs und anderen Krebsarten ist in der Antwort der Regierung viel Statistik enthalten. Als Konsequenz daraus – was tun wir denn? – heißt es allerdings nur: Es sind keine gesicherten primären Präventionsstrategien bekannt. Das, meine Damen und Herren, ist mir zu wenig. Ich vermisse zum Beispiel auch Aussagen zum Einfluss des Stillens auf Brustkrebs sowie zum Einfluss des Radfahrens darauf. Kürzlich stand in der Zeitung, man hätte da einen Einfluss festgestellt, man könne sich aber noch nicht erklären, warum. Jede Frau, die öfter Rad fährt, kann Ihnen das sagen: Da wird der Brustmuskel trainiert, wenn man sich am Lenker festhält.

Zum Thema Krebsregister hat die Kollegin Dr. Stolz das Richtige gesagt. Wir müssen schauen, dass wir bei vernünftigen Kosten zu guten Erkenntnissen kommen. Auch in den Ländern, Frau Haller-Haid, in denen eine Meldepflicht besteht, sind die Meldungen leider nicht so, dass man vernünftige Konsequenzen daraus ziehen könnte.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Eben! Das ist es!)

Fazit: Wir haben hier eine lobenswerte ausführliche Datensammlung, die sich allerdings aus meiner Sicht – ebenso wie das Gesundheitswesen insgesamt – viel zu sehr auf die technische Analyse beschränkt. Neben der Beschreibung des Ist muss das Hauptanliegen der Politik auf dem Punkt liegen, der nach dieser Analyse erst anfängt, nämlich auf der Frage: Was lernen wir daraus? Wie erhalten wir mehr Männer und Frauen gesund, und was kann das Land dazu tun? Das muss nicht immer mit Geld zu tun haben.

(Heiderose Berroth)

Dazu gehören zum Beispiel Aktivitäten gegen die mentale Überforderung durch unrealistische Leitbilder.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Barbie!)

Diese gibt es sowohl von konservativer als auch von linker Seite. Beide sind in ihrer Extremität falsch. Man müsste einmal sagen, dass es normal ist, dass man/frau nicht alles leisten kann.

Es geht darum, die Leistung von Frauen anzuerkennen – nicht nur zum Beispiel am Muttertag, sondern auch durch eine gleichwertige Berücksichtigung bei Gremienbesetzungen, Ehrungen – das ist ganz wichtig – oder bei der Besetzung von Führungspositionen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben um eine Minute überzogen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich komme zum Schluss.

Wir brauchen Respekt vor Leistungen von Frauen, zum Beispiel in der Altenpflege. Da wünsche ich mir demnächst eine Aktion „Männer in Frauenberufe“. Altenpflege ist ein körperlich richtig schwer belastender Beruf. Früher hat man gesagt, den Bergleuten zahlt man mehr Geld, weil sie schwere körperliche Arbeit verrichten. Gehen Sie einmal in ein Altenheim und sehen, was da zu tun ist! Da gehören Männer hin genauso wie Frauen. Gesundheit betrifft den ganzen Menschen und nicht nur seinen Körper. Im Sinne von Gender Mainstreaming für Männer und Frauen sollte das so auch Grundlage der Gesundheitspolitik unserer Landesregierung sein.

Frau sein kann höchst erfreulich sein. Lasst es uns genießen! Das ist der erste Teil einer guten Vorbeugung gegen Krankheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Das gehört in Stein gemeißelt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit von Frauen in Baden-Württemberg. Die Erkenntnis der Tatsache, dass die gesundheitlichen Bedürfnisse und Probleme der Frauen erheblich andere sind als die von Männern, hat zu einer neuen Betrachtungsweise der Gesundheit von Frauen und auch der Gesundheit von Männern geführt. So stand heute in der „Stuttgarter Zeitung“, dass die Stadt Stuttgart im Rahmen des „Forums Gesunde Stadt“ zu einer Konferenz zur Männergesundheit einlädt. Warum? Männer haben Angst vor dem Arzt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ach!)

sind häufiger krank,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ach!)

gehen weniger oft zum Arzt, leben risikoreicher und sterben früher.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, und stimmt das jetzt?)

Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass man den Bereich Gesundheitspolitik geschlechterdifferenziert betrachtet, das heißt, die Auswirkungen auf Frauen und die Auswirkungen auf Männer differenziert betrachtet. In der Medizin ist die unterschiedliche Krankheitsausprägung von Frauen und Männern leider nach wie vor sehr unzureichend berücksichtigt. Immer noch überwiegt der Mann in den besten Jahren. Er ist die Norm, weil in den meisten medizinischen Studien ausschließlich männliche Probanden untersucht werden. Zum Beispiel wurde die Wirkung von Aspirin bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen an 22 000 Männern und null Frauen getestet. Das heißt, dass Frauen diejenigen sind, die von der Norm abweichen und für die die daraus erwachsenden gesundheitlichen Gefahren bis hin zu tödlichen Risiken nicht erkannt wurden.

(Unruhe)

Einer geschlechterdifferenzierten Betrachtungsweise muss also in der Gesundheitspolitik verstärkt Rechnung getragen werden. Meine Vorrednerinnen haben es erwähnt: Gender Mainstreaming auch in der Gesundheitspolitik heißt im Endeffekt, einen Zopf mit männlichem und weiblichem Strang zu flechten. Im Augenblick sind die weiblichen Aspekte gerade das Schläufle am Zopf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: „Schläufle“! – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ach!)

Das heißt, wir müssen das noch intensivieren. Das war jetzt ein bildlicher Erklärungsversuch, damit sich all diejenigen Männer, die sich immer noch mit dem Begriff „Gender Mainstreaming“ schwer tun, das auch bildlich vorstellen können.

(Abg. Zeller SPD: Können Sie das noch einmal konkreter sagen?)

– Den Kollegen von der SPD erkläre ich es später noch einmal.

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Die Große Anfrage der Fraktion der CDU gibt die Möglichkeit, die Leute für dieses Thema zu sensibilisieren und jetzt auch darüber zu diskutieren. Das ist aber das einzig Positive, das wir aus dieser Großen Anfrage ziehen können. Sie wiederholen Antworten aus dem Frauengesundheitsbericht aus dem Jahr 2000: Das Suchtverhalten nimmt zu, die Schwangerschaftsabbrüche von jungen Frauen nehmen zu. Alle Themen wurden im Frauengesundheitsbericht des Jahres 2000 aufgelistet. Das war ein sehr guter Frauengesundheitsbericht. Es gibt einen ganzen Korb voll Handlungsempfehlungen.

Der Untertitel dieses Frauengesundheitsberichts lautete: Daten für Taten. Jetzt frage ich Sie: Wo sind denn die Taten geblieben? Was ist denn eigentlich in den letzten zweieinhalb Jahren passiert? Frau Staatssekretärin, was haben Sie gemacht, außer diesen Frauengesundheitsbericht im

(Brigitte Lösch)

Jahr 2000 herauszugeben, außer Zehnpunkteprogramme mit Feigenblattfunktionen? Passiert ist im Endeffekt gar nichts – ich finde, Frauenpolitik muss anders funktionieren – außer diesen Alibi-Geschichten, Frauenplenartagen oder Diskussionen hier. Wenn nichts umgesetzt wird, wenn nichts passiert, dann ist das eine sehr inkonsequente Frauenpolitik. Ich vermisste bei Ihnen, dass außer Worten noch etwas anderes passiert.

(Beifall bei den Grünen)

In Anbetracht der Redezeit möchte ich zwei Punkte herausgreifen, bei denen Handlungsbedarf besteht. In der Großen Anfrage gibt es ja nicht einmal einen Beschlussteil. Sie beschließen ja nicht einmal, dass etwas umgesetzt werden soll.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wir sind halt einfach gut!)

Handlungsbedarf: Frauenspezifische Krebserkrankungen. Es ist angesprochen worden: Alle Fraktionen waren am Montag bei der Auftaktveranstaltung des Landesfrauenrats „Kampf dem Brustkrebs“ vertreten. Ich denke, es besteht sehr große Einigkeit zwischen den Fraktionen, und es besteht auch große Einigkeit darüber, dass ein großer Handlungsbedarf besteht. Wir haben jedes Jahr 7 000 bis 8 000 Neuerkrankungen in Baden-Württemberg bei Brustkrebs. Seit dem 1. Januar wird nun auch in Deutschland mit der stufenweisen Einführung von Mammographie-Screenings auf Krankenschein für Frauen zwischen 50 und 69 Jahren im zweijährigen Rhythmus begonnen. Das Wichtige dabei ist, dass an die Mammographie hohe Qualitätsanforderungen nach den europäischen Richtlinien zur Qualitätssicherung gestellt werden.

Genauso wichtig ist natürlich die psychosoziale Betreuung der Betroffenen. Und genauso wichtig ist auch die Forschung. In der Tat ist es richtig, dass es einen Zusammenhang zwischen der Forschung und letztendlich dem Krebsregister gibt. Eine gute Datengrundlage liefern bevölkerungsbezogene Krebsregister. Gerade Früherkennungsprogramme, also so genannte Screening-Programme, erfordern zur Aufrechterhaltung ihrer Effektivität und auch zur fortlaufenden Qualitätssicherung, dass man konsequent Daten erhebt. Bei diesen Daten sind wir auf das Krebsregister angewiesen. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle die Landesregierung auffordern, nicht aus dem Krebsregister auszusteigen, weil diese Daten wirklich die wesentliche Grundlage für eine Verbesserung der Früherkennung und der Vorsorgesysteme sind. Die Voraussetzung ist, dass man eine Vollständigkeit der Registrierung von 90 % erreicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es gibt doch keine verwertbaren Daten!)

– Mir ist auch klar, dass wir das bisher noch nicht haben. Aber ich glaube, dass man einem Krebsregister Zeit geben muss,

(Abg. Alfred Haas CDU: Neun Jahre hatten die Zeit!)

sich zu entwickeln. Dieses veraltete Gesetz muss modernisiert werden. Wenn es nicht klappt mit freiwilligen Meldungen – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wenn es nicht klappt mit einer freiwilligen Meldung, muss man eine Meldepflicht einführen, damit die Ärzte diese Daten liefern müssen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Entschuldigung, es gibt eine Meldepflicht!)

– Es gibt keine gesetzliche Meldepflicht. Andere Länder machen das. Andere Länder haben bessere Ergebnisse als Baden-Württemberg. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Landesregierung nicht aus dem Krebsregister aussteigt. Zum anderen würde ich mir auch wünschen, dass die Landesregierung in der Frauenpolitik mehr tut, als Programme zu verabschieden und irgendwelche schönen Worte zu veröffentlichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

(Abg. Zeller SPD: Jetzt sind wir gespannt!)

Staatssekretärin Johanna Lichy: Sie sind immer gespannt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst will ich einmal Gemeinsamkeiten feststellen. Die Diskussion hat gezeigt, dass das Thema wichtig und richtig ist und dass die gesundheitliche Situation von Frauen ein Themenkomplex ist, den wir wirklich aufarbeiten müssen und der auch geschlechtsspezifische Unterschiede darstellt. Es ist eine Tatsache, dass es bei den geschlechtsspezifischen Unterschieden – das haben alle Rednerinnen gesagt – in puncto Gesundheit nicht nur die biologisch begründeten Unterschiede gibt, sondern dass Frauen deutlich höhere Lebenserwartungen haben als Männer – nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch weltweit – und dass es auch Unterschiede in den Lebensverhältnissen gibt – da waren wir uns wohl auch einig –, im Risikoverhalten, im sozialen Umfeld usw. All dies verstärkt die Verschiedenheiten.

Jetzt möchte ich einmal ganz klarstellen: Dieser Frauengesundheitsbericht geht auf die Initiative meines Zehnpunkteprogramms zurück. Ich habe dessen Notwendigkeit schon 1997 erkannt. Wir haben mit großer Arbeit und in großer Mühsamkeit die Daten zusammengetragen. Baden-Württemberg hat geschlechtsspezifische Gesundheitsdaten erhoben. Nur deshalb konnten wir überhaupt diesen Gesundheitsbericht erstellen. Wir hatten den ersten derartigen Bericht. Er ist im Jahr 2000 veröffentlicht worden. Zu dem Versuch von Rot-Grün, hier abzulenken: Die Bundesregierung hat zwar jetzt auch einen solchen Bericht gebracht, aber unser Bericht war der erste und hat weitere Berichte in anderen Bundesländern nach sich gezogen.

Natürlich gibt es Themenschwerpunkte, die in meinen Augen besondere Wichtigkeit haben, die auch herausgehoben werden müssen, die wir, gerade weil sie frauenspezifisch sind, verfolgen müssen und denen wir nachgehen müssen.

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Dabei geht es etwa um das schon genannte Thema Brustkrebs.

Brustkrebs ist nach wie vor die häufigste bösartige Erkrankung bei Frauen, neben anderen frauenspezifischen Krebsarten wie zum Beispiel Gebärmutterhalskrebs. Brustkrebs ist nach wie vor die häufigste Todesursache bei Frauen zwischen 45 und 60 Jahren. Das zeigt – auch darin bin ich mit Ihnen einig –, dass gerade beim Brustkrebs eine gute Versorgung eine ganz wichtige Voraussetzung ist. Es zeigt aber auch – das möchte ich hinzufügen –, dass die Früherkennung von Brustkrebs durch ein qualitätsgesichertes Mammographie-Screening gewährleistet sein muss und dass dies ein hoher gesundheitspolitischer Wert ist.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Haller-Haid?

Staatssekretärin Johanna Lichy: Ja, bitte.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Staatssekretärin, ist die Landesregierung bereit, in dieser Frage von Bayern zu lernen, das sich mit seinem Screening-Programm endlich darangemacht hat, die europäischen Richtlinien umzusetzen? Dies hat natürlich auch zur Folge, dass der Level, der jetzt von den Radiologen bzw. deren Verband festgelegt worden ist, nicht mehr gelten kann, dass seitens der Ärzte massiv investiert werden muss und dass ein entsprechender Druck ausgeübt wird.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Das kann ich Ihnen ziemlich klar beantworten. Wir verstehen uns auch sonst gut mit Bayern. Bayern ist in dieser Hinsicht nun zufällig schon ein bisschen weiter, aber die Initiative hatten damals wir ergriffen,

(Abg. Zeller SPD: Und Bayern hat es umgesetzt, oder was?)

und es ist auch zu einer Bundesratsinitiative gekommen.

Wir haben jetzt eine Übereinkunft erzielt und ein enges Zeitlimit bis Ende 2003 gesetzt, eben weil es über die Modelle der Bundesregierung und über die Bundesebene bislang nicht gelungen war. Die Selbstverwaltung wird zusammen mit den Krankenkassen die abgeschlossene Vereinbarung bis Ende 2003 umsetzen. Danach muss ein Mammographie-Screening gewährleistet werden. In diesem Sinne hatten wir uns bei der damaligen Initiative auch mit Bayern zusammengeschlossen. Wir haben da kein Problem. Ich hoffe natürlich, dass unsere Selbstverwaltungsorgane die Umsetzung bis zum Jahresende schaffen.

Wir hatten gerade erst vorgestern eine Konferenz zum Thema Brustkrebs, in deren Verlauf noch einmal ganz deutlich gemacht worden ist, dass unsere Tumorzentren und die onkologischen Schwerpunktpraxen im Land hinsichtlich der Krebserkrankungen die wesentlichen Daten liefern. Von allen Fachleuten ist uns – schweren Herzens – gesagt worden: Wenn man mit dem Krebsregister auf die bisherige Art und Weise nicht vorankommt, weil es in einem großen Flächenstaat wie Baden-Württemberg selbst bei Ankündigung von Sanktionen nicht möglich zu sein scheint, entsprechende

Datenlagen und eine Erfassung zu einem hohen Prozentsatz zu gewährleisten, der es erlauben würde, diese Daten auch für die Forschung und Evaluierung zu verwenden, dann muss auf Daten zurückgegriffen werden, die unsere onkologischen und Tumorzentren hergeben. Auf diesem Weg werden wir weitergehen. Es ist nicht so, dass wir uns dieses Themas nicht annehmen würden. Es ist uns sehr wichtig.

Ich möchte noch einige besondere Themen herausgreifen; auch die haben Sie genannt. Soweit uns die Daten geschlechtsspezifisch differenziert vorliegen, lassen sich daraus schon einige Handlungsstränge ableiten, zum Beispiel bezüglich des Suchtverhaltens. Das ist ein sehr Besorgnis erregendes Thema.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Magersucht!)

Suchtverhalten gibt es bei Männern und Frauen. Während ältere Frauen häufig als Suchtmittel Medikamente einnehmen, müssen wir leider beobachten, dass bei jüngeren Frauen, vor allem bei den Mädchen, das Suchtverhalten – gerade auch was Essstörungen anbelangt – dramatisch zunimmt. Weil dies auch eine neuere Zivilisationserscheinung ist, hat es entsprechende Daten früher natürlich nicht gegeben. Ich bin über diese Suchterscheinungen aber genauso besorgt wie Sie. Die Tatsache, dass es heute bei uns über eine Million junger Frauen mit Essstörungen gibt, zeigt, dass dies ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Aber dieser Bericht wurde ja auch deshalb erstellt, um die Daten überhaupt erst einmal zu evaluieren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Bislang wurde ja nicht geschlechtsspezifisch erhoben.

Ebenso alarmierend ist, dass immer mehr junge Mädchen, teilweise noch Kinder, rauchen und dadurch ihre Gesundheit gefährden. Auch dies sind dramatische Anzeichen ebenso wie die Tatsache, dass mittlerweile auch sehr junge Mädchen immer größere Mengen an Alkohol trinken. Kliniken berichten uns, dass auch schon Jugendliche nach exzessivem Rauschtrinken bewusstlos in Krankenhäuser eingeliefert werden. Diese Vorkommnisse nehmen erschreckend zu. All dies wird in diesem Bericht aufgezeigt.

Frau Berroth, es ist ein Frauengesundheitsbericht, und deshalb werden auch frauenspezifische Themen wie Schwangerschaft, Geburt und Wechseljahre behandelt. Wir erfahren darin zum Beispiel, wie häufig Risikogeburten vorkommen. Auch das Gewicht der Kinder bei der Geburt ist darin aufgenommen. Natürlich können wir nicht grundsätzlich sagen, dass dies alles Krankheiten seien. Aber es handelt sich um einen Gesundheitsbericht, und in dieses Spektrum gehört natürlich ebenso die Krankheit als Gegenteil von Gesundheit wie all das, was frauenspezifisch mit Gesundheit zu tun hat.

Der Gesundheitsbericht ist also eine große Datensammlung, die, soweit dies möglich war, geschlechtsspezifisch erstellt wurde. Aber – und da bin ich mit allen einig – daraus ergibt sich eine Vielzahl von Handlungssträngen, die wir aufnehmen müssen, sowohl in der Primär- und Sekundärprävention als auch in der Behandlung und in der Rehabilitation. Natürlich gibt es Ausgangssituationen, die durchaus einer weiteren Erforschung wert sind: psychische Erkrankungen,

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

soziale Probleme. Zum Beispiel gibt es noch keine Daten über die Auswirkungen der Doppelbelastungen für Frauen durch Haus- und Familienarbeit sowie Berufstätigkeit. Deswegen konnten wir das auch nicht evaluieren. Aus dem Bereich des Berufslebens gibt es genügend Daten, da hierbei natürlich auch die Männer betroffen sind. Eben deshalb ist dieser Gesundheitsbericht so wichtig, damit andere Ansätze für die unterschiedlichen Ausgangssituationen aufgezeigt werden können. Insofern haben Sie mich an Ihrer Seite, wenn Sie diese Themen aufgreifen und im Einzelnen vertiefen. Denn hier gibt es tatsächlich Handlungsmöglichkeiten auf der politischen Ebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage nach der Aussprache erledigt.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Stärkung der Bioregionen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1159

Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2188, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Rivoir, bitte schön.

Abg. Rivoir SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, meine Damen und Herren!

(Abg. Hillebrand CDU: Herr Staatsrat auch!)

Herr Staatsrat!

(Abg. Schmiedel SPD: Eminenzen und Durchlauchten!)

Zu später Stunde möchte ich zu diesem Thema noch ein paar Ausführungen machen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, es dürfte Konsens sein, dass in der Biotechnologie große Chancen liegen. Es gibt große Wachstumspotenziale, auch für neue Arbeitsplätze. Die Biotechnologie wird gemeinhin als Schlüsseltechnologie angesehen. Wer hier die Nase vorn hat, hat gute Chancen auf eine gute Wirtschaftsentwicklung. Aber die Konkurrenz nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ist groß. Deswegen muss ein Bundesland wie Baden-Württemberg besondere Anstrengungen unternehmen, um da vorne mit dabei zu sein.

Ein Blick auf die Forschungslandschaft – ich denke, die Stellungnahme zu unserem Antrag macht dies deutlich – zeigt, dass wir hier eigentlich ganz gut aufgestellt sind. Es gibt viele von Bund und Land finanzierte und geförderte Forschungsprojekte und -einrichtungen. Auch fließen er-

hebliche Forschungsmittel – DFG-Mittel und andere – in unser Bundesland. Ich denke, hier ist kein Platz für Kritik. So weit, meine ich, besteht auch Einigkeit.

Unsere Kritik setzt an der Frage an, wie in diesem Land das eigentliche Ziel der Operation, nämlich die Neugründung von Firmen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen, organisiert wird. Hier, so meinen wir, liegt doch einiges im Argen. Hier ist nach unserer Auffassung keine zusammenhängende Konzeption erkennbar. Als wir diesen Antrag vor einem Jahr gestellt haben – übrigens nach einer gut besuchten Anhörung mit den Playern in der Szene –, war das Manko der Biotechnologieförderung offensichtlich. Es waren vier gut funktionierende Bioregionen vorhanden und darüber gestülpt eine Biotechnologie-Agentur Baden-Württemberg, die eigentlich von allen als fünftes, störendes Rad am Wagen empfunden wurde. Nicht einmal ordentliche Messeauftritte konnten organisiert werden.

Unser Ansatz – im Antrag ist er auch dargelegt – war nun der, dass wir gesagt haben: Lasst uns diese überflüssige Biotechnologie-Agentur auflösen, und lasst zumindest einen Teil des Geldes, das dort eingespart werden kann, den Regionen zukommen. Denn diese Regionen, die Bioregionen, sind nahe an den Firmen, sie haben die besten Kontakte, sie wissen genau, wie man diese Mittel vernünftig einsetzt. Also weg von dem Überbau, Geld runter in die Bioregionen! In den Ministerien, im Wissenschaftsministerium, im Wirtschaftsministerium, gibt es immer noch genügend Leute, die die notwendigen Koordinierungsarbeiten der Regionen organisieren können. Subsidiaritätsprinzip nennt man das. Das war also unser Vorschlag.

Nun, Welch ein Wunder, meine Damen und Herren, ein SPD-Antrag wurde, zum Teil zumindest, umgesetzt. Tatsächlich wurde wenige Wochen später beschlossen, die Biotechnologie-Agentur Baden-Württemberg wegen Untauglichkeit aufzulösen – ein Erfolg!

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Aus Angst vor einem SPD-Antrag!)

– Ja, da habt ihr gezittert!

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wer aber nun meinte, meine Damen und Herren, auch der andere logische Schritt, nämlich die Stärkung und Förderung der Regionen, würde nun getan, der sah sich getäuscht. Nicht die Regionen werden gefördert, sondern auf einmal wird eine neue Agentur, diesmal mit dem Namen „Bio-Pro“, gegründet. Das hat in der Biotechnologieszene Baden-Württembergs eigentlich niemand verstanden, zumindest niemand von denen, mit denen ich darüber gesprochen habe. Alter Wein in neuen Schläuchen – so nennt man das ganze Thema dann.

Herr Minister, Sie haben es – das ist meine Auffassung – versäumt, die Bioregionen in Baden-Württemberg an dieser Stelle zu stärken. Dies war, so meine ich, ein Fehler. Statt die tauglichen Instrumente dieser vier Regionen, die seit 1996 gut arbeiten und gute Konzepte entwickelt haben, zu stärken und finanziell zu stützen, wird wieder ein Wasserkopf ins Leben gerufen. Irgendwo zwischen Wissenschafts-

(Rivoir)

ministerium, Wirtschaftsministerium, Staatsrat, GWZ und LGA angesiedelt, versucht diese Agentur nun, ihre Rolle zu finden. Hinausgeworfenes Geld, so meine ich. Dies ist der erste Kritikpunkt.

Ein zweiter Kritikpunkt, den ich an dieser Stelle anbringen möchte, ist die Frage, wie wir die Finanzierungskulisse für Gründer gestalten. Wir haben Gründerzentren, wir haben Bioparks, zumindest teilweise mit Landesmitteln bezahlt, und wir haben eine ganz gute Infrastruktur. Es sind also die Räume da, es sind die Ideen da, es sind Forschungsergebnisse da, aber es fehlt das Geld, um aus dem Ganzen marktfähige Produkte zu machen.

Das ist ähnlich wie heute Mittag beim Thema Energie: Forschung gut, Umsetzung suboptimal! Es handelt sich hier also um einen völlig parallelen Vorgang. Diesbezüglich hat die Landesregierung, meine ich, in der letzten Zeit die Finanzierungs- und Förderinstrumente, die sie hat und auf die sie Einfluss hat, falsch eingesetzt. Man ist nämlich dazu übergegangen – das ist der Eindruck, der auch aus der Szene zurückkam –, eben nicht mehr verstärkt Fördermittel in die Biotechnologie fließen zu lassen, sondern dem allgemeinen Trend zu folgen, der im Moment auch an der Börse und an anderen Stellen festzustellen ist, weniger Geld in Biotechnologie zu investieren. Ich habe Schreiben von Firmen aus Ulm, aus meinem Wahlkreis, vorliegen,

(Abg. Schmiedel SPD: Aus dem ganzen Land!)

aus ganz Baden-Württemberg, in denen steht, das Produkt werde nicht gefördert, und zwar nicht deswegen, weil es ein schlechtes Produkt, eine schlechte Produktidee sei, sondern weil es Biotechnologie sei. Man hat also sozusagen den allgemeinen Trend aufgegriffen, statt, was eigentlich die Aufgabe des Landes oder der öffentlichen Hand sein sollte, ein solches langfristiges strategisches Ziel, das man als richtig erkannt hat, auch in einer schlechten Zeit, in der an der Börse kein Geld für diese Technologie zu bekommen ist, weiter zu fördern und öffentlich zu unterstützen. Also, antizyklisches Fördern wäre eigentlich an dieser Stelle notwendig gewesen. Sie haben dies leider nicht getan, und ich meine, dass dies durchaus eine schlimme Angelegenheit für den Wirtschaftsstandort und für die Entwicklung der Biotechnologie in Baden-Württemberg ist.

Dies waren in Anbetracht der Zeit zwei Punkte, die ich an dieser Stelle ansprechen wollte. Zum einen wäre die Aufgabe eigentlich gewesen, die Bioregionen zu stärken und nicht einen neuen Wasserkopf zu schaffen. Zum anderen müssen Sie die Finanzierungsinstrumente umstellen. Sie müssen antizyklisch fördern. Dies ist eine wichtige Aufgabe. Ich meine, da muss etwas geschehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kollege Rivoir hat es bereits gesagt: Die Biotechnologie ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, die sich auf viele Wirtschaftsbereiche

auswirkt, von der Medizin über die chemische Produktion bis hin zu Landwirtschaft, Klima- und Gewässerschutz. Sie weckt große Erwartungen und Hoffnungen und stellt hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereit. Ich möchte dieses Thema aus diesem Grund etwas ausführlicher behandeln, als Kollege Rivoir es getan hat.

Uns freut, dass Deutschland nach dem Biotechnologiereport von Ernst & Young auch im Jahr 2002 die meisten Firmen stellt und dass innerhalb Deutschlands Baden-Württemberg nach Bayern die Spitzenstellung einnimmt. Nahezu 400 Unternehmen sind in Baden-Württemberg im Bereich der Bio- und Gentechnik sowie ihrer Zulieferindustrie tätig, und, ergänzt um eine hochmoderne Infrastruktur aus Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Service und Dienstleistung sowie den vier Bioregionen, zählt Baden-Württemberg zu den herausragenden Standorten in Deutschland und in Europa.

Dass dies so ist, hängt damit zusammen, dass das Land die Biowissenschaften in Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen konsequent ausgebaut hat und im Rahmen von drei Zukunftsoffensiven über 100 Millionen € investiert hat. Wir sehen hier sehr gute Chancen. Denn weltweit werden bis zum Jahr 2010 rund 1,2 Millionen Menschen in der Biotechnologie tätig sein, und eine Wertschöpfung von 400 Milliarden US-Dollar wird erwartet. In der Pharmaindustrie werden bis 2010 rund 40 % der Wertschöpfung auf der Biotechnologie basieren. Der bedeutendste deutsche Pharmastandort ist heute Baden-Württemberg, und zwar mit 25 000 von 115 000 Arbeitsplätzen. Mit 980 gentechnischen Anlagen nimmt Baden-Württemberg auch hier den Spitzenplatz in Deutschland ein. Bereits jede vierte gentechnische Anlage in Deutschland steht in Baden-Württemberg.

Mit unseren Bioregionen, Herr Rivoir, sind wir unserer Meinung nach gut aufgestellt. 4 von 17 Regionen befinden sich in Baden-Württemberg, zwei davon konnten bei Bundeswettbewerben Siegertitel erreichen, und die Europäische Kommission hat der Bioregion STERN im Vorjahr das europäische Gütesiegel für Spitzenleistungen in der Innovationsförderung verliehen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich glaube, dies zeigt, wie qualitativ gut bei uns gearbeitet wird.

Trotz dieser großen Erfolge gibt es Probleme. Dies ist zutreffend. Es ist leider nicht genug bekannt, wie hochwertig der Biotechnologiestandort Baden-Württemberg ist. Wir müßten auch feststellen, dass die Gründerzeit beendet ist, dass wir eine Wende haben, dass die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahr deutschlandweit um 7 % zurückging, der Gesamtumsatz um 3 % sank, 26 Unternehmen in die Insolvenz gingen – sich das in der Biotech-Branche investierte Eigenkapital um die Hälfte reduziert hat.

Es gibt Handlungsbedarf, und ich denke, es zeugt von der Weitsicht der Landesregierung,

(Abg. Rivoir SPD: Oh!)

(Veronika Netzhammer)

dass sie erstens einen ausgewiesenen Experten für Biotechnologie, nämlich Herrn Professor Beyreuther, vor einiger Zeit in die Landesregierung berufen hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

zweitens lange vor Ihrem Antrag bereits im Juni 2001 eine interministerielle Arbeitsgruppe einberufen hat, die die Chancen und Risiken der Biotechnologie grundsätzlich aufgearbeitet und Handlungsempfehlungen ausgesprochen hat und drittens auch schon eine Offensive Biotechnologie Baden-Württemberg mit 29 Millionen € aus dem Erlös der Veräußerung der GVS gestartet hat. Dies alles hat nichts mit dem SPD-Antrag zu tun. Das muss ich zu Ihrer Enttäuschung, Herr Rivoir, leider sagen.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU – Abg. Schmiedel
SPD: Natürlich! – Abg. Rivoir SPD: Nur deshalb!
Gespart habt ihr!)

– Sie haben Ihren Antrag hinterhergeschoben, um auf den Zug aufzuspringen. Das ist ja offensichtlich.

(Abg. Rivoir SPD: Das ist eine üble Unterstellung!)

Schwerpunktbildungen in verschiedenen Bereichen wie der Nanobiotechnologie, Strukturbiologie oder Proteomanalytik werden die biotechnologische Forschung in unserem Land weiter stärken. Die neu gegründete Dienstleistungsgesellschaft Bio-Pro als zentrale Anlaufstelle für alle Belange der Biotechnologie wird den Biotechnologiestandort Baden-Württemberg stärken und besser positionieren. Eine zentrale Stelle kann sehr viel effizienter Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland auf dem Gebiet der Biotechnologie betreiben, als die vier Regionen das einzeln könnten. Von einer besseren Zusammenarbeit innerhalb der Branchen zwischen den Firmen und den öffentlichen Forschungseinrichtungen können alle nur profitieren. Eine enge Kooperation der Dienstleistungsagentur mit den Bioregionen ist ausdrücklich gewollt. Erste Ansätze einer effektiven Zusammenarbeit sind bereits erkennbar. Auf der Biotechnica in Hannover werden nämlich die vier Bioregionen auf dem Gemeinschaftsstand Baden-Württemberg insgesamt vertreten sein.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das machen wir anschließend.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sauber!)

Auch um die Finanzierung hat sich die Landesregierung bereits gekümmert. Der Risikokapitalfonds bei der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft wird aufgestockt. Es ist aber auch klar, Herr Rivoir und Herr Schmiedel, dass das Land Baden-Württemberg alleine die Finanzierung der Biotech-Branche natürlich nicht vornehmen kann.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Es muss uns wieder gelingen, bei privaten Geldgebern Vertrauen und Risikobereitschaft zu erzeugen. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen insgesamt für private Investitionen. Hier ist die Bundesregierung gefordert,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
der SPD)

und zwar nicht nur zu reden, sondern ihrem Reden Handeln folgen zu lassen. Dann kommen die Investitionen wieder, und dann können wir feststellen, dass die Biotechnologiefirmen wieder das entsprechende Kapital bekommen, um wachsen zu können.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Die CDU-Fraktion hat zusammen mit der FDP/DVP-Fraktion einen Antrag vorgelegt. Wir wünschen, dass die Empfehlungen der interministeriellen Arbeitsgruppe im Rahmen der Haushaltslage weiterhin konsequent umgesetzt werden und dass dem Landtag bis Oktober 2003 ein Zwischenbericht vorgelegt wird, der insbesondere auf die Zusammenarbeit der Bio-Pro GmbH mit den Bioregionen eingeht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Fauser.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle einen Gruß an Herrn Staatssekretär Mehrländer sagen, der im Moment in Washington ist

(Abg. Dr. Birk CDU: Sind Sie seine Vertretung?
Unterstaatssekretärin! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie soll er von diesem Gruß etwas erfahren?
– Weitere Zurufe)

und die Biotech-Landschaft Baden-Württemberg vertritt. Das finde ich ausgezeichnet. Wie gesagt, ich wurde gerade von meinen Kolleginnen gebeten – Herr Birk, ein so charmanter Mann wie Sie sollte mich nicht dauernd unterbrechen. – Ich bedanke mich.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Birk CDU: Es ist mir eine
Ehre, Sie aufzuwerten!)

Meine Damen und Herren, es wurde schon gesagt: Frau Brunner und andere Kollegen wollen demnächst nach Hause, und der Parlamentarische Abend der chemischen und der pharmazeutischen Industrie beginnt. Deswegen sollten wir uns sputen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sputen uns nicht
wegen Lobbys, Frau Kollegin! Die Lobbys haben
zu warten!)

(Beate Fauser)

Da werden wir erfahren, was den Damen und Herren tatsächlich auf den Nägeln brennt.

Es ist wichtig zu wissen, welche Maßnahmen wir für diese wirklich zukunftsweisende Schlüsseltechnologie ergreifen. Wir haben es ja schon umfassend gehört. Da ist sich die Opposition mit der CDU und uns glücklicherweise absolut einig. Es ist eine Technologie, die für die Zukunft ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten verspricht. Ich habe vor einigen Tagen gelesen, dass vor hundert Jahren das erste Motorflugzeug geflogen ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war aber keine Biotechnologie!)

– Nein. Aber die Entwicklung der Biotechnologie in den verschiedensten Facetten wird meines Erachtens eine ähnliche Zukunft haben.

Meine Damen und Herren, von 1997 bis 2001 hat sich die Zahl der Mitarbeiter in der Biotechnologie verdreifacht, die Zahl der Unternehmen ist auf 170 angestiegen. Das ist ein rasantes Wachstum. Ich möchte unsere Universitäten und unsere anderen Forschungseinrichtungen loben. Dazu hat die hervorragende Forschungslandschaft in Baden-Württemberg beigetragen, und darauf können wir wirklich stolz sein:

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Das finde ich auch!)

acht Universitäten, Fachhochschulen, Fraunhofer-Institute, Max-Planck-Institute. Wir dürfen auch auf unsere Nobelpreisträger und -trägerinnen stolz sein, auf Herrn Sakmann und auf Frau Nüsslein-Volhard. Ich finde es auch hervorragend, wie viele engagierte Studenten und Studentinnen bei der Neugründung dieser Firmen am Campus dabei waren.

Meine Damen und Herren, wir haben die Zukunftsoffensive III im Jahr 2001 abgeschlossen. Es wurden bereits 30,38 Millionen DM in den verschiedensten Bereichen investiert. Das ist wirklich ein Wort.

Man kann sich nur den Ausführungen von Frau Netzhammer anschließen: Es ist erfreulich, dass wir in der Landesregierung mit Herrn Beyreuther einen national und international anerkannten Fachmann haben,

(Beifall des Abg. Blenke CDU)

der die richtigen Weichen stellt und die richtigen Ratschläge geben kann.

Sehr geehrter Herr Rivoir, Sie haben davon gesprochen, dass mit einer neuen GmbH ein neuer Wasserkopf gegründet worden sei.

(Abg. Rivoir SPD: Da sind wir völlig einer Meinung!)

In den verschiedensten Untersuchungen, die ich gelesen habe, wird immer wieder festgestellt, dass es zum Beispiel für München ein Vorteil sei, dass dort Technologiezentren komprimiert an einer Stelle angesiedelt sind, und Baden-Württemberg dadurch im Nachteil sei. Ich finde das nicht. Ich halte es für sehr, sehr gut, dass wir vier ausgeglichene,

sehr erfolgreiche Regionen haben. Aber ich denke, eine Bündelung und eine noch bessere Vermarktungsfunktion sind notwendig. Das ist gar keine Frage.

Aus diesem Grunde wurde auch die neue Bio-Pro GmbH wesentlich besser ausgestattet. Sie bekommt nun 2 Millionen € pro Jahr, um die offensive Vermarktung unseres Gesamtstandorts Baden-Württemberg vorzunehmen, um Präsentationen im In- und Ausland noch erfolgreicher zu gestalten und auch internationale Anleger auf unser prosperierendes Land aufmerksam zu machen. Ich denke, das ist sehr wichtig. Denn die Schwaben sind mit dem Geld etwas vorsichtiger, und da haben sie völlig Recht.

(Abg. Fischer SPD: Ha, ha, ha! Also Frau Fauser!)

Es fließt nicht so viel Risikokapital in diese Bereiche. Es ist auch schade, dass die steuerliche Verrechnung von solchem Risikokapital bei uns im Land nur sehr begrenzt möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir diese hervorragenden Regionen in Zukunft weiter ausbauen. In der Drucksache 13/1159 wird das ja noch einmal deutlich ausgeführt.

Leider muss ich jetzt zum Schluss kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt „leider“? – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ich freue mich, dass die interministerielle Arbeitsgruppe hervorragend gearbeitet hat und dass wir die betreffenden Maßnahmen und Empfehlungen auch zügig umsetzen werden. Ich hoffe, dass Baden-Württemberg – ich verweise hierzu auf den von Ernst & Young gerade herausgegebenen Biotechnologiereport 2003 mit dem Titel „Zeit der Bewährung“ – in den gegenwärtigen Krisenzeiten diese Unternehmen im politischen Raum positiv begleitet und fördert. Nicht nur die Firma Rentschler in Laupheim äußert sich relativ zufrieden, auch die Firma Boehringer in Ingelheim hat gesagt, dass sie mit der Betreuung durch unsere Politiker im Land Baden-Württemberg sehr zufrieden sei.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vorneweg die gute Nachricht: Der Antrag der SPD zur Bioregion in Baden-Württemberg hat sich im Wesentlichen ja erledigt. Im Beschlussteil wird gefordert, die Biotechnologie-Agentur in Baden-Württemberg aufzulösen. Der Antrag wurde am 9. Juli vergangenen Jahres eingebracht. Am 23. Juli hat die Landesregierung beschlossen, die Biotechnologie-Agentur aufzulösen,

(Zurufe von der SPD)

und am 31. August war der Beschluss vollzogen.

(Theresia Bauer)

Von daher könnten wir jetzt in den wohl verdienten Feierabend entschwinden oder zum Abendessen zur chemischen Industrie. Da gehen Sie doch hin, Frau Fauser, oder?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber wenn man eine Rede mit einer guten Nachricht anfängt, folgt ihr üblicherweise eine schlechte nach. So ist es bei mir auch. Die schlechte Nachricht ist: So, wie es im letzten Sommer gelaufen ist, war das sicher suboptimal. Die vier Bioregionen in Baden-Württemberg – bekanntermaßen ja die Träger unseres Biotechnologiestandorts – erfuhren von den Veränderungen im Sommer aus der Presse.

(Minister Dr. Döring: Völliger Quatsch! – Gegenruf des Abg. Kretschmann GRÜNE: Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

– Dazu können Sie, Herr Döring, ja gleich etwas sagen. – Die Bioregionen erfuhren von diesem Beschluss aus der Presse. In der Vorphase haben sie versucht, eine eigene Struktur, einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten, eine Konzeption, die auf Dezentralität und Vielfalt aufbaut. Ihre eigene Vorstellung ist nicht gehört worden, ist nicht berücksichtigt worden. Vielmehr sind sie mit dem Beschluss der Landesregierung und der neuen Struktur – sie ist der alten Struktur sehr ähnlich – konfrontiert worden, wonach eine neue landesweite Agentur mit dem Namen Bio-Pro GmbH gestartet wird. Damit startet eine landesweite Dienstleistungsagentur mit einer deutlichen Erblast. Das, was sie nämlich vermarkten soll, hängt eng mit den vier Regionen zusammen, und dafür sind eine gute Zusammenarbeit und ein vertrauensvolles Verhältnis Voraussetzung.

Dennoch sollte man heute, nach einigen Monaten, auch sagen: Die Signale, die zur neuen Dienstleistungsagentur inzwischen kommen, auch von den vier Bioregionen, sind durchweg positiv. Es ist Vertrauen gewachsen. Von daher glaube ich, zum jetzigen Zeitpunkt ist zu sagen: Warten wir einmal ab und schauen die weitere Entwicklung an. Dieses Mal kann durchaus etwas Gutes entstehen.

Es wäre auch an der Zeit, dass dieses Mal etwas Gutes entsteht: Denn dieser Versuch ist ja der dritte in Folge im Land, eine landesweite Dienstleistungs- und Vermarktungsagentur einzurichten. Es gab ja schon zwei Fehlversuche. Der erste Ansatz mit dem Versuch, die Anbindung über das Fraunhofer-Institut in Karlsruhe zu organisieren, misslang. Dann wurde mit dem Versuch der Anbindung an die Steinbeis-Stiftung ein zweiter Anlauf gestartet. Auch das ging schief. Jetzt sind wir also beim dritten Versuch gelandet: 2 Millionen € fließen jährlich in die Bio-Pro GmbH. Dieser Anlauf muss jetzt tatsächlich sitzen.

(Minister Dr. Döring: Der sitzt!)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, ein paar Bemerkungen zur aktuellen Situation der Biotechnologiebranche zu machen.

Auch das ist schon erwähnt worden: Nach einem bemerkenswerten Boom in den vergangenen Jahren haben sich die Vorzeichen inzwischen geändert. Wir sind in einer Konsolidierungsphase, und der neue, der vierte deutsche Biotechnologiereport von Ernst & Young – er ist vorhin schon

erwähnt worden –, der für das BMBF gemacht wurde, zeigt ja deutlich, in welcher tief greifender Umbruchphase sich die Biotechnologiebranche befindet.

Man kann feststellen: Auf der einen Seite ist die Zahl der Unternehmen in Deutschland leicht gesunken, auf der anderen Seite sind dennoch die großen Unternehmen weiter gewachsen. Nach wie vor befinden sich die meisten Unternehmen in der Situation, dass sie keine Gewinne machen. Von daher ist es durchaus normal, wenn auch bitter, dass sich einige junge Unternehmen in der Branche nicht halten können. Das ist ein ganz normaler Prozess.

Aber das Problem, das diese Unternehmen nach wie vor vorfinden, ist nicht – wie es vorhin von Herrn Rivoir beschrieben wurde –, dass sie in der Startphase kein Geld finden, sondern das Problem kommt in der zweiten Phase, wenn sie eine Anschlussfinanzierung brauchen, um sich auf dem Markt zurechtzufinden. Mit dem Jointventure-Kapital läuft es halt nicht mehr so wie in früheren Jahren, als sich die New Economy in der Boomphase befand.

Es ist gesagt worden, Baden-Württemberg befinde sich nach Bayern in einer hervorragenden Position. In Baden-Württemberg wächst die Biotechnologiebranche weiter. Aber wir sollten auch darauf verweisen: Die hervorragenden Voraussetzungen, die Baden-Württemberg mitbringt, gründen sich auch darauf, dass es eine gemeinsame Anstrengung seitens des Bundes und der EU gibt, in Biotechnologien in Deutschland und in Europa zu investieren. Von daher hängt alles von einer gelungenen Kooperation, von einer gelungenen Zusammenarbeit und von einer Synergieherstellung zwischen allen Ebenen ab. Daher sollten wir auch in Zukunft darauf setzen, die Dezentralität, die Vielfalt des Forschungsstandorts Baden-Württemberg zu verbinden mit den verschiedenen Instanzen, die mit Geld und Rat zur Seite stehen und Biotechnologie voranbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bin ich froh darüber, dass von allen Rednerinnen und Rednern in der Debatte anerkannt worden ist, dass wir bezüglich der Biotechnologie in Baden-Württemberg gut aufgestellt sind – so hat es vorhin Kollege Rivoir formuliert – und dass wir kontinuierlich besser werden.

Ich meine, dass eine Stelle vielleicht mit einigen Sätzen zusätzlich beleuchtet werden sollte, weil es Kritik daran gegeben hat, dass wir die Bio-Pro GmbH auf den Weg gebracht haben.

Die Bio-Pro GmbH hat in erfreulich kurzer Zeit erreicht, dass sich mittlerweile die vier Bioregionen im Ausland unter einem Dach präsentieren. Wir haben damit das erreicht, was international einfach zwingend notwendig ist. Wir haben beispielsweise jetzt in Washington auf der „Bio 2003“ einen gemeinsamen Auftritt, und auch auf der Biotechnica in Hannover wird dies in diesem Jahr der Fall sein. Man

(Minister Dr. Döring)

muss sich einmal vorstellen, dass das Bundesland Baden-Württemberg in etwa die Größe internationaler Biotechnologieregionen in anderen Ländern hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Deswegen ist es sinnvoll, dass wir das zusammengeführt haben.

Unsere Beobachtung ist eine andere als Ihre. Die vier Regionen waren mit der Biotechnologie-Agentur nicht zufrieden. Das ist überhaupt keine Frage. Wir waren das auch nicht. Es ist da nämlich nicht gelungen, einen einheitlichen Auftritt nach außen zu erreichen. Da gab es teilweise schlimme Auftritte und schlimme Zusammenstellungen. Jetzt befindet sich das aber auf einem guten Weg und wird auch von den vier Bioregionen getragen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

Natürlich sind das vier Highlights, die wir nach wie vor haben und auf die wir auch stolz sein können. Wenn wir das vorher anders gemacht hätten, wären wir doch gar nicht an Heidelberg vorbeigekommen. Dann wäre die Region Heidelberg herausragend gewesen. Jetzt haben wir das zusammengeführt, Herr Kollege Rivoir. Mit Sicherheit liegt das vor allem an Ihren engagierten Bemühungen in Ihrem Wahlkreis. Nirgendwo sonst haben wir mittlerweile so viele Gründungen wie im Bereich der Bioregion Ulm.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Diese haben wir übrigens, ohne dass wir andauernd mit dem Geldbeutel unterwegs sein müssten, um diese Entwicklung massiv zu fördern und zu unterstützen.

Dass die Politik, die wir in diesem Zusammenhang in Baden-Württemberg machen, richtig ist, sehen Sie daran, dass wir seit 1995 die Zahl der Betriebe verdreifacht haben, dass wir mittlerweile etwa 4 500 hoch qualifizierte Beschäftigte in diesem Bereich haben und dass wir vonseiten der Landesregierung in den vergangenen Jahren mit großen Beiträgen in die Unterstützung der Biotechnologie eingestiegen sind.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen. Der Stenografische Dienst kann nichts mehr verstehen.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Aber wenn alle, die sprechen, aus dem Saal gehen, bin ich wahrscheinlich einer der Wenigen, die noch hier sind.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Dann ist ja keiner mehr da! Der Letzte macht das Licht aus! – Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mir im Zusammenhang mit der Biotechnologie schon wichtig, dass

ich wenigstens auch ein paar Zahlen vortrage. So sind für den Ausbau der biotechnologischen Forschung, für die Etablierung neuer, international kompetitiver Forschungszentren an baden-württembergischen Universitäten und für den Transfer – das ist das, was Sie bemängelt haben – der Ergebnisse aus der Forschung in die kommerzielle Anwendung in den letzten fünf Jahren Investitionsentscheidungen in der Größenordnung von insgesamt etwa 150 Millionen € getroffen worden.

Wir haben die vier Regionen miteinander aufgebaut. Zwei von ihnen haben sich so präsentiert, dass sie bundesweit bei den Wettbewerben, die Sie kennen und von denen Sie wissen, als Sieger hervorgegangen sind. Kein anderes Bundesland hat bei den Wettbewerben zwei Siegerregionen stellen können. Wir haben zwei Siegerregionen. Die Mittel werden natürlich auch hervorragend verwendet.

Wir sind nach wie vor dabei, in Neubauvorhaben zu investieren.

Wir haben natürlich auch festzustellen – das ist angemerkt worden –, dass wir in einer euphorischen Phase viele Investitionen gefördert und unterstützt haben, aber jetzt eine Situation haben, in der insgesamt etwa 10 000 Quadratmeter in den geförderten Instituten und Institutionen leer stehen. Das ist eine vorübergehende Situation. Das ist auch etwas völlig Normales: In einer Boomphase und einer Euphoriephase steigt man ein. Man will sich ja auf gar keinen Fall dem Vorwurf ausgesetzt sehen, dass gesagt wird: „Da ist eine Zukunftsbranche und eine Zukunftstechnologie, bei der die nicht mit vollem Eifer und mit vollem Einsatz drin sind.“ Also ist man da eingestiegen. Im Zusammenhang mit verschiedenen anderen Vorgängen geht das ein Stück zurück. Jetzt haben wir also an manchen Stellen tatsächlich auch Leerstände. Wir bemühen uns darum – an einigen Stellen auch bereits wieder erfolgreich –, diese zu füllen. Dass wir mit den Investitionen weitermachen, ist überhaupt keine Frage.

Es gibt eine ganze Reihe von konkreten Forschungsprojekten, die wir unterstützen. Von der Kollegin Netzhammer ist vorhin ausgeführt worden, dass wir vonseiten des Landes auch über die Stiftung, die vorhin so massiv kritisiert worden ist, 29 Millionen € zur Verfügung stellen konnten, die sonst auf gar keinen Fall hätten zur Verfügung gestellt werden können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Aus dem regulären Haushalt wäre das nicht gegangen. Wie hätten Sie das denn machen wollen? Das ist auch ein Beispiel dafür, wie sinnvoll die Stiftung ist, sodass wir diese enorm hohen Mittel zur Verfügung stellen konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Fleischer CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Darüber sind wir natürlich froh.

(Abg. Schmiedel SPD: Seit wann sind Sie ein Fan der Stiftung?)

– Wenn sie uns so gut bedient, immer.

(Minister Dr. Döring)

Wir werden das in den nächsten Jahren auch konsequent fortsetzen.

Vielleicht ist das noch ein Punkt, Herr Rivoir, den Sie auch angesprochen haben: Wir würden in irgendeiner Weise bei Unterstützungen im Zusammenhang mit Gründungen nicht ausreichend tätig. Schauen Sie einmal – Sie wissen es doch eigentlich – auf den Seed Capital Fonds der L-Bank und auf die L-EA. Darin steckt ein Volumen von über 120 Millionen €. Davon sind 60 Millionen € allein für die Biotechnologie reserviert worden. 22 Millionen € davon sind belegt. Das heißt, es steht noch eine enorme Summe zur Verfügung. Das bedeutet, wir können gegenwärtig sogar sagen, dass wir im Moment theoretisch noch mehr Mittel zur Unterstützung in diesem wichtigen Bereich zur Verfügung haben, als belegt sind und als gegenwärtig abgerufen werden. Das unterstreicht die Situation, die wir in Baden-Württemberg haben, dass sich die Rahmenbedingungen in vollem Umfang gut darstellen.

Unter dem Strich: Es war richtig – seinerzeit heftig kritisiert –, dass wir vier Regionen gebildet haben, weil alle vier Regionen in sich hervorragende Entwicklungen aufweisen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Vor einigen Jahren wäre, wenn man es auf eine Region konzentriert hätte, wie es damals gefordert worden ist – ich nenne das Beispiel noch einmal –, Ulm wahrscheinlich nicht die Region gewesen, die man als herausragende Region genannt hätte.

(Zuruf des Abg. Rivoir SPD)

Jetzt stellen wir fest – erfreulicherweise haben wir vier Regionen gebildet –: Wir haben zwei Preisträger, und Ulm ist momentan die Region mit den meisten Gründungen. Es ist also auch eine enorme Substanz in dieser Verteilung enthalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach außen müssen Sie aber natürlich eine einheitliche Darstellung erreichen. Deswegen haben wir Bio-Pro geschaffen. Ich sage Ihnen: Wir sind in dem gesamten Bereich der Biotechnologie besser aufgestellt als Nordrhein-Westfalen, auch besser aufgestellt als Bayern. Wenn Sie die Entwicklung bei den Insolvenzen anschauen, wenn Sie die Entwicklung bei den Gründungen anschauen, stellen Sie fest, dass Baden-Württemberg in beiden Bereichen erfreulicherweise besser ist. Durch die Konzentration in Bio-Pro, auch

durch die Arbeit von Staatsrat Beyreuther werden wir diese Spitze weiter ausbauen und auch international verteidigen. Dessen bin ich sicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags.

Abschnitt I des Antrags ist erledigt.

Zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1159 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2188, vor. Über diesen Änderungsantrag lasse ich nun abstimmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Über Ziffern 1 und 2 getrennt abstimmen, bitte!)

– Gerne. Es wird getrennte Abstimmung beantragt.

Ich rufe Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 13/2188 auf. Wer der Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Hauk CDU: Welcher Antrag?)

– Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2188.

(Abg. Hauk CDU: Danke!)

Wer der Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Antrags ist mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nun über Ziffer 2 des Antrags Drucksache 13/2188 abstimmen. Wer Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist einstimmig zugestimmt.

Damit ist Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1159 erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 26. Juni, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:28 Uhr

Gemeinsamer Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

Berufsrichter

Hans Strauß
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe

Stellvertretender Berufsrichter

Dr. Franz-Christian Mattes
Präsident des Verwaltungsgerichts Sigmaringen

Mitglied mit der Befähigung zum Richteramt

Professor Dr. Ferdinand Kirchhof

Stellvertretendes Mitglied mit der Befähigung zum Richteramt

Professor Dr. Alexander Roßnagel

Mitglied ohne Befähigung zum Richteramt

Ute Prechtel

Stellvertretendes Mitglied ohne Befähigung zum Richteramt

Rita Griebhaber

25. 06. 2003

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Winfried Kretschmann und Fraktion